

Michael Wildt (Hrsg.)
Die Judenpolitik des SD

Schriftenreihe
der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Band 71

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte

Herausgegeben von

Karl Dietrich Bracher, Hans-Peter Schwarz, Horst Möller

Redaktion: Norbert Frei und Hans Woller

R. Oldenbourg Verlag München 1995

Die Judenpolitik des SD 1935 bis 1938

Eine Dokumentation

Herausgegeben und eingeleitet

von Michael Wildt

R. Oldenbourg Verlag München 1995

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

[Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte / Schriftenreihe]

Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte / im
Auftr. des Instituts für Zeitgeschichte hrsg. – München :
Oldenbourg.

Früher Schriftenreihe

Schriftenreihe zu: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

NE: HST

Bd. 71. Die Judenpolitik des SD 1935 bis 1938. – 1995

Die Judenpolitik des SD 1935 bis 1938 : eine Dokumentation /
hrsg. und eingeleitet von Michael Wildt. – München :
Oldenbourg, 1995

(Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte ; Bd. 71)

ISBN 3-486-64571-4

NE: Wildt, Michael [Hrsg.]

© 1995 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gesamtherstellung: Appl, Wemding

ISBN 3-486-64571-4

Inhalt

Einleitung	9
Dokumente	65
Editorische Vorbemerkung	65
Dokument 1	66
Memorandum des SD-Amtes IV/2 an Heydrich, 24. Mai 1934.	
Dokument 2	69
Lagebericht des SD-Hauptamtes J I/6 (Juden), 17. August 1935.	
Dokument 3	70
Heydrich an die Teilnehmer der Chefbesprechung im Reichswirtschaftsministerium, 9. September 1935.	
Dokument 4	73
Befehl des Chefs des Sicherheitshauptamtes zum organisatorischen Aufbau, 1936.	
Dokument 5	80
Programm für die Schulungstagung der Judenreferenten der SD-Oberabschnitte und -Abschnitte in Bernau, 9.–14. März 1936.	
Dokument 6	81
Berichte der SD-Oberabschnitte zum Stand der Judenreferate auf der Schulungstagung in Bernau, 13.–14. März 1936.	
Dokument 7	84
Lagebericht April bis Mai 1936 der Abteilung II 112, 25. Juni 1936.	
Dokument 8	94
„Bericht über den Stand der Arbeiten der Abtlg. II 112 in der Bekämpfung des Judentums“, 28. August 1936.	
Dokument 9	95
Memorandum „Zum Judenproblem“, vermutlich von Eichmann verfaßt, Januar 1937.	
Dokument 10	105
„Lagebericht der Abteilung II 112 für die Zeit vom 1. 1.–31. 3. 1937“, 8. April 1937.	
Dokument 11	108
Vermerk Wislicenys zur „Judenfrage“, 7. April 1937.	

Dokument 12	110
„Richtlinien und Forderungen an die Oberabschnitte“, verfaßt von Wisliceny und Hagen, 21. April 1937.	
Dokument 13	115
Bericht Hagens über die Zusammenarbeit zwischen II 112 und Gestapa II B 4, 29. Juni 1937.	
Dokument 14	118
„Gemeinsame Anordnung für den Sicherheitsdienst des Reichsführer-SS und die Geheime Staatspolizei“ des Chefs des Sicherheitshauptamtes und Chefs der Sicherheitspolizei, 1. Juli 1937.	
Dokument 15	120
„Lagebericht der Abteilung II 112 für die Zeit vom 1.4.–30.6.1937“, 6. Juli 1937.	
Dokument 16	123
„Arbeitsprogramm für die Tagung II 112 am 1. November 1937 im Sicherheitshauptamt“.	
Dokumente 17–24	
Referate der Tagung der SD-Judenreferenten am 1. November 1937 im SD-Hauptamt in Berlin.	
Dokument 17	124
Hagen, „Die bisher vom Sicherheitsdienst auf dem Gebiete der Judenfrage geleistete Arbeit und die zukünftigen Aufgaben von II 112“.	
Dokument 18	128
Dannecker, „Die Judengesetzgebung seit 1933“.	
Dokument 19	133
Eichmann, „Das Weltjudentum: politische Aktivität und Auswirkung seiner Tätigkeit auf die in Deutschland ansässigen Juden“.	
Dokument 20	139
Hagen, „Der Peelbericht in seiner Auswirkung auf die Lage des Judentums in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der zionistischen Bewegung und die Verlagerung der Judenfrage durch die mögliche Erklärung der Juden zu Minderheiten“.	
Dokument 21	142
Dannecker, „Das innerdeutsche Judentum: Organisation, sachliche und personelle Veränderungen, geistiges Leben und die Methodik seiner Behandlung“.	
Dokument 22	150
Gahrman, „Geistige Unterstützung des assimilatorischen Judentums in Deutschland durch Katholizismus und Bekenntnisfront“.	
Dokument 23	153
Hagelmann, „Die derzeitige Erfassung der Juden in Deutschland durch die verschiedenen Behörden, Institute und Ämter und ihre Auswertungsmöglichkeit bei der endgültigen Aufstellung der Judenkarteien“.	

Dokument 24	155
Hagen, „Jüdisches Zeitungs- und Zeitschriftenwesen in In- und Ausland und seine Auswertungsmöglichkeiten für die SD-Arbeit“.	
Dokument 25	156
„Arbeitsanweisungen für das Sachgebiet II 112“, Dezember 1937.	
Dokument 26	160
„Bericht über den Umbau der Abteilungen bei II 1“, verfaßt von Hagen, 7. Dezember 1937.	
Dokument 27	162
Lagebericht der Abteilung II 112 für das Jahr 1937.	
Dokument 28	180
Vierteljahrsbericht Januar bis März 1938 der Abteilung II 112.	
Dokument 29	186
Bericht April bis Mai 1938 der Abteilung II 112.	
Dokument 30	190
Referat Hagens auf der Hauptabteilungsleiter-II-Tagung am 9. Juni 1938.	
Dokument 31	193
Bericht über die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien, verfaßt von Hagen, November 1938.	
Dokument 32	194
Lagebericht der Abteilung II 112 für das Jahr 1938.	
Abkürzungen	207
Literatur	209
Verzeichnis der jüdischen Organisationen	217
Personenverzeichnis	219

Einleitung

Um den Sicherheitsdienst des Reichsführers SS ranken sich noch immer Mythen, deren Anfänge bis zu den Nürnberger Prozessen zurückreichen. Dort wurde der SD zwar zur verbrecherischen Organisation erklärt, aber weniger als eigenständige Formation der SS, als vielmehr in Verbindung mit der Sicherheitspolizei wegen der Einsatzgruppenmorde in der Sowjetunion¹. So konnte Otto Ohlendorf in seiner Vernehmung am 3. Januar 1946 unwidersprochen behaupten, daß zumindest das Amt III des Reichssicherheitshauptamtes, das er geleitet hatte, ein „reiner Nachrichtendienst“ gewesen sei, der die „Stimmung und Haltung des Volkes“ feststellen sollte. Der SD, so Ohlendorf, war „die einzig kritische Stelle innerhalb des Reiches, die nach objektiven Sachgebietspunkten Tatbestände bis in die Spitzen hineinbrachte“².

Wurde einerseits das Bild vom SD-Inland als eine Art Gallup-Institut des „Dritten Reiches“ bis in die neuere Forschung fortgeschrieben³ und der SD-Ausland, das spätere Amt VI des RSHA, in den Selbstdarstellungen seiner ehemaligen Protagonisten als „gewöhnlicher“ Auslandsnachrichtendienst geschildert⁴, wuchs der SD auf der anderen Seite ins Dämonische. Heinrich Orb bezeichnete die SD-Führer als die „gefährlichsten Machtwahnbesessenen des Nationalsozialismus“, den SD als „wahrhaft satanisch ausgeklügelte Organisation“⁵. In der Perspektive Lucy S. Dawidowicz' rangierte er dreißig Jahre nach Orbs Buch immer noch „ganz oben in der Hierarchie des Terrors“ und geriet zu einem Überwachungssystem, „das ganz Deutschland und dann das gesamte besetzte Europa einschloß – ein organisierter böser Blick, dessen Wachsamkeit niemand zu entgehen vermochte“⁶. Selbst für Alwin Ramme, der eine der gründlichsten Untersuchungen zum SD verfaßt hat, bildete der Sicherheitsdienst als „Führungs- und Kaderorganisation der faschistischen Sicherheitspolizei“ eines der „Hauptinstrumente“ des NS-Regimes⁷. Zwischen Apologetik und Dämonisierung weist aber auch der Mittelweg, den Friedrich Zipfel mit der Charakterisierung des SD als einem „Hilfsorgan der staatlichen Gestapo“ beschriftet⁸, eher in die falsche

¹ Urteil des Internationalen Militärgerichtshofs vom 1. 10. 1946, in: IMG, Bd. 1, besonders S. 294–300.

² IMG, Bd. 4, S. 364, 391.

³ Vgl. zum Beispiel Stokes, Ohlendorf, S. 240–242; Sowade, Ohlendorf, S. 190–192.

⁴ Vgl. Schellenberg, Memoiren; Hagen, Geheime Front. Brissaud, SD-Story, sitzt diesem Agenten-Nimbus völlig auf.

⁵ Orb, Nationalsozialismus, S. 93.

⁶ Dawidowicz, Krieg gegen die Juden, S. 78.

⁷ Ramme, Sicherheitsdienst, S. 60.

⁸ Zipfel, Gestapo, S. 13.

Richtung. Ähnlich argumentierte Hans Buchheim, der die wesentliche Bedeutung des SD darin sah, „daß aus ihm eine Reihe von Leuten hervorgingen, die im Laufe der Jahre die politisch besonders wichtigen Stellen der Sicherheitspolizei besetzten“⁹.

Das widersprüchliche Bild des SD läßt sich erstens auf die disparate Quellenüberlieferung zurückführen¹⁰. So liegen zwar die Lageberichte des SD-Inland für die Jahre 1938 bis 1945 in einer umfassenden Edition vor¹¹, und mittlerweile sind auch einige regionale Dokumentationen erschienen¹². Aber diese Berichte geben nur wenig Auskunft über die innere Entwicklung des SD und dessen Rolle innerhalb des Verfolgungsapparates. Grundlage einer empirischen Beschäftigung mit dem SD bilden daher nach wie vor, neben dem Buch von Ramme, die herausragenden Arbeiten von George C. Browder¹³ sowie die seinerzeit bahnbrechende Studie von Shlomo Aronson¹⁴.

Zweitens sind die verschiedenen Phasen und Aufgabenbereiche des SD zu berücksichtigen. 1931 gegründet, um politische Gegner und deren Pläne – aber auch, obwohl es ihm stets verboten war, die eigene Parteiorganisation – auszuspiionieren, weitete er sein Beobachtungsfeld nach der „Machtergreifung“ auf sämtliche „Lebensgebiete“ der Deutschen aus. Zugleich wandelte sich seine inhaltliche Ausrichtung von einem Nachrichtendienst herkömmlichen Typs zum Kern eines weltanschaulichen Staatsschutzkorps, dessen Aufgabe in der „rassischen Prävention“ mit polizeilichen Mitteln lag¹⁵. Der SD stellte nicht so sehr eine Kaderorganisation in Rammes marxistisch-leninistischer Deutung dar als vielmehr eine innere Elite, „élite within élites“¹⁶, sowohl innerhalb einer zur Massenorganisation angewachsenen SS als auch innerhalb der Polizei, die seit 1936 formell mit der SS verbunden, aber noch keineswegs verschmolzen war.¹⁷

Der SD muß daher unter verschiedenen Blickwinkeln betrachtet werden: einerseits als Nachrichtendienst, dessen umfassende, um Realismus bemühte Lageberichte aus dem Deutschen Reich die Regimeführung im Laufe des Krieges immer weniger akzeptierte und schließlich untersagte, dessen Auslands-Aktivitäten hingegen zunehmend Unterstützung fanden, so daß der SD-Ausland Anfang 1944 sogar zu großen Teilen das militärische Abwehramt übernehmen konnte¹⁸. Andererseits bildete der SD die innere Elite einer Sicherheitspolizei,

⁹ Buchheim, SS, S.75.

¹⁰ Vgl. Inventar archivalischer Quellen des NS-Staates, S. 121–126, 156–160.

¹¹ Boberach (Hrsg.), Meldungen aus dem Reich.

¹² Vgl. z. B. Berichte des SD und der Gestapo über Kirchen; Verfolgung und Widerstand; Pommern 1934/35; Vollmer, Volksopposition.

¹³ Browder, SD; ders., Anfänge des SD; sowie ders., Foundations.

¹⁴ Aronson, Frühgeschichte.

¹⁵ Vgl. dazu demnächst Herbert, Best.

¹⁶ Browder, SD, S.206.

¹⁷ So auch bei Petter, SA und SS, S. 86, der den SD als „Ansatz zum inneren und äußeren nationalsozialistischen Staatsschutzkorps mit vordringlich rassischem und weltanschaulichem Bezug“, als „Exekutionsinstrument des außernormativen ‚Führerwillens‘“ bezeichnete.

¹⁸ Höhne, Orden, S.450–453.

die sich als Vollstreckerin einer völkischen Neuordnung Europas unter Deutschlands Führung betrachtete. Auf dieser Grundlage war der SD an vorderster Stelle in den Einsatzgruppen vertreten, die vor allem in Osteuropa zu Mordkommandos wurden, verantwortlich für den Tod von Hunderttausenden von Menschen.

Über die frühe Phase des SD bis zur Errichtung des RSHA im September 1939 sind unsere Kenntnisse besonders spärlich. Vor allem für einen zentralen Bereich nationalsozialistischer Politik, die Verfolgung der Juden, lag die Rolle des SD, aus dem mit Eichmann, Dannecker, Wisliceny und anderen führende Akteure der „Endlösung“ hervorgingen, bislang fast völlig im Dunkeln¹⁹. Aus den Akten des Bundesarchivs ließ sich die Bedeutung, die die Abteilung II 112 des SD-Hauptamtes für die antisemitische Politik besaß, nur in Schemen erkennen. Erst die jetzt der Forschung zugänglichen Bestände des Zentrums für die Aufbewahrung historisch-dokumentarischer Sammlungen („Sonderarchiv“) in Moskau²⁰, die zahlreiche vom RSHA vor Kriegsende ausgelagerte und von der Roten Armee erbeutete Akten der Gestapo, des SD und der SS umfassen, werfen ein klares Licht auf die Tätigkeit des SD in den Jahren 1935 bis 1939, insbesondere auf dessen Judenreferat, das denn auch im Mittelpunkt der vorliegenden Dokumentation steht.

Gerade für die Zeit zwischen Nürnberger Gesetzen und „Reichskristallnacht“, die als eine „ruhige“ und „zurückhaltende“ Phase in der Verfolgung der Juden gilt²¹, werden jetzt die Konturen einer aktiven SD-Abteilung sichtbar, die sich keineswegs auf die Sammlung von Nachrichten beschränken ließ. Während der Gestapo die Exekution der Verfolgungsmaßnahmen oblag und andere Reichsinstanzen sich mit der „Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft“ befaßten, während die „Radau-Antisemiten“ in der NSDAP mit gewalttätigen Aktionen die Stimmung anzuheizen suchten, entwickelte das Judenreferat des SD die Grundlagen einer „sachlichen“, aber nicht minder radikalen Politik gegen die Juden. Der SD unterschied sich hinsichtlich seiner antisemitischen und rassenbiologischen Grundeinstellung nicht von den übrigen nationalsozialistischen Institutionen. Während andere sich jedoch emotional aufgeladen in den Fallstricken ihrer eigenen Vorurteile über „den Juden“ verfangen, suchte der SD die „Judenfrage“ ratio-

¹⁹ Drobisch, Judenreferate, stützt sich auf Akten des Bundesarchivs, die vor ihm schon Aronson und Graf ausgewertet haben. Indem er darauf verzichtete, die Dokumente des seit 1991 zugänglichen Sonderarchivs in Moskau einzubeziehen, schreibt er die Lücken in der Forschung eher fort, als daß er sie schließen kann. Susanne Heims aufschlußreicher Aufsatz basiert bereits auf Akten des Sonderarchivs in Moskau, allerdings konzentriert sie sich auf die Zwangsemigration, ohne die Judenpolitik des SD insgesamt in den Blick zu nehmen; Heim, „Deutschland“.

²⁰ Den informativsten Überblick über die Bestände des Sonderarchivs bieten: Aly/Heim, Zentrales Staatsarchiv.

²¹ Vgl. Adam, Judenpolitik, S. 153; Burleigh/Wippermann, Racial State, S. 84–85. Für Genschel, Verdrängung, S. 120–138, waren die Jahre 1934 bis 1937 eine Phase „schleichender Judenverfolgung“; Barkai, Boykott, S. 65, kennzeichnet sie als „Illusion der ‚Schonzeit‘“.

nal und statistisch exakt zu behandeln, erfaßte akribisch die jüdischen Organisationen, beurteilte sie nach Nützlichkeit für die Verwirklichung der Auswanderungspolitik und markierte damit Unterschiede, die ihrerseits als Grundlage polizeilicher Herrschaftstechnik dienten.

Frühzeitig legte er sich auf das „Hauptziel Auswanderung“ (Dokument 1) als einzig mögliche „Lösung der Judenfrage“ fest und sah seine Aufgabe darin, diese Option als Richtschnur der nationalsozialistischen Politik durchzusetzen. Das Judenreferat des SD erfaßte die Einwanderungsquoten des westlichen Auslands, beobachtete intensiv die politischen Vorgaben der britischen Mandatsmacht für Palästina, unterbreitete analog zum Haavara-Abkommen Vorschläge für Devisenbestimmungen und betrieb 1937 sogar einen, wenn auch gescheiterten Versuch, auf eigene Faust direkt mit zionistischen Organisationen in Palästina in Kontakt zu kommen. Mit dem Anschluß Österreichs konnte die Abteilung II 112 demonstrieren, daß sie ihre Konzepte in der Praxis umzusetzen verstand. Eichmanns Zentrale für jüdische Auswanderung in Wien wurde zum Modell für Berlin und Prag. Die vom SD beanspruchte Sachlichkeit in der „Lösung der Judenfrage“ war daher keineswegs weniger radikal antisemitisch als der Straßenterror der „Radau-Antisemiten“. Die „Entjudung Deutschlands“ (Dokument 9) als „wissenschaftlich“ begründete, rationale Aufgabe, bei der „es kein ‚unmöglich‘ geben darf“²², schloß die Erniedrigung, Enteignung, Mißhandlung und Vertreibung ausdrücklich ein. Der systematische Massenmord an den europäischen Juden lag in den Jahren 1935 bis 1938 noch außerhalb des Horizonts des SD, seiner Mentalität und der Rationalität seiner Politik jedoch war der Genozid inhärent.

SD und Gestapo in der Frühphase der Judenverfolgung 1933/34

So unauflöslich der Antisemitismus mit dem Programm der Nationalsozialisten verbunden war, so schwierig erwies sich dessen Verwirklichung in der politischen Praxis nach der „Machtergreifung“ 1933. Zwar forderte das NSDAP-Programm von 1920, daß Juden keine deutschen Staatsbürger sein könnten, unter Fremden gesetzgebung zu stellen seien und sämtliche nach 1914 eingewanderten Nicht-Deutschen sofort zum Verlassen des Reichs gezwungen werden sollten; zwar herrschte unter Nationalsozialisten ein allgemeiner Konsens, daß es gegen die wirtschaftliche Stellung der Juden gehen müsse, aber über eine konsistente Strategie, wie der angeblich bedrohliche Einfluß der Juden auf die deutsche Gesellschaft zurückgedrängt werden sollte, verfügten die Nationalsozialisten nicht²³.

²² Buchheim, Befehl, S.277.

²³ Vgl. Graml, Reichskristallnacht, S.108–111; Adam, Judenpolitik, S.19–38; Schleunes, Twisted Road, S.62–70.

Mit dem Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933 gedachten die „Stürmer“ in der NSDAP um Julius Streicher und Joseph Goebbels, den Juden einen entscheidenden, wirtschaftlichen Schlag zu versetzen. Aber der Mißerfolg der Kampagne war evident. Die Reaktion im westlichen Ausland war verheerend, der wirtschaftliche Schaden des Boykotts wog viel schwerer als das Gefühl der „Radau-Antisemiten“, es „den Juden“ einmal gezeigt zu haben, und eine nennenswerte antisemitische Mobilisierung der deutschen Bevölkerung, wie sie sich die Nationalsozialisten erhofft hatten, war nicht zu spüren²⁴. So nahmen zum Beispiel die „christlichen Angestellten und Arbeiter“ jüdischer Kaufhäuser in Aachen öffentlich gegen den Aprilboykott Stellung, weil er nicht den jüdischen Inhabern schadete, sondern die Beschäftigten mit Arbeitslosigkeit bedrohte²⁵. Hitler selbst, im Juni 1933 mit der Frage konfrontiert, dem vielfach angegriffenen jüdischen Hertie-Konzern einen staatlichen Kredit in Höhe von 14,5 Millionen Reichsmark einzuräumen oder aber bei einem Konkurs des angeschlagenen Unternehmens rund 14 000 „arische“ Arbeitsplätze zu vernichten, entschied sich für den Kredit²⁶. „Die Judenfrage wieder aufrollen,“ erklärte er im Juli 1933 in einer Ansprache vor den Reichsstathaltern in Berlin, „heißt die ganze Welt wieder in Aufruhr bringen.“²⁷ Hitler hielt sich in den kommenden Monaten zurück, während Parteidienststellen und Ministerialinstanzen um die Fortführung der antisemitischen Politik stritten²⁸.

Geheime Staatspolizei und SD waren am Boykott wie an der nachfolgenden April-Gesetzgebung nur am Rande einbezogen²⁹. Die Verfolgung der politischen Gegner auf der Linken stellte die zentrale Aufgabe der politischen Polizei in der Phase der „Machtergreifung“ dar, während der „Judenfrage“ in diesen Monaten nur eine untergeordnete Rolle zukam. Im Geschäftsverteilungsplan des Geheimen Staatspolizeiamtes in Berlin vom Juni 1933 wurde der Bereich „Juden“ zusammen mit „Ausschreitungen, Sprengstoff, Attentate, Ausländern, Emigranten, Freimauren“ im Dezernat IX³⁰ geführt, das zu dieser Zeit der Gerichtsassessor Wilhelm Ludwig³¹ leitete. Auch ein halbes Jahr später, nach der Umorganisation des Gestapa, umfaßte das neue Dezernat II F 2 immer noch die Berei-

²⁴ Barkai, Boykott, S. 26–35.

²⁵ Gasten, Aachen, S. 143.

²⁶ Schleunes, Twisted Road, S. 93–94.

²⁷ Akten der Reichskanzlei, Die Regierung Hitler, Teil I: 1933/34, Bd. 1, S. 631.

²⁸ Adam, Judenpolitik, S. 72–82; sowie Krausnick, Judenverfolgung, S. 314–319.

²⁹ Graf, Politische Polizei, S. 238, führt einige Belege dafür an, daß die Gestapo nicht völlig unbeteiligt war, aber sowohl die Boykottkampagne als auch die April-Gesetzgebung waren von anderen Instanzen des NS-Regimes initiiert und organisiert worden.

³⁰ Geschäftsverteilungsplan Gestapa, 19. 6. 1933; Bundesarchiv (im folgenden: BA), R 58/840; vgl. auch Drobisch, Judenreferate, S. 232–239.

³¹ Dr. jur. Wilhelm Ludwig, geboren 1901, kam 1933 als Gerichtsassessor zum Gestapa, wechselte spätestens Anfang 1934 zum Forschungsamt Görings und gab die Leitung des Judenreferats im Gestapa an Dr. Karl Haselbacher ab. Nach Kriegsbeginn war Ludwig als Oberstaatsanwalt im besetzten Prag tätig; vgl. Graf, Politische Polizei, S. 185, 289, 365.

che „Emigranten, Juden, Freimaurer“, nun innerhalb der juristischen Abteilung angesiedelt und von Karl Haselbacher³² geführt³³.

Auf regionaler Ebene schränkten die politischen Polizeistellen in Preußen, Bayern und den übrigen Ländern 1933 die Betätigungsmöglichkeiten jüdischer Organisationen drastisch ein. Die Bayrische Politische Polizei verbot am 19. Juli 1933 alle jüdischen Organisationen, soweit nicht „rein religiöser“ Art, nachdem in München bereits im Mai sämtliche jüdischen Vereine aufgelöst worden waren³⁴. In Frankfurt und Düsseldorf sollten Pässe von Juden überprüft beziehungsweise nicht mehr ausgestellt werden, der Breslauer Polizeipräsident verfügte, allen Juden die Waffenscheine zu entziehen, und der Polizeipräsident Magdeburgs untersagte im Mai 1933 jüdischen Firmen das Hausieren³⁵.

Während hinter den Polizeiverfügungen offensichtlich keine einheitliche Politik stand und sie eher durch Aktionismus gekennzeichnet waren, trat der SD in dieser frühen Phase der Judenverfolgung bereits mit einem klaren und weitreichenden Konzept hervor. Am 9. November 1933 hatte Himmler den Sicherheitsdienst in den Rang eines SS-Amtes erhoben, Heydrich zum „Chef des Sicherheitsamtes des Reichführers SS“ ernannt³⁶. Auf dieselbe Zeit datieren erste Informationen, die über den organisatorischen Aufbau des SD Aufschluß geben³⁷. Danach gliederte sich das Amt in München neben der Stabsabteilung und der Zentral-Abteilung Z, die die Korrespondenz und die Registratur führte, in die Abteilung I Organisation, zuständig für Personal und allgemeine Organisationsfragen, Abteilung II Verwaltung, Abteilung III Information (Innenpolitik), Abteilung IV Spionageabwehr und Auslandsfragen sowie Abteilung V Freimaurerfragen. Zur Abteilung IV gehörte neben den Unterabteilungen für Ausland, GPU/Landesverrat/Emigranten im Inland, Spionageabwehr, Rüstungen, Wirtschaft und Korruption auch die Unterabteilung IV/2 Juden, Pazifisten, Greuelpropaganda, Emigranten im Ausland, die von Major a. D. Walter Ilges geleitet wurde³⁸. Ähn-

³² Dr. Karl Haselbacher, 1904 in Neu-Dieringshausen geboren, studierte Jura und Volkswirtschaft in Marburg und Köln, promovierte 1931 zum Dr. jur. Schon frühzeitig für die „Bewegung“ tätig, wurde er allerdings erst im Mai 1933 NSDAP-Mitglied. Im Juli 1933 war er im preußischen Innenministerium mit der antijüdischen Gesetzgebung befaßt und wechselte von dort zum Gestapa. Dort führte er von 1934 bis 1937 das Judenreferat. 1938 war Haselbacher als Gestapobeamter in Wien und leitete später die Staatspolizeileitstelle Düsseldorf, bis er 1940 tödlich verunglückte. Graf, Politische Polizei, S. 350–351, bezeichnet ihn als „Beispiel eines alten NS-Sympathisanten der jungen Generation, der in einer Schlüsselfunktion der Judenpolitik im Gestapa die Kontinuität von Diels zu Heydrich verkörpert“.

³³ Geschäftsverteilungsplan Gestapa, 22. 1. 1934; BA, R 58/840.

³⁴ Walk, Sonderrecht, I 184, bzw. I 102.

³⁵ Ebenda, I 28, 32, 73, 113.

³⁶ Aronson, Frühgeschichte, S. 55–65.

³⁷ Browder, Anfänge, S. 309–311.

³⁸ Wie im Gestapa zeigt die Bereichshäufung in der Unterabteilung IV/2, daß auch im SD das Thema „Juden“ zu diesem Zeitpunkt noch einen geringen Stellenwert besaß. Walter Ilges, 1870 in Breslau geboren, studierte Germanistik und versuchte nach dem Ersten Weltkrieg als Schriftsteller zu leben. Als „alter Kämpfer“, der lange vor 1933 der NSDAP beigetreten war, fand Ilges Anstellung im SD-Amt, wo er bis 1936 blieb. Er starb 1941.

lich wie im Gestapa gibt die thematische Bandbreite des SD-Judenreferats Aufschluß, wie eng die „Judenfrage“ zu dieser Zeit noch mit der Erwartung verknüpft war, die Juden würden vor allem vom Ausland her alles unternehmen, um dem Deutschen Reich zu schaden. Das „Judenproblem“ stellte sich für die politische Polizei und die SD-Führung noch mehr als eines der „Greuelpropaganda“ und der politischen Verbindungen der Emigranten zur Opposition in Deutschland denn als ein eigenes rassenpolitisches dar.

Dagegen formulierte das Judenreferat des SD in einem für Heydrich verfaßten Memorandum (Dokument 1) bereits im Mai 1934 die grundlegende Forderung, die für die kommenden Jahre die Richtschnur seines Handelns bilden sollte: „Das Ziel der Judenpolitik muß die restlose Auswanderung sein.“ Der Verfasser, vermutlich Ilges, sah durchaus die damit aufgeworfenen Schwierigkeiten, da der Platz für auswanderungswillige Juden in den „kultivierten Ländern“ begrenzt sei und sich ein Judenstaat nur in bislang unerschlossenen Gebieten errichten ließe³⁹. Da Deutschland auf die internationalen Verhältnisse nur geringen Einfluß nehmen könne, müsse der Augenmerk auf den innerdeutschen Verhältnissen liegen. „Hauptziel muß sein, das Bewußtsein um den jetzigen Zustand als ein Übergangsstadium zu wecken und zu erhalten. Den Juden sind die Lebensmöglichkeiten – nicht nur wirtschaftlich genommen – einzuschränken.“ Deutschland müsse ihnen ein „Land ohne Zukunft“ sein. Und nachdem Ilges den „Straßenmethoden“ und „Mitteln des Radau-Antisemitismus“ eine Abfuhr erteilt hatte, schrieb er: „Gegen Ratten kämpft man nicht mit dem Revolver, sondern mit Gift und Gas.“ Selbstverständlich antizipierte dieser Satz nicht die spätere Ermordung der Juden durch Gas; aber die Gleichsetzung der Juden mit Ungeziefer, die mit Kammerjägermethoden bekämpft werden müßten – ein Vergleich, der sich in Hitlers „Mein Kampf“ vielfach findet⁴⁰ –, offenbart, wie sehr die Juden in der Vorstellung des SD bereits entmenschlicht waren, ihre „Ausrottung“ keine metaphorische Forderung bleiben mußte.

Die Ablehnung von „Straßen-Methoden“ und „Radau-Antisemitismus“ entsprach Hitlers Unterscheidung eines Antisemitismus „aus rein gefühlsmäßigen Gründen“, der sich letztlich in Pogromen äußere, und eines „Antisemitismus der Vernunft“, der zur „planmäßigen gesetzlichen Bekämpfung und Beseitigung der Vorrechte des Juden“ führe. Letztes Ziel, so Hitler, müsse „unverrückbar die Entfernung der Juden überhaupt sein“⁴¹. Auf eben dieser Linie argumentierte auch der SD. Um den Juden in Deutschland die Existenzgrundlage zu nehmen und sie gesellschaftlich zu isolieren, müßten die jüdischen Organisationen gespalten und deren Gegensätze vertieft werden (Dokument 1). In offener Kritik an der Politik des Gestapa, das zentrale Organisationen wie den Kulturbund

³⁹ Bereits dieses frühe wie auch die übrigen hier vorgelegten Dokumente widerlegen Pätzolds Behauptung, der SD habe die langfristigen außenpolitischen Folgen der Judenvertreibung „geradezu verdrängt, um das Konzept nicht zu gefährden“; Pätzold, Vertreibung, S. 186.

⁴⁰ Vgl. Jäckel, Hitlers Weltanschauung, S. 69–71.

⁴¹ Hitler an Adolf Gemlich, 16. 9. 1919, in: Hitler, Aufzeichnungen, S. 89–90.

Deutscher Juden⁴² zugelassen habe, dürften keine Dachorganisationen mehr entstehen, da sie das „Gemeinschaftsgefühl der Juden“ förderten und auf eine einheitliche jüdische Politik orientierten. Als Grundsatz, der für den SD auch in den kommenden Jahren gelten sollte, stellte das Memorandum vom Mai 1934 die Forderung auf, die Zionisten, die erklärtermaßen die jüdische Auswanderung nach Palästina förderten, im Gegensatz zu den assimilatorischen jüdischen Verbänden bevorzugt zu behandeln.

Diese Auffassung setzte sich in den kommenden Monaten auch innerhalb der politischen Polizei durch. Im März 1934 hatte die Bayrische Politische Polizei noch den deutschnational eingestellten Reichsbund jüdischer Frontsoldaten⁴³ und verschiedene jüdische Jugendorganisationen unter der Bedingung wieder zugelassen, daß sie sich nicht politisch betätigten, ihnen nur Juden angehörten und sie ihre Mitgliederlisten der zuständigen Polizeibehörde offenlegten⁴⁴. Zehn Monate später, im Januar 1935, änderte die BPP ihre Haltung und wies die örtlichen Dienststellen hinsichtlich der jüdischen Jugendverbände an, die „Bundesmitglieder der zionistischen Verbände im Hinblick auf die auf Abwanderung nach Palästina gerichtete Tätigkeit nicht mit derjenigen Strenge zu behandeln, wie sie gegenüber den Angehörigen der sogen. deutsch-jüdischen Organisationen (Assimilanten) notwendig ist“⁴⁵. Kurze Zeit darauf erlaubte die BPP bestimmten zionistischen Jugendgruppen, „in geschlossenen Räumen“ Uniform zu tragen, nachdem sie noch im Dezember 1934 jüdischen Jugendverbänden das Tragen von einheitlicher Kleidung und das Mitführen von Fahnen verboten hatte⁴⁶. Im Einvernehmen mit der Reichsjugendführung regelte das Gestapa Anfang August 1934 die Behandlung der jüdischen Jugendorganisationen in einer grundsätzlichen Arbeitsrichtlinie. Demnach sah die Gestapo in Hinblick auf die Olympischen Sommerspiele 1936 in Berlin von einem generellen Verbot der jüdischen Jugendorganisationen ab, untersagte deren Mitgliedern jedoch, in der Öffentlichkeit eine Uniform zu tragen und Fahnen, Banner o. ä. zu zeigen⁴⁷.

⁴² Der Kulturbund Deutscher Juden war Mitte Juli 1933 gegründet worden, um jüdischen Künstlern, die von deutschen Bühnen ausgeschlossen wurden, Auftrittsmöglichkeiten zu schaffen; vgl. Dahm, *Kulturelles und geistiges Leben*, S. 83–94.

⁴³ 1919 gegründet, umfaßte der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten in den zwanziger Jahre mehr als 30 000 Mitglieder. Mit Ergebnheitsadressen an die neuen Machthaber glaubte die RjF-Führung 1933, sich ihre Unabhängigkeit zu bewahren, mußte jedoch rasch wahrnehmen, daß sich gerade gegen eine deutschnationale jüdische Gesinnung die Politik der Nationalsozialisten richtete. Im Oktober 1936 wurde dem RjF jede politische Betätigung verboten; vgl. Dunker, *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten*, S. 113–177.

⁴⁴ Rundverfügung BPP, 20. 3. 1934, gez. Heydrich, abgedruckt in: Mommsen, *Polizeistaat*, S. 77–78.

⁴⁵ Rundverfügung BPP, 28. 1. 1935, abgedruckt in: Ebenda, S. 80–81, 78.

⁴⁶ Rundverfügung BPP, 13. 4. 1935, abgedruckt in: Ebenda, S. 80–81, 78. In ähnlicher Weise hatten die badischen Behörden im Oktober 1934 den jüdischen Jugendverbänden das Tragen von Uniformen und das Zeigen von Fahnen untersagt, im April 1935 jedoch dieses Verbot für bestimmte zionistische Jugendverbände wieder aufgehoben; *Dokumente über die Verfolgung*, Bd. 1, S. 271–272; vgl. auch Walk, *Sonderrecht I*, 355, 453.

⁴⁷ Arbeitsrichtlinie Nr. 5 des Inspektors der Geheimen Staatspolizei an alle Staatspolizeistellen, 2. 8. 1934 (Abschrift der Staatspolizeistelle Hannover); *Archiv des Instituts für Zeitgeschichte* (im

Die Politik der unterschiedlichen Behandlung jüdischer Organisationen wurde fester Bestandteil polizeilicher Praxis. Am 1. Juni 1934 befahl das Gestapa dem Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens⁴⁸ in Deutschland, Hausversammlungen seiner Mitglieder anzumelden; am 26. Juni wurde der Erlaß dahingehend verschärft, daß jede Versammlung jüdischer Organisationen bei der Polizei anzumelden sei, andernfalls, so eine Verfügung wenige Tage später, müsse die Versammlung durch die Polizei aufgelöst werden⁴⁹. Am 9. Juli wies das Gestapa die Staatspolizeistellen an, die jüdischen Organisationen zu erfassen; im selben Monat untersagte es dem RjF, weiterhin Mitglieder zu führen, die nicht oder nur in der Vorkriegszeit Soldaten gewesen waren⁵⁰. In einem Bericht des Gestapa-Judenreferats, seit Oktober 1934 unter dem Kürzel II 1 B 2 zuständig für „Juden, Freimaurer, Logen, Emigranten (Ausbürgerungen, Widerruf von Einbürgerungen)“⁵¹, vom November 1934 schrieb Haselbacher, daß das „Bestreben der Staatspolizei dahin gerichtet [sei], den Zionismus weitgehendst zu fördern und seine Auswanderungsbestrebungen zu unterstützen. Die Deutschen (Assimilanten) werden in ihrer Betätigung so viel wie möglich behindert, um sie zu veranlassen, in das Lager der Zionisten hinüberzuwechseln“⁵².

Die Tatsache, daß anläßlich des Abstimmungsergebnisses im Saarland auch jüdische Geschäfte die Hakenkreuzflagge gehißt hatten, veranlaßte das Gestapa am 12. Februar 1935 zu einem entsprechenden Verbot⁵³. Im selben Monat ordnete es „durch Erlaß an alle Staatspolizeistellen an, daß alle jüd. Versammlungen, in denen für das Festhalten am Deutschtum und das Verbleiben in Deutschland gesprochen werden soll, bis auf weiteres zu verbieten sind“⁵⁴. Darüber hinaus be-

folgenden: Archiv IfZ), Fa 282. Der Bericht des Judenreferats des Gestapa vom November 1934 vermerkte dazu, daß die ursprüngliche Absicht, die Tätigkeit der Jugendverbände „ganz auszuschalten“, durch „die vom Reichssportführer gemachten Zugeständnisse der freien sportlichen Betätigung und Teilnahme an der Olympiade 1936 durchkreuzt“ wurden; Zentrum für die Aufbewahrung historisch-dokumentarischer Sammlungen („Sonderarchiv“), Moskau (im folgenden: Sonderarchiv Moskau), 501/1/18.

⁴⁸ Der Centralverein, 1893 in Berlin gegründet, hatte sich als ein wesentliches Ziel seiner Tätigkeit die Bekämpfung des Antisemitismus gesetzt. Mit rund 60 000 Mitgliedern in 555 Ortsverbänden und 21 Landesverbänden stellte der CV den bedeutendsten jüdischen Verband in Deutschland dar. Anfang 1939 wurde er wie alle anderen jüdischen politischen Organisationen aufgelöst; vgl. jetzt vor allem Barkai, Der CV im Jahre 1933.

⁴⁹ Bericht Gestapa, November 1934 (Anm. 47); sowie Walk, Sonderrecht, I 414.

⁵⁰ Bericht „Juden“ Gestapa II 1 B 2, 25. 3. 1935; Sonderarchiv Moskau, 501/1/18.

⁵¹ Geschäftsverteilungsplan Gestapa, 25. 10. 1934; BA, R 58/840.

⁵² Bericht Gestapa, November 1934 (Anm. 47).

⁵³ Die Angabe bei Walk, Sonderrecht, I 516, beruht auf dem Badischen Gesetz- und Verordnungsblatt. Im Bestand BA, R 58/276, findet sich ein entsprechendes Schreiben des Gestapa, gez. Best, an alle Stapostellen unter dem 21. 2. 1935. Im April 1935 sanktionierte das Reichsinnenministerium nachträglich diese Anordnung der Geheimen Staatspolizei, im September 1935 regelte dann das Reichsflaggengesetz das Verbot endgültig; vgl. Adam, Judenpolitik, S. 118.

⁵⁴ „Lagebericht Juden“ Gestapa II 1 B 2, 19. 2. 1935, Sonderarchiv Moskau, 501/1/18. Die Anordnung selbst ist unter dem 10. 2. 1935 ergangen, vgl. BA, R 58/276. Im Nachtrag zu diesem Erlaß erklärte das Gestapa am 26. 3. 1935, daß die Gründe für das Verbot nicht bekanntgegeben, sondern mit den örtlichen Verhältnissen begründet werden sollten; Walk, Sonderrecht, I 538.

reitete dem Gestapa Sorge, daß jüdische Künstler in der Öffentlichkeit „absichtlich zersetzende Kritik“ übten und bei einem Einschreiten der Polizei vom Publikum „zum Gegenstand von Ovationen“ gemacht würden. Hier sei die Polizei angewiesen, bei etwaigen Anspielungen sofort einzuschreiten und die Künstler in Schutzhaft zu nehmen⁵⁵.

Die Stoßrichtung dieser Polizeiverfügungen zielte auf die Förderung der Zionisten einerseits und die weitgehende Beschränkung der deutsch-jüdischen Verbände andererseits. Gestapa und SD gingen parallel in ihrer grundsätzlichen Beurteilung der „Judenfrage“, wobei der SD die Auswanderung als im nationalsozialistischen Sinn einzig erfolversprechende Strategie bereits frühzeitig formuliert hatte und konzeptionell stetig ausbaute. Von diesem Ziel ließen sich die „Judenpolitiker“ des SD auch in den folgenden Jahren nicht abbringen und beurteilten sämtliche antisemitischen Maßnahmen des Regimes danach, ob sie der Vertreibung der Juden aus Deutschland dienten oder nicht. In der Vielzahl nationalsozialistischer Meinungen und Vorstellungen über den richtigen Umgang mit den Juden entwickelte der SD ein geschlossenes Konzept, das, solange er sich an der Peripherie der Macht befand, kaum Chancen besaß, verwirklicht zu werden, in dem Moment jedoch, als 1938 die nationalsozialistische Politik gegen die Juden in eine Sackgasse geriet, als „Lösung der Judenfrage“ erscheinen konnte.

1934/35 fielen die Machtverhältnisse zwischen den rivalisierenden Institutionen des Regimes noch deutlich zuungunsten des SD aus. Allein das Gestapa zählte im Frühjahr 1934 etwa 600 Beamte und Angestellte, nicht gerechnet die rund 2000 Beamten in den preußischen Staatspolizeistellen⁵⁶. Angesichts der von Browder für diesen Zeitpunkt ermittelten Zahl von rund 200 SD-Mitgliedern im gesamten Reich⁵⁷ wird die Differenz der Kräfte deutlich. Dennoch entschied sich die SS-Führung nicht dazu, den SD in der politischen Polizei aufgehen zu lassen. Auch nachdem Himmler am 20. April 1934 Inspekteur der Preußischen Geheimen Staatspolizei geworden war und Heydrich zum Chef des Gestapa ernannt hatte, führte dieser das nach Berlin verlegte SD-Amt weiter. Am 9. Juni 1934 bescheinigte Rudolf Heß als Stellvertreter des Führers dem SD, einziger Nachrichtendienst der Partei zu sein. Damit verband er allerdings die strenge Auflage, nicht die NSDAP selbst und ihre Organisationen zu bespitzeln⁵⁸. Außerdem besaß der SD keinerlei exekutiven Vollmachten. In einem Erlaß vom 4. Juli 1934 unterstrich Himmler den Grundsatz, daß die Polizei die Gegner des nationalsozialistischen Staates bekämpfe, der SD hingegen die Feinde der nationalsozialistischen Idee ermittle⁵⁹.

⁵⁵ Lagebericht Gestapa, 19.2.1935 (Anm.54); sowie Erlaß Gestapa 25.2.1935; Archiv IfZ, Fa 282.

⁵⁶ Tuchel/Schattenfroh, *Zentrale des Terrors*, S.80. Graf, *Politische Polizei*, S.176–177, geht von niedrigeren Zahlen aus, die allerdings ebenso klar das ungleiche Verhältnis zeigen.

⁵⁷ Browder, *Anfänge*, S.301.

⁵⁸ Aronson, *Frühgeschichte*, S.195. Daß diese Auflage nie eingehalten wurde, belegen Browder, *Foundations*, S.91–97, sowie Buchheim, *SS*, S.74–75.

⁵⁹ Aronson, S.196.

Im Januar 1935 wurde das Sicherheitsamt neben dem SS-Hauptamt und dem Rasse- und Siedlungshauptamt zum dritten Hauptamt erhoben. Über seine innere Gliederung zu dieser Zeit herrscht Ungewißheit. Browders Vorschlag, das überlieferte Registraturverzeichnis des SD-Oberabschnitts Rhein zur Grundlage zu nehmen⁶⁰, weist dem Sachgebiet Juden die Bezeichnung III/6 zu⁶¹. Dagegen ist der Lagebericht vom August 1935 (Dokument 2) von J I/6 verfaßt, und in den Unterlagen für eine geplante Tagung der SD-Judenreferenten im November 1935 ist von der „Abteilung ‚Juden‘“ als J I/6 die Rede⁶². Auch Eichmann erinnerte sich in den Vernehmungen in Israel, daß die Abteilung, in die er 1935 kam, „Juden“ hieß und das Amt I „Amt Information“⁶³. Obwohl die Gesamtstruktur des SD-Hauptamtes für die Zeit bis Anfang 1936 aufgrund der spärlichen Quellenlage weiterhin unklar bleiben muß, geht doch aus den Moskauer Akten hervor, daß das Judenreferat 1935 unter dem Referatskürzel J I/6 Teil des von Hermann Behrends⁶⁴ geführten Amtes I Information gewesen ist.

Nach Walter Ilges leitete ab Juli 1935 Leopold Itz Edler von Mildenstein bis zum Sommer 1936 das Judenreferat. Geboren 1902 in Prag, trat der gelernte Diplom-Ingenieur 1929 der NSDAP, 1933 der SS bei und arbeitete seit 1934 für den SD⁶⁵. Wegen seiner Funktion als Korrespondent der *Berliner Börsenzeitung*, zahlreicher Auslandsreisen und vielfältiger persönlicher Beziehungen galt er als Orientexperte, dessen prozionistische Artikel, so Mildenstein nach dem Krieg, Heydrich auf ihn aufmerksam gemacht hätten. Weil er sich um eine gerechte Auswanderungspolitik bemüht habe, habe er im SD-Hauptamt als zu weich gehalten und sei deshalb 1936 versetzt worden⁶⁶. Auch Eichmann schilderte ihn 1960 als einen „sehr aufgeschlossenen, liebenswürdigen Menschen“, der *Stür-*

⁶⁰ Browder, Anfänge, S. 307.

⁶¹ Dem folgt Drobisch, Judenreferate, S. 240.

⁶² Sicherheitshauptamt an SD-Oberabschnitte, 17. 10. 1935; Sonderarchiv Moskau, 500/3/320.

⁶³ Vernehmung Eichmann, Eichmann-Prozeß Anklage-Dokument T/37, Bd. 1, S. 64 und 74; Archiv der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg (im folgenden: Archiv Forschungsstelle), O 23/20. Vgl. auch Lang, Eichmann-Protokoll, S. 26 und 29, wobei die Zitation der von Lang ausgewählten Verhörpassagen wegen der nicht gekennzeichneten Kürzungen, Auslassungen und Bearbeitungen problematisch ist. Eine wissenschaftliche Edition der Vernehmungen Eichmanns in Israel stellt nach wie vor ein Desiderat dar.

⁶⁴ Dr. Hermann Behrends, 1907 in Rüstringen geboren, studierte Jura in Marburg, trat 1932 der NSDAP und der SS bei und war von 1933 und 1939 Führer des SD-Oberabschnitts Berlin. Behrends sammelte Material gegen den ersten Gestapo-Chef Diels und spielte eine wesentliche Rolle als „Sonderkommissar des Gestapa zur Liquidierung der Affäre Röhm“ im Juni 1934. Ende 1935 wurde er Chef des Informationsamtes des SD-Hauptamtes, mit der Umorganisation Anfang 1936 erster Chef des Amtes II, des sogenannten SD-Inland. Er blieb dort, bis Otto Ohlendorf 1937 den SD-Inland übernahm. Behrends wechselte als Stabsführer in das Hauptamt Volksdeutsche Mittelstelle, diente 1943/44 in der Waffen-SS, avancierte zum Generalleutnant der Polizei und 1944 zum Höheren SS- und Polizeiführer Serbien und Montenegro. 1945 wurde er nach Jugoslawien ausgeliefert, zum Tode verurteilt und 1948 hingerichtet.

⁶⁵ BDC-Akte von Mildenstein.

⁶⁶ Aronson, Frühgeschichte, S. 203. Diese apologetische Interpretation setzt sich fort bis zu Höhne, bei dem Mildenstein quasi zum Judenfreund avanciert, der die Vertreibung ersann, um die Juden vor den Nationalsozialisten zu retten; Höhne, Orden, S. 302–304.

mer-Methoden abgelehnt und eine „politische Lösung“ gesucht habe. „Insofern muß ich sagen,“ erklärte Eichmann, „habe ich Herrn von Mildenstein stets als meinen Meister betrachtet, denn er war der einzige im gesamten Reichssicherheitshauptamt, der bezüglich zum mindesten Judentum eine sachlich erschöpfende Auskunft erteilen konnte.“⁶⁷ Dessenungeachtet, daß Eichmann das RSHA, das erst im September 1939 geschaffen wurde, und das Sicherheitshauptamt durch-einanderbringt, ist sein Hinweis sicher ernst zu nehmen, daß mit Mildenstein ein Mann das Judenreferat des SD führte, der über Kenntnisse der Materie verfügte. Seine Lageberichte aus den Jahren 1935 und 1936 lassen aber keineswegs mangelnde „Härte“ vermissen. Im Juli 1936 wurde er auf eigenen Wunsch aus dem SD entlassen und arbeitete anschließend in der Auslandspressabteilung des Reichspropagandaministeriums⁶⁸.

Innerhalb des Apparates der politischen Polizei und der SS verfügte das Judenreferat des SD während dieser Frühphase der Judenverfolgung über nur geringen Einfluß. So weitgehend sich die Konzepte der unterschiedlichen Behandlung von zionistischen und assimilatatorischen jüdischen Organisationen von Gestapo und SD auch glichen, so eindeutig lag das machtpolitische Übergewicht bei der Polizei. Dem SD war in den ersten Monaten nach der „Machtergreifung“ vor allem die Aufgabe zugefallen, die Ausdehnung der Kompetenzen Himmlers als Politischer Polizeikommandeur über Bayern hinaus zu unterstützen⁶⁹. Erst nachdem diese Entwicklung mit dessen Ernennung zum Inspekteur der Geheimen Staatspolizei in Preußen im April 1934 erfolgreich abgeschlossen geworden war, und nach den blutigen Säuberungen Ende Juni 1934, in die der SD ebenfalls involviert gewesen war⁷⁰, konnte die Funktion des SD neu bestimmt werden. Jedwede Exekutivmacht blieb ihm weiterhin versagt, aber die Erhöhung zum Hauptamt Anfang 1935 setzte ein sichtbares Zeichen, daß seine Rolle keineswegs ausgespielt war, sondern ihm im Machtgefüge von SS und Polizei eine besondere Bedeutung zufiel.

Rückblickend vermerkte das SD-Judenreferat im April 1937, daß erst im Juni 1935 mit der „systematischen Bearbeitung des Gegners Judentum“ begonnen worden sei (Dokument 12), aber der Bericht vom Mai 1934 zeugt von einer bemerkenswerten, politischen Kontinuität des SD-Judenreferats unter Ilges und von Mildenstein. Die institutionelle Nische, in die der SD gestellt wurde, bot genügend Raum – abseits von der „Alltagspraxis“ der Verfolgung, mit der die Gestapo beschäftigt war –, Informationen zu sammeln, politische Ereignisse, ökonomische Bedingungen, soziale Entwicklungen zu beobachten und Pläne zur „Lösung der Judenfrage“ zu entwerfen.

⁶⁷ Vernehmung Eichmann, Bd, 1, S.67 (Anm. 63).

⁶⁸ BDC-Akte von Mildenstein.

⁶⁹ Browder, Foundations, S. 98–116.

⁷⁰ Aronson, Frühgeschichte, S. 191–195; sowie Browder, Foundations, S. 139–147.

Vor den Nürnberger Gesetzen

Es ist in Anlehnung an Raul Hilbergs Schema: Definition – Enteignung – Konzentration – Ausrottung⁷¹ üblich geworden, der nationalsozialistischen Politik gegen die Juden eine zielgerichtete Entwicklung zu unterstellen, die in fest umrissenen Phasen ablief. Dadurch entsteht nicht nur der problematische Eindruck, es habe eine ebenso unabänderliche wie finalistische antisemitische Politik des NS-Regimes gegeben, die weder Entscheidungssituationen noch Radikalisierungen erfahren habe. Ein derartiges Schema läßt auch die stete, alltägliche Gewalt aus dem Blick geraten, der die jüdische Bevölkerung seit der „Machtergreifung“ ausgesetzt war. Die Akten des Centralvereins, die jetzt im Moskauer „Sonderarchiv“ zugänglich sind, berichten von ständigen antisemitischen Aktionen vor Ort, Vandalismen, Zerstörungen von jüdischen Geschäften, Verhöhnung ihrer Inhaber und Drohungen gegenüber den „arischen“ Kunden, sie würden photographiert und im *Stürmer*-Kasten zur Schau gestellt⁷². Im Jahr 1935 „brachen die Dämme“⁷³. Der Unmut der Parteibasis über den „schleppenden Gang“ der Judenverfolgung, heftig geschürt vom *Stürmer*, begann sich in lokalen Gewalttätigkeiten Luft zu machen⁷⁴. Während das Wehrgesetz den deutschen Juden den Wehrdienst untersagte und auf einer Ministerialbesprechung unter Leitung des Staatssekretärs im Reichsinnenministerium, Wilhelm Stuckart, Ende Mai 1935 die Beteiligten ohne Ergebnis darum stritten, wie die Juden aus der Wirtschaft gedrängt werden könnten⁷⁵, erlebte Berlin schwere antisemitische Krawalle.

Am 15. Juli 1935 kam es auf dem Kurfürstendamm zu pogromartigen Aktionen gegen jüdische Geschäfte. In einem Bericht der Staatspolizeistelle Berlin heißt es, Ende Juni seien erste Ansammlungen vor jüdischen Geschäften in Spandau und Pankow beobachtet, die jüdischen Inhaber daraufhin vorübergehend in Schutzhaft genommen worden, bald aber hätten sich die Demonstrationen über das ganze Stadtgebiet ausgedehnt. Während die Aktionen zunächst von der HJ ausgingen, fanden sich nach und nach auch Erwachsene ein. Die Polizei, die solche Demonstrationen „energisch im Keime zu ersticken“ suchte, stellte vor „besonders gefährdeten Geschäften“ sogar Einzelposten auf. Aber sie befand sich dadurch in einer schwierigen Lage, weil ihr Vorgehen, wie der Bericht bedauerte, „vom größten Teil der Bevölkerung nicht verstanden wurde“. So seien die Polizisten mit Zurufen wie „Judenknechte“ empfangen worden⁷⁶.

⁷¹ Hilberg, Vernichtung, Bd. 1, S. 56–57.

⁷² Berichte der Landesverbände des CV an das Berliner Büro aus den Jahren 1933–1937; Sonderarchiv Moskau, Fond 721; zur „alltäglichen“ Gewalt gegen Juden vgl. auch Büttner, Bevölkerung, S. 71–77.

⁷³ Graml, Reichskristallnacht, S. 140.

⁷⁴ Vgl. Pätzold, Faschismus, S. 227–233.

⁷⁵ Schleunes, Twisted Road, S. 151–153.

⁷⁶ Stapostelle Berlin an RuPrMdl, 22. 8. 1935; Sonderarchiv Moskau, 500/1/379.

Heydrich nutzte in seinem Bericht über die Ausschreitungen, den er im Auftrag Himmlers an die Reichskanzlei sandte, den von Parteiliederungen entfesselten „Volkszorn“ als Legitimation für die Forderung nach schärferen Gesetzen und härterem Vorgehen gegen die Juden: „Die fortwährend aus dem ganzen Reich einlaufenden Berichte über judenfeindliche Demonstrationen lassen erkennen, daß im Reichsgebiet eine immer weiter fortschreitende Unzufriedenheit mit dem bisherigen uneinheitlichen Vorgehen gegen das Judentum sich breitmacht. Der rassenmäßig eingestellte Teil des deutschen Volkes glaubt, die in der Stille bisher ergriffenen Maßnahmen gegen die Juden als nicht genügend ansehen zu müssen und fordert allgemein schärferes Vorgehen.“⁷⁷

In ähnlicher Weise bedauerte das SD-Judenreferat im August (Dokument 2): „Eine geschlossene Inangriffnahme des Judenproblems ist solange kaum möglich, als eindeutige Gesetze fehlen.“ Eine „Lösung der Judenfrage durch Terrorakte“ werde von den maßgeblichen staatlichen Stellen verurteilt, auch wenn sie aus nationalsozialistischer Überzeugung begangen würden. Vielmehr sei es notwendig, wirksame Gesetze zu erlassen, „die dem Volk zeigen, daß die Judenfrage von oben geregelt wird“. Als besonders dringlich nannte das Referat Gesetze zur Staatsangehörigkeit, zur Freizügigkeit und Kennzeichnung „arischer“ Geschäfte. Auch der Stab des Stellvertreters des Führers StdF wandte sich im Frühjahr 1935 gegen „Terroraktionen gegen einzelne Juden“⁷⁸. Die Kritik beider Institutionen gründete keineswegs in der Sorge um Menschenleben, sondern in der Wahrung des Gewaltmonopols des Staates. SD und Gestapo wie StdF waren daran interessiert, die Judenpolitik zu radikalisieren. Dafür nahmen sie gewalttätige Aktionen von SA und HJ bis zu einer bestimmten Grenze billigend in Kauf, machten aber zugleich deutlich, daß die exekutive Gewalt der Polizei und die „Lösung der Judenfrage“ der Entscheidung der oberen Staats- und Parteiinstanzen vorbehalten bleiben sollte⁷⁹.

Reichsinnenminister Frick sprach Anfang August 1935 auf dem Gautag in Essen davon, daß die „Judenfrage langsam aber sicher auf vollkommen legalem Wege gelöst werde“⁸⁰. Im Juli hatte er bereits Vorbereitungen zu einem Gesetz gegen „Mischehen“ angekündigt und die Standesbeamten angewiesen, Eheschließungen zwischen „Ariern“ und Juden vorerst zurückzustellen. Gleichermäßen rief der Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht öffentlich dazu auf, willkürliche „Einzelaktionen“ zu unterbinden und die Verdrängung der Juden aus dem öffentlichen Leben der Regierung zu überlassen⁸¹.

Um das weitere Vorgehen zu koordinieren, lud Schacht daher zu einer Chefbesprechung am 20. August ein, an der neben ihm, Frick, Reichsjustizminister

⁷⁷ Heydrich an Reichskanzlei, 16. 7. 1935; zit. nach Jochmann, Bevölkerung, S. 245–246.

⁷⁸ Zur Beteiligung des StdF an der Verfolgung der Juden vgl. Longerich, Hitlers Stellvertreter, Akten der Partei-Kanzlei, Bd. 3, S. 210–225.

⁷⁹ Zur Resonanz der Ausschreitungen des Sommers 1935 in staatlichen Berichten vgl. Angress, „Judenfrage“, S. 21.

⁸⁰ Zit. nach Adam, Judenpolitik, S. 122.

⁸¹ Vgl. Fischer, Schacht, S. 161–165.

Gürtner, Reichsfinanzminister Schwerin von Krosigk, Reichserziehungsminister Rust, dem preußischen Finanzminister Popitz sowie Staatssekretären und hohen Beamten anderer Ministerien auch Heydrich teilnahm⁸². Schacht forderte dort, daß der „bisherige gesetzlose Zustand und das gesetzwidrige Treiben“ ein Ende haben müsse. Die Aufforderung, Juden nicht einmal Lebensmittel zu verkaufen, sei eine „Barbarei schlimmster Art“. Entgegen solch starker Worte wandte er sich keineswegs gegen antisemitische Maßnahmen. „Ich habe,“ so zitierte der Berichtstatter des Gestapa den Reichswirtschaftsminister, „dreißig Jahre lang mit Juden gelebt und habe ihnen 30 Jahre lang das Geld abgenommen, nicht aber umgekehrt. Die jetzigen Methoden sind jedoch untragbar. In das herrschende Durcheinander muß ein System hineinkommen und ehe nicht dieses System praktisch durchgeführt wird, hat alles andere zu unterbleiben.“⁸³

Weder Schacht noch Frick besaßen allerdings ein solches „System“, das sie auf der Sitzung hätten vorstellen konnten. Frick wiederholte nur, daß die „Judenfrage“ auf legalem Wege gelöst werden müsse. Wie weit diese Chefbesprechung sich in Details verlor, zeigt die Bemerkung des Gestapa-Beamten, daß einen „breiten Raum in der Erörterung“ die Frage einnahm, „ob es einzelnen Gemeinden gestattet sei, antisemitische Plakate dann anzubringen, wenn eine derartige Anordnung von den verantwortlichen Organen der betr. Gemeinden erlassen werde“. Zum Schluß der Sitzung ergriff Heydrich das Wort. Er beklagte, daß die Polizei „immer die Leidtragende“ sei. Der derzeitige Zustand könne nur durch gesetzgeberische Maßnahmen bereinigt werden, die Schritt für Schritt das Ziel erreichten, den „Einfluß der Juden restlos auszurotten“, und zweitens durch eine umfangreiche politische und weltanschauliche Schulung und Erziehung der Partei- und Volksgenossen. Konkret forderte Heydrich ein Verbot sogenannter „Mischehen“, die strafrechtliche Ahndung von „Rassenschande“, ein Ausnahmerecht für Juden und die Beschränkung der Freizügigkeit, insbesondere ein Zuzugsverbot für Großstädte.

Heydrich beließ es nicht bei seinen mündlichen Vorschlägen. In einem Schreiben Anfang September an die Teilnehmer der Konferenz formulierte er seine Forderungen ausführlicher (Dokument 3): Einen Einwand Schachts aus der Sitzung aufnehmend, stellte Heydrich klar, daß die Einschränkung der Freizügig-

⁸² Über diese Konferenz am 20. 8. 1935 existieren mehrere Berichte, von denen die Niederschrift aus der Reichskanzlei vom 22. 8. 1935, Nürnberger Dokument NG-4067, am häufigsten zitiert wird; vgl. Fischer, Schacht, S. 168–173. Allerdings ist Fischer ebenso wie der bisherigen Forschung die Anwesenheit Heydrichs auf dieser Konferenz entgangen. Der Gestapa-Bericht, aus dem im folgenden zitiert wird, wurde meines Wissens bislang noch nicht angeführt: Gestapa II 1 B 2, „Bericht über die am 20. 8. 35 im Reichswirtschaftsministerium stattgehabte Besprechung über die praktische Lösung der Judenfrage“, 20. 8. 1935; Sonderarchiv Moskau 500/1/379.

⁸³ Schacht hat sich in seiner Haltung zu den deutschen Juden stets an der NS-Führung orientiert. Obwohl er den Standpunkt vertrat, die wirtschaftliche Tätigkeit von Juden nicht einschneidend zu beschränken, hat er sich doch jederzeit mit deren Abwertung zu Bürgern minderen Rechts einverstanden erklärt. Adams These, erst Schachts Abtritt als Reichswirtschaftsminister im August 1937 habe eine entscheidende Wende der antisemitischen Politik möglich gemacht, hält Fischer, Schacht, S. 208, daher für widerlegt.

keit keineswegs zu jüdischen Ghettos führen sollte, sondern es lediglich darum gehe, die „Zusammenballung des jüdischen Elements in der Großstädten“ zu verhindern⁸⁴. Eine Woche vor der Verkündung der Rassegesetze auf dem Reichsparteitag in Nürnberg hatte Heydrich damit weitreichende Vorschläge zur Verfolgung der Juden aufgestellt, die nicht nur wesentliche Intentionen der Nürnberger Gesetze vorwegnahmen, sondern auch der polizeilichen Verwaltungspraxis um einige Jahre vorausgriffen⁸⁵.

Dennoch überschritten Heydrichs Forderungen nicht den Horizont, wie er im nationalsozialistischen Parteiprogramm von 1920 umrissen worden war. Hitler selbst hatte 1919 zwei Phasen der Judenverfolgung unterschieden: Zunächst seien die Juden unter Fremdenrecht zu stellen, dann aber sollten sie überhaupt „entfernt“ werden⁸⁶. Heydrich verschärfte in seinem Brief lediglich die Vorstellung von einer Apartheid-Gesellschaft, in der die Juden als ungebetene Schmarotzer betrachtet wurden, ohne daß er die „zweite Phase“, die „Entfernung“ der Juden, bereits in den Blick nahm. Segregation, nicht Vertreibung kennzeichnete 1935 Heydrichs Forderungskatalog, wobei damit nicht gesagt ist, daß der Chef des Geheimen Staatspolizeiamtes und des SD nicht schon weiter dachte und plante. Womöglich sah er die zweite Phase der Judenverfolgung noch nicht für gekommen und suchte die Konferenzteilnehmer auf den radikalsten gemeinsamen Nenner zu bringen.

Die Chefbesprechung am 20. August widerlegt die Interpretation, die Nürnberger Gesetze seien hastig, überstürzt und wenig vorbereitet zustande gekommen⁸⁷. Vielmehr zeigt die Konferenz eindrucksvoll den breiten, inhaltlichen Konsens, der bereits vor dem Nürnberger Parteitag zwischen Ministerialbürokratie, NSDAP, Gestapo und SD über die zukünftigen gesetzlichen Regelungen herrschte. Das „Reichsbürgergesetz“ wie das „Blutschutzgesetz“, vor allem jedoch die nachfolgenden Durchführungsverordnungen, erfüllten zu einem Gutteil die Forderungen, die im Reichswirtschaftsministerium erhoben worden waren. Mochten selbst unter den deutschen Juden manche die Nürnberger Gesetze als Sicherheit schaffende Festlegung des NS-Staates betrachtet haben, „aus historischer Rück-

⁸⁴ Die Ghettofrage spielte drei Jahre später auf der Konferenz am 12.11.1938 im Reichsluftfahrtministerium erneut eine Rolle. Dort nahm Heydrich wiederum entschiedene Stellung gegen die Errichtung von Ghettos, weil sie „in polizeilicher Hinsicht unüberwachbar“ seien; IMG, Bd.27, S.534–536.

⁸⁵ Erst im November 1937 untersagte Himmler die Ausstellung von Reisepässen an Juden, außer für die Auswanderung oder für Reisen, die der deutschen Wirtschaft dienten. Im Oktober 1938 wurden dann sämtliche Pässe von Juden eingezogen und mit einem eingestempelten „J“ teilweise wieder ausgegeben; Walk, Sonderrecht, II 376, 377, 556.

⁸⁶ Jäckel, Hitlers Weltanschauung, S.56–57.

⁸⁷ Lösener, Rassereferent, S.272–277, hat quasi in eigener Sache betont, wie eilig und hektisch die Nürnberger Gesetze entstanden sind. Mommsen, Realisierung, S.387, ist dem ebenso gefolgt wie Adam, Judenpolitik, S.125, der die Nürnberger Gesetze als „überraschenden Schlag“ bezeichnete. Gegen diese Interpretation wandte sich bereits Rürup, Ende der Emanzipation, S.111–112; ebenfalls betonte Jochmann, Bevölkerung, S.247, daß die Nürnberger Gesetze „lange geplant und intensiv vorbereitet worden waren“.

schau kann kein Zweifel daran bestehen, daß die gesellschaftliche Isolierung und moralische Brandmarkung der Juden, wie sie hier eine Gesetzgebung – nach rein biologischen Kriterien – unternahm oder doch besiegelte, den späteren radikalen Verfolgungsmaßnahmen der Parteiführung psychologisch Vorschub geleistet hat, für welche diese Gesetze nur eine Etappe ihrer Judenpolitik bedeuteten“⁸⁸.

Neuorganisation und Qualifizierung

Die „Judenfrage“ war wieder in Bewegung gekommen, vielleicht nicht zufällig, nachdem die innen- und außenpolitische Krise des Jahres 1934 überwunden war. Die Verkündung der allgemeinen Wehrpflicht im März 1935, die trotz des offenkundigen Bruchs des Versailler Vertrags mit dem britisch-deutschen Flottenabkommen im Juni quasi nachträglich sanktioniert wurde, die Annäherung Italiens und Deutschlands durch den Abessinienkrieg und die Besetzung des entmilitarisierten Rheinlands im März 1936, erneut ohne wirksame Reaktion der Westmächte, konnte das Regime als außenpolitische Erfolge verbuchen. Auch innenpolitisch konsolidierte sich die nationalsozialistische Herrschaft nach der blutigen Entmachtung der SA. Die mit der wachsenden Rüstungsproduktion sich belebende wirtschaftliche Konjunktur ließ das Heer der Arbeitslosen rasch schmelzen, 1936 herrschte wieder Vollbeschäftigung. Nicht zuletzt die Olympischen Sommerspiele in Berlin verschafften dem NS-Regime allgemeine Popularität, und bei den „Wahlen“ zum Reichstag im März 1936 erreichten die Nationalsozialisten die „totalitäre Traumziffer“ (Bracher) von 99 Prozent.

Zwar fehlte es nicht an abwiegelnden Stimmen der NS-Führung nach den Nürnberger Gesetzen, und außenpolitische Rücksichtnahme gegenüber den ausländischen Gästen der Olympiade zwang zu mancherlei Kaschierung allzu öffentlicher Diskriminierung der Juden⁸⁹. Aber die „Judenfrage“ war keineswegs beigelegt. Die Radikalen in der NSDAP wie in SS und SD hatten den Erfolgsmechanismus des Jahres 1935 begriffen: „Entfesselter Volkszorn“ brach die bürokratischen Hemmnisse auf und ließ sich als Legitimation für schärferes staatliches Vorgehen instrumentalisieren. Nun nutzten Gestapo und SD das Jahr 1936, das nach Adam für die deutschen Juden „eine Periode äußerer Ruhe und einer gewissen Rechtssicherheit“⁹⁰ darstellte, die eigenen Kräfte besser zu gruppieren.

Am 17. Juni 1936 wurde Heinrich Himmler zum Chef der deutschen Polizei ernannt, „der weitaus folgenreichste Vorgang der Verselbständigung eines Teils der Reichsgewalt bei gleichzeitiger Verschmelzung von Partei- und Staatsaufgaben“⁹¹. Zwar war der SD im Unterschied zur Gestapo, die jetzt mit der Kriminalpolizei

⁸⁸ Krausnick, Judenverfolgung, S. 324; vgl. auch Gruchmann, „Blutschutzgesetz“.

⁸⁹ Vgl. Graml, Reichskristallnacht, S. 149–152; sowie Adam, Judenpolitik, S. 153–159.

⁹⁰ Ebenda, S. 153.

⁹¹ Broszat, Staat Hitlers, S. 336; vgl. auch Browder, Foundations, S. 219–244.

zur Sicherheitspolizei vereinigt wurde, nicht unmittelbar berührt. Die Tatsache jedoch, daß die SS die Macht über die gesamte deutsche Polizei errungen hatte, eröffnete dem SD eine größere Chance der Einflußnahme als vorher. Künftig war das Hauptamt Sicherheitspolizei, dessen Chef Heydrich in Personalunion auch das Sicherheitshauptamt führte, an allen gesetzgeberischen Arbeiten zu beteiligen.

Bereits zu Beginn des Jahres war das SD-Hauptamt umorganisiert worden. Auf Befehl Heydrichs traten mit Wirkung vom 15. Januar 1936 an die Stelle der bisherigen Gliederung des SD die Stabskanzlei I 1 mit den Zentralabteilungen I 2 (Personal), I 3 (Presse/Museum) und I 4 (Verwaltung), das Amt II mit der Aufgabe, „die Tätigkeit der Gegner der nationalsozialistischen Weltanschauung in ihren verschiedenen Formen festzustellen und so auszuwerten, daß das Wirken der fremden Weltanschauungen in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft klar erkennbar wird, so daß der Führung des Staates und der Bewegung die Grundlagen geboten werden können für die von ihr zur Abwehr und Bekämpfung zu treffenden Maßnahmen“, sowie das Amt III (Abwehr), dem die Aufgabe zufiel, „die dazu berufenen Stellen des Staates bei der Abwehr der Ausspähung und der Sabotage zu unterstützen“ (Dokument 4).

Das Amt II (Inland) gliederte sich in zwei Zentralabteilungen: II 1 (Weltanschauliche Auswertung), die bis 1937 von Behrends, anschließend von Six⁹² geleitet wurde, und II 2 (Lebensgebietsmäßige Auswertung) unter Reinhard Höhn⁹³, später unter Otto Ohlendorf⁹⁴.

⁹² Prof. Dr. Alfred Franz Six, 1906 in Mannheim geboren, studierte Staatswissenschaften, Geschichte und Zeitungswissenschaft in Heidelberg, promovierte 1934. 1930 war er in die NSDAP eingetreten, 1932 in die SA und aktives Mitglied im NSDStB. 1937 wurde er Professor in Königsberg, 1940 Direktor des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts in Berlin. Seit 1935 Leiter der Hauptabteilung Presse im SD-Hauptamt, übernahm Six 1937 die Leitung der Zentralabteilung II 1, mit Gründung des RSHA 1939 das Amt VII (Weltanschauliche Forschung). 1941 führte er das sogenannte Vorkommando Moskau, seit 1943 leitete er die kulturpolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes. 1948 wurde Six wegen seiner Beteiligung am Massenmord in der Sowjetunion zu zwanzig Jahren Haft verurteilt, 1952 entlassen, und war später als Leiter der Werbeabteilung der Porsche-Diesel-Motoren GmbH tätig. Er starb 1975; vgl. die demnächst erscheinende Biographie von Lutz Hachmeister, *Der Gegnerforscher. Zur Karriere des SS-Brigadeführers Franz Alfred Six*.

⁹³ Reinhard Höhn, 1904 in Gräfenthal in Thüringen geboren, war früh in der völkischen Rechten aktiv. Er studierte Jura und Nationalökonomie, trat 1932 der SS bei. 1935 erhielt er einen Ruf als außerordentlicher Professor an die Juristische Fakultät in Berlin und übernahm zugleich die Leitung der Zentralabteilung II 2 im SD-Hauptamt. Nach Gründung des RSHA versah er kein offizielles Amt mehr, blieb dem SD aber weiterhin verbunden. Nach dem Krieg leitete Höhn die Akademie der Führungskräfte der Wirtschaft in Bad Harzburg.

⁹⁴ Otto Ohlendorf, 1907 in Hoheneggelsen geboren, trat als Gymnasiast 1925 der SA bei, von der man ihn 1927 zur SS überstellte. Er studierte Rechts- und Staatswissenschaften, wurde 1933 Assistent bei Professor Jessen am Institut für Weltwirtschaft in Kiel. Seit 1936 gehörte Ohlendorf zu den jungen Intellektuellen im SD, zunächst als Leiter der Hauptabteilung II 23 (Wirtschaft), anschließend als Zentralabteilungsleiter II 2. Ohlendorf führte seit Gründung des RSHA das Amt III (SD-Inland), wurde außerdem, nachdem er bereits 1939 zum Hauptgeschäftsführer der Reichsgruppe Handel avanciert war, 1943 stellvertretender Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium. 1941/42 leitete er die Einsatzgruppe D, der 90000 Menschen zum Opfer fielen. Für diese Massenmorde wurde Ohlendorf 1948 vom amerikanischen Militärtribunal in Nürnberg zum Tode verurteilt und 1951 hingerichtet; vgl. Sowade, Ohlendorf.

Innerhalb der Zentralabteilung II 1 unterstanden der Hauptabteilung II 11 (Weltanschauungen) die Abteilungen II 111 (Freimaurer), II 112 (Judentum), II 113 (Konfessionelle politische Strömungen). Führer der neuen Abteilung II 112 blieb bis zum Sommer 1936 der bisherige Referatsleiter von Mildenstein. Die planmäßige Stellenbesetzung mit einem Abteilungsleiter, zwei bis drei Referenten, die den Rang eines SS-Hauptschar- bzw. von SS-Oberscharführern besitzen sollten, ist nie erreicht und in den Tätigkeitsberichten ebenso regelmäßig wie vergeblich eingefordert worden. Aber die personelle Ausstattung des Referats war keineswegs spärlich. Ende 1936 gehörten zur Abteilung II 112 der SS-Hauptscharführer Kuno Schröder⁹⁵, der nach dem Weggang Mildensteins mit der Führung der Abteilung beauftragt worden war, der SS-Hauptscharführer Adolf Eichmann, SS-Oberscharführer Richard Hartmann, der mit der Personenkartei und der Presseauswertung beauftragt war, der SS-Oberscharführer Herbert Friese sowie der SS-Rottenführer Helmut Hagelmann für das Sachgebiet Orthodoxe und Caritative⁹⁶.

Eichmann, der nach dem Verbot der NSDAP in Österreich im Juni 1933 nach Deutschland geflohen, erst in Lechfeld, dann in Dachau untergebracht worden war, hatte sich 1934 zum SD gemeldet und wurde im Herbst des Jahres zum SD-Amt nach Berlin kommandiert. Er arbeitete zuerst im sogenannten Freimaurermuseum und lernte dort bereits Dieter Wisliceny kennen, zu dieser Zeit Referent II 111 (Winkellogen und Freimaurer im Ausland)⁹⁷. Anfang 1935 wechselte Eichmann auf Betreiben Mildensteins in dessen Abteilung und blieb dort bis 1938. Eichmann, der das Referat II 1123 (Zionisten) bearbeitete, stellte somit unter den vier Leitern: Mildenstein, Schröder, Wisliceny und Hagen den kontinuierlichen Faktor des SD-Judenreferats von 1935 bis 1938 dar. Trotz seiner institutionell nicht herausgehobenen Stellung vermochte Eichmann die Arbeit der Abteilung durchaus zu prägen, zumal sein Sachgebiet, die zionistischen Verbände, im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit des SD standen⁹⁸.

⁹⁵ Kuno Schröder arbeitete seit dem Sommer 1933 für den SD und war zusammen mit Mildenstein seit dem Juli 1935 im Judenreferat tätig. Mildenstein urteilte im März 1936 über ihn, daß Schröder „unter den zur Verfügung stehenden Mitarbeitern der einzige Mann [sei], der das Sachgebiet ‚Juden‘ so beherrscht, daß bei eventuellen Vertretungen in meiner Abwesenheit eine Gewähr für eine sachgemäße Fortführung der Abteilungsarbeit gegeben ist“; BA, R 58/612.

⁹⁶ Tätigkeitsbericht II 112, 1. 10. 1936–15. 2. 1937; BA, R 58/991; sowie Meldung des Personals II 112 zur Jul-Feier, 8. 12. 1936; BA, R 58/544.

⁹⁷ Less (Hrsg.), Urteil gegen Adolf Eichmann, S. 88–91. Wisliceny berichtete als Zeuge im Nürnberger Prozeß, daß sich Eichmann und er seit 1934 ausgezeichnet gekannt hätten. Von Wisliceny, der umfassend über die Deportationen und Ermordungen der Juden aussagte, stammte auch die Aussage, daß er Eichmann im Februar 1945 noch einmal in Berlin gesehen und dieser gesagt habe, er würde lachend in die Grube springen, denn das Gefühl, fünf Millionen Menschen auf dem Gewissen zu haben, sei außerordentlich befriedigend; IMG, Bd. 4, S. 412.

⁹⁸ Deshalb ist die spätere Darstellung Hagens kritisch zu beurteilen, wonach die eigentliche Tätigkeit der Abteilung II 112 erst mit seinem und Six' Eintreffen im Frühjahr 1937 begonnen habe (Dokument 26). Eher trifft Schröders Feststellung die Realität, daß von einer „positiven Arbeit“ der Abteilung erst seit dem Ende 1935 gesprochen werden könne (Dokument 8); vgl. ebenfalls „Richtli-

Im Frühjahr 1937 wurde das Personal der Abteilung noch einmal ausgetauscht und erweitert. An die Stelle Frieses, der zum SD-Oberabschnitt Nord-West kommandiert worden war, trat der SS-Scharführer Eisenmenger⁹⁹, der bis dahin Judenreferent beim OA West gewesen war und das Sachgebiet II 1120 (Reichsverbände) bearbeitete¹⁰⁰. Neu hinzu kamen SS-Oberscharführer Theodor Dannecker¹⁰¹, zuvor Judenreferent beim SD-Oberabschnitt Südwest und jetzt Referent II 1121 (Assimilanten)¹⁰², und SS-Untersturmführer Dieter Wisliceny¹⁰³, der die Abteilung ab dem 1. April 1937 führte¹⁰⁴. Six, der seit April 1937 die Zentralabteilung II 1 leitete, nahm aus der Zentralabteilung I 3 (Presse und Museum) seinen Mitarbeiter Herbert Hagen¹⁰⁵ mit. Hagen, der noch einige Zeit sowohl für

nien und Forderungen an die Oberabschnitte“, verfaßt von Wisliceny und Hagen, 21. April 1937 (Dokument 12).

⁹⁹ Walter Eisenmenger, 1908 in Tübingen geboren, durchlief eine kaufmännische Lehre bei einer deutsch-spanischen Import- und Exportfirma in Nordafrika und bereiste anschließend als deren Vertreter etliche europäische Länder. Nach einjähriger Erwerbslosigkeit unter bedrückenden materiellen Bedingungen wurde er 1935 hauptamtlicher Funktionär der SS, der er im Februar 1933 beigetreten war (NSDAP-Mitglied seit April 1933). Seit März 1936 arbeitete er als Referent beim SD-Oberabschnitt West in Düsseldorf, wechselte im Frühjahr 1937 in die Abteilung II 112 des SD-Hauptamtes. Eisenmenger gehörte 1939 dem SD-Sonderkommando Prag an und blieb dort beim SD tätig.

¹⁰⁰ Tätigkeitsbericht II 112, 16.2.–5.7.1937; BA, R 58/991.

¹⁰¹ Theodor Dannecker, 1913 in Tübingen geboren, Ausbildung zum Textilkaufmann, seit 1934 bei der SS-Wachtruppe erst des Columbia-Hauses in Berlin, später beim SS-Wachverband „Brandenburg“. Wegen einer Dienstverfehlung wurde er im Mai 1935 entlassen und wenig später, im Juni 1935, beim SD-Oberabschnitt Süd-West angestellt. Von dort kam er im Frühjahr 1937 in das SD-Hauptamt zur Abteilung II 112. 1939 wurde er zur Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag kommandiert. Von 1940 bis 1942 war Dannecker als „Judenberater“ beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im besetzten Frankreich verantwortlich für die ersten Deportationen nach Auschwitz und gehörte später in Italien, Bulgarien und Ungarn zu jenen „Deportationsexperten“ des RSHA, die in ganz Europa eingesetzt wurden. 1945 beging er in amerikanischer Haft Selbstmord; vgl. jetzt Steur, Dannecker.

¹⁰² Tätigkeitsbericht, 16.2.–5.7.1937 (Anm. 100).

¹⁰³ Dieter Wisliceny, 1911 im ostpreußischen Regulowken geboren, studierte kurzzeitig Theologie, arbeitete als Angestellter in einem Konstruktionsbüro, wurde arbeitslos und trat 1931 der NSDAP und der SA bei. 1933/34 bei der Stabswache Görings, im Juni 1934 zu SS und SD, im SD-Hauptamt erst Referent für Freimaurerfragen, wurde er im April 1937 bis zu seiner Versetzung zum SD Danzig im November 1937 mit der Leitung der Abteilung II 112 beauftragt. Von 1940 bis 1943 war er als sogenannter „Judenberater“ der slowakischen Regierung zugewiesen, 1943/44 mit einem Einsatzkommando unmittelbar beteiligt an den Deportationen der Juden aus Saloniki und Ungarn. 1945 von den Amerikanern gefangengenommen, wurde Wisliceny an die Tschechoslowakei ausgeliefert und dort im Februar 1948 wegen Beihilfe zum Massenmord zum Tode verurteilt und hingerichtet.

¹⁰⁴ Tätigkeitsbericht 16.2.–5.7.1937 (Anm. 100).

¹⁰⁵ Herbert Hagen, 1913 in Neumünster geboren, trat 1934 dem SD bei, nachdem ihm ein Studium finanziell nicht möglich gewesen, der Eintritt in die Offizierslaufbahn nicht gelungen war und er eine kaufmännische Lehre abgebrochen hatte. Zunächst in der Abteilung Presse beschäftigt, wechselte er im Frühjahr 1937 mit Six in die Zentralabteilung II 1 und übernahm Ende 1937 die Leitung der Abteilung II 112. Mit Gründung des RSHA im September 1939 wurde er in das Amt VI (SD-Ausland) versetzt und seit 1940 in Frankreich eingesetzt. 1942 war er persönlicher Referent beim HSSPF Frankreich, im Herbst 1944 beim HSSPF Alpenland. 1945 geriet er in britische Gefangenschaft und wurde 1948 entlassen. 1955 verurteilte ihn ein französisches Militärgericht in Abwesenheit zu lebenslanger Zwangsarbeit, 1980 das Landgericht Köln wegen Beihilfe zum Mord zu 12 Jahren Freiheitsstrafe.

die Abteilung I 31 (Presse und Schrifttum) als auch für II 112 arbeitete, übernahm schließlich im Spätherbst 1937 die Leitung des Judenreferats. Damit war das Personal versammelt, das die Politik des SD-Judenreferats prägen sollte. Bis auf Dannecker, der seit dem Frühjahr 1936 das Judenreferat des SD-OA Süd-West geführt hatte, und Eisenmenger hatte sich keiner vorher als „Judenexperte“ hervorgetan. Über Hagen berichtete Eichmann, daß er „ein kluger Mann mit doch recht weitem Horizont“ gewesen sei, aber von „Judenangelegenheiten, jüdischen Organisationen, deren Wollen, deren Ziele hatte er bis dahin noch gar keine Ahnung. Sein erstes, als er kam, war daher, daß er sich, daß er mich vornahm und sich von mir über mein Sachgebiet erschöpfend Auskunft geben ließ.“¹⁰⁶ Ihren Ruf als „Spezialisten“ erwarben sich diese Männer erst in der Abteilung II 112.

Die erste umfassende Zusammenstellung der Judenpolitik des SD und eine grundlegende Bestandsaufnahme dessen, was die Judenreferate in den jeweiligen Oberabschnitten zu leisten hatten beziehungsweise noch nicht zu leisten imstande waren, bot die mehrfach verschobene Schulungstagung im März 1936 in der SD-Schule in Bernau bei Berlin (Dokument 5). Bereits im Herbst 1935 hatte die Zentrale in Berlin versucht, einen Überblick über den regionalen Stand der Judenreferate bei den Oberabschnitten zu bekommen. Die Meldungen, die im Laufe des Oktober und November beim SD-Hauptamt eintrafen, zeigen zwar, daß mittlerweile nahezu in jedem Oberabschnitt ein Referent für Judenfragen vorhanden war. Aber häufig hatten sie auch andere Bereiche zu bearbeiten oder stellten personelle Übergangslösungen dar¹⁰⁷. Jetzt, im Frühjahr 1936, bemühte sich Schröder intensiv darum, daß tatsächlich die Judenreferenten sämtlicher Oberabschnitte zur Schulungstagung nach Berlin reisten, was sich wegen des Mangels an Netzkarten für die Reichsbahn oder der spärlichen Etatmittel der regionalen Dienststellen als teilweise schwierig erwies.

Die Vorträge, die die insgesamt 36 SD-Referenten aus den Oberabschnitten, unter denen sich aller Wahrscheinlichkeit auch Dannecker befand, hörten, dienten zuallererst dem Zweck, Grundlagenwissen zu vermitteln. So referierte von Mildenstein allgemein über die „Problematik des Judentums“ sowie über den „Zionismus“, Schröder über „Die Assimilation und ihre Organisationen in Deutschland“ oder Behrends über die „Aufgaben des SD bei der Bekämpfung des Judentums“. Darüber hinaus sprach der Judenreferent des Gestapa Haselbacher über „Praktische Erfahrungen in der Bekämpfung des Judentums“, und auch aus den anderen Bereichen des Amtes II wurden Vorträge über Juden in der Wirtschaft, über Marxismus und Judentum oder die Beziehungen zwischen Judentum und den Kirchen gehalten. Selbst das Amt III steuerte ein Referat über die „Erfahrungen im Amt ‚Abwehr‘ bei der Behandlung der Juden“ bei (Dokument 5).

¹⁰⁶ Vernehmung Eichmann, Bd. 1, S. 80–81 (Anm. 63).

¹⁰⁷ Vgl. den Schriftwechsel zwischen SD-Hauptamt und SD-Oberabschnitten, Oktober/November 1935; BA, R 58/613.

Dagegen ließen die Berichte aus den Oberabschnitten den noch weitgehend unentwickelten Stand der regionalen Judenreferate erkennen (Dokument 6). Bis auf den OA Mitte mit Sitz in Chemnitz und den OA Nord-West in Hannover bearbeiteten die Referenten neben dem Bereich Juden auch andere Sachgebiete. In Stuttgart waren zwei Männer für die Bereiche Freimaurer, Judentum, Bibliothek, Grenzsachen und Auswanderung verantwortlich. In Düsseldorf gab es erst seit sechs Wochen einen Judensachbearbeiter, in München seit vierzehn Tagen. In Breslau bearbeitete ein Hilfsreferent die Gebiete Marxismus, Kirchen, nationale Opposition und Judentum, und selbst in Berlin war ein einziger Referent für die Bereiche Juden, Greuelpropaganda, Homosexualität und die Spitzeleien der DAF verantwortlich. In den SD-Abschnitten, die allgemein mit nur wenigen Mitarbeitern ausgestattet waren, stellten Doppel- und Mehrfachbesetzungen von Referaten die Regel dar. Das Beispiel Halle an der Saale, wo der Referent für „Juden“ und „Mittelbewegung“ in der Hauptsache Portier war, mag extrem gewesen sein, kennzeichnend war es allemal.

Ein Großteil der Schulungsteilnehmer wurde in den folgenden Monaten versetzt, so daß die Tagung nur dort nachhaltige Wirkung zeitigen konnte, wo die Referenten ihr Sachgebiet behielten. Um so wichtiger war daher die zentrale Schulung im SD-Hauptamt: Einige Teilnehmer der März-Tagung wurden anschließend für einige Wochen zur Ausbildung nach Berlin kommandiert, darunter Carstajen vom OA Nord-West, Döscher vom OA Ost oder Eisenmenger, der ebenso wie Dannecker kurze Zeit später ins SD-Hauptamt wechselte. „Die meisten“, schrieb Eichmann über die insgesamt acht Oberabschnittsreferenten, die im August 1936 im SD-Hauptamt geschult wurden, „kamen daher mit nur oberflächlichen Kenntnissen hier an, und es wurden die wenigen, für die Schulung zur Verfügung stehenden Tage dazu benutzt, sie von Grund auf in die Materie einzuführen. Als Erfolg kann die Abteilung II 112 zweifellos jetzt schon buchen, daß es ihr gelungen ist, die gewünschte Gleichrichtung der OA.-Referenten in weltanschaulicher und sachlicher Hinsicht im Sinne des SD-Hauptamtes sicherzustellen.“¹⁰⁸ Solche zentralen Schulungen wurden auch in den kommenden Jahren fortgesetzt. Unter den Teilnehmern befand sich Hauptscharführer Callsen aus Darmstadt, der später persönlicher Referent Ohlendorfs werden sollte, ebenso wie Hans Günther, ab 1939 Leiter der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag, und sein Bruder Rolf, der spätere Stellvertreter Eichmanns im RSHA-Referat IV B 4.

Das spezifische Profil, das der SD den Judenreferenten zu geben suchte, die neuen Anforderungen, die die SD-Angehörigen klar von „Gefühlsantisemiten“ abgrenzen sollten, formulierten Wisliceny und Hagen unmißverständlich in den „Richtlinien und Forderungen an die Oberabschnitte“ im April 1937 (Dokument 12): „Der Sachbearbeiter II 112 bei den Oberabschnitten und Unterab-

¹⁰⁸ Eichmann, „Bericht über den Erfolg der Schulung der Oberabschnittsreferenten“, 1.9.1936; Sonderarchiv Moskau 500/3/320.

schnitten darf nicht der Typ der intellektuellen Theoretiker sein. Es ist nicht absolut notwendig, daß er Akademiker ist. Er muß wendig und aktiv im Außendienst sein, dabei klar und nüchtern an die Bearbeitung der ihm gestellten Aufgaben herangehen. Männer, die lediglich rein geistig mit dem Problem des Judentums ‚ringen‘, sind für die Arbeit auf den SD-Oberabschnitten und -Unterabschnitten ungeeignet.“ Nüchternheit und Aktivität waren gefragt, nicht abgechiedene Geistigkeit. Diese Verbindung von Konzeption und Praxis, mit der sich der SD sowohl von den zahlreichen „Vordenkern“ wie auch von den reinen „Praktikern“ abhob, zeichnete ihn innerhalb des NS-Regimes aus.

Qualifizierung der Referenten und Ausbau des Berichtswesens bildeten die wesentlichen Konsequenzen, die das SD-Hauptamt aus dem regionalen Stand der Judenpolitik 1935/36 zog. Seit April 1936 waren die Oberabschnitte angehalten, monatliche Lageberichte abzufassen. Anfang 1937 ordnete Heydrich an, daß die SD-Dienststellen neben den jährlichen und vierteljährlichen Berichten nun auch 14tägig über ihre Tätigkeit zu berichten hätten¹⁰⁹. Allerdings ließen die Berichte aus den Regionen zu wünschen übrig, so daß das SD-Hauptamt zu dem Schluß kam, die Meldungen enthielten „vielfach allgemeine Behauptungen und Werturteile, persönliche Meinungen des Referenten, Verallgemeinerungen“¹¹⁰. Heydrich selbst schrieb Anfang September 1937 an die Oberabschnitte, daß eine „praktische Verwertbarkeit“ der Berichte vielfach nicht gegeben sei¹¹¹. Hagen und Eichmann bezeichneten die Meldungen der regionalen Judenreferate im Herbst 1937 nur als „ausreichend“¹¹². Die Auswertung in Berlin konzentrierte sich in erster Linie auf den Aufbau einer Personenkartei von „reichswichtigen“ Juden, worunter der SD all jene Personen verstand, die bedeutenden Einfluß auf die Politik der jüdischen Verbände nahmen, unter dem Verdacht nachrichtendienstlicher Tätigkeit standen oder Verbindung mit christlichen oder linken Organisationen besaßen¹¹³. Daneben begann die Abteilung seit Januar 1937 eine Sachkartei aufzubauen, in der zunächst die Ereignisse des Jahres 1936 aufgenommen wurden.

In ausführlichen Lageberichten gab die Abteilung eine aktuelle Übersicht über den Zustand und die Politik der jüdischen Organisationen in Deutschland (Dokumente 7 und 8). Dabei lag das Hauptaugenmerk auf der Situation in Palästina, erhoffte sich der SD doch gerade von der Auswanderung dorthin eine „Lösung der Judenfrage“ in seinem Sinn. Allerdings machte die unsichere politische Lage, die sich durch die Mandatsübernahme Großbritanniens nach dem Ersten Weltkrieg und die ungeklärten Ansprüche der arabischen wie der jüdischen Bewohner auf einen eigenen Staat weiter verschärft hatte, jede Vorausschau

¹⁰⁹ Befehl 2/37, gez. Heydrich, 9.1.1937; BA, R 58/991.

¹¹⁰ Zit. nach Boberach (Hrsg.): Meldungen aus dem Reich, Bd. 1, S. 20.

¹¹¹ Heydrich an die SD-Oberabschnitte, 4.9.1937; BA, R 58/990.

¹¹² Hagen/Eichmann, „Sachliche Inspektion der Halbmonatsberichte der Oberabschnitte“, 30.10.1937; Sonderarchiv Moskau, 500/3/320.

¹¹³ Vgl. das Referat Hagelmanns auf der SD-Tagung im November 1937 (Dokument 23).

schwer. In der Rolle des Zuschauers konnte der SD in Berlin den politischen Machtkampf um die Gründung eines jüdischen Staates in Palästina allenfalls beobachten, jedoch nicht beeinflussen. Auswirkungen der häufig gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Juden und Arabern in der Region auf den Auswanderungswillen deutscher Juden nach Palästina blieben nicht aus. Besorgt registrierte der SD, daß die Ereignisse in Palästina eine „leichte Unruhe“ unter den deutschen Juden hervorgerufen hatten, die von den Assimilanten zur antipalästinensischen Propaganda genutzt werde, während die Zionisten mit der Losung „Jetzt erst recht“ an die Öffentlichkeit träten (Dokument 7).

Das wachsende Selbstvertrauen des SD führte ihn konsequent zu der Forderung, gleichberechtigt mit den anderen staatlichen und Parteiinstanzen die „Lösung der Judenfrage“ zu verhandeln. Im Februar 1936 hatte das SD-Judenreferat bereits den Anspruch erhoben, an den Besprechungen zwischen Reichswirtschaftsministerium, Stellvertreter des Führers und Reichsinnenministerium über die Auswanderung von Juden beteiligt zu werden¹¹⁴. Aber auch von dort wurde der SD zunehmend als ernstzunehmende Kraft beurteilt. So nahm der Rassereferent des Reichsinnenministeriums Lösener von sich aus Kontakt zum SD auf, um eine gemeinsame Haltung zur „Mischlingsfrage“ gegenüber dem StdF herzustellen¹¹⁵. Für das Jahr 1937 formulierte Schröder als allgemeines Ziel die „Zurückdrängung des jüdischen Einflusses auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens (einschließlich Wirtschaft)“ sowie die „Förderung der jüdischen Auswanderung“, wobei der SD von Fall zu Fall „Gesetzentwürfe der Reichsregierung vorlegen“¹¹⁶ sollte. Zur Zeit werde an einem „grundlegenden Exposé“ zur Auswanderungsfrage gearbeitet.

„Entjudung Deutschlands“

Diese von Schröder angekündigte, grundsätzliche Ausarbeitung legte Eichmann im Januar 1937 vor: „Zum Judenproblem“ (Dokument 9). Als Leitgedanken seines Memorandums nannte er die „Entjudung Deutschlands“. Eichmann griff die nationalsozialistische Furcht, die jüdischen Auswanderer könnten in anderen Ländern neue Weltverschwörungszentren schaffen, auf und schränkte gleich zu Anfang ein: „Eine derartige Lösung kann nur die Auswanderung nach solchen Gebieten sein, die auf keiner hohen Kulturstufe stehen – um dadurch zu verhindern, daß die Juden neuen Reichtum anhäufen.“ In einem ausführlichen Ausschlußverfahren wurden die in Frage kommenden Aufnahmeländer mit „niedriger Kulturstufe“ geprüft, um die Liste schließlich auf Ekuador, Kolumbien, Ve-

¹¹⁴ Vermerk II 112, 17.2.1936; Sonderarchiv Moskau, 500/3/316.

¹¹⁵ Vermerk Mildenstein, 2.4.1936; BA, R 58/1239.

¹¹⁶ Schröder, „Ausbau der Arbeit der Abteilung II 112 im Jahr 1937“, 18.12.1936; BA, R 58/991. Adam, Judenpolitik, S.157, irrt, wenn er Hagen als Verfasser dieses Ausblicks nennt und das Dokument auf den Dezember 1937 datiert.

nezuela und Palästina einzugrenzen. Eichmann faßte damit, bevor überhaupt von den Entscheidungsträgern des NS-Staates die Vertreibung der Juden als die „Lösung der Judenfrage“ allgemein betrachtet wurde, bereits die nächste Stufe ins Auge, nämlich die Ansiedlung der Juden in unwirtlichen Gegenden. In der Akte „Ekuador“ unterschied das SD-Judenreferat zwischen fruchtbarem Küstenstreifen und wüstenhaftem, kargem Hinterland, in das die Juden abgeschoben werden sollten¹¹⁷. Auf solchen Überlegungen, die Juden in Gegenden zu deportieren, in denen menschliches Leben kaum möglich war, basierte der spätere Madagaskar-Plan, der den Vernichtungsaspekt bereits mit sich führte, da den Planern durchaus bewußt war, daß diese Insel etlichen Millionen Menschen keinerlei Überlebenschancen bieten konnte¹¹⁸.

Zugleich wird an Eichmanns Vorschlag, die Juden in Länder mit „niedriger Kulturstufe“ zu deportieren, die spezifische Struktur dieser Argumentation deutlich, die selbstgeschaffenen Schwierigkeiten bei der „Lösung der Judenfrage“ dadurch zu überwinden, indem man die nächst radikalere „Lösung“ anstrebte¹¹⁹. Die Rationalität und Sachlichkeit, die der SD für seine Judenpolitik beanspruchte, verfehlte den beabsichtigten Zweck, weil die rassenbiologische Grundannahme, die Juden fügten dem deutschen „Volkskörper“ Schaden zu und müßten „entfernt“ werden, in einer komplexen Industriegesellschaft ständig neue Hindernisse auftürmte, die pragmatisch einzuschätzen die Akteure nicht imstande waren. Das Ziel, die „Entjudung Deutschlands“, mußte erreicht werden, um welchen Preis auch immer. Die „Judenexperten“ des SD wurden nicht strukturell in die Radikalisierung getrieben, sie radikalisierten die Politik selbst¹²⁰.

Gegen die konstatierte „Auswanderungsmüdigkeit“ empfahl Eichmann eine Kombination von Strategien, die neben politischem und wirtschaftlichem Druck explizit die „Einschüchterung“ ausführte: „Das wirksamste Mittel, um den Juden das Sicherheitsgefühl zu nehmen, ist der Volkszorn, der sich in Ausschreitungen ergeht. Trotzdem diese Methode illegal ist, hat sie, wie der ‚Kurfürstendamm-Krawall‘ zeigte, langanhaltend gewirkt.“ Sosehr die nationalsozialistische Führung einerseits die Gewalt der Straße von jeher als Instrument benutzt und in der Machtergreifungsphase im Frühjahr 1933 bewußt eingesetzt hatte, so eindeutig war sie andererseits darauf bedacht, die Kontrolle über die Gewalt zu behal-

¹¹⁷ Sachakte Ekuador der Abteilung II 112; Sonderarchiv Moskau, 500/1/715

¹¹⁸ Zum Madagaskar-Plan vgl. Browning, *Final Solution*, S. 35–43; Döscher, *Auswärtiges Amt*, S. 213–220; Yahil, *Madagascar*.

¹¹⁹ Diese „konzeptualistische“ (Michael Zimmermann) Argumentationsstruktur zeichnete den SD wie die Gestapo aus und findet sich auch in den folgenden Jahren, die anders als die Phase bis zum Pogrom 1938 bereits mit dem systematischen Mord verbunden waren, wie Götz Aly jüngst für die Politik der Vertreibung von Juden und Polen aus dem Wartheland 1939/40 zeigte; vgl. Aly, „Endlösung“, *passim*.

¹²⁰ Für den SD müßte Mommsens Begriff der „kumulativen Radikalisierung“ erweitert werden, weil nicht das Kompetenzgewirr verschiedener NS-Institutionen zur radikalsten Lösung als kleinstem gemeinsamen Nenner führte, sondern die Intention wie Praxis der Akteure die Sackgasse erst schufen, die es dann noch radikaler zu überwinden galt.

ten. Die Geheime Staatspolizei wachte 1933 ebenso wie in den folgenden Jahren darüber, daß sie zusammen mit der Kriminal- und Ordnungspolizei das innenpolitische Gewaltmonopol uneingeschränkt besaß. Auch der SD verurteilte 1935 zwar die von SA und HJ ausgelösten Pogrome, nahm den „Radau-Antisemitismus“ zugleich aber bewußt in Kauf. Jetzt wurde die antisemitische Gewalt von unten als Mittel der Politik ausdrücklich ins Kalkül gezogen. Eichmanns Vorschläge wichen daher nicht von einer längst geübten Praxis ab, in ihrer unverblühten, offensiven Formulierung deuteten sie jedoch die Eskalation der physischen Gewalt an, die das Jahr 1938 prägen sollte.

Wie weit die Praxis der SD-Judenpolitik Mitte des Jahres 1937 gediehen war, läßt sich exemplarisch an den Vorschlägen und Maßnahmen ablesen, die der SD für Schlesien aufstellte. Nachdem sich eine Mehrheit der Wahlberechtigten in Oberschlesien im März 1921 für den Verbleib beim Deutschen Reich ausgesprochen hatte und die Region geteilt worden war, hatten Deutschland und Polen unter Aufsicht des Völkerbunds im Mai 1922 ein Abkommen zum Schutz der Minderheiten getroffen, das fünfzehn Jahre gelten sollte. Mit einer zweimonatlichen anschließenden Schutzfrist lief dieses Abkommen am 15. Juli 1937 ab. Damit war, so Adolf Eichmann in seiner „Disposition für die Judenbearbeitung im Gebiet des SD-OA Südost“ vom 10. Mai 1937, „auch in Oberschlesien die Möglichkeit vorhanden, das Judenproblem in seiner Ganzheit zu erfassen“¹²¹, denn nun traten auch dort sämtliche diskriminierenden Gesetze gegen die Juden in Kraft¹²². Eichmann schlug vor, sämtliche Juden zu registrieren, führende Juden sofort festzunehmen und die verbliebenen drei Logen des Unabhängigen Ordens B'nai B'rith sowie den Ring-Bund jüdischer Jugend zu verbieten¹²³. Besondere Aufmerksamkeit müsse den Versuchen von Juden gewidmet werden, ihren Grund und Boden an Polen zu verkaufen. Des weiteren sollte mit dem Aufbau eines speziellen V-Männer-Netztes begonnen werden, um sowohl die in Oberschlesien als auch in der Tschechoslowakei und Polen lebenden Juden beobachten zu können.

Das Sofortprogramm, von Eichmann formuliert, von Six genehmigt und, nachdem es auch Heydrich abgezeichnet hatte, Ende Mai an den SD-Oberabschnitt Süd-Ost in Breslau versandt, sah entsprechende konkrete exekutive Aufgaben vor¹²⁴. Eichmann selbst wurde Ende Mai nach Breslau kommandiert, um die

¹²¹ Eichmann, „Disposition für die Judenbearbeitung im Gebiet des SD-OA Südost“, 10. 5. 1937; Sonderarchiv Moskau, 500/1/403.

¹²² Gesetz über Maßnahmen im ehemaligen oberschlesischen Abstimmungsgebiet vom 30. 6. 1937; RGBI I, S. 717. Die antisemitischen Maßnahmen waren in Schlesien teilweise noch schärfer gefaßt als im Reich, als sie sich auch gegen „Mischlinge“ oder Ärzte und Rechtsanwälte mit Frontkämpfervergangenheit richteten, die im Reich noch praktizieren durften; vgl. Adam, Judenpolitik, S. 167.

¹²³ Im Deutschen Reich war der Ring-Bund jüdischer Jugend bereits am 30. 12. 1936 verboten worden, BA R 58/276. Die Loge B'nai B'rith wurde im April 1937 aufgelöst und ihr Vermögen beschlagnahmt; vgl. Voelker, B'nai B'rith Order.

¹²⁴ Sicherheitshauptamt an SD-OA Süd-Ost, 22. 5. 1937; Sonderarchiv Moskau, 500/1/403.

Ausführung der Anweisungen zu überwachen. Womöglich war dies eine erste Bewährungsprobe für den engagierten Hauptscharführer, der ein knappes Jahr später in Österreich unter Beweis stellen konnte, daß er für die Vertreibung der Juden ein geeigneter Organisator war¹²⁵.

In einer im Januar 1937 gedruckten Rede über das Wesen und die Aufgabe von SS und Polizei für den „Nationalpolitischen Lehrgang der Wehrmacht“ wies Heinrich Himmler dem SD nur eine allgemeine Aufgabenstellung zu. Die zu bearbeitenden Gebiete seien vor allem Kommunismus, Judentum, Freimaurer, Ultramontanismus, die Tätigkeit politisierender Konfessionen und die Reaktion. Den SD sollten nicht die „Einzelfragen der Exekutive“ interessieren, sondern „nur die großen weltanschaulichen Fragen“. Neben den großen strategischen Linien der Kommunistischen Internationale gehörte selbstverständlich das Judentum dazu: „Welche Einflüsse wirtschaftlicher Art nehmen die Juden – nun auch wieder den Plan im großen gesehen – zur Abdrosselung, zur Sabotage und Devisenverschiebung? Das sind Dinge, die dort wissenschaftlich und – hier paßt das Wort wirklich – generalstabsmäßig studiert werden, die sogar manchmal Jahre dauern, Arbeiten, bei denen wir in vielen oder den allermeisten Punkten erst am Anfang stehen.“¹²⁶

Derart allgemein beschäftigte sich das Referat II 112 schon längst nicht mehr mit der „Judenfrage“. Nach wie vor besaß der SD zwar keinerlei exekutive Funktion, aber in die akademische Nische ließ er sich nicht mehr stellen. Seine Arbeit war weit konkreter, als Himmler sie beschrieb. SD-Angehörige überwachten im Einvernehmen mit der Gestapo jüdische Versammlungen, und sie nahmen an Gestapo-Vernehmungen jüdischer Funktionäre teil¹²⁷. Auch Eichmanns Reise nach Breslau zeigt, daß der SD begann, exekutive Aufgaben an sich zu ziehen.

Aufbau einer Judenkartei

Eichmann hatte in seinem Memorandum vom Januar 1937 Aufklärungsarbeit unter der deutschen Bevölkerung verlangt, allerdings in anderer Art, als sie der *Stürmer* praktizierte. Antisemitische Propaganda sollte auf „Aufklärung und Sachlichkeit“ abgestellt sein, verbunden mit einer „weitgehenden Verwendung von Statistiken“ (Dokument 9). Da es an exakten Daten über die jüdische Be-

¹²⁵ Bis heute hält sich die Annahme, daß Eichmann bis zu seiner Abkommandierung nach Wien 1938 „hauptsächlich mit der theoretischen Erforschung des ‚Gegners Judentum‘ befaßt“ gewesen wäre, wie jüngst noch Gabriele Anderl, Zentralstellen, S. 276 schrieb. Statt dessen muß man Eichmann bereits 1937 als einen einsatzbereiten, mobilen SD-Angehörigen betrachten, der, wie auch die Reise nach Palästina im Herbst 1937 zeigt, von der SD-Führung, insbesondere von Six, mit Sonderaufgaben betreut wurde, die deutlich über das übliche Arbeitsgebiet eines Referenten hinausgingen. Nicht ohne Grund wurde Eichmann im November 1937 zum Untersturmführer befördert und damit in das SS-Führerkorps aufgenommen.

¹²⁶ Heinrich Himmler, Wesen und Aufgabe der SS und der Polizei, aus: Nationalpolitischer Lehrgang der Wehrmacht vom Januar 1937, in: IMG, Bd. 29, S. 222–224.

¹²⁷ Tätigkeitsbericht, 16.2.–5.7.1937 (Anm. 100).

völkerung mangelte, forderte das SD-Hauptamt Anfang des Jahres 1937 von den Oberabschnitten genaue Zahlen über die ansässigen Juden. Obwohl nur wenige Oberabschnitte den gesetzten Termin Mitte Januar halten konnten¹²⁸, weitete die Zentrale das Vorhaben aus und trieb mit Vehemenz den Aufbau einer umfassenden Judenkartei voran. Anfang April verschickte das SD-Hauptamt ein Fernschreiben mit der Aufforderung, eine Liste aller in reichswichtigen Betrieben tätigen Juden nach Berlin zu melden¹²⁹. Am 12. April fand eine Tagung der Abteilungsleiter II 11 in Berlin statt, auf der unter anderem die Frage der Judenkartei besprochen wurde¹³⁰. Eichmann unterbreitete am 1. Juni einen ausführlichen Vorschlag zur „karteimäßigen Erfassung sämtlicher in Deutschland vorhandenen Juden und Judenstämme“¹³¹. Einerseits sei eine solche Erfassung notwendig, um die Auswirkungen der Ariergesetzgebung auswerten zu können, andererseits seien staatliche Stellen untätig und eine Volkszählung nicht in Sicht.

Gerade die Erfahrungen, die Eichmann in Oberschlesien mit der Aufstellung einer solchen Kartei gemacht hatte, waren für den SD ermutigend. Die Aktion war dort vom Rassenpolitischen Amt der NSDAP finanziert worden, der SD hatte lediglich einen Mann abstellen und der Partei im Gegenzug Schulungsmaterial überlassen müssen. Eichmann schlug nun eine Dreiteilung vor: die Unterabschnitte sollten die Basis-Kartei führen und die „oberabschnittswichtigen Juden“ an die Oberabschnitte, die „reichswichtigen“ an das SD-Hauptamt melden, damit dort entsprechende Spezialkarteien geführt werden könnten. Six billigte diesen Vorschlag und erteilte die Genehmigung, mit den entsprechenden Parteidienststellen Kontakt aufzunehmen.

Die Oberabschnitte allerdings waren angesichts der Arbeit, die auf sie zukommen sollte, deutlich skeptischer. Der OA West hielt die Führung einer solchen Kartei für zu zeitaufwendig. Im Bereich des OA Elbe gab es Karteien nur auf der Ebene der Unterabschnitte. Nord-West meldete eine vorhandene Judenkartei von rund 15 000 Personen sowie eine Auswandererkartei von etwa 1000 Personen. Demgegenüber lebten im Nordwesten Deutschlands 40 000 bis 45 000 Juden, die Kartei erfaßte also nur ein Drittel¹³². Am 1. Juli wurde das Problem Heydrich zur Entscheidung vorgelegt, der sich im Prinzip mit der Aufstellung einer Judenkartei einverstanden erklärte, jedoch hinsichtlich der Finanzierung Bedenken hatte und Six anwies, mit Innen-Staatssekretär Stuckart über die Kostenfrage zu sprechen. Auch solle sich der SD an die Reichsstelle für Sippenforschung wenden, um die dort vorhandene Judenkartei in Abschrift zu übernehmen¹³³.

¹²⁸ Schriftwechsel zwischen SD-Hauptamt und Oberabschnitten, Januar 1937; Sonderarchiv Moskau, 500/1/224.

¹²⁹ Vermerk Hagen, 22. 7. 1937; Sonderarchiv Moskau, 500/1/495.

¹³⁰ SD-Hauptamt an SD-OA, Geheime Kommandosache, 20. 5. 1937; Sonderarchiv Moskau, 500/1/495.

¹³¹ Vermerk Eichmann, 1. 6. 1937; Sonderarchiv Moskau, 500/1/495.

¹³² SD-Oberabschnitte an SD-Hauptamt, Juni 1937; Sonderarchiv Moskau, 500/1/495.

¹³³ Aktennotiz Six, 2. 7. 1937; Sonderarchiv Moskau 500/1/495.

Zur selben Zeit waren auch andere Stellen des Regimes mit ähnlichen Planungen beschäftigt. Ende Mai informierte das SD-Hauptamt die Oberabschnitte, das Rassenpolitische Amt der NSDAP plane, mit Hilfe der Parteiorganisationen eine Judenkartei aufzubauen¹³⁴. Anfang Juli berichtete der Chef der Ordnungspolizei dem Reichsführer SS über mehrere Besprechungen, die zwischen Ministerialrat Krause vom Reichsinnenministerium und Vertretern der Ordnungs- und Sicherheitspolizei stattgefunden hatten. Übereinstimmend hatten alle Teilnehmer festgestellt, daß sich „die Zugehörigkeit zur jüdischen Rasse im polizeilichen Meldeverfahren nicht in erschöpfender Weise feststellen läßt“¹³⁵. Krause hatte daher vorgeschlagen, im Rahmen der für 1938 geplanten Volkszählung, die sich auch auf Religionszugehörigkeit und „blutmäßige Abstammung“ erstrecken sollte, eine Sondererhebung zu den Juden vorzunehmen¹³⁶.

Als am 12. Juli Wisliceny mit den Gestapa-Referenten Haselbacher und Flesch¹³⁷ zusammentraf, war die Handlungsgrundlage wesentlich verändert. Die staatlichen Stellen hatten sich bereits mit der Ordnungspolizei auf ein Verfahren verständigt, das auf eine vom Statistischen Reichsamt durchgeführte Volkszählung hinauslief. Haselbacher vertrat daher den Standpunkt, daß es „unzweckmäßig“ sei, sofort Erhebungen seitens der Partei und des SD anzustellen. „Noch ehe die Judenkartei des SD fertig sein könne, käme die Volkszählung.“¹³⁸ Um aber überhaupt einen Anfang zu machen, schlug Haselbacher vor, daß der SD die beim Gestapa lagernden Mitgliederlisten der jüdischen Organisationen übernehme und von den Unterabschnitten auf dem laufenden halten lasse.

Das ehrgeizige Ziel, mittels der SD-Oberabschnitte eine umfassende Judenkartei für das gesamte Deutsche Reich aufzustellen, hatte die Abteilung II 112 verfehlt. Noch agierte der SD zu sehr an der Peripherie der Macht, als daß es ihm gelungen wäre, gegen Ordnungspolizei und Ministerialbürokratie ein eigenes Konzept durchzusetzen. Auch die Unterstützung Heydrichs, halbherzig genug, reichte nicht aus. Dennoch konnte der SD als Erfolg verbuchen, daß er einen vollständigen Aktenbestand der Gestapo, die Mitgliederlisten der jüdischen Organisationen, übernehmen konnte. Und die Judenabteilung des SD hatte unter Beweis gestellt, daß es ihr an Konzepten nicht mangelte und sie sich durchaus zutraute, ein Projekt von der Größe einer reichsweiten Judenkartei in Angriff zu nehmen.

¹³⁴ SD-Hauptamt an Oberabschnitte, 20. 5. 1937 (Anm. 130).

¹³⁵ Chef der Ordnungspolizei an den RFSSuChdDP, 3. 7. 1937; Sonderarchiv Moskau, 500/1/495.

¹³⁶ Zur Judenstatistik der Volkszählung 1939 vgl. Aly/Roth, Erfassung, S. 55–79.

¹³⁷ Der Gestapa-Referent und Gerichtsassessor Flesch ist nicht, wie Drobisch, Judenreferate, S. 248, annimmt, mit Reinhard Flesch identisch, der, von 1919 bis 1933 Kriminalbeamter in München, über die Bayrische Politische Polizei mit Heinrich Müller zum Gestapa kam; vgl. auch Tätigkeitsbericht II 112, 6. 7.–5. 10. 1937; BA, R 58/991.

¹³⁸ Wisliceny an Six, 12. 7. 1937; Sonderarchiv Moskau, 500/1/495.

Kompetenzerweiterung

Im Verhältnis zur Gestapo führte diese konzeptionelle Kompetenz des SD zu einer Gewichtsverlagerung zu seinen Gunsten. Der sogenannte „Funktionsbefehl“ Heydrichs vom 1. Juli 1937 (Dokument 13), der das Verhältnis zwischen Gestapo und SD eindeutig klären sollte, bot die Gelegenheit, den eigenen Kompetenzbereich auszudehnen. Laut Heydrichs Erlaß sollten vom SD ausschließlich die Sachgebiete Wissenschaft, Volkstum, Kunst, Erziehung, Partei und Staat, Verfassung und Verwaltung, Ausland, Freimaurerei sowie Vereinswesen, ausschließlich von der Gestapo die Felder Marxismus, Landesverrat und Emigranten bearbeitet werden. Für Kirchen, Pazifismus, Presse, Rechtsbewegung, Wirtschaft sowie für Judentum sollte der SD „alle allgemeinen und grundsätzlichen Fragen (in denen staatspolizeiliche Vollzugsmaßnahmen nicht in Betracht kommen)“ übernehmen, die Gestapo „alle Einzelfälle (in denen staatspolizeiliche Vollzugsmaßnahmen in Betracht kommen)“.

Der Anspruch, grundsätzlich für die „Judenfrage“ zuständig zu sein, war Gegenstand der Besprechung, die Six und Wisliceny, Eichmann und Hagen auf der einen und Flesch als Vertreter des Gestapa-Judenreferats auf der anderen Seite am 17. Juni 1937 im SD-Hauptamt führten. Six schlug vor, ein Angehöriger des SD solle das gesamte Aktenmaterial zur „Judenfrage“ beim Gestapa durchsehen. Flesch stimmte zu, und Herbert Hagen wurde beauftragt, sich vier Tage später im Gestapa zu melden¹³⁹. Hagens Bericht stellte gewissermaßen eine Evaluation des Gestapa-Judenreferats dar (Dokument 14). Demnach waren die Generalakten des Gestapa nach Inlands- und Auslandsakten getrennt, wobei die Auslandsakten eher eine zufällige Ansammlung von Schriftstücken darstellten. Flesch selbst äußerte den Wunsch, das gesamte Auslandsmaterial dem SD zur systematischen Erfassung zu übergeben. Zwar existierte im Gestapa eine Personenkartei, doch erfaßte sie keineswegs alle Juden in jüdischen Organisationen, sondern wurde kumulativ geführt, das heißt eine Karteikarte erst dann angelegt, wenn ein „Vorgang“ angefallen war. Die vom Gestapa im Oktober 1935 erstmals angewiesenen und in vierteljährlichen Abständen ergänzten Mitgliedererhebungen der jüdischen Verbände waren bislang unausgewertet geblieben. Nun wurden diese Listen, wie Haselbacher vorgeschlagen hatte, vollständig an den SD übergeben. Die nachrichtendienstliche Bearbeitung des ausländischen Judentums konnte laut Hagen sofort an den SD übergehen, wobei die Korrespondenz mit dem Auswärtigen Amt weiterhin über das Gestapa geführt werden müsse, damit andere Stellen nichts über die auslandsnachrichtendienstliche Tätigkeit des SD erfahren.

Six wies aufgrund des Berichts die Abteilung an, einen Gesamtvorschlag für Heydrich zu entwerfen und mit der Auswertung der Auslandsakten sofort zu be-

¹³⁹ Besprechungsprotokoll Hagen, 19. 6. 1937; Sonderarchiv Moskau, 500/3/315.

ginnen. Wenige Tage später erteilte der Stellvertreter Heydrichs und Verwaltungschef des Gestapa, Werner Best, die Anweisung, sämtliche Vorgänge des Gestapa-Judenreferats dem SD zu übergeben, darunter, wie Wisliceny an Six berichtete, „nicht nur abgeschlossene Vorgänge, sondern überwiegend laufende Sachen, die zukünftig vom SD zu bearbeiten sind“¹⁴⁰. Der SD befand sich damit im Besitz gewichtiger Informationen, anhand derer es künftig kaum Initiativen, Anfragen, Gesetzgebungsverfahren zur Judenpolitik geben konnte, ohne den SD einzubeziehen.

Ein weiterer Umstand kam dem SD zugute. Mitte September 1937 wurde der Judenreferent des Gestapa, Assessor Flesch, zur Staatspolizeileitstelle Berlin versetzt¹⁴¹. Sein Nachfolger, Horst Freytag, war noch unerfahren und den „Judenexperten“ des SD, Hagen, Eichmann, Dannecker, Wisliceny, deutlich unterlegen. Nicht ohne Genugtuung teilte Wisliceny Six Anfang Oktober mit, „daß das Gestapa fast seine sämtlichen Vorgänge an II 112 abgegeben hat. [. . .] Der persönliche Kontakt zu Ass. Freytag ist aufgenommen worden und verspricht eine weiterhin gute Zusammenarbeit. Ass. Freytag erscheint allerdings zuweilen durch allzu juristische Bedenken gehemmt.“¹⁴² Erhalten gebliebene Notizen der SD-Abteilung über ihre Gespräche mit Freytag belegen, wie wenig die SD-Männer auf derlei „juristische Bedenken“ Rücksicht zu nehmen gedachten. Hagen, Eichmann und Dannecker gaben die Richtung vor, und Freytag stimmte meist zu¹⁴³. „Die bereits bestehenden guten Beziehungen zwischen dem Referat II B 4 des Gestapa und der Abteilung II 112“, schrieb Herbert Hagen Ende des Jahres, „konnten durch den Funktionsbefehl vom 1.7.37 noch verbessert werden. Die Arbeitsinitiative liegt im wesentlichen bei der Abteilung II 112.“¹⁴⁴

Diese Kompetenzverlagerung läßt sich weder als übliches Machtgerangel zwischen Institutionen interpretieren, noch verfolgte der SD eine gegen die Gestapo gerichtete Strategie. Kritik am Gestapa war innerhalb des SD keineswegs tabu. Noch im April 1937 hatte Dannecker bemängelt, daß die Gestapo den Kampf gegen das Judentum „ausschließlich verwaltungsmäßig“ führe und meist bar „jeder einwandfreien Materienkenntnis“ sei¹⁴⁵. Dadurch daß dem SD die grundsätzliche Behandlung der „Judenfrage“ zugewiesen sowie die Auswertung des beim Gestapa einlaufenden Materials übertragen worden war, leitete die Abteilung II 112

¹⁴⁰ Wisliceny an Six, 20.7.1937; Sonderarchiv Moskau, 500/3/315. Im Tätigkeitsbericht 6.7.–5.10.1937 ist von rund 2000 Akten die Rede, die aus dem Gestapa eingingen (Anm.137).

¹⁴¹ Tätigkeitsbericht II 112, 6.7.–5.10.1937 (Anm.137).

¹⁴² Wisliceny an Six, 8.10.1937; Sonderarchiv Moskau, 500/3/315.

¹⁴³ Vgl. zum Beispiel Gesprächsnotizen, 4.11.1937 und 7.3.1938; Sonderarchiv Moskau, 500/414 und 500/1/403.

¹⁴⁴ Tätigkeitsbericht II 112, 1.7.–31.12.1937; BA, R 58/991.

¹⁴⁵ Dannecker, „Welche Fragen und Aufgaben ergeben sich für den SD bei der Bekämpfung des Judentums?“, 4.4.1937; Sonderarchiv Moskau, 500/1/506. Wenige Tage später kritisierte Dannecker erneut das Gestapa, das mit Erlaß vom 30.3.1937 den Juden besondere Badeorte zugewiesen habe, wohingegen nach Ansicht des SD die „Zusammenballung von Juden“ unerwünscht sei; Vermerk Dannecker, 21.4.1937; BA, R 58/991.

durchaus zu Recht „eine gewisse geistige Führung durch den SD“¹⁴⁶ ab. Andererseits verweist die Tatsache, daß Werner Best als stellvertretender Chef des Gestapo, der 1934/35 als Organisationschef des SD dessen Neuaufbau maßgeblich beeinflußt hatte, die Anweisung gab, dem SD sämtliche Vorgänge zu übergeben, deutlich auf die interne Arbeitsteilung, die die Führung der Sicherheitspolizei im Blick hatte¹⁴⁷. Dem SD die Federführung in der Judenpolitik zu überlassen, bedeutete zugleich, die politische Polizei als Exekutivmacht und Terrorinstrument zu stärken. Gestapo und SD bildeten in ihrer Politik gegenüber den Juden weiterhin eine Einheit. Aber nachdem der SD in den vergangenen Jahren seine konzeptionelle Initiative unter Beweis gestellt hatte, wurde ihm nun auch innerhalb des Sicherheitsapparates institutionell die grundsätzliche Planung der Judenpolitik übertragen.

SD und Palästina

Über die jüdische Auswanderung aus Deutschland zeichnete das Judenreferat in seinem Bericht für das erste Quartal 1937 ein eher düsteres Bild (Dokument 10). Die deutschen Juden begannen, sich mit ihrer Lage abzufinden, zumal die ungeklärte Lage in Palästina den Auswanderungswillen keineswegs fördere. Außerdem seien die wirtschaftlichen Verhältnisse immer „noch derart günstig, daß die meisten das Verbleiben in Deutschland einer Auswanderung vorziehen“. Dementsprechend verstärkten die assimilatorischen Organisationen ihre Arbeit. Nicht ohne spitzen Unterton vermerkte der Bericht, daß Nürnberg, die Stadt des *Stürmers*, sich zu einem Mittelpunkt jüdischen Lebens entwickle. Demgegenüber sei die antisemitische Propaganda der NSDAP „fast ganz eingeschlafen“.

In der deutschen Bevölkerung fehle die Bereitschaft, den jüdischen Mitbürgern das Leben unerträglich zu machen. So berichtete der SD von freundlichen Gesten katholischer Geistlicher auf dem Lande, von jüdischen Baufirmen, die nach wie vor, wie in Wilhelmshaven oder in Idar-Oberstein, öffentliche Aufträge erhielten, und von Großgrundbesitzern, Adeligen und Offizieren, die ihre Vermögen immer noch durch jüdische Bankhäuser verwalten ließen. Aus den Oberabschnitten kamen ähnliche Meldungen. Der OA Ost schrieb Mitte Februar, daß, nachdem das Versammlungsverbot für jüdisch-politische Vereine mit Wirkung vom 1. Februar 1937 aufgehoben worden war, wieder bis zu siebzig jüdische Versammlungen täglich in Berlin stattfänden. Der OA Süd wußte Anfang März ebenfalls von einer „äußerst regen“ Versammlungstätigkeit der jüdischen Organisationen und Vereine zu berichten. OA Nord-Ost meldete aus dem allerdings noch der nationalsozialistischen Herrschaft entzogenen Danzig, daß ein Saal der jüdischen Turnhalle, der über tausend Personen Platz biete, meistens gefüllt sei,

¹⁴⁶ Wisliceny, „Richtlinien und Forderungen an die Oberabschnitte“, 21.4.1937 (Dokument 12).

¹⁴⁷ Vgl. demnächst Herbert, Best.

gelegentlich sogar gesperrt werden müsse¹⁴⁸. Diese, den SD wie die Gestapo beunruhigende Aktivität führte dazu, daß mit Wirkung vom 10. April 1937 sämtliche jüdischen Versammlungen erneut auf zwei Monate untersagt wurden¹⁴⁹.

Für den SD verlangte Wisliceny, der zum 1. April die Führung des Judenreferats übernommen hatte, in einer grundsätzlichen Vorlage eine weit größere Entscheidungsbeteiligung als bisher. Die „Judenfrage“ sei eine „Rassenfrage“ und „damit eindeutig als weltanschauliches Problem gekennzeichnet“. Sie könne „nur zentral und durch Gesetzgebung geregelt werden“ (Dokument 11). II 112 müsse, so Wisliceny, alle Fragen der Auswanderung bearbeiten und mit dem Reichswirtschaftsministerium selbständig verhandeln können. Als „einzig mögliche Lösung der Judenfrage“ komme letztlich nur die „Abwanderung der Juden aus Deutschland mit allen Mitteln“ in Betracht. In gleicher Weise formulierten Wisliceny und Hagen in den „Richtlinien und Forderungen an die Oberabschnitte“ (Dokument 12) Ende April: „Die Lösung der Judenfrage kann nur in einer völligen Entfernung der Juden aus Deutschland liegen.“ Beide traten entschieden für die Auswanderung nach Palästina ein. Nur durch die zionistische Auswanderung sei die „Entfernung der Juden aus Deutschland“ denkbar. Daher bedürfe die Palästinafrage der ganzen Aufmerksamkeit des SD, „da von ihr letzten Endes die Lösung der Judenfrage in Deutschland abhängt“. Wisliceny selbst reiste Ende Juli 1937 zum XX. Zionistenkongreß nach Zürich, um sich aus erster Hand, vor allem über die zionistische Haltung zum britischen Teilungsplan, zu informieren¹⁵⁰.

Palästina war die einzige Region in der Welt, wo laut der Balfour-Deklaration von 1917 explizit eine „nationale Heimstätte für das jüdische Volk“ geschaffen werden sollte. Im Unterschied zu den Schwierigkeiten, mit denen auswanderungswillige Juden in anderen europäischen Ländern und in den USA konfrontiert wurden, hing die Auswanderung nach Palästina ausschließlich von der Zertifikatsverteilung der britischen Mandatsregierung ab. Tatsächlich nahm Palästina von 1933 bis 1936 mehr deutsch-jüdische Auswanderer auf als jedes andere Land¹⁵¹. In Deutschland wurde die Auswanderung nach Palästina von den zionistischen Organisationen in besonderer Weise gefördert. Indem Gestapo und SD die jüdischen Verbände unterschiedlich behandelten, die assimilatordisch eingestellten weitestgehend beschränkten und die zionistischen bevorzugten, spielten sie nicht nur die jüdischen Organisationen gegeneinander aus, sondern hofften vor allem, ihrem eigentlichen Ziel, der Vertreibung der Juden aus Deutschland, ein großes Stück näherzukommen¹⁵². Palästina schien den Ausweg aus einer Problemlage zu bieten, die Arthur Prinz folgendermaßen beschrieben hat: „The Ge-

¹⁴⁸ OA-Berichte, Februar/März/April 1937; Sonderarchiv Moskau, 500/1/95.

¹⁴⁹ Lagebericht II 112, 1. 4.–15. 4. 1937; Sonderarchiv Moskau, 500/3/316.

¹⁵⁰ Tätigkeitsbericht II 112, 6. 7.–5. 10. 1937 (Anm. 137).

¹⁵¹ Vgl. Strauss, *Jewish Emigration II*, S. 343–357; sowie Wetzel, *Auswanderung*, S. 446–453.

¹⁵² Zum heiklen Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Zionismus vgl. Nicosia, *End of Emancipation*; sowie Ders., *Nützlicher Feind*.

stapo found it by no means necessary to remove the chief obstacles lying in the way of Jewish emigration. On the contrary, while they exerted every possible pressure on the Jewish authorities for speeding up emigration, they viewed with favour the propaganda carried on by Dr. Goebbels' Propaganda Ministry, which pilloried the Jews in the whole world as parasites and vermin, and stiffened the opposition of foreign countries to the admission of Jewish immigrants."¹⁵³

Was Prinz als paradoxen Zielkonflikt miteinander konkurrierender Institutionen des NS-Regimes schildert, stellte eines der unauflösbaren Dilemmata nationalsozialistischer Judenpolitik dar. Die Auffassung, daß die „Judenfrage in Deutschland“ eine „Rassenfrage“ sei, legitimierte die eigene Verfolgungs- und Vertreibungspolitik – und delegitimierte zugleich die Einwanderungspolitik anderer Länder. Zwar bestätigte die Immigrationspraxis der westlichen Länder die nationalsozialistische Sicht, daß diese Nationen im Überlebenskampf der Völker auf einer niedrigeren Stufe stünden, da sie den jüdischen „Schädlingen“ Aufnahme gewährten. Aber diese Bestätigung der eigenen Weltanschauung entthob die Nationalsozialisten nicht ihres Problems. Wollten sie die deutschen Juden zur Auswanderung zwingen, mußten sie entweder auf die Liberalität und „Verblendung“ westlicher Staaten hoffen, oder die Juden mußten an einen Ort in der Welt gebracht werden, an dem sie „unter sich“ waren. Damit aber unterstützten die Nationalsozialisten gerade die Schaffung jenes „jüdischen Zentrums“, dessen Macht zu brechen sie angetreten waren.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Politik, an der Errichtung eines „Judenstaats“ mitzuwirken, keineswegs einhellige Unterstützung in der NS-Führung fand. Bereits das im Sommer 1933 zwischen jüdischen Organisationen und Reichswirtschaftsministerium geschlossene Haavara-Abkommen, das jüdischen Kapitaltransfer in begrenztem Umfang nach Palästina erlaubte und damit eine nennenswerte Auswanderung überhaupt erst ermöglichte, wurde von der NSDAP-Auslandsorganisation und dem Deutschland-Referat des Auswärtigen Amtes heftig kritisiert¹⁵⁴. Im Januar 1937 warnte das AA, ein jüdischer Staat in Palästina werde den jüdischen Einfluß in der Welt in unvorhersehbarem Ausmaß verstärken und Jerusalem werde Zentrale für das Judentum wie Moskau für den Kommunismus¹⁵⁵. Anfang Juni beschied Außenminister von Neurath die deutsche Botschaft in London: „Bildung eines Judenstaates oder jüdisch geleiteten Staatsgebildes unter britischer Mandatshoheit liegt nicht im deutschen Interesse.“¹⁵⁶ Der Runderlaß an alle diplomatischen Missionen vom 22. Juni 1937 ging noch einen Schritt weiter, indem er betonte, im Gegensatz zur bisheri-

¹⁵³ Prinz, *Role of the Gestapo*, S. 209.

¹⁵⁴ Vgl. Jacobsen, *Nationalsozialistische Außenpolitik*, S. 156–157. Zum Haavara-Abkommen vgl. Feilchenfeld/Michaelis, *Haavara-Transfer*; sowie Barkai, *German Interests*.

¹⁵⁵ Nicosia, *Nützlicher Feind*, S. 388–389. Zu den ständig wachsenden Forderungen, mit denen die deutschen Behörden das Haavara-Abkommen seit 1936/37 belasteten und aushöhlten, vgl. jetzt Bauer, *Jews*, S. 24–29.

¹⁵⁶ ADAP, Serie D, Bd. 5, Nr. 561.

gen Politik, die Auswanderung der Juden zu fördern, bestehe jetzt „ein größeres deutsches Interesse daran, die Zersplitterung des Judentums aufrecht zu erhalten. Denn die Judenfrage wird nicht für Deutschland gelöst, wenn kein Angehöriger der jüdischen Rasse mehr auf deutschem Boden sesshaft ist.“¹⁵⁷

In Abgrenzung zu dieser ablehnenden Position versuchte der SD, in einem skurril anmutenden, aber durchaus ernst gemeinten Unternehmen auf eigene Faust die zionistische Auswanderung zu fördern. Über den Leiter des Deutschen Nachrichtenbüros in Jerusalem, Dr. Franz Reichert, der zu den V-Leuten des SD gehörte¹⁵⁸, stellte das Judenreferat Kontakt zu einem gewissen Feivel Polkes her, einem Mitglied der zionistischen Militärorganisation Haganah (hebr. „Verteidigung“), der Reichert mit Informationen über jüdische und arabische Aktivitäten versorgte¹⁵⁹. Mit Reicherts Hilfe wurde ein Aufenthalt Polkes' der Anfang 1937 in offizieller Mission durch Europa reiste, vom 26. Februar bis 2. März 1937 in Berlin arrangiert. Die Kosten für die Reise und den Berliner Aufenthalt übernahm der SD¹⁶⁰. Während dieser Tage in Berlin traf sich Polkes mehrere Male mit Eichmann, wobei dessen SD-Zugehörigkeit zwar geheim blieb, Polkes sich aber durchaus im klaren war, daß ihm ein Nationalsozialist in offizieller Funktion gegenüber saß. Polkes erläuterte die Position der Zionisten in Palästina und offerierte weitere Informationen, wenn die Nationalsozialisten im Gegenzug die jüdische Auswanderung von Deutschland nach Palästina erleichterten. Vor allem gab er vor, die Hintergründe des Attentats auf den Schweizer Landesgruppenleiter der NSDAP, Wilhelm Gustloff, aufklären zu können. Am 2. März reiste Polkes ab, nicht ohne Eichmann einzuladen, in Palästina die Unterredung fortzusetzen. Der Bericht über den Polkes-Besuch wurde Heydrich persönlich vorgelegt, der entschied, daß Eichmann die Einladung annehmen und zusammen mit Hagen in den Nahen Osten reisen sollte. Allerdings stellte Heydrich klar, daß er nach außen keinerlei Verantwortung übernehme, sondern das politische Risiko der Reise ausschließlich Schellenberg als Abwehrbeauftragter des SD und Six als Zentralabteilungsleiter trügen¹⁶¹.

Am 26. September 1937 traten Eichmann und Hagen ihre Reise an. Über Polen und Rumänien, von dort mit dem Schiff nach Stambul und Piräus, trafen sie am 2. Oktober in Haifa ein. Kontakt mit Polkes vermochten sie nicht aufzunehmen; der Dampfer fuhr am folgenden Tag weiter nach Alexandrien, und am 7. Oktober landeten die beiden „Judenexperten“ in Kairo. Dort besuchte sie Polkes für zwei Tage, ohne jedoch mit substantiellen Informationen aufwarten zu können. Ein Visum, um ein zweites Mal nach Palästina einzureisen, erhielten Hagen und

¹⁵⁷ Ebenda, Nr. 564.

¹⁵⁸ Tätigkeitsbericht II 112, 6. 7.–5. 10. 1937 (Anm. 137).

¹⁵⁹ Polkes, 1900 in Polen geboren, war 1920 nach Palästina ausgewandert. Er gehörte zwar der Haganah an, aber die tatsächliche Rolle Polkes und die Ernsthaftigkeit dieser Unterredungen seitens der Haganah sind nach wie vor ungeklärt; vgl. Nicosia, Nützlicher Feind, S. 388.

¹⁶⁰ Bericht Hagen, 17. 6. 1937; BA, R 58/954.

¹⁶¹ Aktennotiz Six, 4. 9. 1937; BA, R 58/623.

Eichmann nicht, so daß sie am 19. Oktober unverrichteter Dinge wieder aus Ägypten abreisen mußten. Trotz des umfangreichen, fünfzigseitigen Berichts, den Hagen und Eichmann am 4. November 1937 vorlegten, war der Fehlschlag ihrer Reise offenkundig¹⁶². Die eigenmächtige Aktion des SD hatte in keiner Weise die Erwartungen erfüllt, die die Zentrale an sie geknüpft hatte. Weder waren mit den Zionisten in Palästina konkrete Verabredungen über die Auswanderung der deutschen Juden getroffen worden, noch hatte sich der Gustloff-Mord aufklären lassen.

Die Lehre, die der SD aus dieser mißlungenen Aktion zog und Eichmann später als Referatsleiter im RSHA peinlich befolgte, war unzweideutig: Das Auswanderungsproblem ließ sich nicht durch eine eigene „Außenpolitik“ lösen, sondern nur als koordinierte Aktion mit der Ministerialbürokratie und der Polizei. Das bislang unerschütterliche Festhalten des SD an der Palästina-Option geriet Ende 1937, womöglich durch die eigenen Reiseerfahrungen¹⁶³, kurzfristig ins Wanken. In einem Bericht an Heydrich übernahm Herbert Hagen die Position des Auswärtigen Amtes, wonach die Gründung eines selbständigen jüdischen Staates abzulehnen sei¹⁶⁴. Auch in den „Arbeitsanweisungen für das Sachgebiet II 112“ (Dokument 25) Ende 1937 hieß: „Nachdem die Stellung gegen die mögliche Gründung des Judenstaates bezogen ist, verändert sich die Aufgabe von II 112 insofern, als auch die Zionisten, die ja den Judenstaat erstreben, keine Förderung mehr erhalten.“

Doch Anfang 1938 bekräftigte Hitler noch einmal seine Entscheidung aus dem Frühjahr 1937, die Auswanderungspolitik ungeachtet des Bestimmungsortes der Emigranten fortzusetzen: Die Judenauswanderung aus Deutschland solle weiterhin mit allen Mitteln gefördert werden und sich in erster Linie auf Palästina richten¹⁶⁵. Der SD befand sich damit wieder in Einklang mit der höchsten Führung. Die Querschüsse aus dem Auswärtigen Amt verpufften ohne Wirkung, zumal sich Ende 1937 die deutschen Befürchtungen, im Nahen Osten könnte ein jüdischer Staat entstehen, weitgehend verflüchtigten, da der anhaltende Widerstand gegen den britischen „Peel-Plan“ und die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Juden und Arabern die Empfehlungen der königlich-britischen Kommission, das Land zu teilen, zunichte machten. Trotz des unmittelbaren Mißerfolgs der Reise Eichmanns und Hagens in den Nahen Osten hatte sich der SD als selbstbewußt genug gezeigt, eine Lösung der Auswanderung nach Palästina unabhängig von den übrigen Reichsinstanzen nicht nur vorzuschlagen, sondern auch zu versuchen, sie in die Tat umzusetzen. Sein Anspruch auf Mitsprache bei

¹⁶² „Bericht über die Palästina-Ägyptenreise von SS-Hptscharf. Eichmann und SS-O'Scharf. Hagen“, 4. 11. 1937; BA, R 58/954.

¹⁶³ Das vermutet auch Bauer, *Jews*, S. 26.

¹⁶⁴ „Kurzbericht für C. über das Judentum“, 12. 11. 1937; BA, R 58/544.

¹⁶⁵ Vermerk des Außenhandelsamts der Auslandsorganisation der NSDAP an den Leiter der AO im AA, 1. 2. 1938; Nicosia, *Nützlicher Feind*, S. 392–393, der dort weitere Belege für diese Entscheidung Hitlers anführt.

den Ministerialbesprechungen zur Judenpolitik jedenfalls wurde berücksichtigt. Als das Reichsinnenministerium Anfang Oktober 1937 erneut zu einer Konferenz über das Palästina-Problem einlud, war neben dem Auswärtigen Amt, dem Reichswirtschaftsministerium und der Parteikanzlei auch der SD geladen¹⁶⁶.

Die Novemberkonferenz 1937

In seiner Denkschrift zum Vierjahresplan hatte Hitler im August 1936 gefordert, daß die deutsche Armee in vier Jahren einsatzfähig, die deutsche Wirtschaft in vier Jahren kriegsfähig sein müsse. Im April 1936 war Göring koordinierende Instanz für alle Rohstoff- und Devisenfragen geworden, im Herbst beauftragte ihn Hitler mit der Durchführung des Vierjahresplans. Anfang November 1937 offenbarte Hitler der engsten militärischen Führungsspitze, daß er zum Krieg entschlossen sei, wobei das erste Ziel die „blitzartige“ Niederwerfung der Tschechoslowakei und Österreichs sein müsse¹⁶⁷. Vor diesem Hintergrund ist der härtere Kurs gegen die deutschen Juden zu sehen¹⁶⁸. In einem Deutschland, das sich auf den Krieg vorbereitete, galten die Juden als „natürliche“ Gegner, die den deutschen Anstrengungen Schaden zufügten. Andererseits war das jüdische Vermögen begehrt, um den Vierjahresplan zu finanzieren; Enteignung und „Arisierung“ der Unternehmen in jüdischem Besitz standen mit der forcierten Aufrüstung in unmittelbarer Verbindung. Der Produktionssektor der Wirtschaft expandierte erheblich, und die deutsche Industrie drängte darauf, sich auf Kosten ihrer jüdischen Konkurrenz zu vergrößern – und zu bereichern¹⁶⁹.

Auch die Parteiorganisationen nutzten die Situation, um ihrerseits lang gehegte, aber bislang nicht eingelöste Forderungen durchzusetzen. Der StdF drängte darauf, nun auch die sogenannten „Mischlinge“ in die diskriminierenden Verordnungen einzubeziehen, vor allem forderte er ihre Entlassung aus dem Beamtenverhältnis¹⁷⁰. Der NS-Rechtswahrerbund kritisierte die anhaltende Praxis, jüdische Anwälte als Prozeßbevollmächtigte anzuerkennen, der Reichsärztführer beschwerte sich mit Erfolg bei Hitler über die Tatsache, daß es immer noch praktizierende jüdische Ärzte gebe¹⁷¹. Ebenso sind die Bemühungen des SD, seine Position in der „Judenfrage“ zu verstärken, in diesem Kontext einer sich verschärfenden Politik gegenüber den Juden zu betrachten.

Für September 1937 hatte das SD-Hauptamt eine Tagung sämtlicher Judenreferenten geplant, auf der über die Zusammenarbeit zwischen SD und Gestapo

¹⁶⁶ Ebenda, S.392.

¹⁶⁷ Besprechung über die Niederschrift in der Reichskanzlei am 5.11.1937 (Hoßbach-Protokoll), in: IMG, Bd.25, S.403–413.

¹⁶⁸ Vgl. Genschel, Verdrängung, S.144–150.

¹⁶⁹ Barkai, Boykott, S.73–91.

¹⁷⁰ Longerich, Hitlers Stellvertreter, Akten der Partei-Kanzlei, Bd.3, S.215.

¹⁷¹ Adam, Judenpolitik, S.167–170.

unter Berücksichtigung des Heydrich-Befehls vom 1. Juli und über die „Aktivierung der Arbeit auf dem Sachgebiet II 112“ gesprochen sowie neue Dienstweisungen ausgegeben werden sollten¹⁷². Mehrmals mußte die Tagung verschoben werden, doch am 1. November 1937 waren schließlich 66 Abteilungsleiter, Referenten, Hilfskräfte aus sämtlichen SD-Oberabschnitten im SD-Hauptamt versammelt¹⁷³.

Herbert Hagen steckte in seinem Referat (Dokument 17) den Rahmen ab, in dem sich die künftige Judenpolitik des SD bewegen sollte: „Als Generallinie für alle Arbeit bei II 112 gilt nach wie vor Zurückdrängung und Unschädlichmachung aller assimilatorischen Bestrebungen der Juden und Unterstützung jeder positiven zionistischen Arbeit zugunsten der Auswanderung.“ Er ging mit der bisherigen Arbeit scharf ins Gericht: Der SD habe über den vielen Kleinigkeiten die „große Linie“ aus dem Auge verloren. Statt sich um „Rassenschandefälle“ zu kümmern, die leicht von der Polizei zu erledigen seien, sollten die Judenreferenten sich bewußt werden, daß der SD „die volle Bearbeitung der Judenfrage“ übernommen habe.

Der selbstbewußtere Umgang mit staatlichen Stellen erfordere jedoch eine weit genauere Kenntnis der Gesetze und Verordnungen als bisher nötig, da diese Arbeit der Gestapo überlassen worden war. Dannecker schärfte den Referenten in seinem Vortrag (Dokument 18) ein: „Es genügt nicht mehr, im Verkehr mit behördlichen Stellen zu schreiben: Der und der Jude muß ins KZ gesteckt werden, weil er sich irgendwann staatsfeindlich geäußert und betätigt hat, sondern nach der Zitierung des festgestellten Tatbestandes hat es zu heißen: Der Jude X hat durch seine staatsfeindlichen Äußerungen oder seine staatsfeindliche Tätigkeit gegen die Anordnung oder das Gesetz Y verstoßen.“ Dannecker wies darauf hin, daß die Stapostellen im allgemeinen eine Sammelmappe mit einschlägigen Vorschriften angelegt hätten, die sich die Referenten besorgen und abschreiben bzw. photokopieren könnten. Zusätzlich verschickte das SD-Hauptamt zu den im Anschluß an die Tagung ausgegebenen Arbeitsanweisungen (Dokument 25) eine, hier nicht abgedruckte, Liste wichtiger Gesetze, Verordnungen und ministerieller Erlasse seit 1933, deren Texte sich die Oberabschnitte beschaffen mußten.

In der Verfolgung der assimilatorischen jüdischen Organisationen verlangte Hagen von den regionalen Referenten ein „aktives Eingreifen“, indem sie zum Beispiel die Vorstandsmitglieder durch die örtliche Staatspolizeistelle zur Vernehmung vorladen und Funktionäre, die nicht im Sinne des SD handelten, durch zionistische austauschen sollten. Es sei für die Arbeit unerlässlich, daß die Referenten die „leitenden Juden persönlich“ kennen. In diesem Sinn präsentierte Dannecker in einer umfassenden Übersicht die wichtigsten jüdischen Organisa-

¹⁷² Vermerk Six, 22. 7. 1937; Sonderarchiv Moskau, 500/3/322.

¹⁷³ Der Grund für die Verschiebung bestand offenbar darin, daß Hartmann, Dannecker, Eisenmenger und Hagelmann zur Sicherung des Mussolini-Besuches in Deutschland eingesetzt worden waren; vgl. Tätigkeitsbericht II 112, 1. 7.-31. 12. 1937 (Anm. 144).

tionen, unterschieden nach sogenannten Assimilanten, Orthodoxen und Zionisten (Dokument 21). Hauptaufgabe des SD sei nach wie vor die völlige Ausschaltung der Assimilanten aus dem jüdisch-politischem Leben, „um die Judenfrage in Deutschland ihrer endgültigen Lösung näherzubringen“. Das Personal der jüdischen Gemeindevertretungen, Kulturbünde, jüdischen Schulen sowie der Lehr- und Umschulungsstätten müsse genauestens untersucht und die assimilatorischen müssten durch „geeignete zionistisch eingestellte Juden“ ersetzt werden. Dannecker kündigte die baldige Auflösung des Centralvereins an¹⁷⁴, schon jetzt gelte es jedoch, durch unauffällige, aber genaueste Erfassung der führenden Mitglieder einen umfassenden Schlag vorzubereiten, wie er im April bereits gegen den Unabhängigen Orden B'nai B'rith gelungen sei: „Keine Minute Ruhe geben, stets die führenden Juden durch Vermahnungen in Atem halten, auf jede unseren Grundsätzen zuwiderlaufende Regung, auch die kleinste, sofort reagieren, kurz, völliges Eindringen in das jüdische und insbesondere das jüdisch-politische Eigenleben. Dadurch wird zwangsläufig der Auswanderungsgedanke genährt und die Idee von einem vielleicht doch noch möglichen Weiterverbleiben in Deutschland immer mehr untergraben.“

Eine eigene SD-Kampagne richtete sich gegen die ausländischen Juden, die in den jüdischen Organisationen tätig waren, denen unterstellt wurde, Agenten des „Weltjudentums“ zu sein. Adolf Eichmann (Dokument 19) führte in seinem Referat aus, daß der SD bei der Überprüfung jüdischer Vereine und Komitees auf zahlreiche jüdische Angestellte mit ausländischer Staatsangehörigkeit, darunter viele Sowjetbürger, gestoßen sei. Die Jüdische Gemeinde in Berlin beschäftige allein 120 ausländische Juden. In Zusammenarbeit mit der Gestapo seien daher die jeweiligen Vorstände anzuweisen, bis Ende des Jahres sämtliche bei ihnen beschäftigten Angestellten mit fremdem Paß zu entlassen¹⁷⁵. Als die drei internationalen Zentren machte Eichmann Paris, London und New York aus, wo jeweils jüdische Organisationen angeblich mit Propaganda-, Terror- und Spionageaktionen gegen Deutschland wirkten. Der Alliance Israélite Universelle in Paris warf er vor, für das Attentat auf Henlein, den Führer der sudetendeutschen Nationalsozialisten, verantwortlich zu sein, und konstruierte eine Verbindung zum Unilever-Konzern in London, der die deutschen Margarinefabriken unter Kontrolle habe. Seine Zuhörer forderte er auf, Informationen über Unternehmen und Personen, die mit Unilever in Verbindung stünden, zu sammeln und nach Berlin zu melden.

Hagen sprach in Vertretung des erkrankten Eisenmenger über die verbliebene jüdische Presse in Deutschland und ermahnte die Referenten, die Auswertung von Zeitungen sei „unbedingt erforderlich“ (Dokument 24). Hagelmann referier-

¹⁷⁴ Tatsächlich wurde der Centralverein zusammen mit der Zionistischen Vereinigung erst Anfang 1939 aufgelöst; Walk, Sonderrecht, III 98.

¹⁷⁵ Zur Entlassung ausländischer Staatsbürger aus den Diensten jüdischer Organisationen in Deutschland auf Betreiben des SD vgl. die ausführlichen Aktenbestände im Sonderarchiv Moskau, 500/1/499a und 500/1/597a; sowie Maurer, Ausländische Juden, S. 190–199.

te über den Stand der Erfassung der Juden durch die Behörden, Ämter und Institute (Dokument 23). Zwar solle zunächst die Volkszählung abgewartet werden, aber mit einer karteimäßigen Erfassung der organisierten Juden anhand der von der Gestapo übernommenen Unterlagen könne bereits jetzt begonnen werden.

Die Tagung vom 1. November umriß den Horizont, vor dem das Judenreferat des SD seine Politik entwarf. Wie ein roter Faden durchzog sämtliche Vorträge die Aufforderung, über den Tagesgeschäften nicht die „große Linie“ aus den Augen zu verlieren. Mit Nachdruck verlangte Hagen von den regionalen Judenreferenten, den SD als eine Planungsinstanz zu begreifen, der das umfassendste Konzept zur „Lösung der Judenfrage“ präsentiere und sich deshalb nicht in den „Kleinigkeiten“ verlieren dürfe. Zugleich beanspruchte der SD nicht nur eine „gewisse geistige Führung“, wie Wisliceny im April 1937 formuliert hatte (Dokument 12), sondern auch die Mitwirkung in der Praxis. Eichmanns Aufenthalt in Schlesien, seine und Hagens Reise nach Palästina und die auf der Tagung an die Oberabschnittsreferenten gerichtete Aufforderung, über die örtlichen Stapostellen führende Mitglieder jüdischer Organisationen zur Vernehmung kommen zu lassen, zeigt, wie eng für die „Judenexperten“ des SD Planung und Praxis verbunden waren.

Zum zweiten legten die Referate unmißverständlich die antisemitische Weltanschauung dieser Männer offen. Wie haarsträubend sich die Beschreibungen über die geheime und gegen Deutschland gerichtete Tätigkeit internationaler wie deutscher jüdischer Organisationen heute ausnehmen, so glaubhaft waren sie für die Teilnehmer der Tagung. Die Weltverschwörungsszenarien, wie sie beispielsweise Eichmann präsentierte, stellten stimmige ideologische Konstrukte dar, deren irrealer Gehalt sie nicht weniger realitätsmächtig werden ließ. Die „Judenexperten“ des SD glaubten an ihre Konstruktionen. Allen Referaten lag die rassenbiologische Überzeugung zugrunde, zum Wohle des deutschen Volkes eine „Lösung des Judenproblems“ finden zu müssen. Die Feststellung Hans Mommsens, „daß viele der für die ‚Endlösung‘ verantwortlichen Funktionäre nicht primär antisemitisch indoktriniert“¹⁷⁶ waren, gilt nicht für diese Männer. Für die „Judenexperten“ des SD bildete der Antisemitismus, der zudem vorgab, sachlich, wissenschaftlich und rational zu sein, die Grundlage ihres Handelns.

Die „Arbeitsanweisungen für das Sachgebiet II 112“ (Dokument 25), die auf der Tagung mündlich ausgegeben und anschließend verschickt worden sind, nannten als Hauptaufgaben für die SD-Referenten: Entlassung aller Ausländer aus den Diensten der jüdischen Organisationen, „Säuberung“ der jüdischen Organisationen von assimiliertem eingestellten Juden, Feststellung nachrichtendienstlicher Tätigkeit zwischen deutschen und ausländischen jüdischen Organisationen sowie Aufstellung einer „Spitzenkartei der organisierten Juden“. Ganz oben standen damit zwei Arbeitspunkte, die in ihrer Reichweite über eine rein nachrichtendienstliche Tätigkeit des SD hinauswiesen. Hier forderte der SD exe-

¹⁷⁶ Mommsen, Realisierung, S. 382.

kutive Funktion, die er wohlweislich nicht ohne Absprache mit der Gestapo erlangen konnte, aber dennoch auszuüben gedachte. Heydrich hatte, als er die Arbeitsanweisungen genehmigte, „allergrößten Wert auf engste Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsdienst und Gestapo“¹⁷⁷ gelegt, aber die Richtlinien wiesen dem SD deutlich den aktiven Part zu. Die Entlassung ausländischer Staatsangehöriger aus den Diensten der jüdischen Verbände und Gemeinden ging zweifellos auf die Initiative des SD zurück. Wie selbstverständlich gingen die „Arbeitsanweisungen“ davon aus, daß Vernehmungen und Vorladungen durch die politische Polizei erfolgten, die entsprechenden Sachbearbeiter des SD jedoch an den Verhören teilnahmen. Sollte es sich erweisen, daß einzelne ausländische Juden in den Organisationen unersetzlich seien, werde das SD-Hauptamt im Einvernehmen mit dem Gestapa eine endgültige Entscheidung fällen. Auch bei der geplanten „Säuberung“ jüdischer Organisationen von „assimilatorisch eingestellten Juden“ maßte sich der SD Kompetenzen an, die nur von der Gestapo ausgeübt werden konnten.

Ende 1937 demonstrierte die Abteilung II 112 so viel Selbstbewußtsein, daß Hagen als Tagesordnungspunkt für eine Besprechung zwischen Six und dem Stabsführer des SD-Hauptamtes, Albert, vorschlug: „Zentralisierung der Bearbeitung der Judenfrage in Deutschland mit dem Ziel, SD und Gestapa als einzig bestimmende Stelle einzusetzen.“¹⁷⁸ Selbstverständlich strich Hagen die eigene Leistung an dieser Entwicklung heraus. In seinem Bericht vom 7. Dezember 1937 (Dokument 26) unterschied er scharf die Phase vor dem April 1937, als Schröder noch die Leitung der Abteilung innehatte, von der anschließenden, als Six die Zentralabteilung übernommen hatte und er selbst aus der Presse- in die Judenabteilung gewechselt war. Vorher sei die Arbeit schlecht organisiert, die Referenten seien überlastet gewesen. Eine praktische Kontaktaufnahme habe kaum stattgefunden, die Abteilung habe sich vor allem auf die Berichte des Gestapa verlassen.

Es ist bereits angemerkt worden, daß diese Perspektive die Aktivitäten, die Mildenstein, Schröder und Eichmann 1935 und 1936 entwickelten, eigensüchtig schmälerte. Die Jahresberichte für 1937 aus den SD-Oberabschnitten offenbarten ebenfalls das erfolgreiche Ergebnis der Bemühungen aus den vorangegangenen Jahren, die regionalen Judenreferenten im Sinne des SD zu qualifizieren¹⁷⁹. Das Jahr 1937 war nach dem Urteil der Oberabschnittsreferenten vor allem durch drei Ereignisse geprägt: die Auflösung des Unabhängigen Ordens B'nei

¹⁷⁷ Aktennotiz Six, 23. 12. 1937; Sonderarchiv Moskau, 500/3/322.

¹⁷⁸ Hagen, „Punkte für die Besprechung SS-Stubaf. Six mit SS-Oberführer Albert“, 22. 11. 1937; BA, R 58/544.

¹⁷⁹ Die folgende Darstellung sowie die Zitate beziehen sich auf die Sammlung der von den Judenreferenten der SD-Oberabschnitte angefertigten Jahresberichte für 1937, die ebenso wie die Jahresberichte für 1938 im Sonderarchiv Moskau, Bestand 500/3/316, lagern. Ihre Aufnahme in die vorliegende Dokumentation war aus Umfangsgründen nicht möglich; sie sind jedoch im Archiv der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Bestand 93121, für die wissenschaftliche Forschung zugänglich.

B'rith, den „Peel-Plan“ und die Unruhen in Palästina. Das Verbot von B'nai B'rith im April, die als deutsche Sektion einer internationalen Loge für die Gestapo und den SD geradezu den Inbegriff der jüdischen Weltverschwörung darstellte¹⁸⁰, brachte, wie es der OA Süd ausdrückte, „die in breiten Kreisen des bayrischen Judentums verbreitete Ansicht zu Fall, daß die Entwicklung mit der Verkündung der Nürnberger Gesetze ihren Höhepunkt überschritten hätte“. Auch die übrigen Oberabschnitte berichteten, wie einschneidend die Auflösung der Loge innerhalb der jüdischen Gemeinden gewirkt und erst einmal einen vorübergehenden Aufschwung der zionistischen Gruppen nach sich gezogen habe. Allerdings hätten die Nachrichten von den blutigen Auseinandersetzungen zwischen Juden und Arabern in Palästina die Auswanderungsbereitschaft wiederum stark gedämpft. Die internationale Diskussion um den Teilungsplan habe auch die jüdischen Organisationen in Deutschland bewegt. Zwar hatte der Zionistenkongreß im Juli/August die Teilung Palästinas mit knapper Mehrheit und einer vorbehaltlichen Klausel akzeptiert, aber die Ablehnung innerhalb der Judenheit bestärkte die eher abwartende Haltung der deutschen Juden.

Die SD-Berichte aus den Oberabschnitten belegten diese Tendenz mit Zahlen: In Hamburg waren 1937 nur 896 Juden ausgewandert, das entsprach einem Prozentsatz von 5,6 der gesamten jüdischen Bevölkerung der Hansestadt. Außerdem stand den Auswanderungszahlen ein Zuzug von 1106 Personen gegenüber, so daß der SD zum Jahresende 1937 rund 16000 Juden in Hamburg zählte. In München waren Anfang 1937 rund 9100 Juden gemeldet, Ende des Jahres 8860, eine Verminderung der jüdischen Bevölkerung von 2,6 Prozent. Die Auswanderung, stellte der SD-OA Süd fest, sei „praktisch zum Stillstand gekommen“. In Baden hatte sich die jüdische Bevölkerung 1936 zu 1937 von 15400 auf 14600 Personen verringert. Seit 1933, so der SD-OA Süd-West, hatten nur 1128 badi-sche Juden das Land verlassen. Auswanderungsziel waren in Baden wie auch in den übrigen Regionen in erster Linie die USA, danach Palästina. In der ausführlichen Statistik des OA Süd-West folgten Frankreich, Schweiz, Holland, Argentinien, Italien, England. Entgegen den Bemühungen des SD, Palästina als Auswanderungsland zu forcieren, hatten die dortigen unsicheren Verhältnisse die Präferenzen der auswandernden deutschen Juden nach Übersee verschoben oder die Haltung bestärkt, erst einmal abzuwarten.

Die Neigung, im Land zu bleiben, darin waren sich die SD-Oberabschnitte einig, war trotz des härteren Vorgehens der Gestapo 1937 gewachsen. Daran trügen die wirtschaftlichen Verhältnisse die Hauptverantwortung, die es den deutschen Juden noch immer gestatteten, geschäftlich tätig zu sein. Zwar gebe es, so das Judenreferat des OA Nord-Ost, „mancherlei Erfolge im Abwehrkampf“,

¹⁸⁰ Demgegenüber stellte allerdings der Jahresbericht des OA Ost fest, daß aus dem beschlagnahmten Material zu ersehen gewesen sei, „daß die Aktivität der Logen von Jahr zu Jahr nachgelassen hatte, teilweise sogar vollständig aufgehört hatte und die Zahl der Mitglieder immer mehr abnahm“; SD-OA Ost, Jahresbericht 1937 (Anm. 179).

wobei in erster Linie die Arisierungen im Einzelhandel gemeint waren. Aber in bestimmten Branchen, zum Beispiel im Textilhandel, sei die „Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft“ noch nicht vorangekommen. Anders sehe es dagegen bei den jüdischen Viehhändlern aus, die nach der sogenannten „Berufsbereinigung“ des Reichsnährstandes weitgehend ihrer Arbeitsmöglichkeiten beraubt worden waren, allerdings mit regionalen Unterschieden. So meldete der OA Süd-West, von 600 jüdischen Viehhändlern in Baden besäßen Ende des Jahres nur noch sieben eine Gewerbeerlaubnis, im Gebiet Weser-Ems, berichtete der OA Nord-West, sei 333 von 442 jüdischen Viehhändlern der Handel sofort untersagt worden, während im katholischen Bayern laut dem OA Süd „der jüdische Einfluß fast ungebrochen“ sei¹⁸¹.

Die SD-Referenten konstatierten mit Mißfallen, daß vor allem in katholischen Regionen, aber auch in pietistisch geprägten Gegenden Württembergs, die Juden nach wie vor Zuspruch und Hilfe bei der übrigen Bevölkerung fänden. So vermittelten jüdische Viehhändler, berichtete der OA Elbe, bei ihren Kunden landwirtschaftliche Umschulungsstellen für junge Juden. Immer noch kauften „deutsche Volksgenossen“ in jüdischen Geschäften, selbst NSDAP-Mitglieder hielten Kontakt zu jüdischen Familien. Das Beispiel der Staatspolizeistelle Tilsit, die die jüdischen Geschäftsinhaber zwingt, ihre Läden als „jüdisch“ zu kennzeichnen mit dem Erfolg, daß die Besitzer nach kurzer Zeit schließen mußten, zeige, daß der Einkauf in jüdischen Geschäften keine demonstrative Haltung sei und aufgegeben werde, sobald man dadurch auffalle.

Viele Juden versuchten sich dem ständig wachsenden Druck dadurch zu entziehen, daß sie vom Land, wo sie jeder kannte und drangsalieren konnte, in die nächstgelegenen Großstädte zogen. Der verstärkte Zuzug vom Land in die Städte wurde in sämtlichen OA-Berichten genannt. Einige Landstriche und Gemeinden, etwa der Regierungsbezirk Kassel oder Oberhessen, seien bereits, so der OA Fulda-Werra, „völlig judenfrei“ geworden. Dagegen beklagten die Oberabschnitte die hohen Zuzugsziffern für die Großstädte, wie zum Beispiel in Hamburg, wo die Zahl der Zugezogenen die Anzahl der Ausgewanderten überstieg, oder Stuttgart, wo trotz Auswanderung die jüdische Bevölkerungszahl nahezu gleich blieb, und selbst in Berlin stand 8679 Abgewanderten ein Zuzug von 6275 Personen gegenüber.

Die Probleme, die sich für eine antisemitische Politik stellten, wurden durch die Berichte deutlich offenbart. Die Auswanderung der jungen und wohlhabenden Juden einerseits und die wirtschaftliche Pauperisierung der in Deutschland verbliebenen andererseits schufen ein Heer von Fürsorgebedürftigen, die zunehmend aus der staatlichen Versorgung ausgegrenzt wurden und von den jüdischen Organisationen, denen selbst immer geringer werdende Mittel zur Verfügung standen, nur begrenzt versorgt werden konnten¹⁸². Eine wachsende Zahl

¹⁸¹ Vgl. dazu Wiesemann, Juden auf dem Lande.

¹⁸² Vgl. exemplarisch Lohalm, Hamburgs öffentliche Fürsorge und die Juden.

von Menschen stand Auswanderungsbedingungen gegenüber, die sie immer weniger erfüllen konnten. Weder besaßen sie das Kapital noch die handwerkliche oder landwirtschaftliche Ausbildung, die die Einwanderungsländer forderten. Sollte die Auswanderungspolitik im nationalsozialistischen Sinn gelingen, mußte sie unbedingt beschleunigt werden, um diesem Dilemma zu entgehen. Das hieß erstens, die wirtschaftliche Enteignung der Juden voranzutreiben, damit jeglicher Grund, in Deutschland zu bleiben, entfiel. Zweitens mußte die gesellschaftliche Isolierung der Juden forciert werden. Als eine unbedingte Voraussetzung für „die Lösung der Judenfrage durch die Auswanderung“ nannte das SD-Hauptamt „die einmütige Ablehnung der Juden durch alle Bevölkerungsteile“ (Dokument 27). Und drittens mußten die bürokratischen Verfahren, insbesondere die Devisenbestimmungen, so weit vereinfacht und rationalisiert werden, daß die Zwangsauswanderung innerhalb kürzester Zeit möglich würde. Eichmann hatte bereits Anfang 1937 eine Auswanderungs-Aufsichtsbehörde vorgeschlagen (Dokument 9); ein Jahr später, im Januar 1938, unterbreitete die SD-Judenabteilung erneut den Plan einer zentralen Stelle für die Auswanderung¹⁸³. In Österreich trafen nun alle drei Bedingungen zusammen, und der SD konnte zeigen, daß er seine Konzepte nicht nur auf dem Papier entwarf, sondern auch in Praxis umzusetzen verstand.

Modell Österreich

Unmittelbar nach dem Einmarsch deutscher Truppen in Österreich nahm ein Sonderkommando des Referats II 112 die Arbeit in Wien auf. Herbert Hagen war schon am 12. März dort und blieb bis zum 11. April, Eichmann kam am 16. März nach¹⁸⁴. Die Aufgabe des Sonderkommandos bestand darin, anhand mitgebrachter Listen jüdische Funktionäre zu verhaften sowie Dokumente und Unterlagen jüdischer Organisationen und von Privatpersonen zu beschlagnahmen¹⁸⁵. Die Lage in Wien war unübersichtlich und von Ausschreitungen und Exzessen gekennzeichnet. Bereits in der Nacht zum 12. März hatten die Österreicher in Wien und andernorts ihren antisemitischen Ressentiments freien Lauf gelassen. Jüdische Geschäfte wurden geplündert, Juden willkürlich verhaftet, aus ihren Wohnungen getrieben und mißhandelt. Persönliche Bereicherungen waren an der Tagesordnung¹⁸⁶. Die Situation geriet derart außer Kontrolle, daß Heydrich in einem Schreiben vom 17. März an den „Sonderbeauftragten der Partei

¹⁸³ Vgl. den Bezug Hagens in seinem Bericht an Heydrich vom November 1938 (Dokument 31).

¹⁸⁴ Tätigkeitsbericht II 112, 1. 1.–30. 6. 1938; BA, R 58/991.

¹⁸⁵ Während der Abwesenheit Hagens führte Dannecker die Abteilung in Berlin; vgl. Steur, Dannecker, S. 17. Im Mai 1938 wurde in Berlin ein spezielles „Österreich-Auswertungskommando Ö.A.K.“ gebildet, das in den kommenden Monaten die in zahlreichen Kisten nach Berlin verschleppten Dokumente sichten mußte; BA, R 59/991.

¹⁸⁶ Vgl. Safrian/Witek, Und keiner war dabei; sowie Moser, Österreichs Juden, S. 185–198.

für Österreich“ Josef Bürckel jenen Nationalsozialisten, die „in den letzten Tagen in großem Umfange in völlig undisziplinierter Weise sich Übergriffe erlaubt“ hätten, mit der Gestapo drohte¹⁸⁷.

In dieser Situation eines gewalttätigen Antisemitismus von unten und eines noch unschlüssigen Zugriffs von oben bemühte sich Eichmann zielstrebig, die Judenpolitik in seiner Dienststelle zu zentralisieren. Mitte April stellte er eine Liste derjenigen jüdischen Organisationen auf, die wieder zugelassen werden sollten. In Anwendung der Erkenntnisse, die der SD in den vergangenen Jahren gesammelt hatte, gehörten dazu neben der jüdischen Kultusgemeinde der Zionistische Landesverband für Österreich und der orthodoxe Agudas Jisroel¹⁸⁸. Den gerade aus der Haft entlassenen Amtsdirektor der Israelitischen Kultusgemeinde, Dr. Josef Löwenherz, spannte Eichmann für seine Ziele ein und stellte die jüdischen Organisationen in den Dienst der Zwangsauswanderung. Von der Kultusgemeinde erpreßte er mehrere hunderttausend Reichsmark und demonstrierte damit, daß es dem SD in Kontrast zu den umständlichen devisenwirtschaftlichen Debatten der Ministerialbürokratie mit genügend – krimineller – Energie gelang, die Vertreibung der Juden von diesen selbst finanzieren zu lassen. Eichmann verlangte eine „Auswanderungszahl von 20 000 mittellosen Juden für die Zeit vom 1.5.38–1.5.39“¹⁸⁹. Diese Zahl wurde weit übertroffen. Heydrich behauptete auf der Konferenz im Reichsluftfahrtministerium am 12. November, daß bis Ende Oktober rund 50 000 Juden aus Österreich vertrieben worden waren¹⁹⁰, neuere Forschungsergebnisse gehen davon aus, daß bis Mai 1939 etwa die Hälfte aller rund 190 000 österreichischen Juden ihr Land verlassen hatten¹⁹¹. Eichmanns Dienststelle, anfangs nur die Abteilung II 112 des SD-Oberabschnitts Österreich, wurde im August 1938 von Reichskommissar Bürckel zur Zentralstelle für jüdische Auswanderung erhoben, deren Gesamtleitung formell dem SD-Führer in Österreich, Walter Stahlecker, oblag¹⁹².

Das Interesse des SD-Hauptamtes an der neuen Institution war groß. Ende August unternahm Hagen eine Dienstreise nach Wien, um die Zentralstelle zu inspizieren. Sein Bericht fiel außerordentlich positiv aus. Es sei ein klarer Vorteil, daß für die Ausstellung der notwendigen Papiere nur acht Tage benötigt würden und eine ständige Übersicht über die „Zahl der Auswanderungswilligen, deren Berufe, deren Vermögen usw.“ bestehe. Entscheidend sei allerdings, daß durch die Zentralstelle „absolut die Linie des Sicherheitsdienstes bei der Durchführung

¹⁸⁷ Zit. nach Safrian, Eichmann-Männer, S. 31.

¹⁸⁸ Vermerk Eichmann, 19. 4. 1938; BA, R 58/544.

¹⁸⁹ Eichmann an Hagen, 8. 5. 1938; BA, R 58/982.

¹⁹⁰ IMG, Bd. 28, S. 532.

¹⁹¹ Moser, Österreich, S. 68. Nicht vergessen werden dürfen die Tausende, die von SA und SS mit Gewalt illegal über die Grenze, vor allem in die Schweiz, abgeschoben wurden; vgl. Toury, Auftakt, S. 169–173.

¹⁹² Zur Wiener Zentralstelle vgl. Moser, Zentralstelle; sowie Safrian, Eichmann-Männer, S. 36–46.

der Judenfrage in Österreich gewährleistet ist, ohne daß eine andere Stelle die Möglichkeit oder die Befugnis hätte, sich bestimmend einzuschalten“¹⁹³.

Das Ziel, die Judenpolitik beim SD zu zentralisieren, war in Österreich weitgehend erreicht. Die Erfahrungen, die Eichmann und seine Männer ebenso wie das SD-Hauptamt in Berlin mit der neu errichteten Zentralstelle in Wien machen konnten, erlangten für die weitere Entwicklung entscheidende Bedeutung. In einer Vorlage für Heydrich faßte Hagen Anfang November noch einmal die Vorzüge der Wiener Zentralstelle zusammen und schlug vor, eine ähnliche Auswanderungsstelle auch für das „Altreich“ einzurichten (Dokument 31). Am 10. November, also einen Tag nach der „Reichskristallnacht“ und zwei Tage vor der Konferenz im Reichsluftfahrtministerium, las Heydrich diesen Bericht und vermerkte handschriftlich, daß der SD in Verbindung mit dem Gestapa einen entsprechenden Vorschlag für das „Altreich“ und das Sudetenland vorlegen solle (Dokument 31). Eichmanns Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien wurde zum Modell für Berlin und Prag. „Austria,“ so Karl Schleunes, „was made the laboratory in which new ideas concerning the Jewish problem was tested.“¹⁹⁴

Der Novemberpogrom als Wende der Judenpolitik

Auch im „Altreich“ hatte das Jahr mit massiven Einschränkungen jüdischen Lebens begonnen. 1938 ist als das „Schicksalsjahr“ (Barkai) bezeichnet worden, in dem die Judenverfolgung eine entscheidende Wende nahm. Mit dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusvereinigungen vom 28. März 1938 wurde ihnen der Status von Körperschaften öffentlichen Rechts und damit die steuerlichen Begünstigungen entzogen, das Namensrecht erfuhr im Januar einschneidende Verschärfungen, und das Gesetz zur Neufassung des Einkommenssteuergesetzes vom Februar versagte Juden nahezu alle Ermäßigungen aufgrund außergewöhnlicher Belastungen¹⁹⁵. Zufrieden stellte der Lagebericht des SD für das erste Vierteljahr 1938 (Dokument 28) fest, „daß die in der letzten Zeit getroffenen Maßnahmen der Regierung auf dem Gebiete der Wirtschaft gegen die Juden vom Standpunkt des Reiches aus gesehen sehr erfolgreich waren“

¹⁹³ Bericht Hagen, 12. 9. 1938; BA, R 58/486.

¹⁹⁴ Schleunes, *Twisted Road*, S. 229. Safrian, *Eichmann-Männer*, S. 36–49, argumentiert in gleicher Weise und hebt die Bedeutung des „Wiener Modells“ für die weitere Entwicklung hervor. Ein ganz anderes, gewissermaßen auf den Kopf gestelltes „Modell Wien“ skizzieren Aly und Heim, indem sie eine rasche und „planvolle Arisierung“ der österreichischen Wirtschaft nach dem März 1938 annehmen, mit der es gelungen sei, „innerhalb kürzester Zeit, einen Planungs- und Rationalisierungsschub auf Kosten einer Minderheit durchzusetzen“. So gelangen sie zu dem irrigen Schluß, erst in deren Anschluß habe der Stab Eichmanns dafür gesorgt, daß die pauperisierten Menschen möglichst schnell auswanderten; vgl. Heim/Aly, *Ökonomie der Endlösung*, S. 20–30, bzw. Aly/Heim, *Vordenker*, S. 33–43.

¹⁹⁵ Vgl. Walk, *Sonderrecht*, II 400, 402–403, 405, 406.

– und fuhr fort: „Auf der anderen Seite ist dadurch allerdings in starkem Maße die Auswanderungsmöglichkeit für die Juden aus Deutschland beschränkt worden.“

Den Widerspruch, die Juden einerseits zu pauperisieren, damit andererseits ihre Auswanderungsmöglichkeiten entscheidend zu verringern, sah der SD durchaus, zumal die neu hinzugekommenen österreichischen Juden dieses Problem noch vergrößerten. So hob der SD-Bericht für die Monate April und Mai 1938 (Dokument 29) hervor: „Es darf nicht vergessen werden, daß die Möglichkeiten für die Auswanderung sich im gleichen Maße vermindert haben, wie der Auswanderungsdruck gestiegen ist.“ Durch die Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft waren die Einnahmen der jüdischen Gemeinden und Hilfsorganisationen gesunken, die bislang zu einem großen Teil die nötigen finanziellen Mittel für ärmere und minderbemittelte auswanderungswillige Juden bereitgestellt hatten. Hagen forderte auf einer Tagung der Hauptabteilungsleiter der Amtes II des SD am 9. Juni 1938, daß Verhandlungen mit dem Reichswirtschaftsministerium darauf abzielen müßten, gerade für diese Gruppen Devisen verfügbar zu halten (Dokument 30). Zwar hatte eine Konferenz unter Einschluß des SD Ende Mai im Reichswirtschaftsministerium stattgefunden, eine Einigung über die Finanzierung der jüdischen Auswanderung war jedoch nicht zustande gekommen¹⁹⁶. Wie drängend die Lage für die Nationalsozialisten geworden war, zeigte das polnische antisemitische Gesetz über den Entzug der Staatsbürgerschaft vom 31. März 1938, das den im Ausland lebenden jüdischen Polen mit einem Verfahrenstrick die Staatsbürgerschaft aberkannte¹⁹⁷. Der SD beobachtete diese Entwicklung sehr genau und verlangte, unverzüglich mit Polen Verhandlungen über eine Änderung des Paßabkommens aufzunehmen, um zu verhindern, daß polnische Juden, die in Deutschland lebten, als Staatenlose dem Deutschen Reich zufielen (Dokument 29).

In den Sommermonaten erreichte die antisemitische Pogromstimmung einen erneuten Höhepunkt. Nicht nur in Berlin wurden im Mai und Juni 1938 die Schaufenster von jüdischen Geschäften beschmiert und zerschlagen, auch in Frankfurt, Magdeburg und in anderen Städten initiierten die örtlichen Parteioorganisationen gewalttätige Aktionen. Exemplarisch sei der Bericht des SD-Oberabschnitts Ost angeführt, demzufolge am 27. Mai in Berlin-Tegel und Lichtenberg nicht nur Fensterscheiben zertrümmert wurden, sondern eine etwa tausendköpfige Menge eine „immer drohendere Haltung“ annahm, so daß die Polizei den jüdischen Inhaber des Geschäfts in wörtlichem Sinn in Schutzhaft nehmen mußte¹⁹⁸. Im April hatte Goebbels, Gauleiter von Berlin, den Polizeipräsidenten Helldorf beauftragt, einen Plan zur Verfolgung der Berliner Juden zu entwerfen. Die Denkschrift zur antijüdischen Politik vom 17. Mai, die von der Staatspolizei-

¹⁹⁶ Schleunes, *Twisted Road*, S. 231.

¹⁹⁷ Vgl. dazu Maurer, *Abschiebung*, sowie Milton, *Expulsion*.

¹⁹⁸ SD-OA Ost an SD-Hauptamt, 24. 6. 1938; Sonderarchiv Moskau, 500/1/645.

stelle Berlin ausgearbeitet worden war, sah eine Fülle von antisemitischen Maßnahmen vor, von besonderen Kennkarten für Juden über die Aufhebung der Schulpflicht für jüdische Kinder, die Kennzeichnung arischer beziehungsweise jüdischer Geschäfte bis hin zur Einrichtung besonderer Eisenbahnabteile für Juden und einem Verbot, öffentliche Parkanlagen zu betreten¹⁹⁹. Die Judenabteilung des SD, zur Stellungnahme aufgefordert, kritisierte bezeichnenderweise sowohl die regionale, nur auf Berlin bezogene Perspektive der Denkschrift als auch das Fehlen der „großen Linie“, nämlich die Konzentration der Judenpolitik auf die Vertreibung. So dürften die Mittel jüdischer Institutionen nicht für die Einrichtung jüdischer Schulen und Theater, sondern ausschließlich zur Finanzierung der Zwangsemigration verwendet werden.

Wenige Tage später, am 1. Juni 1938, kritisierte Heydrich bei einer Besprechung mit dem Chef der Gestapo, Müller, dem Leiter der Kriminalpolizei, Nebe, Lischka vom Judenreferat des Gestapa und Spengler, der als Hauptabteilungsleiter im Amt II des SD-Hauptamtes vermutlich Ohlendorf vertrat, daß das Propagandaministerium die „Judenaktion auf dem Kurfürstendamm [. . .] als seine Maßnahme“ hinstelle, und wies Müller an, dafür Sorge zu tragen, daß das Gestapa bei derlei Aktionen federführend bleibe²⁰⁰. Als wichtigsten Punkt teilte Heydrich mit, „auf Befehl des Führers [würden] bestimmte Dinge im Westen des Reiches durchgeführt. Zu diesem Zweck sei es notwendig, sämtliche verfügbaren Arbeitskräfte dorthin zu schicken.“ Er schlug vor, KZ-Häftlinge, sogenannte „arbeits scheue und asoziale Elemente“ sowie vorbestrafte Juden zu verhaften. Müller und Nebe sollten die Aktion durchführen, wobei die jeweiligen Verhaftungswellen „in einer sinnvollen Staffelung im Lauf des Juni“ abgeschlossen sein mußten. Spengler solle feststellen, welche Häftlinge der SD noch zur Vernehmung benötige.

Dieser Verhaftungsaktion von insgesamt 1500 sogenannter „asozialer“ Juden im Juni 1938, von denen die meisten in das KZ Buchenwald verschleppt wurden, war bereits eine Gestapo-Aktion gegen „Asoziale“ im März 1938 vorausgegangen. Parallel dazu verhaftete die Kriminalpolizei im Juni mehr als 10 000 sogenannte „Asoziale“ und „Arbeits scheue“ und brachte sie ebenfalls in Konzentrationslager²⁰¹. Die Juni-Aktion bedeutete eine drastische Verschärfung der polizeilichen Maßnahmen, wurde doch hier zum ersten Mal eine große Gruppe Juden systematisch erfaßt, verhaftet und in Konzentrationslager verschleppt. Kennzeichnend ist, daß die Polizei sich die Pogromstimmung zunutze machte, um gegenüber den bisherigen Maßnahmen eine neue Dimension antisemitischer Verfolgung zu erreichen.

Laut SD-Bericht hatte Goebbels am 10. Juni anläßlich eines Vortrages vor Berliner Polizeioffizieren die Polizisten aufgefordert, „sich ständiger Eingriffe gegen

¹⁹⁹ Diese Denkschrift ist abgedruckt bei Gruner, „Lesen brauchen sie nicht zu können. . .“, auf den sich die Ausführungen stützen.

²⁰⁰ Aktennotiz Dr. Spengler, 1. 6. 1938; Sonderarchiv Moskau, 500/1/645.

²⁰¹ Vgl. Ayaß, „Gebot der nationalen Arbeitsdisziplin“.

die Juden zu befeißigen²⁰². Rund 2000 Personen seien in Berlin von Ordnungs- und Kriminalpolizei verhaftet worden, wobei die Gestapo allerdings nicht unmittelbar beteiligt war. Offensichtlich auf Intervention des Reichswirtschaftsministers Funk und Görings sowie aus außenpolitischen Rücksichten²⁰³ unterband Hitler, der sich im Anschluß an die Besetzung Österreichs wieder persönlich in die Judengesetzgebung eingemischt hatte, jedoch weitere Ausschreitungen. Auf Beschluß der Gauleitung und des Polizeipräsidenten von Berlin, dem ein „persönliches Eingreifen des Führers von Berchtesgaden aus“ vorausging, wurden fürs erste antijüdische Aktionen ab dem 21. Juni, 17 Uhr, verboten²⁰⁴.

Die sich radikalisierende Politik gegen die deutschen Juden wurde im Ausland aufmerksam registriert. Angesichts der wachsenden Auswanderungszahlen aus Deutschland und Österreich auf der einen und den begrenzten Aufnahmekapazitäten der potentiellen Einwanderungsländer auf der anderen Seite unterbreitete der amerikanische Präsident Roosevelt den Vorschlag, sich auf eine gemeinsame Kontingentierung zu einigen. Schon die internationalen Vorverhandlungen für eine entsprechende Konferenz, die dann vom 6. bis 15. Juli 1938 im französischen Kurort Evian-les-Bains am Genfer See stattfand, offenbarten, daß nationaler Egoismus und antijüdische Ressentiments das Schicksal der verfolgten deutschen Juden in den Hintergrund drängten. Kein Land war bereit, seine Einwanderungsquoten zu erhöhen. Die Delegation der deutschen Juden war vom SD-Hauptamt ausgesucht, ihr Memorandum von Hagen genehmigt worden. Ihr Appell an die übrigen Nationen vermochte kaum etwas auszurichten²⁰⁵. In seinem Bericht über die Konferenz gelangte Hagen zu dem Schluß, daß „die Periode einer ausschließlich durch die Initiative der deutschen Behörden bestimmten Auswanderungspolitik vorbei“ und die zukünftigen Auswanderungsmöglichkeiten in einem hohen Maße beschränkt seien²⁰⁶.

Fünf Jahre nach der Machtübernahme war die antisemitische Politik der Nationalsozialisten in die Sackgasse geraten, obwohl sich die Bilanz scheinbar erfolgreich ausnahm. Die Ministerialbürokratie hatte die juristische Ausschaltung der Juden aus dem öffentlichen Leben mit Erfolg vorangetrieben, das Sonderrecht für Juden war in immer feineren Verästelungen ausgesponnen worden. Ihre Verdrängung aus der Wirtschaft war hinsichtlich der freien Berufe weitge-

²⁰² Stabskanzlei SD-Hauptamt an Abteilung II 112, 22.6.1938; Sonderarchiv Moskau, 500/1/645. Goebbels notierte dazu am 11. 6. 1938: „Vor 300 Polizeioffizieren in Berlin über die Judenfrage gesprochen. Ich putsche richtig auf. Gegen jede Sentimentalität. Nicht Gesetz ist die Parole sondern Schikane.“ Fröhlich (Hrsg.), Tagebücher, Bd. 3, S. 452.

²⁰³ Vgl. Stabskanzlei an II 112, 22. 6. 1938 (Anm. 202) sowie die entsprechenden Hinweise in den Aufzeichnungen Goebbels' vom 21. und 22. 6. 1938; vgl. Fröhlich (Hrsg.), Tagebücher, Bd. 3, S. 461–463.

²⁰⁴ Stabskanzlei an II 112, 22. 6. 1938 (Anm. 202).

²⁰⁵ Vgl. Heim, „Deutschland“, S. 59–65.

²⁰⁶ Bericht Hagens über die Evian-Konferenz, 29.7.1938, Sonderarchiv Moskau, 500/1/649. Zu den anschließenden, gescheiterten Verhandlungen des Intergovernmental Committee on Political Refugees unter George Rublee mit dem Deutschen Reich vgl. Weingarten, Hilfeleistung; sowie jetzt Bauer, Jews, S. 30–43.

hend gelungen, die „Arisierung“ jüdischer Betriebe weit vorangeschritten. Die ab April 1938 erlassenen Wirtschaftsbestimmungen entzogen Tausenden von noch bestehenden kleinen jüdischen Handels- und Handwerksunternehmen die Existenzgrundlage.

Damit hatten die Nationalsozialisten die Juden zwar aus der deutschen „Volksgemeinschaft“ ausgeschlossen und sie weitgehend um ihre Habe und ihr Vermögen gebracht. Aber die Pauperisierten besaßen kaum mehr die Möglichkeit, freiwillig das Land zu verlassen, fehlte ihnen doch das Kapital, das die potentiellen Einwanderungsländer verlangten. Nur noch die jungen Leute und die wohlhabenden Juden konnten sich Hoffnung machen, in anderen Ländern noch einmal von vorn anzufangen. 1933 waren 35,7% der jüdischen Bevölkerung unter 30 Jahre und 10,5% über 65 Jahre alt gewesen, 1939 hatte sich das Verhältnis mit 18,8% zu 21,3% drastisch verändert. 1933 waren 48,1% aller deutschen Juden beruflich tätig gewesen, 1939 nur noch 15,6%. Dagegen wurden 71% aller Juden über 14 Jahre als „berufslose Selbständige“ in den Listen der Volkszählung aufgeführt, das heißt, sie lebten von ihren Ersparnissen oder von kümmerlichen Renten und Pensionen²⁰⁷.

Zurück blieben demnach die Mittellosen, Alten und jene, die sich nicht vorstellen mochten, daß Deutsche ihnen noch mehr antun könnten als bereits geschehen, und die sich um so hartnäckiger an „ihr“ Deutschland klammerten. Die Evian-Konferenz hatte die Verweigerung größerer Einwanderungsquoten offenbart, Palästina allein konnte unmöglich alle deutsche Juden aufnehmen, selbst wenn die britische Mandatsmacht deren Einwanderung zugelassen hätte. Die Angliederung Österreichs hatte zudem die „Judenfrage“ eher noch verschärft, befanden sich im Großdeutschen Reich nun rund hunderttausend Juden mehr als zuvor. Anfang September 1938 mußte der SD eingestehen: „Die Auswanderungsmöglichkeiten sind aber durch internationale Maßnahmen so stark im Abnehmen begriffen, daß von einer geregelten Auswanderung – in gewissem Maße abgesehen von der Ostmark – kaum mehr gesprochen werden kann. Selbst wenn die notwendigen Unterstützungen von ausländischen jüdischen Organisationen zur Verfügung gestellt und die Devisen vom Reich frei gemacht werden, wird diese Frage in der Zukunft hiermit nicht ohne weiteres zu lösen sein. Kommen doch für die Aufnahme einer größeren Zahl von Juden nur noch Palästina und im nächsten Einwanderungsjahr die U.S.A in Frage.“²⁰⁸

Der Novemberpogrom wirkte in dieser Konstellation als Kulminations- und Wendepunkt. Er war weder vom SD noch von der Gestapo initiiert worden, brachte aber beiden einen erheblichen Zugewinn an Macht. Goebbels, der den Pogrom am Abend des 9. November anzettelte, und mit ihm die übrigen „Radau-Antisemiten“ in der Partei erhofften sich von der Aktion, künftig wieder den Ton in der Judenpolitik angeben zu können. Himmler und Heydrich erfuh-

²⁰⁷ Barkai, Boykott, S. 168–169; sowie Strauss, Jewish Emigration I, S. 316–325.

²⁰⁸ Monatslagebericht II 112, August 1938; Sonderarchiv Moskau, 500/3/316.

ren von dem Vorhaben erst am späten Abend. Sie wiesen unverzüglich an, daß sich die SS aus den Ausschreitungen heraushalten und die Gestapo nur zum Schutz des nichtjüdischen Lebens und Eigentums eingreifen sollte. Zugleich nutzten sie die entfesselte Gewalt in ihrem Sinn, indem sie über 20000 möglichst wohlhabende Juden durch die Polizei verhaften und in Konzentrationslager verbringen ließen, um diese zu außerordentlichen Zahlungen und zur Ausreise zu zwingen²⁰⁹. Den deutschen Juden zeigte der Pogrom schlagartig, wie weit die Gewalt gegen sie bereits gediehen war, und daß sogar Morde auf offener Straße geschehen konnten, ohne in der deutschen Bevölkerung nachhaltigen Widerstand hervorzurufen²¹⁰.

Für die „Radau-Antisemiten“ stellten die Folgen des Pogroms ein politisches Desaster dar: Millionenschäden an der Wirtschaft, heftige internationale Reaktionen und offenkundig kaum Unterstützung in der deutschen Bevölkerung für die Gewaltexzesse. Göring, wie Himmler und Heydrich ein Gegner des Pogroms, bekannte Anfang Dezember vor Parteiführern offen, „daß ich über die ganze Geschichte maßlos erbost bin und getobt habe, weil mir das wirtschaftlich soviel Klamauk und Schaden gemacht hat“²¹¹. Der Nutzen des Pogroms lag nach Görings Meinung einzig darin, daß er der Welt und den deutschen Juden klargemacht habe, daß für sie in Deutschland kein Bleiben mehr sei. In dieser Situation schien das vom SD seit langem verfolgte Konzept einer forcierten Auswanderung die Lösung zu versprechen. Eichmanns Auswanderungszentrale in Wien hatte die umständlichen bürokratischen Verfahren in hohem Maße rationalisiert und die jüdischen Organisationen zur Kollaboration gezwungen. Zehntausende hatten Österreich fluchtartig verlassen, wozu die antisemitischen Pogrome erheblich beigetragen hatten. An diesem Wendepunkt der nationalsozialistischen Politik gegen die Juden im November 1938 konnte der SD somit all die Erfahrungen und Kenntnisse anbieten, die den Ausweg aus der selbstgeschaffenen Sackgasse zu weisen schienen, zumal die Zeit entschieden drängte.

Es lag daher nahe, daß Heydrich, bevor er in die Konferenz im Reichsluftfahrtministerium am 12. November ging, Eichmann aus Wien kommen ließ, um sich über die Zentralstelle aus erster Hand informieren zu lassen²¹². Erst am Schluß der Konferenz, nach Görings auffordernden Sätzen, die im übrigen den auf dieser Besprechung herrschenden Ton wiedergeben, daß „man diese wirtschaftlichen Sachen untermauern [müsse] mit einer Anzahl von polizeilichen Ak-

²⁰⁹ Vgl. Graml, Reichskristallnacht, S. 9–37; Pehle (Hrsg.), Judenpogrom 1938; sowie Obst, „Reichskristallnacht“.

²¹⁰ Kershaw, Antisemitismus und Volksmeinung, S. 318–336; sowie Obst, „Reichskristallnacht“, S. 319–348, der ein spontanes Mitgefühl der deutschen Bevölkerung während des Pogroms hervorhebt, das allerdings rasch wieder abgeebbt sei, „da es nicht auf grundsätzlichen Sympathien gegenüber den jüdischen Mitbürgern beruhte“.

²¹¹ Göring, Rede vom 6. 12. 1938, in: Heim/Aly, Staatliche Ordnung, S. 395.

²¹² SD-Hauptamt an SD-Führer Donau, Blitztelegramm, 11. 11. 1938; BA, R 58/486; zur Konferenz vgl. Hilberg, Vernichtung, Bd. 1, S. 48–51; Adam, Judenpolitik, S. 209–211; Graml, Reichskristallnacht, S. 177–179.

tionen, propagandistischen Aktionen, Kulturaktionen, damit jetzt alles herauskommt und das Judentum in dieser Woche zack-zack eins nach dem anderen um die Ohren bekommt“, meldete sich Heydrich mit eigenen Vorschlägen zu Wort: „Bei allem Herausnehmen des Juden aus dem Wirtschaftsleben bleibt das Grundproblem letzten Endes doch immer, daß der Jude aus Deutschland herauskommt.“²¹³ Er stellte als Modell die Wiener Zentrale vor, mit der es gelungen sei, seit dem „Anschluß“ 50 000 Juden zu vertreiben, während es im gleichen Zeitraum aus dem „Altreich“ nur 19 000 Juden gewesen seien. Göring besaß einige Einwände hinsichtlich des Verhältnisses von Abschiebung und Auswanderung sowie zur Frage der Devisen, die Heydrich jedoch mit dem Hinweis ausräumen konnte, daß die Juden selbst für die Ausreise der Minderbemittelten aufkommen würden. Danach gab Göring seine Zustimmung zu einer Auswanderungszentrale für das Deutsche Reich.

Die „Auswanderungsaktion“, die Heydrich vorschlug, sollte sich „auf mindestens 8 bis 10 Jahre“ erstrecken²¹⁴. Die Juden müßten auf längere Zeit isoliert werden, allerdings nicht in Ghettos, und zur schnellen Identifizierung ein Abzeichen tragen²¹⁵. Heydrich nannte noch einige weitere Punkte wie den Entzug von Führerscheinen und das Verbot für Juden, Kurbäder zu besuchen oder „arische“ Krankenhäuser wie öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen. Der wichtigste Punkt seines Katalogs aber bestand in der Errichtung einer Auswanderungszentrale nach Wiener Vorbild. Von der „rein wissenschaftlichen“ Bearbeitung der „großen weltanschaulichen Fragen“ war der SD in das Entscheidungszentrum des Regimes gelangt. Am 24. Januar gab Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan die Errichtung einer Zentralstelle für jüdische Auswanderung bekannt, deren Leitung er Heydrich übertrug²¹⁶. Am 22. Juli 1939 folgte auf Anweisung des Reichsprotektors für Böhmen und Mähren die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag, deren Leitung erst Eichmann, ab Herbst 1939 Hans Günther übernahm²¹⁷.

Das Konzept der forcierten Vertreibung wurde von Hitler ausdrücklich bekräftigt. Als oberster Grundsatz, so ließ Göring Anfang Dezember 1938 die Gauleiter, Oberpräsidenten und Reichsstatthalter wissen, habe nach Hitlers Wei-

²¹³ Stenographische Niederschrift der Besprechung über die Judenfrage am 12. November 1938 im Reichsluftfahrtministerium, in: IMG, Bd. 28, S. 499–540, hier S. 532–537.

²¹⁴ Eine solche Zeitspanne war innerhalb der NS-Führung keineswegs ungewöhnlich. Hitler selbst hatte im Juli 1938 gegenüber Goebbels einen Zeitraum von zehn Jahren genannt, innerhalb derer sämtliche Juden aus Deutschland vertrieben werden müßten; Fröhlich (Hrsg.), Tagebücher, Bd. 3, S. 490.

²¹⁵ Unmittelbar nach der Konferenz arbeitete das SD-Hauptamt bereits an Vorschlägen für derartige Kennzeichen. Allerdings teilte Göring am 6.12. mit, daß Hitler Abzeichen für Juden ablehne. Die Arbeiten wurden daraufhin vorläufig eingestellt; Sonderarchiv Moskau, 500/1/659. Das Tragen eines „Judensterns“ wurde im Deutschen Reich im September 1941 angeordnet; Walk, Sonderrecht, IV 229.

²¹⁶ Göring an den Reichsminister des Innern, 24. 1. 1939; BA, R 58/276. Zur Berliner Zentralstelle vgl. Anderl, Zentralstellen, S. 275–288.

²¹⁷ Ebenda, S. 278.

sung zu gelten: „An der Spitze aller unserer Überlegungen und Maßnahmen steht der Sinn, die Juden so rasch und so effektiv wie möglich ins Ausland abzuschieben, die Auswanderung mit allem Nachdruck zu forcieren, und hierbei all das wegzunehmen, was die Auswanderung hindert.“²¹⁸ Im institutionellen Machtgefüge des NS-Regimes besaß Göring weiterhin die Rahmenkompetenz in der „Judenfrage“, aber die Handlungsinitiative war auf die Sicherheitspolizei und den SD übergegangen²¹⁹.

Ausblick

In den Lageberichten des SD ist 1938 als das „Jahr der Entscheidung“ bezeichnet worden. Die Grundlagen des jüdischen Lebens und seiner Organisation, so stellte das SD-Hauptamt fest, seien durch die Aktionen vom 9./10. November „völlig geändert“. Die Judenheit sei „endgültig aus allen Teilen des deutschen Gemeinschaftslebens ausgeschlossen, so daß den Juden zur Sicherung der Existenz nur die Auswanderung bleibt“ (Dokument 32). In gleicher Weise bewerteten auch die Oberabschnitte das Jahr 1938 und den Novemberpogrom. „Im Berichtsjahr“, schrieb der OA Nord, „erfolgte eine vollkommene geistige Umstellung der Juden in Deutschland. Denn die Entwicklung dieses Jahres brachte selbst den hartnäckigsten Assimilanten die Erkenntnis, daß in Zukunft für die Juden kein Platz mehr in Deutschland ist.“²²⁰ Der OA Nord-West berichtete von einer „überstürzten Abreise von Juden nach der Aktion“, der OA Elbe meldete, daß jetzt „selbst die Hartnäckigsten unter der Judenschaft den Willen zur Auswanderung“ zeigten, und der OA Süd schrieb vom „endgültigen Schlag“, den man dem Judentum versetzt habe. Daß mittlerweile eher an „Umsiedlung“ als an Auswanderung gedacht wurde, zeigt die zynische Erwartung des OA Nord, daß die „endgültige Lösung der Judenfrage“ davon abhängen, „ob die Staaten, die stets für die Belange der armen verfolgten Juden eintreten, nun auch positive Beiträge zur Lösung dieser Frage beisteuern, indem sie in ihren teilweise volksleeren Kolonialgebieten die Gebiete für die planmäßige Umsiedlung der Juden aus Deutschland zur Verfügung stellen“.

Die Morde und gewalttätigen Exzesse des 9. und 10. November 1938 zwangen Tausende von deutschen Juden zur Flucht. Zwischen 126 000 bis 129 000 Juden hatten Deutschland von 1933 bis Ende 1937 verlassen, 1938 flüchteten 33–40 000, 1939 noch einmal 75–80 000²²¹. Denen, die blieben, wurde der letzte Besitz genommen,

²¹⁸ Göring, Rede vom 6. 12. 1938, in: Heim/Aly, Staatliche Ordnung, S. 384; zu den Weisungen Hitlers im Anschluß an den Novemberpogrom vgl. auch Adam, Judenpolitik, S. 216–219.

²¹⁹ Mommsen, Realisierung des Utopischen, S. 405, bezeichnete den Pogrom als „entscheidenden Wendepunkt“, als „Umwandlung der ‚Judenfrage‘ in ein Polizeiproblem [. . .], daß trotz der formellen Beauftragung Görings die ‚Judenfrage‘ in die Zuständigkeit des Reichssicherheitshauptamts übergang“.

²²⁰ Vgl. Anm. 179.

²²¹ Arndt/Boberach, Deutsches Reich, S. 34; sowie Jüdische Bevölkerungsstatistik, in: Juden in Deutschland, S. 738; vgl. auch Kwiet, Gehen oder bleiben?.

um sie dann, arbeitslos und verarmt, zur Zwangsarbeit heranzuziehen²²². Am 30. Januar 1939 drohte Hitler den Juden, falls es zum Krieg käme, werde das Ergebnis nicht die „Bolschewisierung der Erde“, sondern die „Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa“ sein. Im März 1939 besetzte Deutschland unter Verletzung des Münchener Abkommens den restlichen Teil der Tschechischen Republik, ein halbes Jahr später überfiel es Polen. Im Schatten des Krieges nahm die „Lösung der Judenfrage“ nun immer mehr die Form der physischen Vernichtung an²²³.

Die Männer der Abteilung II 112 des SD-Hauptamtes, das im September 1939 im Reichssicherheitshauptamt aufging, hatten an der Vorbereitung wie Organisation des Holocaust unmittelbaren Anteil. Sie radikalisierten die „Lösung der Judenfrage“ bis zur „Endlösung“ weiter, als kein Territorium mehr in Sicht war, in das die Juden hätten vertrieben werden können. In ganz Europa agierten sie als „Judenexperten“, um die europäischen Juden in die Vernichtungslager des Ostens zu deportieren. Richard Hartmann wurde 1939 mit der Leitung der Berliner Auswanderungszentralstelle beauftragt und blieb, nachdem diese 1940 vom RSHA übernommen worden war, im Referat IV B 4 bei Eichmann. Dieter Wisliceny war von 1940 bis 1943 als sogenannter „Judenberater“ der slowakischen Regierung tätig und 1943/44 an den Deportationen der Juden aus Saloniki und Ungarn beteiligt. Theodor Dannecker wurde 1940 „Judenberater“ beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im besetzten Frankreich. 1942 in Italien, 1943 in Bulgarien, 1944 in Ungarn und wieder in Italien, gehörte er zu den „Deportationsexperten“ des RSHA. Herbert Hagen kam 1940 ebenfalls nach Frankreich, leitete die Außenstelle der Sicherheitspolizei in Bordeaux, wurde persönlicher Referent beim Höheren SS- und Polizeiführer und war gleichfalls maßgeblich an den Deportationen der französischen Juden beteiligt. Adolf Eichmann wurde, nachdem er die Zentralstellen in Wien und Prag aufgebaut hatte, im Dezember 1939 von Heydrich zum Sonderreferenten für die „Räumung in den Ostprovinzen“ im Amt IV des RSHA ernannt, aus dem sich das Referat IV B 4 (Judenangelegenheiten, Räumungsangelegenheiten), zuständig für die Massendepotationen in die Vernichtungslager, entwickelte.

Aus der Vielzahl von Instanzen des NS-Regimes, die an Konzepten zur „Lösung der Judenfrage“ arbeiteten²²⁴, war es dem SD gelungen, seine Vorschläge Wirklichkeit werden zu lassen. Von 1934 an hatte man sich dort darauf konzentriert, in rassenbiologischer Perspektive die „Judenfrage“ sachlich, rational und statistisch exakt zu erfassen und sich dadurch vom „Radau-Antisemitismus“ zu unterscheiden, ohne dabei nicht minder radikal vorzugehen. Der institutionelle

²²² Vgl. Gruner, Arbeitseinsatz; sowie Maier, Arbeitseinsatz, S.18–48.

²²³ Zur Entwicklung der „Endlösung“ in den Jahren 1939 bis 1941, insbesondere zur Verknüpfung der „Judenfrage“ mit der Praxis der Deportation und des systematischen Massenmords, vgl. jetzt vor allem Aly, „Endlösung“.

²²⁴ Erinnert sei nur an die Gercke-Denkchrift aus dem Reichsinnenministerium im Herbst 1933, die als „Weltlösung“ die Aussiedlung der Juden nach Palästina vorschlug, vgl. Pätzold, Faschismus, S.139–140.

Vorteil des SD lag in der engen Verbindung mit der politischen Polizei, die als expandierendes Herrschaftsinstrument mehr und mehr exekutive Funktionen an sich zog. Dem SD gelang es dadurch, Informationen und Kompetenzen zu gewinnen, die ihm als Parteiinstitution verschlossen geblieben wären. So peripher gelegen, wie sich die Abteilung II 112 des SD-Hauptamtes oberflächlich betrachtet im Machtgefüge des NS-Systems ausnahm, war sie in Wirklichkeit nicht.

Der arbeitsteilige Verbund mit der Gestapo ab 1935 allein machte jedoch noch nicht den Erfolg des SD in der Judenpolitik aus. Ihn verdankt er vor allem seiner frühzeitig entwickelten und stets beibehaltenen Option der Zwangsauswanderung, die in einer bestimmten historischen Konstellation, in der alle übrigen Wege an ihre Grenzen gestoßen waren, die „Lösung der Judenfrage“ zu bieten schien. Nicht zuletzt befand sich die Politik der SD-Judenabteilung in ihrer Grundausrichtung stets in Übereinstimmung mit Hitler, der unbeschadet von taktischen Rücksichtnahmen die „Entfernung der Juden“ als Eckstein seiner Politik betrachtete. Dieses Verhältnis war kein unmittelbares, der SD kein Vollzugsorgan vorgegebener Weisungen Hitlers. Eher beruht die Kongruenz auf der ähnlichen Weise, die Realität gemäß der eigenen Weltanschauung umformen zu wollen und auftretende Schwierigkeiten nicht durch pragmatische Korrekturen des Ziels zu lösen, sondern durch eine Radikalisierung der Praxis²²⁵.

Nie hat der SD in der Behandlung der „großen weltanschaulichen Fragen“ eine ausschließlich theoretische oder rein „nachrichtendienstliche“ Aufgabe gesehen. Die „wissenschaftliche“ Tätigkeit, die Akribie, mit der das SD-Judenreferat in den Jahren 1935 bis 1938 Wissen über diejenigen anhäufte, die vertrieben werden sollten, war stets verbunden mit dem Anspruch auf politische Praxis. Erst in dieser Verbindung von Ideologie und Macht, Weltanschauung und Praxis wird das Selbstverständnis des SD erkennbar. Hier triumphierte kein „formalisierter, inhaltsleerer Wertekatalog“ (Mommsen), es herrschte nicht nur der „Geist der efficiency“ (Buchheim), und selbst eine so kluge Beobachterin wie Hannah Arendt ging fehl, wenn sie diese Männer als „schrecklich und erschreckend normal“ bezeichnete²²⁶.

Der SD verstand sich nicht als arbeitsteilige, technokratische Organisation, die innerhalb eines größeren Apparates funktionale Aufgaben übernahm. Vielmehr begriff er sich als Elite, die nicht nur die besseren Analysen lieferte, sondern auch die erfolgreicheren politischen Konzepte. Weltanschauung galt nichts, wenn sie nicht praktisch wurde. Sachlichkeit und Rationalität verbanden sich mit äußerster Radikalität in der Zielsetzung, zentralistische Organisation und ab-

²²⁵ Diese destruktive Radikalisierung stellte sich nicht allein, wie Martin Broszat schrieb, deshalb her, weil es dem Nationalsozialismus an Konzepten mangelte, positive Entwürfe zu realisieren und „statt dessen immer mehr und ausschließlicher auf die negativen Gegnerziele angewiesen war“. Mit der „Entjudung Deutschlands“ verband der SD eine in seinem Sinn positive rassenbiologische Vorstellung einer völkischen Neuordnung Deutschlands wie Europas; vgl. Broszat, *Soziale Motivation*, S. 404–406.

²²⁶ Arendt, *Eichmann*, S. 326.

solute Befehlsstruktur mit entgrenzter Destruktivität. Diese Täter waren nicht die Rädchen einer Vernichtungsmaschinerie, sie haben die Apparate selbst konstruiert, die den millionenfachen Mord möglich machten.

*

Zu danken habe ich in erster Linie dem Zentrum für die Aufbewahrung historisch-dokumentarischer Sammlungen („Sonderarchiv“) in Moskau, das mich bei der Archivrecherche außerordentlich hilfsbereit unterstützt und großzügig die Erlaubnis für den Abdruck der Dokumente erteilt hat. In gleicher Weise gilt mein Dank dem Bundesarchiv für die freundliche Hilfe und die Abdruckgenehmigung.

Die vorliegende Dokumentation entstand im Rahmen meiner kollektivbiographischen Untersuchung über das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, die ich innerhalb des Forschungsprojekts „Weltanschauung und Diktatur“ unter Leitung von Ulrich Herbert an der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg durchführe. Ich habe daher auch der Volkswagen-Stiftung zu danken, die als Förderin des Forschungsprojekts meine Archivaufenthalte in Moskau finanzierte.

Nicht zuletzt danke ich dem Institut für Zeitgeschichte für die Veröffentlichungsmöglichkeit, vor allem Norbert Frei, der diese Dokumentation angeregt und mit zahlreichen Hinweisen, kritischen Einwänden und ermunternden Ratschlägen begleitet hat.

Dokumente

Editorische Vorbemerkung

Die Mehrheit der im folgenden abgedruckten Dokumente stammen aus dem Zentrum für die Aufbewahrung historisch-dokumentarischer Sammlungen („Sonderarchiv“) in Moskau, dessen Existenz der Öffentlichkeit überhaupt erst seit 1990 bekannt ist¹. Die Kommentierung konzentriert sich auf Erläuterungen, die für das Verständnis der Dokumente unerlässlich sind, soweit nicht bereits in der Einleitung der jeweilige Kontext dargestellt worden ist. Die Verweise zu den in den Berichten erwähnten Gesetzen, Verordnungen, Erlassen sollen in erster Linie den „juristischen Horizont“ erkennen lassen, über den das Judenreferat des SD zum jeweiligen Zeitpunkt verfügte. Ebenfalls werden diejenigen jüdischen Organisationen und Personen in den Dokumenten erklärt, die für den thematischen Zusammenhang wichtig und für die Judenpolitik des SD von Bedeutung waren. Da bereits in der Einleitung eine Vielzahl von Verbänden und Personen erläutert werden und der Übersichtlichkeit wegen auf Querverweise verzichtet wurde, sei sowohl auf das Personenregister als auch das Verzeichnis der jüdischen Organisationen und Institutionen verwiesen, die Aufschluß über die jeweilige Ersterwähnung geben.

Sämtliche Dokumente werden vollständig abgedruckt, wobei stillschweigend die Rechtschreibung angepaßt und offenkundige Schreibfehler korrigiert wurden. Grammatikalische Unsicherheiten sind hingegen ebenso belassen wie die zum Teil unterschiedliche oder falsche Schreibweise von Namen, um die Genauigkeit bzw. Ungenauigkeit der SD-Berichte kenntlich zu machen. Handschriftliche Notizen und Vermerke werden, soweit sie das Dokument inhaltlich kommentieren oder administrative Konsequenzen anweisen, angemerkt, bloße handschriftliche Unterstreichungen im Text dagegen nicht.

Editorische Bemerkungen und Ergänzungen im Text sind durch eckige Klammern gekennzeichnet. Runde Klammern stehen im Original. Über- und Zwischenüberschriften sowie Hervorhebungen, die in den nahezu ausschließlich maschinenschriftlich vorliegenden Dokumenten auf sehr unterschiedliche Weise wie Unterstreichungen, Sperrungen, Großbuchstaben etc. erscheinen, wurden dahingehend vereinheitlicht, daß sowohl die Überschriften als auch Hervorhebungen im Text durch Kursivsatz, die Zwischenüberschriften dagegen durch entsprechende Absätze gekennzeichnet werden.

¹ Vgl. Wegner, Deutsche Aktenbestände; sowie Aly/Heim, Zentrales Staatsarchiv.

Dokument 1

Memorandum des SD-Amtes IV/2 an Heydrich, 24. Mai 1934.

Sonderarchiv Moskau, 501/1/18.

An C.

Betr.: Zur Behandlung der Judenfrage

1. Die augenblickliche Lage

Das Ziel der Judenpolitik muß die restlose Auswanderung der Juden sein. Um die angefangene Auswanderung in Fluß zu halten, ist ein bestimmtes Gefälle notwendig. Dieses Gefälle ist abhängig von dem draußen vorhandenen Platz und von den Verhältnissen in Deutschland. Es besteht die große Gefahr, daß das Gefälle geringer wird, daß die Judenabwanderung ins Stocken kommt und deren augenblicklich bestehender Zwischenzustand fixiert wird. Diese Fixierung würde zur Folge haben, daß bei Juden und Deutschen das Endziel der Judenauswanderung vergessen oder als undurchführbares Fernziel aus dem Auge gelassen würde. An Stelle des Auswanderungsproblems könnte ein Minderheitenproblem treten, der jetzige Übergangszustand könnte sich psychologisch und rechtlich zu einem Dauerzustand verfestigen.

2. Auswanderung und Judenstaat

50000 Juden sind ausgewandert. 550000 sollen folgen, dazu noch die getauften Rassejuden.

Schon die ersten 50000 Emigranten sind in den Ländern, in die sie sich wandten, nicht untergebracht worden. Die noch folgenden werden in den kultivierten Ländern erst recht nicht untergebracht werden können. Platz für die Masse der auswandernden Juden läßt sich nur in bisher unerschlossenen Gebieten freimachen und hat die Schaffung eines Judenstaates zur Folge oder zur Voraussetzung.

Die Gründung eines Judenstaates ist zwar nicht ein deutsches, sondern ein internationales und ein national-jüdisches Problem. Wenn aber Deutschland nicht führend beteiligt ist, wird dieses Problem nicht angefaßt werden. Wenn die Juden draußen keinen Platz finden können, so können wir sie aus außenpolitischen Gründen wahrscheinlich nicht zur Auswanderung zwingen und behalten sie für immer auf dem Hals.

Als Möglichkeiten für eine Staatsgründung sind bisher Palästina, Syrien, Abessinien, Angola, Madagaskar und Biro Bidschan (autonome Sowjetrepublik) diskutiert worden. Es gehört zu den Aufgaben der deutschen Außenpolitik, diese Möglichkeiten zu überprüfen und ihre Verwirklichung in die Wege zu leiten.

Mit der Existenz Palästinas allein ist das Problem nicht gelöst, es ist ein Versuch mit durchaus untauglichen Mitteln. Palästina kann auch unter den günstigsten Bedingungen der übrigen Welt nur einen geringen Prozentsatz ihrer Juden abnehmen, die zurückbleibende Mehrheit aber erhält an diesem jüdischen „Paradestaat“ einen Vorwand, sich der endgültigen Lösung des Judenproblems zu widersetzen und einen rechtlichen Anspruch, sich als nationale Minderheit behandeln zu lassen. Dabei ist von vornherein zu bedenken, daß jeder Judenstaat das bestehende Kräfteverhältnis entscheidend verändern wird, gleichgültig, ob er auf der Linie England-Indien, in Afrika oder in Südamerika liegt.

3. Die Juden in Deutschland

Die Gestaltung der Verhältnisse in Deutschland liegt mehr in unserer Hand als die Gestaltung des Judenstaates. Hauptziel muß sein, das Bewußtsein und den jetzigen Zustand als ein Übergangsstadium zu wecken und zu erhalten.

Den Juden sind die Lebensmöglichkeiten – nicht nur wirtschaftlich genommen – einzuschränken. Deutschland muß ihnen ein Land ohne Zukunft sein, in der wohl die alte Generation in ihren Restpositionen sterben, nicht aber die junge leben kann, so daß der Anreiz zur Auswanderung dauernd wach bleibt. Abzulehnen sind die Mittel des Radau-Antisemitismus. Gegen Ratten kämpft man nicht mit dem Revolver, sondern mit Gift und Gas. Der außenpolitische Schaden der Straßenmethoden steht in gar keinem Verhältnis zu dem örtlichen Erfolg.

Die Einschränkung der Existenzgrundlage

Aus den staatlichen und halbstaatlichen Stellungen in Verwaltung, Rechtspflege, Wissenschaft und Kunst sind die Juden im wesentlichen verdrängt. Die Ausnahme-Paragrafen des Berufsbeamtengesetzes könnten dabei auch für andere Lebensgebiete als Vorbild dienen, wie man bei einer noch erträglichen Zurücksetzung der deutschen Belange der Auslandspropaganda die billigen Schlagworte nehmen kann.

Die Pressegesetzgebung hat auch einen Teil Juden entfernt.

Die Positionen in den freien Berufen der obengen. Sparten sind erschüttert.

Nicht erschüttert aber ist die Stellung der Juden in der Wirtschaft. Wenn auch hier aus den verschiedensten Gründen noch nicht allgemein und öffentlich vorgegangen werden kann, so müsse sich doch wenigstens unterbinden lassen, daß Behörden und Parteistellen jüdische Lieferfirmen beschäftigen. Zu bedenken ist ferner die Wirkung der Kaufhaus- und Bankpolitik auf die Masse der Mittelständler und der Arbeiter.

Die gesellschaftliche Isolierung

Diese ist unbedingt aufrecht zu erhalten. Vor allem ist gegen die Versuche der Rassemischung mit allen Mitteln vorzugehen, auch mit den sonst abzulehnenden Straßenmethoden.

Die Nachteile der so erzwungenen Isolierung der Juden in eigenen Sport-, Jugend-, Kultur-, Berufs- und Geselligkeitsvereinen bringt aber die Tendenz zur Minderheit als Nachteil mit sich.

Die Behandlung der jüdischen Organisationen

Außer den ebengenannten Vereinigungen haben auch die jüdischen politischen Verbände, ihre Religionsgemeinden, Schulen und Wohlfahrtseinrichtungen ungeheuer an Bedeutung für das innerjüdische Leben gewonnen. Die Art ihrer Behandlung wird von großem Einfluß auf die Erwartungen und Hoffnungen des einzelnen Juden sein.

Es müßte die Taktik aller in Frage kommenden Stellen sein, die Gegensätze zwischen den bestehenden Gruppen der Juden zu kennen, zu benutzen und durch verschiedene Behandlung dieser Gruppen zu vertiefen. Als durchaus falsch muß jede Äußerung oder Amtshandlung bezeichnet werden, die darauf hinausläuft, jüdische Dachorganisationen zu stützen oder gar anzuregen. Das Bestehen jüdischer Gesamtorganisationen muß das Gemeinschaftsgefühl der Juden fördern, wird den Zwang bedeuten, ihre verschiedenen Richtungen aufeinander einzuspielen, gemeinsame und verbindliche Nahziele aufzustellen und so auch der Vorbereitung einer einheitlichen Politik auf längere Sicht förderlich sein. Wenn aber diese Dachverbände gar als Verhandlungspartner anerkannt werden, so

werden sie bei der heutigen Lage mit sehr großer Autorität gegenüber ihren Unterverbänden ausgestattet und erhalten wirkliche Macht. Das jüdische Einheitsbewußtsein wird wiederum gefördert und der Gedanke an eine jüdische Minderheit wird dadurch bei Juden und Deutschen, vor allem aber auch im Ausland, psychologisch gefördert und ein Minderheitenrecht gewohnheitsrechtlich vorbereitet.

Entgegen dem auf der ersten Seite des Judenberichtes aufgestellten Grundsatz, ist das Gestapa in 2 Fällen davon abgewichen:

„Im Einvernehmen mit dem Staatskommissar für das Preuß. Theaterwesen hat das Geheime Staatspolizeiamt der jüdischen Kulturbestrebungen dahin vereinheitlicht, daß als maßgebende Organisation. . . der ist.“

“. . . hat das Geheime Staatspolizeiamt bei dem Reichsjugendführer eine allgemeine Regelung dieser Frage angeregt. . .“¹.

An beiden Einzelfällen ist deutlich zu sehen, daß ohne die staatliche Anregung und Förderung die Dachverbände nicht zustande gekommen wären bzw. sich nicht hätten durchsetzen können. Die Befriedigung über die Anerkennung war bei den Juden, wie aus ihren Zeitungen ersichtlich, groß.

Neben diesen beiden Dachverbänden soll auch die Reichsvertretung der deutschen Juden inoffiziell anerkannt sein. Die Reichsregierung soll durch eine Mittelstelle Anregungen und Aufträge erteilen, welche die Umschichtung der Juden, ihre Eingliederung in die Arbeitsfront usw. betreffen sollen (s. Anlage)².

Um die Spaltung der Juden aufrecht zu erhalten, müssen einzelne ihrer Organisationen bevorzugt behandelt werden. Dazu kommen wohl nur die Zionisten in Frage. Man müßte also deren Gegenspieler zur Reichsvertretung, nämlich die „Jüdische Aktion“ heranziehen, ihre Umschulungsmaßnahmen wohlwollend anerkennen und ihre Auswanderungsbestrebungen fördern.

Die Umschulung der Juden auf landwirtschaftliche und handwerkliche Berufe ist also zu dulden, solange sie in geschlossenen Lehrgängen und nicht bei deutschen Bauern und Handwerkern erfolgt und soweit sie die Auswanderung vorbereiten soll. Sie ist zu unterbinden, wenn ersichtlich ist, daß die Juden dadurch eine Existenz in Deutschland aufbauen wollen.

In verschiedenen jüdischen Religionsgemeinden (Berlin, Dresden, vielleicht auch in anderen) sind Bestrebungen im Gange, die ablaufende Wahlzeit der bestehenden Gemeindevertretungen zu verlängern bzw. durch Aufstellung einer Einheitsliste um einen Wahlkampf herum zu kommen. An den Neuwahlen interessiert sind eigentlich nur die Zionisten, weil diese eine beträchtliche Stimmenzunahme erwarten. Es müßten also die Maßnahmen erwogen werden, die Wahlen doch durchführen zu lassen.

¹ Die Akten des Gestapa, aus denen der SD an dieser Stelle zitierte, sind nicht erhalten. Das erste Zitat bezog sich auf die Gründung des Kulturbunds Deutscher Juden, vgl. dazu Dahm, Kulturelles und geistiges Leben, S. 83–94. Die allgemeine Regelung, die im zweiten Zitat angesprochen wurde, zielte vermutlich auf die Behandlung der jüdischen Jugendverbände.

² Im September 1933 hatte sich die Reichsvertretung der deutschen Juden aus den Landesverbänden der jüdischen Gemeinden und den drei großen jüdischen Organisationen, dem Central-Verein, dem Reichsbund jüdischer Frontkämpfer und der Zionistischen Vereinigung für Deutschland, konstituiert, um der nationalsozialistischen Verfolgung einheitlich gegenüberzutreten zu können. An ihrer Spitze stand der Berliner Rabbiner Dr. Leo Baeck. Der SD ignorierte die Reichsvertretung weitgehend und akzeptierte gemäß seinem Konzept allein die zionistischen Verbände. Die Reichsvertretung endete im Pogrom des November 1938 und wurde durch die von der Sicherheitspolizei geschaffene Reichsvereinigung der Juden in Deutschland ersetzt; vgl. Plum, Deutsche Juden, S. 35–74. Die erwähnte Anlage ist nicht erhalten.

Es ist außerdem möglich, daß einzelne Zwischenfälle die vorhandenen Spannungen beleben und daß sich die Gelegenheit ergibt, durch Verhaftungen, Haussuchungen und Verbote in dem oben bezeichneten Sinne einzugreifen.

Dokument 2

Lagebericht des SD-Hauptamtes J I/6 (Juden), 17. August 1935.

Sonderarchiv Moskau, 500/3/316.

Die Lage der Juden hat, vom Standort des Gegners gesehen, im letzten Halbjahr keine wesentliche Änderung erfahren. Allgemein ist eine andauernde Abwanderung von Mitgliedern der Assimilanten-Organisation zu den Zionisten festzustellen. Man wird allerdings nicht fehlgehen, wenn man bei einem großen Teil Konjunkturgründe vermutet. Andererseits hat die Gruppe der nationaldeutschen Juden (Naumann-Gruppe)¹ seit der Verkündung des Wehrgesetzes eine rege Betriebsamkeit entfaltet, die um so genauer im Auge behalten werden muß, als unzweifelhaft von dort viele Fäden zu Frontkämpfern in verschiedenen Ministerien führen. Besonders bei Stahlhelm-Mitgliedern fanden die Naumann-Leute häufig Entgegenkommen. Wie weit dieser Gruppe von Juden schon der Einbruch in die Wehrmacht gelingen wird, hängt allein nur noch von den Entscheidungen des Prüfungsausschusses der Wehrmacht ab².

Die Arbeit der zionistischen Gruppen hat in der Berichtszeit eine wesentliche Stärkung erfahren. Die verstärkten antisemitischen Maßnahmen der letzten Wochen brachten ebenfalls einen erhöhten Einfluß der zionistischen Gruppe auf die deutschen Juden. Der Verlauf des bevorstehenden Zionistenkongresses in Luzern³ wird darüber entscheiden, ob die zionistischen Gruppen Deutschlands in der Lage sind, gemäß ihren Versprechungen eine wesentlich höhere Anzahl von Auswanderer-Zertifikaten für deutsche Juden zu erhalten.

In diesem Zusammenhang verdienen die Bemühungen des Geheimen Staatspolizeiamtes um Schaffung von geschlossenen Umschulungslagern für Juden zum Zwecke ihrer landwirtschaftlichen Ausbildung für Palästina Beachtung. Sie würden eine fast doppelt so starke Auswanderung jungen Juden nach Palästina ermöglichen.

Eine geschlossene Inangriffnahme des Judenproblems ist solange kaum möglich, als eindeutige Gesetze fehlen. Dadurch entstand der Boden für die immer wieder verurteilten Einzelaktionen. Das Volk, das auf der einen Seite gemäß seiner nationalsozialistischen

¹ Der Verband nationaldeutscher Juden unter Leitung des Rechtsanwalts Max Naumann hatte sich 1921 vom Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens abgespalten und war politisch weit rechts bei den Deutschnationalen angesiedelt. Der Verband wurde im November 1935 von der Gestapo aufgelöst und verboten.

² Das Wehrgesetz vom 21. 5. 1935 verbot den deutschen Juden den Dienst in der Wehrmacht. Allerdings waren die Durchführungsverordnungen zurückhaltender formuliert als die bisherigen antisemitischen Gesetze und gaben daher manchen jüdischen Organisationen Anlaß zu neuer Hoffnung. So hatten sich der Verband nationaldeutscher Juden und der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten bereits im März 1935 mit Glückwunschtelegrammen bei Hitler für die Wiedereinführung der Wehrpflicht bedankt und versuchten nun, weitere Ausnahmebestimmungen zum Wehrgesetz durchzusetzen; vgl. Adam, Judenpolitik, S. 116.

³ Der 19. internationale Zionistenkongreß fand vom 13. August bis 4. September 1935 in Luzern statt.

Weltanschauung die Juden aus Deutschland verdrängt sehen will, findet auf der anderen Seite bei den verantwortlichen Stellen keinerlei Aktivität, daß der persönliche Lebenswandel mancher höheren Parteifunktionäre und ihrer Angehörigen nicht immer die vom einfachen Pg. geforderte Form in seinem Verhältnis zum Juden und zum jüdischen Geschäft zeigt, ist eine leider schon wiederholt erwiesene Tatsache.

Die Rechtsunsicherheit im deutsch-jüdischen Verhältnis gibt verschiedenen Gegnern des Staates Gelegenheit zu einer die Staatsautorität systematisch unterwühlenden Tätigkeit. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Rechtsunsicherheit in der Frage der Mischehen und der Rassenschande. Standesbeamte, die nach ihrem Gewissen handelten und solche Eheschließungen abweisen, werden oft von den ordentlichen Gerichten zum Vollzug gezwungen. Andererseits können Standesbeamte, die die nationalsozialistische Weltanschauung bewußt brüskieren wollen, sich dabei auf offizielle Erlasse stützen.

Die Lösung der Judenfrage durch Terrorakte wird von allen maßgeblichen Stellen verurteilt. Um diese Terrorakte, soweit sie von Nationalsozialisten aus ihrer inneren Überzeugung begangen werden, für die Zukunft wirksam zu verhindern oder, wenn es sich um versteckte Aktionen feindlicher Gruppen handelt, diese eindeutig als solche beweisen zu können, wäre es nötig, daß baldmöglichst

1. in die Behandlung der Judenfrage bei den einzelnen Ministerien eine einheitliche Linie kommt,
2. wirksame Gesetze erlassen werden, die dem Volk zeigen, daß die Judenfrage von oben geregelt wird. Solche Gesetze wären:
 - a) Gesetz über Staatsangehörigkeit,
 - b) Gesetz über Bodenerwerb,
 - c) Gesetz über jüdischen Zuzug,
 - d) Gesetz, um Juden und mit Juden Arbeitende vom Versicherungsschutz auszuschließen,
 - e) Gesetz zur Kenntlichmachung arischer Geschäfte und Unternehmungen.

Die endgültige Abwanderung der Juden kann durch eine stärkere Unterscheidung in der Behandlung von Assimilanten und Zionisten noch gefördert werden. Damit wird zugleich der Weltboykott der Juden durch das Fernbleiben der Zionisten am wirksamsten bekämpft.

Allgemein kann man feststellen, daß die Notwendigkeit zur Abwanderung der deutschen Juden in der Berichtszeit wesentlich stärker ins Bewußtsein gebracht wurde. Dieser vorbereitete Boden müßte durch die oben erwähnten und ähnliche Gesetze jetzt voll in Arbeit genommen werden.

Dokument 3

Heydrich an die Teilnehmer der Chefbesprechung im Reichswirtschaftsministerium, 9. September 1935.

Sonderarchiv Moskau, 500/1/379.

- Schnellbrief: a.) an den Herrn Reichswirtschaftsminister,
 b.) an den Herrn Reichs- und Preuß. Justizminister,
 c.) an den Herrn Reichs- u. Preuß. Min.d.Innern,

- d.) an den Herrn Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda,
 - e.) an den Herrn Preuß. Ministerpräsidenten,
 - f.) an den Stellvertreter des Führers,
 - g.) an den Beauftragten des Führers für Wirtschaftssachen, Herrn W. Keppler,
 - h.) an den Herrn Reichs- u. Preuß. Minister für Ernährung und Landwirtschaft,
- Berlin

Betrifft: Vorschläge zur Lösung der Judenfrage.

Unter Bezugnahme auf die im Reichswirtschaftsministerium stattgehabte Ressortsbesprechung vom 20. 8. 1935 darf ich meine Vorschläge nunmehr schriftlich unterbreiten.

Meiner Ansicht nach kann die Judenfrage nicht durch Anwendung von Gewalt, durch Mißhandlung Einzelner, Beschädigung persönlichen Eigentums oder andere Einzelaktionen gelöst werden. Ihre Bereinigung scheint nur dadurch möglich, daß der Einfluß der Juden im Zuge des organischen Aufbaus des Reiches Schritt für Schritt eingedämmt wird und gleichlaufend damit eine verstärkte Aufklärung der Bevölkerung durch Partei und Presse einsetzt.

Ebenso wie der Einfluß der Juden in der Verwaltung, Beamtenschaft, Kunst und Kultur fast restlos ausgeschaltet ist, muß seine Einschränkung in allen anderen Zweigen des öffentlichen Lebens durchgeführt werden. Im Hinblick auf die Ausschreitungen der letzten Zeit halte ich es für erforderlich, daß gerade auch auf dem Gebiet der freien Wirtschaft der Grundsatz der Gleichheit aufgegeben wird, und bin der Überzeugung, daß die Einzelaktionen im Lande in dem Augenblick abebben werden, wo die Volksgenossen sehen, daß die bisher von den Juden in der Wirtschaft innegehabte Vormachtsstellung gebrochen wird.

Mit Rücksicht darauf, daß die Juden entsprechend den nat. soz. Grundsätzen nicht zur deutschen Volksgemeinschaft zählen, halte ich ihre Stellung unter Fremdenrecht für erforderlich. Diese Maßnahme würde allein ausreichende Möglichkeit bieten, sie am freien Wettbewerb in der Wirtschaft zu hindern, ihre Freizügigkeit aufzuheben und sie von der deutschen Volksgemeinschaft zu trennen.

Falls die Stellung der Juden unter Fremdenrecht jedoch aus besonderen Gründen undurchführbar sein sollte, darf ich zur gesetzlichen Regelung dieser Frage folgende Vorschläge unterbreiten:

1.) Um den weiteren Zuzug der Juden nach den Großstädten einzudämmen, ist eine Änderung des Gesetzes über die Freizügigkeit erforderlich, die ihnen den Wechsel des Wohnsitzes im Inlande wirksam erschwert. In der Änderung wäre darauf hinzuweisen, daß durch diese Maßnahme keineswegs ein Ghetto geschaffen werden soll. Sie würde lediglich dazu dienen, eine Zusammenballung des jüdischen Elementes in den Großstädten zu verhindern, das durch die Möglichkeit, sich dort besser zu verbergen, eine Gefahr und einen dauernden Unruheherd bildet.

2.) Verbot der Mischehen zwischen Deutschen und Juden. Bis in die letzte Zeit hinein haben Volksgenossen in Verkennung des Rassenproblems und ungeachtet der für sie aus diesem Entschluß entstehenden schwerwiegenden Folgen die Absicht der Eheschließung mit Juden bekundet. Ein Verbot der Mischehen könnte dazu dienen, rassisch wertvolle Teile der Volksgemeinschaft zu erhalten.

3.) Im Zusammenhang mit dem Verbot der Mischehen erscheint eine gesetzliche Regelung notwendig, die die Bestrafung des außerehelichen Geschlechtsverkehrs zwischen Deutschen und Juden vorsieht.

Wenn bei der beabsichtigten Heirat zwischen Deutschen und Juden die Zugehörigkeit zur jüdischen Rasse als Ehehindernis angesehen wird, ist zwar praktisch die Eheschließung ausgeschlossen. Nach verhinderter Eheschließung werden die Ehepartner jedoch oft versuchen, in wilder Ehe zusammenzuleben, um damit das Verbot der Mischehen zu umgehen. Durch eine gesetzliche Anordnung, die den außerehelichen Geschlechtsverkehr zwischen ihnen als Rasseschändung unter Strafe stellt, würde den Polizeibehörden eine Handhabe gegeben sein, die außereheliche Verbindung von Juden mit artvergessenen deutschen Frauen und Mädchen wirksam zu unterbinden.

4.) Aufträge der öffentlichen Hand dürften an Juden nicht vergeben werden.

Erfahrungsgemäß versuchen kapitalkräftige jüdische Firmen selbst bei offensichtlichen finanziellen Verlusten in der Bewerbung um Aufträge der öffentlichen Hand ihre arische Konkurrenz zu unterbieten und mit solchen Mindestangeboten ihre Position in der Wirtschaft zu festigen. Zum Schutz der deutschen Wirtschaft sind gesetzliche Maßnahmen erforderlich, die es Behörden pp. verbieten, Aufträge an jüdische und jüdisch getarnte Firmen zu vergeben.

5.) Soweit Konzessionen für Gewerbebetriebe erforderlich sind, dürften diese in der Folgezeit an Juden grundsätzlich nicht erteilt werden. Bestehende Konzessionen müßten unter Anlegung eines strengen Maßstabes dahin überprüft werden, ob die jüdischen Inhaber den bestehenden Konzessionsvorschriften in personeller und sachlicher Hinsicht noch entsprechen, gegebenenfalls wäre das Verfahren zur Entziehung der Konzession einzuleiten.

Auch müßte durch entsprechende gesetzliche Regelung dafür Sorge getragen werden, daß den Juden die Neueröffnung nicht konzessionspflichtiger Gewerbebetriebe, z. B. von Geschäften, untersagt wird. Insbesondere halte ich die Erteilung von Wandergewerbescheinen in der bisherigen großen Zahl an Juden für sehr gefährlich, da die Juden als ideenmäßige Staatsgegner bei dem Besuch der Kundschaft auf dem flachen Lande Träger von Greuelnachrichten sind und zersetzend wirken.

6.) Grundsätzlich darf der Besitz und Handel mit Grund und Boden und ihre Nutznießung nur den Volksgenossen überlassen sein. Weil die Juden nicht zur Volksgemeinschaft gehören, muß ihre möglichst vollkommene Ausschaltung in der Pachtung oder dem Ankauf von Grund und Boden oder Grundstücken durchgesetzt werden. Der Erwerb von Grund und Boden durch Rechtsgeschäft und Pacht oder Miete von Grundstücken durch Juden wäre daher zu untersagen.

In den Jahren der Inflation ist ein wesentlicher Teil des Hausbesitzes in den Großstädten in jüdischen Besitz übergegangen. Viele dieser jüdischen Hausbesitzer befinden sich im Auslande, wohin ihnen der Mietzins ungeschmälert überwiesen wird, während ihre Grundstücke verfallen. Ich halte es daher für erforderlich, das Augenmerk der Baubehörden auf diesen Zustand hinzulenken und für eine Regelung einzutreten, die, wenn nicht Enteignung, so doch durchgreifende Instandsetzung auf Kosten der im Auslande lebenden Juden zu menschenwürdigen Unterbringung von Volksgenossen ermöglicht.

7.) Sofern die Stellung unter Fremdenrecht nicht durchführbar erscheint, halte ich zumindest eine Änderung der Paßbekanntmachung für notwendig, in der ausdrücklich angeordnet wird, daß allen Juden wegen politischer Unzuverlässigkeit die Ausstellung eines Passes grundsätzlich zu verwehren ist. Ausnahmen hiervon dürften nur dann gemacht

werden, wenn nachgewiesen wird, daß sie den Paß zu Reisen benutzen, die im Interesse der deutschen Wirtschaft liegen. Dieser Paß müßte zur äußerlichen Kennzeichnung der rassischen Zugehörigkeit des Inhabers mit einem besonderen, auffälligen Kennzeichen versehen werden.

Ich halte diese Regelung deshalb für notwendig, weil die Juden gerade in letzter Zeit in großer Zahl Pässe beantragt haben, die ihnen nach den bestehenden Bestimmungen auch ausgefertigt werden durften. Sie benutzten die Pässe zu Auslandsreisen, bei denen sie auf illegale Weise Geld verschoben und wesentlich zur Verbreitung von Greuelnachrichten beigetragen haben.

Ich glaube, daß aus einer gesetzlichen Regelung im Sinne dieser Ausführungen eine Beruhigung der deutschen Wirtschaft bestimmt erwartet werden kann und die Fassung solcher Anordnungen in Gesetzesform in den Kreisen der Volksgenossen als bedeutsamer Schritt zur Bereinigung der Judenfrage dankbar aufgenommen werden würde. Dieser Angriff auf die Vormachtstellung der Juden in der Wirtschaft würde andererseits dazu dienen, sie auf den Zionismus hinzulenken und den Anreiz zur Abwanderung wirksam zu fördern¹.

Dokument 4

Befehl des Chefs des Sicherheitshauptamtes zum organisatorischen Aufbau, 1936.

Sonderarchiv Moskau, 500/1/907.

Nach Abschluß der in Verfolg des Befehls vom 19.7.1935 geleisteten vorbereitenden Arbeiten tritt mit Wirkung vom 15. Januar 1936 an Stelle der bisherigen sachlichen Gliederung des Sicherheitsdienstes folgender organisatorischer Aufbau.

A. Das Sicherheitshauptamt

Das Sicherheitshauptamt wird geleitet vom Chef des SD-Hauptamtes. Sein unmittelbarer Vertreter ist der Stabsführer.

Stabskanzlei I	1	
	11	Dienstaufsicht
	111	Organisation und Inspektion
	112	Geschäftsführung
	12	Sachliche Übersicht
	121	Berichterstattung
	122	Sonderaufträge
	13	Registratur
	131	Auskunftsstelle
	132	Eingangsstelle
	133	Hauptkanzlei

¹ Das Dokument trägt am Ende folgenden Vermerk des Judenreferats II 1 B 2 des Gestapa vom 14. 10. 1935: „Der Herr Reichswirtschaftsminister hat sich bisher zu den Vorschlägen vom 9. 9. 1935 nicht geäußert. Es ist daher zunächst nichts zu veranlassen, zumal die Durchführungsbestimmungen zu den Gesetzen vom 15. 9. 1935 abgewartet werden müssen.“

	134	Reichszentralkartei
	14	Technische Hilfsmittel
	141	Funk
	142	Technik
	143	Laboratorium
	15	Stabskommandantur
	151	Dienstbetrieb
	152	Ausbildung
	153	Sanitätswesen
Zentralabteilung I	2	Personal
	21	Führerpersonal
	22	Unterführer- und Mannschaftspersonal
	23	Schulung
	2311	Weltanschaulich
	2312	Wissenschaftlich
	2313	Praktisch
	2314	Sportlich
	2315	Verwaltung
	232	Ergänzung
	24	Versorgung
	25	Gericht
Zentralabteilung I	3	Presse und Museum
	31	Presse und Schrifttum
	311	Pressezentralstelle
	3111	Verteilung und Archiv
	3112	Berichterstattung
	3113	Bestellung
	312	Presse- und Schrifttumsüberwachung
	312-1	Freimaurer/Judentum
	312-2	Konfessionelle Strömungen
	312-3	Marxisten
	312-4	Emigranten
	312-5	Rechtsgerichtete Kreise
	312-6	Wissenschaft
	312-7	Volkstum und Rasse
	312-8	Kunst
	312-9	Recht und Verwaltung
	312-10	Erziehung
	312-11	Partei und Staat
	312-12 bis 312-14	Wirtschaft
	312-15	Polen und Rußland
	312-16	Nordische Länder
	312-17	England
	312-18	Frankreich
	312-19	Italien und Spanien
	312-20	Österreich und Schweiz

	312–21	Sonstige Abwehr
	312–22 bis 312–24	Deutsche Tagespresse
	313	Lebensgebietmäßige Auswertung von Presse und Schrifttum
	3131	Presse
	3132	Schrifttum
	32	Museum, Bücherei und Wissenschaftliche Forschungsstelle
Zentralabteilung I	4	Verwaltung
	41	Haushalt
	411	Personalhaushalt
	412	Sachhaushalt
	42	Rechnungslegung
	421	Kasse
	422	Gehälter
	423	Buchhaltung
	424	Ablage
	425	Partei
	43	Prüfung
	431	Bücherprüfung
	432	Vermögensprüfung
	44	Beschaffung, Verträge, Versicherung
	441	Beschaffung
	442	Versicherung
	443	Kammernachweis
	444	Hausverwaltung

Das Amt II (Inland) hat die Aufgabe, die Tätigkeit der Gegner der nationalsozialistischen Weltanschauung in ihren verschiedenen Formen festzustellen und so auszuwerten, daß das Wirken der fremden Weltanschauungen in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft klar erkennbar wird, so daß der Führung des Staats und der Bewegung die Grundlagen geboten werden können für die von ihr zur Abwehr und Bekämpfung zu treffenden Maßnahmen.

Es zerfällt in die beiden Zentralabteilungen

II 1 Weltanschauliche Auswertung

II 2 Lebensgebietmäßige Auswertung.

Zentralabteilung II	1	Weltanschauliche Auswertung
	11	Weltanschauungen
	111	Freimaurer
	1111	Humanitäre Logen
	1112	Christlich-nationale Logen
	1113	Winkellogen und freimaurerähnliche Logen
	1114	Freimaurerei im Ausland
	112	Judentum
	1121	Zionisten
	1122	Neutrale
	1123	Assimilanten
	113	Konfessionell-politische Strömungen

- 1131 Katholizismus
- 1132 Protestantismus
- 1133 Sekten
- 1134 Völkisch-religiöse Gruppen
- 12 Gegnerformen
- 121 Linksbewegung
- 1211 Kommunismus
- 1212 S. P. D.
- 1213 Sonstiger Marxismus
- 122 Mittelbewegung
- 1221 Demokratische Organisationen
- 1222 Pazifistische Organisationen
- 123 Rechtsbewegung
- 1231 Reaktion
- 1232 Völkische Opposition
- 1233 Nationalbolschewismus

- Zentralabteilung II 2 Lebensgebietsmäßige Auswertung
- 21 Kulturelles Leben
- 211 Wissenschaft
- 2111 Lehrer und Hochschulwesen
- 2112 Forschung
- 2113 Politische Geistesrichtungen
- 212 Volkstum und Volkskunde
- 2121 Volkstum
- 2122 Volkskunde
- 213 Rasse und Volksgesundheit
- 2131 Rasse
- 2132 Volksgesundheit
- 2133 Leibesübungen
- 214 Kunst
- 2141 Musik
- 2142 Bildende Kunst
- 2143 Theater, Film und Rundfunk
- 22 Gemeinschaftsleben
- 221 Verfassung, Recht
- 2211 Verfassung
- 2212 Recht
- 222 Verwaltung
- 2221 Staatsverwaltung
- 2222 Selbstverwaltung
- 223 Erziehung
- 2231 Schulwesen
- 2232 Studentenschaft
- 2233 Staatsjugend
- 224 Partei- und Staatsorganisationen
- 2241 SA, SS, PL, RAD

- 2242 Übrige Organisationen
- 2243 WH, WL, WM [Wehrmacht Heer, Luftwaffe, Marine]
- 23 Materielles Leben
- 231 Ernährungswirtschaft
- 2311 Agrarwesen
- 2312 Agrarpolitik
- 232 Verkehrswirtschaft
- 2321 Verkehrswesen
- 2322 Verkehrspolitik
- 233 Bank und Börse
- 2331 Bankwesen
- 2332 Börsenwesen
- 2333 Versicherung
- 234 Industrie und Handel
- 2341 Rohstoff erzeugende Industrie
- 2342 Verarbeitende Industrie
- 2343 Handel
- 235 Handwerk und Gewerbe
- 2351 Handwerk
- 2352 Gewerbe
- 236 Finanzwirtschaft
- 2361 Steuerwesen
- 2362 Öffentliche Betriebe
- 2363 Energiewirtschaft
- 237 Arbeitswesen
- 2371 Arbeitswesen
- 2372 Sozialwesen

Das Amt III (Abwehr) hat die Aufgabe, die dazu berufenen Stellen des Staates bei der Abwehr der Ausspähung und der Sabotage zu unterstützen.

Es zerfällt in die beiden Zentralabteilungen

III 1 Fremdländische Lebensgebiete

III 2 Außenpolitische Abwehr

- | | |
|------------------------|------------------------------|
| Zentralabteilung III 1 | Fremdländische Lebensgebiete |
| 11 | Europa |
| 111 | Ost |
| 1111 | Rußland |
| 1112 | Randstaaten |
| 1113 | Polen |
| 112 | Süd-Ost |
| 1121 | Ungarn |
| 1122 | Balkan |
| 113 | Süd |
| 1131 | Österreich |
| 1132 | Italien |
| 1133 | Schweiz |
| 114 | Süd-West |

- 1141 Spanien
- 1142 Portugal
- 115 West
- 1151 Frankreich
- 1152 Belgien
- 1153 Niederlande
- 116 Nord
- 1161 England
- 1162 Dänemark
- 1163 Skandinavien
- 12 Außereuropäische Staaten
- 121 Amerika
- 1211 Nord
- 1212 Mittel
- 1213 Süd
- 122 Australien
- 123 Asien
- 1231 Ost
- 1232 Mittel
- 1233 Süd
- 1234 Klein
- 124 Afrika

- Zentralabteilung III 2 Außenpolitische Abwehr
 - 21 Spionageformen
 - 211 Militärische Spionage
 - 2111 Heer
 - 2112 Luftwaffe
 - 2113 Marine
 - 212 Politische Spionage
 - 2121 Staat
 - 2122 Partei
 - 2123 Diplomatie
 - 213 Wirtschaftliche Spionage
 - 2131 Allgemeine Wirtschaft
 - 2132 Rüstungsbetriebe
 - 2133 Wissenschaft
 - 22 Gegnerischer Nachrichtendienst
 - 221 West
 - 2211 Französischer N.D.
 - 2212 Belgischer N.D.
 - 2213 Niederländischer N.D.
 - 222 Nord
 - 2221 Großbritannien
 - 2222 Skandinavien
 - 223 Ost
 - 2231 Rußland

- 2232 Polen
- 2233 C. S. R.
- 2234 Randstaaten
- 224 Süd
- 2241 Österreich
- 2242 Italien
- 2243 Schweiz
- 2244 Balkanstaaten

B. SD-Oberabschnitte

I Stabsabteilung

- I 1 Kanzlei des Oberabschnitts
 - 11 Dienstaufsicht
 - 12 Sachliche Übersicht
 - 13 Registratur
 - 14 Technische Hilfsmittel
- 2 Personal und Ausbildung
- 3 Presse und Museum
- 31 Presse und Schrifttum
- 32 Museum und Bücherei
- 4 Verwaltung
 - 41 Buchhaltung
 - 42 Gehälter
 - 43 Bestandsverzeichnis

Zentralabteilung II Inland

- II 11 Weltanschauungen
 - 111 Freimaurerei
 - 112 Judentum
 - 113 Konfessionell-politische Strömungen
- 12 Gegnerformen
 - 121 Linksbewegung
 - 122 Mittelbewegung
 - 123 Rechtsbewegung
- II 2 Lebensgebietsmäßige Auswertung
 - 21 Kulturelles Leben
 - 22 Gemeinschaftsleben
 - 23 Materielles Leben

Zentralabteilung III Abwehr

- III 1 Fremdländische Lebensgebiete
- III 21 Spionageformen
 - 211 Militärische Spionage
 - 212 Politische Spionage
 - 213 Wirtschaftliche Spionage
- 22 Gegenerischer Nachrichtendienst
 - 221 Zugeteiltes Land
 - 222 Sonstige N.D.

C. SD-Abschnitte

Stabsabteilung I

- I 1–3 Kanzlei, Personal und Presse
 - 14 Technische Hilfsmittel
 - 4 Verwaltung
- II Innenpolitische Abwehr
 - 11 Weltanschauungen
 - 111 Freimaurerei
 - 112 Judentum
 - 113 Konfessionell-politische Strömungen
 - 12 Gegnerformen
 - 121 Linksbewegung
 - 122 Mittelbewegung
 - 123 Rechtsbewegung
 - 2 Lebensgebietsmäßige Auswertung
 - 21 Kulturelles Leben
 - 22 Gemeinschaftsleben
 - 23 Materielles Leben
- III Abwehr
 - 21 Spionageformen
 - 211 Militärische Spionage
 - 212 Politische Spionage
 - 213 Wirtschaftliche Spionage
 - 22 Gegnerischer Nachrichtendienst
 - 221 Zugeteiltes Land
 - 222 Sonstige N.D.

D. Die SD-Außenstellen

Die SD-Außenstellen trennen die Aufgaben der Geschäftsführung und der sachlichen Abwehr nur im Schriftverkehr. Der Außenstellenleiter übernimmt die Leitung der verschiedenen Geschäfte persönlich.

Dokument 5

Programm für die Schulungstagung der Judenreferenten der SD-Oberabschnitte und -Abschnitte in Bernau, 9.–14. März 1936.

Sonderarchiv Moskau, 500/3/320.

Montag, den 9. März 1936

bis 19.00 Uhr

Ankunft der Teilnehmer

Dienstag, den 10. März 1936

8.30 bis 9.45 Uhr

Problematik des Judentums (Vortrag des SS-Oberscharführer v. Mildenstein)

10.15 bis 11.30 Uhr

Die Assimilation und ihre Organisationen in Deutschland (Vortrag SS-Scharführer Schröder)

15.00 bis 16.00 Uhr	Der Zionismus (Vortrag SS-Oberscharführer v. Mildenstein)
16.30 bis 17.30 Uhr	Praktische Erfahrungen in der Bekämpfung des Judentums (Vortrag Reg. Rat Dr. Haselbacher)
<i>Mittwoch, den 11. März 1936</i>	
8.30 bis 9.45 Uhr	Juden in der Wirtschaft (Vortrag SS-U.Stuf. Dr. Eilers)
10.15 bis 11.30 Uhr	Beziehungen zwischen Marxismus und Judentum (Vortrag SS-U.Stuf. Wolf)
15.00 bis 16.00 Uhr	Beziehungen zwischen Kirche und Judentum (Vortrag SS-U.Stuf. Hartl)
16.30 bis 17.30 Uhr	Erfahrungen im Amt „Abwehr“ bei der Behandlung der Juden (Vortrag SS-H.Stuf. Martin)
<i>Donnerstag, 12. März 1936</i>	
8.30 bis 9.45 Uhr	Beziehungen zwischen Freimaurerei und Weltjudentum (Vortrag SS-Scharf. Wisliceny)
10.15 bis 11.30 Uhr	Aufgaben des SD bei der Bekämpfung des Judentums (Vortrag SS-Staf. Dr. Behrends)
15.00 bis 17.30 Uhr	Besichtigung des SD-Hauptamtes
<i>Freitag, 13. März 1936</i>	
8.30 bis 9.45 Uhr	Arbeitsweise des SD (Vortrag SS-Oberscharf. v. Mildenstein)
10.15 bis 11.30 Uhr	Berichte der Oberabschnittsreferenten über die Arbeit in ihrem Dienstbereich. Reihenfolge: Oberabschnitt Süd, Südwest, Rhein, West.
15.00 bis 17.30 Uhr	Besichtigung des Freimaurermuseums, Emserstr.
<i>Samstag, 14. März 1936</i>	
8.30 bis 11.30 Uhr	Fortsetzung der Berichte der Oberabschnittsreferenten über die Arbeit in ihrem Dienstbereich und Diskussion. Reihenfolge: Nordwest, Nord, Nordost, Ost, Mitte, Südost.
Nachmittag	Abreise.

Dokument 6

Berichte der SD-Oberabschnitte zum Stand der Judenreferate auf der Schulungstagung in Bernau, 13.–14. März 1936.

Sonderarchiv Moskau, 500/3/320.

Oberabschnitt Nord und die untergeordneten Abschnitte

O. A. Nord Stettin: Juden wurden stiefmütterlich behandelt, 1 Mann sollte Juden nebenamtlich bearbeiten, nachdem der Schulungskursus angesetzt wurde, wurde der Mann überhaupt nicht gefunden. Der Teilnehmer mit 3 Mann machen alles einschließlich Schreibearbeit. Bisher war kein Verständnis für statistische Sachen vorhanden, wird in Zukunft geändert.

Abschnitt XIII Stettin: seit kurzer Zeit besetzt, halbamtlich nur nachmittags. Der Teilnehmer am Kursus bearbeitet Kultur, er hat sich schnell vor dem Kursus informiert, 1 Mitarbeiter hat jetzt Bekenntnisfront und kath. Aktion abgenommen. 25 Außenstellen.

Abschnitt XX Kiel: 1 Mann bearbeitet Marxismus, nat.[tionale] Opposition, Funk und Personal, Freimaurerei. Abschnitt kommt jetzt zu O. A. Hamburg.

Abschnitt XV Schwerin: 1 Mann bearbeitet Marxismus, Stahlhelm, Kirchen, Juden. Ab 1.4. bearbeiten 2 Mann Juden, Wirtschaft und Kirchen.

Oberabschnitt Südwest und die untergeordneten Abschnitte

O. A. Südwest Stuttgart: 2 Mann bearbeiten Freimaurerei, Judentum, Bibliothek und Museum, sehr viel Grenzsachen, Auswanderung.

Abschnitt X: 1 Mann Juden, Freimaurerei und sonstige Sachen, St.[römungen] und Kraftfahrer.

Abschnitt XIX: 1 Mann bearbeitet Juden, Freimaurerei, Reaktion Stahlhelm, ganze Rechtsbewegung.

Abschnitt XXIX: Juden wird als Beigabe nebensächlich behandelt.

Abschnitt Saarbrücken ?: Juden nebensächlich. Der Bearbeiter macht mehr Schreibarbeit.

Oberabschnitt West und die untergeordneten Abschnitte

O. A. West Düsseldorf: 1 Mann bearbeitet seit 1 1/2 Monaten II 11 Juden u. konf.[essionelle] Verbände, in 2 Abschnitten wurde nicht gearbeitet, sollen jetzt besetzt werden.

Abschnitt XXV Essen: 1 Mann bearbeitet seit 2 Monaten Juden, ev. Kirche, Sekten, Verwaltung, Freimaurerei.

Oberabschnitt Mitte und die untergeordneten Abschnitte

O. A. Mitte Chemnitz: 1 Referent seit 1 Jahr, bearbeitet nur Juden.

Abschnitt XVIII Halle a.S: 1 Mann bearbeitet Juden und Mittelbewegung, ist aber in der Hauptsache Portier.

Abschnitt XXVII Erfurt: 1 Mann bearbeitet seit 1 Monat Juden, St.[römungen], Wirtschaft, er glaubt das Judenreferat so aufzuziehen, daß es Zweck hat.

Abschnitt II Dresden: alle Referate sind besetzt und zwar ehrenamtlich, Juden werden hier nicht als nebensächlich, sondern als Hauptreferat betrachtet, Referent muß alles selbst schreiben, hat 1 Mann beantragt für die Schreibarbeit und Kartei. Die Außenstellen arbeiten ebenfalls sehr gut, sind prima besetzt.

Abschnitt Dessau: nicht besetzt, soll im April besetzt werden.

Oberabschnitt Ost und die untergeordneten Abschnitte

O. A. Ost Berlin: 1 Mann, welcher Juden, Greuelpropaganda, § 175 bearbeitet, den Stadtbezirk Berlin, in ländl. Bezirken Schulungslager usw., Verbindung mit der DAF, dem Gau Groß-Berlin; die hier anfallenden Akten müssen ebenfalls sowie die Kartei von ihm bearbeitet werden.

Abschnitt III Berlin: 1 Mann, welcher das Referat Juden bearbeitet. Hat sich erst ein Bild über das Judentum machen müssen. Die Zusammenarbeit mit der Polizei geschieht noch durch ihn, bis die Außenstellen in Bezug auf Briefverkehr usw. in Ordnung sind. Die Außenstellenleiter schult der Referent bereits und hat ihnen jeweils die stattf. jüd. Versammlungen mitgeteilt. Alle jüd. Zeitungen kann er in Folge Zeitmangel nicht lesen.

Abschnitt XII Frankfurt a. O.: nicht besetzt, Stabsführer muß Juden miterledigen.

Abschnitt XXIII Potsdam: 1 Mann, welcher seit Februar 1936 Freimaurer und Juden bearbeitet. 20 Außenstellenleiter. 8–10 V-Männer sind vorhanden. Die Außenstellenleiter sind in erster Linie im Beruf tätig und haben viel zu wenig Zeit. Außerdem hat er festgestellt, daß die Stapo in Bezug auf Juden überhaupt fast keine Ahnung hat.

Oberabschnitt Südost und die untergeordneten Abschnitte

O. A. Südost Breslau: 1 Hilfsreferent, welcher Marxismus, pol. Kirchen, nation. Opposition seit Januar 1936 bearbeitet.

Abschnitt XXIV Oppeln: besetzt mit 5 Mann.

Abschnitt XXI Freiburg i. Schles.: besetzt mit 4 Mann, wovon 1 Mann für Verwaltung und 1 Mann für Schreibarbeit.

Abschnitt VI Liegnitz: besetzt mit 5 Mann einschließlich Kraftfahrer.

Abschnitt VI a Breslau: besetzt mit 3 Mann.

Oberabschnitt Nordwest und die untergeordneten Abschnitte

O. A. Nord-West Hannover: 1 Mann bearbeitet Juden, auf den Abschnitten wird auch Freimaurerei mitbearbeitet.

Abschnitt IV Braunschweig: ab 1.4. Freimaurerei und Juden.

Abschnitt XIV Bremen: am 1.2. übernommen, nur Juden. Bremen besonders reaktionär. Der Viehhandel ist ganz in jüd. Händen, viele Juden holl.[ändischer] Nationalität.

Oberabschnitt Rhein und die untergeordneten Abschnitte

O. A. Rhein Frankfurt a. M.: 3 Mann bearbeiten Freimaurerei, Judentum, nation. Opposition, § 175. Der Abteilungsleiter ist außerdem noch Stellvertreter vom Chef, 1 Mann macht Schreibarbeiten, und 1 Mann schreibt Karteikarten. Im Bereich des O. A. macht sich ein Einfluß des Judentums auf Parteidienststellen bemerkbar. Sämtliche arischen Geschäfte sind gekennzeichnet, das ist ein großer Vorteil.

Abschnitt XI Wiesbaden: Besetzt mit bisher 5, jetzt 6 Mann. Der Referent bearbeitet St.[römungen], nation. Opposition, Juden, Freimaurerei, Wirtschaft, Ausland und mit 1 Kameraden zusammen noch die Außenstelle Wiesbaden.

Abschnitt XXX Kassel: Verhältnisse ähnlich wie bei Abschnitt XI. Besetzt mit 6 Mann. Referent bearbeitet nation. Verbände, Freimaurerei, Juden, Marxismus, Bibliothek und Museum.

Oberabschnitt Süd und die untergeordneten Abschnitte

O. A. Süd München: Das Referat Juden besteht erst seit 14 Tagen, Referent bearbeitet nur Juden in Zukunft.

Abschnitt I München: Referent bearbeitet Konfession, Strömungen, Juden usw. Juden wurden bisher als konf. Strömung betrachtet.

Abschnitt XXVIII Regensburg: Referent bearbeitet Wirtschaft, Freimaurerei, Behörden und Beamten und seit 14 Tagen das Judenreferat zur Erledigung der Akten.

Abschnitt IX Würzburg: Referent bearbeitet II 11, Freimaurerei, Judentum, konf. Strömungen. Die Außenstellen bearbeiten Juden nur in Weitermeldung der anfallenden Fälle.

Oberabschnitt Nordost und die untergeordneten Abschnitte

O. A. Nordost Königsberg: 1 Mann bearbeitete bisher Freimaurerei und Juden, in Zukunft nur Juden.

Abschnitt VII Königsberg: 1 Mann bearbeitet Juden, Freimaurerei, pol.[itische] Kirchen, bekommt noch 2 Hilfskräfte. Die Außenstellen arbeiten direkt mit dem O. A., so daß also A VII gewissermaßen auch nur Außenstelle ist. Die Außenstellen sollen jetzt evtl. Abschnitt werden.

Dokument 7

Lagebericht April bis Mai 1936 der Abteilung II 112, 25. Juni 1936.

Bundesarchiv, R 58/991.

Die innerpolitische Lage der Judenheit im Reich hat eine wesentliche Änderung während der Berichtszeit kaum erfahren. Lediglich die Ereignisse in Palästina haben eine leichte Unruhe in beiden Lagern hervorgerufen, die von den Assimilanten allgemein als antipalästinensische Propaganda tatkräftig ausgenutzt wird. Die Zionisten hingegen versuchen durch führende Anhänger mit einer wesentlich erhöhten Werbung für die Palästinaauswanderung an die jüdische Öffentlichkeit zu treten, die unter dem Motto „Nun erst recht“ die damaligen Unruhen in „Erez Israel“ zu bagatellisieren versuchte.

Obwohl diese Agitation im allgemeinen ihr gesetztes Ziel nicht verfehlt, werden aus einigen Teilen des Reiches Rückwanderungsbestrebungen und teilweise Einschränkungen der Palästinaauswanderung gemeldet.

Referat II 112 1 (Assimilanten)

Politische Vereinigungen:

Der „Centralverein der Juden in Deutschland“ führt seit langer Zeit größtenteils nur noch ein Scheindasein. Mitgliederversammlungen werden im allgemeinen nicht mehr gemeldet. Nur in München wird neuerdings versucht, sich wieder etwas bemerkbar zu machen. Es wurden dort in letzter Zeit auffallend häufig in Straßenbahnen Bücherverzeichnisse und Reklameschriften des C. V. gefunden. Die Münchener Ortsgruppe versucht in letzter Zeit ihren Mitgliedern Freifahrten nach Palästina zu ermöglichen, damit sich diese von der Unmöglichkeit der zionistischen Idee durch Tatsachen überzeugen sollen.

Wesentlich anders arbeitet der „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten“. Auch er macht zweifellos keinen Hehl aus seiner antizionistischen Einstellung, versucht aber darüber hinaus seine Existenzberechtigung auf anderer Basis zu beweisen. Das immer wieder in den Vordergrundschieben der ehemaligen Fronttätigkeit seiner Mitglieder ist hinreichend bekannt. Einige Ortsgruppen versuchen durch Beziehungen zu arischen Offiziersverbänden die Prinzipien des RjF zu festigen und auszubauen. In München sind z. B. derartige Bestrebungen beobachtet worden. In Oppeln in Oberschlesien hatte die Ortsgruppe des RjF unter Berufung auf das Minderheitenabkommen um eine geschlossene Teilnahme ihrer Mitglieder an einer Gedenkfeier der Wehrmacht gebeten. Es wurde versucht, durch Vorlage eines Gedenkbuches für die gefallenen Juden die Berechtigung dafür nachzuweisen. Der Standort der Wehrmacht lehnte die Beteiligung ab.

Sein Hauptbetätigungsfeld findet der RjF z. Zt. in der Propagierung und Vorbereitung der Auswanderung in außerpalästinensische Länder, vorwiegend nach Übersee. Er unterhält dabei neuerdings enge Beziehungen zur „JCA – Jewish Colonisation Association“¹

¹ Die Jewish Colonisation Association, 1891 als Auswanderer- und Fürsorgegesellschaft gegründet, verfügte über Ackerbaukolonien in den Vereinigten Staaten, Argentinien, Brasilien und Kanada.

und erhofft sich von ihr wirksame Durchführung seiner Pläne. In letzter Zeit besteht ebenso ein gutes Einvernehmen der Bundesführung mit der englisch-jüdischen Frontkämpferlegion. Man beabsichtigt, dadurch Möglichkeiten für eine Auswanderung nach englischen Kolonien zu bekommen. Zur Vorbereitung der Auswanderung beabsichtigt die „Reichsvertretung der Juden in Deutschland“ in Groß-Bressen bei Breslau ein Lehrgut einzurichten, das vorwiegend von RjF-Anhängern benutzt werden soll.

In seiner jüdischen Propagandamethodik wenden sich die Anhänger auch gegen den C. V. Der RjF allein sei berufen, die Interessen des Judentums in Deutschland zu vertreten.

Immer wieder bedauert wird in RjF-Kreisen die Ausschaltung der Juden vom Wehrdienst. Die jüdische Jugend müßte sich mehr denn je sportlich betätigen, um dafür einen Ausgleich zu schaffen.

Es wird abzuwarten sein, wie weit dem RjF diese überall festzustellende Isolierung zugute kommt.

Einzelne Ortsgruppen des „Reichsverbandes nichtarischer Christen“² erfreuen sich nicht nur in der nichtarischen Christenheit, sondern auch in führenden Kreisen der Geistlichkeit großer Beliebtheit. In Düsseldorf nahm an einer Gründungsversammlung der evangelische Pastor Flatow aus Köln teil. Weitere Gründungsversammlungen fanden statt in Köln, Aachen und Essen. Die Ortsgruppe Hannover des Reichsverbandes beabsichtigt, sich in einen Landesverband zu vergrößern. Wie in Westdeutschland, so ist auch in München der nichtarische Christenbund sehr aktiv. Es sind immer wieder Bestrebungen wahrzunehmen, die darauf abgestellt sind, über diesen Verband und vielleicht mit Hilfe irgendwelcher Verwandtschaftsverhältnisse einen Einfluß in Partei und Staat zu bekommen. Wieweit das bisher gelungen ist, konnte nicht festgestellt werden.

Der „Verband nationaldeutscher Juden“ tritt nach seiner Auflösung nicht mehr in Erscheinung. Seine Mitglieder sind größtenteils in das Lager des RjF. übergegangen, einige besitzen heute die Mitgliedschaft im CV.

Religiöse Vereinigungen:

Eine aktive religiöse Betätigung in Assimilantenkreisen ist nicht festzustellen. Über den „Verein für das rel.-lib. Judentum“ liegen keinerlei Meldungen vor.

Jugendvereinigungen:

Die assimilatorischen Jugendvereine haben vereinzelt Mitgliederabgänge zu verzeichnen. Im allgemeinen ist die Betätigung gleichmäßig. Heimabende und kleinere interne Veranstaltungen füllen das Programm des „Ring-Bund jüd. Jugend“ (früher BdJJ). In Berlin gab das Verhalten eines Zuges des „Ring“ Veranlassung, von staatspolizeilicher Seite gegen ihn einzuschreiten. Etwa 50 Mitglieder waren getrennt nach einem gleichen Ziel marschiert und hatten sich dort einheitlich uniformiert. Die Staatspolizei Berlin hat daraufhin dem Berliner „Ring“ jegliche Betätigung für die Dauer eines Monats untersagt.

Sportvereinigungen:

Auf dem Gebiete des Sports ist der RjF mit seinen Sportbünden führend. Die Betätigung ist im allgemeinen überall sehr rege. Es ist immer wieder festzustellen, daß der RjF ver-

² Die Vereinigung derjenigen deutschen Christen, die aufgrund der nationalsozialistischen Ariergesetzgebung sich plötzlich in den Stand von „Nichtariern“ versetzt sahen, mußte seit ihrer Gründung im August 1933 mehrmals den Namen wechseln, vom „Reichsverband christlich-deutscher Staatsbürger nicht-arischer oder nicht rein arischer Abstammung e. V.“ über „Reichsverband der nichtarischen Christen“, „Paulusbund“ zur „Vereinigung 1937“; vgl. Vuletic, „Plötzlich waren wir...“.

sucht, auch auf den entlegensten Gebieten des Sports vorherrschend zu sein. So werden jetzt vielfach Keglervereinigungen ins Leben gerufen. (Hannover und Berlin). In Frankfurt/M. ist ein Mitglied des RjF an den „Reichsverband Deutscher Sportfischer“ herangetreten und hat um Erlaubnis nachgesucht, einen nichtarischen Anglerclub gründen zu dürfen. Wegen Mangel an Beteiligung ist eine offizielle Gründung nicht erfolgt.

Berufsumschichtung:

Über assimilatorische Berufsumschulungsorganisationen liegen bisher wenig Meldungen vor. Der vom „Ring-BjJ.“ ins Leben gerufene „Kreis deutsch-jüdischer Selbsthilfe Land und Handwerk“ tritt nicht mehr in Erscheinung. Auch die für die Südamerikaumschulung vom „Ring“ im Einvernehmen mit dem RjF aufgezogene Auswandererschule arbeitet bisher noch nicht. Die „Reichsvertretung der Juden in Deutschland“ schuf letzthin mehrere Auswanderungsmöglichkeiten. Sie hat in Rüdnitz im Kreise Oberbarnim bei Berlin ein Umschulungslager eingerichtet und unterhält in Berlin-Niederschönhausen eine Tagesschule für Berufslehre³.

Frauenvereinigungen:

Die ass.[imilatorischen] Frauenvereine veranstalten Haushaltungskurse für junge Jüdinnen, die an die Stelle der bisherigen arischen Hausangestellten treten sollen, die aufgrund des Nürnberger Gesetzes aus jüdischen Haushalten scheiden mußten. Außerdem ist vereinzelt beabsichtigt, besondere Kurse für junge Mädchen einzurichten, um ihnen praktischen Unterricht über Sitten und Gebräuche in den Auswanderungsländern zu erteilen.

Mit besonderen Veranstaltungen treten die Frauenvereine nicht hervor. Neben kleineren Kränzchen nehmen ihre Mitglieder an gemeinsamen „Familienveranstaltungen“ der großen Organisationen, insbesondere des RjF teil.

Referat II 112 2 (Religiöse und Mittelgruppen)

Politische Vereinigungen:

Die Betätigung des U. O. B. B. ist überall sehr regelmäßig. Die Mitglieder kommen nach wie vor zu ihren Logenabenden zusammen. Eine rituelle Arbeit findet im allgemeinen nicht mehr statt. Den Hauptinhalt eines Logenabends bilden Vorträge über politische Ereignisse, denen sich zumeist ein gemütlicher Teil anschließt.

Von etwa 100 Logen, die 1933 noch bestanden, sind heute 34 suspendiert. Außer den 66 noch arbeitenden bestehen ungefähr 25 Schwesternvereinigungen auf das gesamte Reichsgebiet verteilt.

Von der Großloge des U. O. B. B. war beabsichtigt, jüdische Kinder durch Vermittlung ausländischer Großlogen in die Tschechoslowakei und nach Holland zu verschicken. Das Geheime Staatspolizeiamt hat eine solche Verschickung ins Ausland nur für Kinder im Alter von 6–10 Jahren gestattet.

Die Arbeit des „Verbands polnischer Juden“ erforderte in letzter Zeit erhöhte Aufmerksamkeit. Seine Betätigung beschränkte sich dabei auf bestimmte Städte. In Dresden fand eine größere Veranstaltung statt, die als Gedenkfeier zu Ehren des Marschalls Pilsudski geschickt getarnt war. Die versandten Einladungskarten waren mit polnischem und über-

³ Da die potentiellen Einwanderungsländer, nicht zuletzt die Jewish Agency in Palästina, neben wohlhabenden vor allem an praktisch ausgebildeten Juden Interesse hatten, sollten die Umschulungsmaßnahmen jüdischen Auswanderern Kenntnisse in landwirtschaftlichen und handwerklichen Berufen vermitteln und so ihre Chance, Aufnahme in einem anderen Land zu finden, erhöhen; vgl. ausführlich Adler-Rudel, Jüdische Selbsthilfe, S. 47–71.

setztem deutschen Text versehen. Der deutsche Absender lautete „Verein polnischer Staatsbürger e. V. Dresden“, während der polnische Text übersetzt hieß „Verein polnischer Staatsbürger jüdischen Glaubens e. V. Dresden“. Der polnische Vizekonsul hielt eine kurze Gedenkrede auf Pilsudski, die den Eindruck erweckte, als sei sie nur zur Tarnung angesetzt.

Die „Agudas Jisroel“⁴ tritt wenig in Erscheinung. Ihre Betätigung ist sehr zurückhaltend. Die Unruhen in Palästina haben dazu wesentlich beigetragen. Sahen die Agudas-Anhänger schon allein in der Ansiedlung von Zionisten in Palästina eine Profanierung des gelobten und geheiligten Landes, so sind sie durch die derzeitigen blutigen Kämpfe einfach sprachlos und erschüttert. Die Sammeltätigkeit für den „Keren Hajischuw“⁵ hat ganz aufgehört.

Ihre Hauptstützpunkte hat die Agudas in Hamburg, Köln, Berlin, München und Karlsruhe. In anderen Orten ist sie nur wenig vertreten.

Religiöse Vereinigungen (Gemeinden):

In den jüdischen Gemeinden bestehen nach wie vor Meinungsverschiedenheiten. Zionisten fordern das sogenannte Fifty-Fifty-Prinzip, das ihnen die Hälfte der Sitze in den Gemeindevertretungen zusichert. Dieses Prinzip ist noch nicht überall durchgeführt. In den Synagogengemeinden Breslaus wurden jetzt zum ersten Male zionistische Vertreter in die Ausschüsse gewählt.

Während in einigen Teilen des Reiches die Gemeinden über ausreichende Geldmittel zu verfügen scheinen (Großgemeinde Breslau), so daß jüdischen Sportvereinen für ihre Zwecke finanzielle Unterstützungen gewährt werden konnten, sind andere Gemeinden am Ende ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit.

In Bremen mußte das Gemeindeblatt der israelitischen Gemeinde sein Erscheinen wegen Mangel an Auflage einstellen.

Jugendvereinigungen:

Über neutrale Jugendvereine, die „Agudas-Jugend“ und den „Jüdisch-orthodoxen Jugendbund Esra“ liegen keine besonderen Meldungen vor⁶.

Die Arbeit der Jugendgemeinschaften der Gemeinden erstreckt sich hauptsächlich auf die einfache Unterhaltung ihrer jungen Mitglieder. Eine besondere Betätigung auf anderen Gebieten konnte nicht festgestellt werden.

Berufsvereinigungen:

Unter den Berufsvereinen nimmt im jüdischen Leben der „Centralverband jüdischer Handwerker Deutschlands“ eine besondere Stellung ein. Seine Ortsgruppen sind allgemein sehr aktiv.

Die Ortsgruppe Hannover des Verbandes hat beschlossen, im Juni Berufswettkämpfe im Bezirk Hannover durchzuführen und die besten Arbeiten in einer Ausstellung der jüdischen Öffentlichkeit zu zeigen.

⁴ Der Agudas Jisroel (Bund Israels), vor dem Ersten Weltkrieg in Polen entstanden, war die Weltorganisation des thoratreuen, streng orthodoxen Judentums.

⁵ Keren Hajischuw diente dem Agudas Jisroel als Finanzinstrument für Beihilfen, Ausbildungsmaßnahmen, Förderung der eigenen Organisationsen und nicht zuletzt zum Ankauf von Siedlungsgelände in Palästina.

⁶ Neben Noar Agudati, der 1933 gegründeten Jugendorganisation der Agudas Jisroel, stand auch der orthodoxe, neutrale Jugendbund „Esra“ dem Agudas Jisroel nahe.

Die Breslauer Ortsgruppe feierte am 9.5.1936 ihr fünfundzwanzigjähriges Bestehen. In der Festansprache wurde ausdrücklich davor gewarnt, jüdische Kinder in zu starkem Ausmaß den Handwerksberuf erlernen zu lassen.

Caritative Vereinigungen:

Die „Jüdische Winterhilfe“⁷ hat in einigen Bezirken große Erfolge zu verzeichnen gehabt. Eine Reichsbilanz liegt hier z. Zt. noch nicht vor, wird aber in nächster Zeit zusammengestellt. Die einzelnen Gemeinden haben größtenteils für ihren Bereich bereits Bilanzen aufgestellt. Solche sind übersandt aus dem Gebiet des Oberabschnitts Nordwest. Auch in anderen O. A. wird sich die Beschaffung, nach Möglichkeit unter restloser Erfassung des Bereiches, empfehlen.

Schulwerk:

Durch gesetzliche Anordnung müssen jüdische Kinder die jüdischen Volksschulen besuchen⁸. Die maßgeblichen jüdischen Instanzen sahen darin eine Veranlassung, das jüdische Schulwesen weiterhin auszubauen. Aus einigen Orten werden Gründungen von jüdischen Privatschulen mit der Gelegenheit zur Erreichung der Reife für Obersekunda gemeldet. Großer Wert wird überall auf das Erlernen der hebräischen Sprache gelegt. Neuhebräisch ist vielfach als Pflichtfach eingeführt.

Kulturelle Vereinigungen:

Das Wirken der Kulturbünde im „Reichsverband jüdischer Kulturbünde“⁹ ist im Reichsgebiet wenig einheitlich. Während die Spitze des Reichsverbandes durch das Präsidieren des Führers der „Staatszionistischen Vereinigung“, Georg Kareski¹⁰, staatszionistisch orientiert ist, macht sich in den einzelnen Bünden und Ortsgruppen immer wieder der vorwiegend assimilatatorische Einfluß bemerkbar, so z. B. in Breslau.

Politische Hilfsorganisationen:

Der „Hilfsverein der Juden in Deutschland“¹¹ tritt propagandistisch kaum noch in Erscheinung. Dagegen betreibt er mit erhöhter Intensität die Auswanderungsvermittlung sei-

⁷ Die Jüdische Winterhilfe, zu der die Reichsvertretung der Juden in Deutschland im Oktober 1935 erstmals aufrief und die analog zum nationalsozialistischen Winterhilfswerk aufgebaut war, sollte notleidenden Juden durch Spenden und Zwangsbeiträge helfen. Die Zahl der fürsorgebedürftigen Juden in Deutschland stieg durch die Verfolgung stetig an. Im Winter 1938/39 waren von den rund 291 000 in Deutschland verbliebenen Juden 70 782 als notleidend bei der Jüdischen Winterhilfe registriert; vgl. Vollnhals, Jüdische Selbsthilfe, S. 400–411.

⁸ Auf Erlaß des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 10.9.1935 mußten jüdische Schüler vom Schuljahr 1936 an gesonderte, jüdische Volksschulen besuchen; vgl. Walk, Sonderrecht, I 633.

⁹ Im Beisein von Vertretern der Gestapo und des Propagandaministeriums beschlossen im März 1935 46 jüdische Kulturbünde ihre Vereinigung zum „Reichsbund der Jüdischen Kulturbünde in Deutschland“. Im August bestimmte der Sonderbeauftragte des Propagandaministeriums Hans Hinkel, daß sämtliche jüdischen kulturellen Vereinigungen dem „Reichsverband“ beitreten mußten; vgl. Dahm, Kulturelles und geistiges Leben, S. 105–124.

¹⁰ Als Splittergruppe außerhalb der Zionistischen Vereinigung für Deutschland gründete sich 1934 die Staatszionistische Organisation unter Leitung des Bankdirektors Georg Kareski. Die Staatszionisten erhofften, durch enge Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten eine führende Rolle bei der jüdischen Auswanderung aus Deutschland spielen zu können, wurden dennoch im April 1938 auf Initiative des SD verboten; vgl. Nicosia, Revisionist Zionism, sowie zur Person Kareskis: Levine, A Jewish Collaborator in Nazi Germany.

¹¹ Der „Hilfsverein der deutschen Juden“, 1924 gegründet, bemühte sich seit 1933 intensiv um Auswanderungsmöglichkeiten in alle Welt, ausgenommen Palästina, für das in Deutschland das Palästinaamt als Abteilung der Jewish Agency for Palestine zuständig war.

ner Mitglieder. Nur vereinzelt sind Veranstaltungen gemeldet, in denen für die Auswanderung nach Übersee geworben wird.

Dem „Zentralausschuß der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau“¹² ist die gesamte Betreuung der jüdischen Wohlfahrt übertragen. Er untersteht direkt der Aufsicht der Reichsvertretung. In seinen Händen lag die Durchführung der jüdischen Winterhilfe. In Stuttgart trat der Zentralausschuß an die jüdischen Gemeindemitglieder mit einem Aufruf, in dem er seine Ziele und Aufgaben, Hilfe für die notleidenden Glaubensgenossen und Unterstützung der heranwachsenden Jugend beim Aufbau neuer Existenzen, hervorhebt und zum Erwerb einer Spendenkarte auffordert. Im Rahmen dieser Sammlung wurden im Mai zunächst von der jüdischen Schuljugend alle diejenigen Juden aufgesucht, die bereits schon zum JWH gespendet hatten.

Über Mitglieder des „Ort“¹³ liegen von den O. A. keine Meldungen vor. In den einzelnen Orten des Reiches bestehen keine organisatorischen Zusammenfassungen. Sämtliche Mitglieder, insgesamt etwa 400, gehören direkt der „Ort-Gesellschaft, Abteilung Deutschland e. V.“ in Berlin an.

In nächster Zeit erfolgt besonderer Bericht über den „Ort“ und Anweisung über seine Bearbeitung.

Referat II 112 3 (Zionisten)

Die letzten Ereignisse in Palästina sind nicht achtlos an der zionistisch eingestellten Judenheit vorbeigegangen. Es wurde schon eingangs erwähnt, daß der Großteil der Zionisten in Deutschland mit aller Energie und Verbissenheit versucht, auf jeden Fall das große Ziel „Erez Israel“ auch weiterhin im Auge zu behalten und auch weiterhin für eine möglichst starke Abwanderung Sorge zu tragen.

Die Mandatsmacht England hat die jüdische Einwanderungsquote für Palästina erhöht, so daß auch dem Palästinaamt der Jewish Agency in Zukunft mehr Zertifikate für deutsche Zionisten zur Verfügung gestellt werden dürften.

Es entstehen, vom Standpunkt des Gegners gesehen, im Gesamtzionismus in Deutschland ungewollt und unbewußt 3 Lager: Das kleinste, das sich voller Angst, seinen Anhängern könnte es im Falle einer Auswanderung genau so ergehen wie Hunderten von „Chawerim“ in jenen Wochen, versucht zurückzuziehen und die Auswanderung einzuschränken; das zweite und größte, das bedenkenlos einfach die blutigen Unruhen zu bagatellisieren versucht, sie vielleicht zugibt, die eigentlichen Hintergründe aber nicht wahr haben will, das dritte, dessen Anhänger mit ausgeprägtem Fanatismus immer wieder agitieren und für eine Verteidigung Palästinas, erforderlichenfalls mit Waffengewalt, eintreten.

Das erste Lager ist, wie schon gesagt, verschwindend klein und bedeutungslos. Rückwanderungen wurden vereinzelt in Pommern festgestellt.

¹² In Reaktion auf den antisemitischen Boykott im April 1933 geschaffen, übernahm der Zentralausschuß der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau, in dem die führenden jüdischen Verbände vertreten waren, wirtschaftliche und soziale Hilfsaufgaben. Den Vorsitz hatte Leo Baeck inne, der zugleich der Reichsvertretung vorstand. Bis 1938 finanzierte der Zentralausschuß mit mehr als 19 Mio. RM Maßnahmen zur Ausbildung, Auswanderung, Fürsorge und Wirtschaftshilfe für deutsche Juden; vgl. Vollnhals, Jüdische Selbsthilfe, S. 314–329.

¹³ Der „ORT“ (Obshchestvo Raprostraneniya Truda – Gesellschaft für handwerkliche Arbeit) war 1880 in St. Petersburg gegründet worden, um Juden eine handwerkliche Ausbildung zu ermöglichen. In Deutschland, wo der „ORT“ seit 1921 existierte, widmete er sich unter dem Nationalsozialismus in erster Linie der Aufgabe, Juden auf Berufe umzuschulen, die ihnen eine Einwanderung in außereuropäische Länder erlaubten; vgl. Shapiro, History of ORT.

Als den Propagandisten der zweiten Richtung hörig sind die Konjunkturzionisten anzusehen, die weder aus innerer Überzeugung noch aus besonderem Mut nationaljüdisch denken oder fühlen, die nur Zionisten sind, weil sie irgendwie den Anschluß an ihre Rassegenossen behalten wollen. Ihnen ist es ganz gleichgültig, ob in Palästina wieder einmal einige Juden mehr daran glauben müssen, da sie selbst Palästina nie sehen werden.

Die dritte Gruppe rekrutiert sich aus den langjährigen alten Zionisten und in erhöhtem Maße den Staatszionisten. Ein vereinigendes Band verbindet jedoch alle Altzionisten in Deutschland: Die Hoffnung auf die Mandatsmacht England. In vielen Reden ihrer führenden Männer kommt das immer wieder zum Ausdruck. Die Staatszionisten sind dabei ziemlich zurückhaltend. Obwohl sie immer für jüdische Selbstverteidigung in Palästina offen eintreten, haben sie gegenüber England als Mandatsmacht wenig Sympathien. Sie würden es vorziehen, wenn Italien das Mandat über Palästina übernehmen würde.

Alte Zionisten

Politische Vereinigungen:

Die „ZvFD“¹⁴ und ihre Ortsgruppen als Hauptträger der zionistischen Idee in Deutschland sind nach wie vor sehr aktiv. Die häufig abgehaltenen Veranstaltungen bewegen sich in dem üblichen Rahmen. In Gleiwitz fand am 26. 4. 1936 eine zionistische Gruppenverbandstagung für die oberschlesischen Gruppen statt. Im Mittelpunkt der Tagung stand eine Arbeitsgemeinschaft über nationale und Mittelstandskolonisation in Palästina.

Interessant sind die Ausführungen des Rabbiner Dr. Grünwald¹⁵, Mannheim, auf einer Tagung des Gruppenverbandes Baden, Württemberg, Pfalz über „Überseewanderung und zionistische Planung“. Grünwald erklärte grundsätzlich, daß die Überseewanderung vom Zionismus nicht abgelehnt werde, sofern es möglich ist, die Auswanderer vor ihrem Weggang innerlich so zu festigen, daß sie dem Zionismus nicht verloren gehen.

Jugend- und Umschichtungsvereinigungen:

Naturgemäß sind es gerade die Jugendvereine, die mit allen Mitteln versuchen, auch praktische Zionisten zu sein. Durch hebräischen Unterricht in ihren Mitgliederkreisen wird überall die Voraussetzung zur Auswanderung geschaffen.

Auf dem jüdischen Lehrgut „Winkel“ bei Spreenhagen bei Berlin fand vom 15. 4. bis 1. 5. 1936 eine Führertagung des „Makkabi Hazair“¹⁶ statt. Es nahmen 62 Mitglieder teil.

Die Arbeit des „Hechaluz“¹⁷ bot im allgemeinen wenig Neues.

¹⁴ Die Zionistische Vereinigung für Deutschland (ZvFD) wurde im Oktober 1897, zwei Monate nach dem ersten internationalen Zionistenkongreß in Basel, gegründet. Bis 1933 blieb die Resonanz unter den deutschen Juden auf die zionistische Palästina-Option jedoch gering. Erst die nationalsozialistische Verfolgung ließ den Einfluß der ZvFD wachsen, deren Kompetenz und Verbindungen nun Hilfe in der Not versprachen. Anfang 1939 wurde die ZvFD ebenso wie der CV und andere jüdische Organisationen aufgelöst.

¹⁵ Dr. Max Grünewald (Grünwald), 1899 geboren, wirkte von 1925 bis 1937 als Rabbiner in Mannheim. Von 1936 bis 1938 gehörte er dem Präsidialausschuß der Reichsvertretung an. 1938 emigrierte er nach Palästina, 1939 weiter in die USA.

¹⁶ Als zionistischer Sportverband war der Makkabi seit 1921 weltweit organisiert. Der Deutsche Makkabi-Kreis umfaßte 1933 25 Vereine mit etwa 8000 Mitgliedern, der Makkabi Hazair war dessen Jugendorganisation. 1934 erlebte der Makkabi einen enormen Aufschwung, die Zahl der Vereine erhöhte sich auf 79, die der Mitglieder auf 18 000. Wie zahllose andere jüdische Organisationen wurde auch der Deutsche Makkabi nach dem Novemberpogrom 1938 verboten; vgl. Bernett, Jüdischer Sport, S. 38–38.

¹⁷ Der jüdische Weltverband Hechaluz („Pionier“) kümmerte sich seit 1921 um die Vorbereitung und berufliche Ausbildung vor allem junger Auswanderer nach Palästina. Der deutsche Landesverband, 1923 ins Leben gerufen, umfaßte 1937 rund 8000 Mitglieder.

Sportvereinigungen:

Als Gegengewicht zum Sportbund des RjF versucht der „Makkabi“ alle zionistischen Sportler zu erfassen. Sportliche Wettkämpfe stehen im Mittelpunkt des Vereinslebens.

Palästinawerk:

Ein Ende Mai erschiebener Aufruf des „Keren Hajessod“¹⁸, in dem zur Entrichtung eines Sonderbeitrages aufgefordert wurde, wurde von der ZVfD tatkräftig unterstützt.

Am 17.5. ist eine Werbeaktion des „Keren Kajemeth Lejisroel (KKL)“¹⁹ abgeschlossen worden, über deren Ergebnis noch nichts bekannt war.

Staatszionisten:

Über die Betätigung von staatszionistischen Ortsgruppen im Reich ist nichts besonderes bekannt geworden. Aus Zwickau i. Sa. wird gemeldet, daß sich die dortige staatszionistische Ortsgruppe wegen Mangel an Mitgliedern aufgelöst hat. Der „Brith Hechajal“ ist durch staatliche Anordnung aufgelöst worden. Obwohl seine Mitgliederzahl von jeher ziemlich gering war, durfte seine Bedeutung als staatszionistische Wehrorganisation nicht unterschätzt werden.

Am aktivsten sind die Gruppen des staatszionistischen Jugendbundes „Jüdisch-nationale Jugend Herzlia (Betar)“. In Berlin zählt er etwa 500 Mitglieder beiderlei Geschlechts. Die Erziehung bei internen Veranstaltungen ist bewußt soldatisch. Mit staatlicher Genehmigung tragen die Mitglieder dunkelbraune Hemden bzw. Blusen mit blauem Kragen, Ärmelaufschlägen und Achselklappen. Es konnte festgestellt werden, daß Berliner Heime des „Betar“ öffentlich die blau-weiße Zionistenfahne zu Ehren der in Palästina gefallenen Juden auf Halbmast setzten. Nach den Nürnberger Gesetzen stehen jüdische Fahnen unter staatlichem Schutz.

In Danzig ist eine Ortsgruppe der „Neuen zionistischen Organisation“ gegründet worden, die als solche der staatszionistischen Vereinigung in Deutschland nicht angehört.

*Allgemeine jüdische Betätigung***Jüdische Organisationen untereinander:**

Das Verhältnis der jüdischen Organisationen untereinander ist allgemein kein gutes. Nur vereinzelt treten Einigungsbestrebungen offen auf, in Halle a. S. haben sich sämtliche jüdischen Jugendvereine zu einem „Ortsring jüdischer Jugendvereine“ zusammengeschlossen. Größtenteils werden solche Bestrebungen von zionistischer Seite sabotiert. In Dortmund ist den zionistischen Turnern von der ZOG nahegelegt worden, unter allen Umständen eine gemeinsame Betätigung mit dem RjF zu unterlassen.

In Rostock versuchen führende Köpfe assimilatiorischer Verbände durch besondere Intelligenz die Zionisten zu übertrumpfen.

Verhältnis zu Staatsstellen:

Die Einstellung jüdischer Organisationen ist sehr zurückhaltend. Nur der RjF glaubt, eine Bevorzugung erfahren zu müssen. Er beruft sich auf die ihm von der NSKOV übertragene

¹⁸ Die zionistische Organisation Keren Hajessod („Grundfonds“), 1920 gegründet und seit 1926 in Jerusalem angesiedelt, bildete den Hauptfonds für das jüdische Aufbauwerk in Palästina und stellte eines der wichtigsten ökonomischen Instrumente zur Finanzierung der zionistischen Einwanderung dar.

¹⁹ Keren Kajemet Lejisroel („Dauernder Fonds für Israel“) war als jüdischer Nationalfonds zum Ankauf von Boden in Palästina 1901 auf dem fünften zionistischen Weltkongreß in Basel geschaffen worden. 1904 erwarb der Fonds den ersten Grundbesitz in Palästina und verfügte 1947 über annähernd 95 000 Hektar Land, mehr als die Hälfte des gesamten jüdischen Grundbesitzes in Palästina.

Aufgabe der Betreuung jüdischer Kriegsoffer. Von den Staatspolizeistellen wird dieses Ansinnen energisch zurückgewiesen.

Die Einstellung von Behörden Juden gegenüber wird den nationalsozialistischen Anforderungen nicht immer voll gerecht. So ist in Wismar bei der Stadtverwaltung noch immer ein Volljude beschäftigt, der nach den Ausführungsbestimmungen zu den Nürnberger Gesetzen vom November 1935 zum 31. 12. 1935 hätte pensioniert werden müssen.

Der Reichsärztführer hat vor einiger Zeit über jüdische Ärzte eine Anordnung erlassen. Die Begriffsbestimmung „Jude“ wurde für das Ärzteswesen der Festlegung in den Nürnberger Gesetzen angeglichen. Vertretungen von Ärzten dürfen in Zukunft nur durch Gleichrassige erfolgen. Es geht danach nicht mehr an, daß sich ein arischer Arzt während seiner Abwesenheit von einem Juden vertreten läßt.

Verhältnis zu Partei und Nebenorganisationen:

Eine Ortsgruppe des Reichsluftschutzbundes im Westen des Reiches hat Anfang Mai einen Gasschutzkursus durchgeführt, an dem 30 männliche und 30 weibliche Juden beteiligt waren. Die Anordnung zu dieser Schulung soll die Gauführung des RLB in Hannover gegeben haben.

Verhältnis zur Wehrmacht:

Noch immer wieder besagen Meldungen, daß einzelne Truppenteile ihren Bedarf bei jüdischen Händlern decken. In Ostpreußen befindet sich noch heute fast der gesamte Pferdehandel in jüdischen Händen. So sei die Wehrmacht gezwungen, ihre Remonten bei Juden einzukaufen. Auch aus München werden Lieferungen von Juden an Heeresverpflegungsämter gemeldet.

Verhältnis zur Wirtschaft:

Auf die deutsche Wirtschaft hat der Jude nach wie vor einen maßgeblichen Einfluß. Ein Eingehen auf Einzeldinge würde hier zu weit führen. Der Verkaufsdirektor Dienemann der jüdischen Firma Scherk GmbH, Berlin, betreibt seine Werbung neuerdings in Hannover mit dem Hinweis, selbst Frauen führender deutscher Staatsmänner decken ihren Bedarf bei Scherk in Berlin.

Immer wieder muß festgestellt werden, daß die Bekämpfung jüdischer Warenhäuser an dem Verhalten der Volksgenossen selbst scheitert. Parteigenossen und Nichtparteiengenossen scheuen sich nicht, weiterhin, teilweise sogar in Uniform, ihre Einkäufe bei Juden zu tätigen.

Es wurde berichtet, daß der Verkauf kleinerer jüdischer Geschäfte an Nichtjuden, besonders in Provinzstädten, weiterhin anhält.

Verhältnis zur Justiz:

Mit allen Mitteln beabsichtigen Juden immer wieder, die Nürnberger Gesetze zu umgehen. Aus Holland, Österreich und der Tschechoslowakei werden Angestellte für jüdische Haushalte vermittelt. In Chemnitz wurde jedoch die Feststellung gemacht, daß es tschechische Staatsangehörige ablehnten, bei Juden in Dienste zu treten. Aus München wird berichtet, daß Hausangestellte entlassen werden und als „Betriebsangestellte“ im gleichen Haushalt bzw. Betrieb wieder Anstellung finden.

Die Staatspolizeistelle in Breslau vermittelt jüdischen Haushalten Angestellte auf folgende Art: Fünf jüdische Breslauer Dirnen sind nach Absolvierung eines Kursus in einem Zwangslager der jüdischen Arbeitsfürsorge zur Vermittlung als Hausmädchen in jüdischen Haushalten überwiesen worden. Zwei von ihnen sind bereits in jüdischen Familien untergebracht, da ältere arische Mädchen nicht zu bekommen sind.

Die Gerichtsurteile, die anfangs häufig sehr milde ausfielen, sind allgemein nunmehr ziemlich scharf und durchgreifend. In Mannheim verurteilte das Gericht den jüdischen Handelsvertreter Jakob Schloss zu zwei Jahren Zuchthaus, weil er noch bis November 1935 mit einer Arierin geschlechtlich verkehrt hatte. Wegen Betruges wurde der jüdische Bankier Weil, der rücksichtslos Erträge kleiner Bauern verspekuliert hatte, zu drei Jahren und drei Monaten Zuchthaus verurteilt.

Verhältnis zur Presse:

In der Reichspressekammer sind z. Zt. noch 13 Juden eingegliedert. Hiervon ist 2 Juden bzw. jüdischen Unternehmen das weitere Verbleiben bereits gestattet worden. Drei Anträge in dieser Hinsicht liegen noch vor. Den restlichen acht sind bereits Fristen gestellt, bis zu denen sie auszuscheiden haben.

Verhältnis zur Olympiade:

Mit gewissem Stolz wird von jüdischen Sportlern, die dem RjF nahestehen, immer wieder hervorgehoben, daß es gelungen sei, das reinrassische Fr. Bergmann in die Olympiakermannschaft für Hochspringen zu bringen²⁰.

Verhältnis zum Ausland:

Allmählich versuchen jüdische Kreise, sich einen Rückhalt im Ausland zu verschaffen. Zwischen ausgewanderten Juden und zurückgebliebenen findet ein reger Briefwechsel statt, der fast durchweg in neuhebräischer Sprache geführt wird.

Zwischen den Juden diesseits und jenseits der holländischen Grenze besteht ein starker Verkehr. Ein großer Teil der im Westen wohnenden Juden besitzt die holländische Staatsangehörigkeit; ein anderer Teil hat Grenz- und Auslandspässe.

In Österreich haben die Juden ebenfalls eine starke Stütze. Sie verlagern den Schwerpunkt ihrer Wühlarbeit dorthin und versuchen von dort aus, Deutschland unter Druck zu nehmen. Durch Kettenbriefe suchen sie über Grenzen hinweg zum offenen Boykott deutscher Waren aufzufordern. Ein solcher Brief wurde in München aufgefunden, der seinen Ursprung in Wien genommen hatte.

Verhältnis zu den Kirchen:

Über die Teilnahme eines evangelischen Pastors an einer Gründungsversammlung des „Reichsverbandes nichtarischer Christen“ wurde schon berichtet. Besonders aus München wird immer wieder eine Zusammenarbeit von katholischen Kreisen mit Juden gemeldet. Es werden jüdischen Jugendvereinen Lokale und Plätze für ihre Betätigung zur Verfügung gestellt.

In Riesa i. Sa. hat der katholische geistliche Rat Dr. theol. Rentzschka den Versuch unternommen, die vierzehnjährige Hanni Kurowski, die dem BDM angehört, als Hausmädchen an einen Juden zu vermitteln. Als das Mädchen die Annahme dieser Stelle ablehnte, schob er dem Juden eine polnische Staatsangehörige im gleichen Alter zu.

²⁰ Tatsächlich wurde die Nominierung von Gretel Bergmann für die deutsche Leichtathletikmannschaft vom Deutschen Olympischen Ausschuss immer wieder hinausgezögert. Zwar führte heftiger Protest aus den USA zu vagen Versprechungen, aber schließlich erhielt die Sportlerin vierzehn Tagen vor Eröffnung der Olympischen Spiele in Berlin eine endgültige Absage, obwohl sie kurz zuvor den deutschen Rekord im Hochsprung eingestellt hatte. Sie entschloß sich darauf, in die USA auszuwandern, und wurde dort 1937 und 1938 amerikanische Meisterin im Hochsprung; vgl. Bernett, Jüdischer Sport, S. 110–112.

Das denkbar beste Einvernehmen besteht in Oberhausen zwischen der dortigen jüdischen Gemeinde und der katholischen Kirchengemeinde. Beide Gemeinden haben ein Abkommen geschlossen, nach welchem in Zukunft die kath. Gemeinde die jüdische Kirchensteuer erhebt. Dadurch konnten die Juden eine Beamtenstelle einsparen.

Verhältnis zu anderen Gegnern:

Über die Zusammenarbeit mit anderen staatsfeindlichen Organisationen liegen z. Zt. wenig Meldungen vor.

Nur aus Danzig wird berichtet, daß sich die deutsch-nationale Presse für jüdische Belange stark einsetzt. Vertreter jener Partei nehmen offiziell an jüdischen Heldengedenkfeiern in Synagogen teil.

Dokument 8

„Bericht über den Stand der Arbeiten der Abtlg. II 112 in der Bekämpfung des Judentums“, 28. August 1936.

Bundesarchiv, R 58/991.

Von einer eigentlichen positiven Arbeit der Abteilung II 112 kann erst seit etwa Ende vorigen Jahres gesprochen werden. Bis dahin war die ohnehin sehr kurze Zeit dazu verwendet worden, um überhaupt einmal eine Grundlage für eine zukünftige Tätigkeit zu schaffen. Zu diesem Zeitpunkt jedoch stand die Erkenntnis des Gegners und seiner politischen Richtungen in den Grundzügen fest. Die einzelnen Organisationsformen dieser Richtungen mußten erfaßt werden. Sie sind auf einer anschaulichen Tafel graphisch dargestellt, die bis in die letzte Zeit laufend bei irgendwelchen organisatorischen Veränderungen berichtigt worden ist. Um jedoch darüber hinaus anschauliches Material über den jüdischen Anteil an der Bevölkerung der jeweiligen Wirtschaftsvölker und weiterhin den Einfluß der Juden am deutschen Leben (Kultur, Wirtschaft usw.) zu zeigen, sind auch solche Tafeln angefertigt worden, so daß heute diese Darstellungen ein sehr anschauliches Bild bieten, das sich bei Schulungen bereits oftmals bewährt hat.

Um zunächst eine grundlegende Gleichrichtung der Judenreferenten der Oberabschnitte und Unterabschnitte zu erreichen, sind diese Anfang März dieses Jahres zu einem einwöchigen Schulungskurs in die SD-Schule berufen worden. Diese Schulung hat nur teilweise ihren Zweck erreicht und zwar nur dort, wo die Teilnehmer noch heute die Bearbeitung des Referates II 112 ausüben. Ein großer Teil ist inzwischen in andere Arbeitsgebiete versetzt worden. Seit April 1936 sind die Oberabschnitte zu einer regelmäßigen monatlichen Lageberichterstattung veranlaßt worden, die nach einem vorläufigen, von der Abtlg. II 112 angefertigten Schema ausgeführt wird. Bis auf wenige Ausnahmen haben diese Lageberichte langsam einen Fortschritt gezeigt und bilden eine gewisse Basis für die vom Hauptamt zum 1. 10. allgemein in Aussicht genommene halbmonatliche Berichterstattung. Die OA-Lageberichte sind bisher karteimäßig ausgewertet worden. Um eine Personaliensammlung aller prominenten Juden sowohl in Deutschland als auch im Ausland einzurichten, ist mit dem Aufbau einer zunächst im kleinen Rahmen angelegten „Reichswichtigen-Personenkartei“ begonnen worden, in der heute ein Teil führender in- und ausländischer Juden erfaßt sind.

Die regelmäßige Auswertung der jüdischen Presse ist inzwischen soweit gediehen, daß im Einvernehmen mit der Zentralabteilung I 3 seit dem 1.7.1936 in periodischer Reihenfolge Presse-Übersichten an die Referenten II 112 der Oberabschnitte und Unterabschnitte herausgegeben werden können, die erfahrungsgemäß einen sehr interessanten Einblick in die jüdische Entwicklung ermöglichen.

Um den Oberabschnittsreferenten Material für eine einheitliche Erkenntnis gegnerischer Organisationen zu geben, das später als Grundlage für eine eventuelle Schulung benutzt werden kann, ist mit der Anfertigung von Leitheften, wie sie von II 1 vorgeschrieben waren, begonnen worden. So liegen bereits die Berichte über den „internationalen jüdischen ‚Ort‘-Verband“ und der „Agudas Jisroel-Weltorganisation“ dem Gruppenführer zur Genehmigung vor. Ein Bericht über die „Zionistische Bewegung“ wird in allernächster Zeit fertiggestellt, während ein solcher über den „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten“ bereits in Angriff genommen ist.

Eine gute Möglichkeit zur Erkenntnis gegnerischer Gruppen bietet die Überwachung jüdischer Versammlungen, die von Männern der Abteilung im Einvernehmen mit der Stapo Berlin durchgeführt wird.

Die Abtlg. II 112 arbeitet heute in drei Referaten (Assimilanten, Orthodoxe und Caritative, Zionisten). Diese Referatseinteilung ist auch dem Sachkarteiplan zugrunde gelegt worden. Es ist zu hoffen, daß dieser Plan bald genehmigt wird, um die Arbeit der Abtlg. erfolgreich fortsetzen zu können.

Im Verlaufe der Arbeit ist eine weitgehende Definierung des Begriffes „Judentum als Gegner des Staates und der Partei“ angestrebt worden. Es sollte damit die klare Erkenntnis, vom Standpunkt des Nationalsozialismus aus gesehen, erreicht werden. Diese Erkenntnis läßt sich kurz wie folgt zusammenfassen: Der Jude ist schon als Mensch, bewiesen durch den Unterschied seiner Rasse und damit seines Volkstums, 100-prozentiger Gegner des Nationalsozialismus. Dort, wo er versucht, seine Arbeit, seine Wirkung und seine Weltanschauung auf die nichtjüdische Welt zu übertragen, läuft er aus in gegnerische Weltanschauungen, wie wir sie im Liberalismus, insbesondere in der Freimaurerei, im Marxismus und nicht zuletzt auch im Christentum wiederfinden. Diese Anschauungen entsprechen also im weiteren Begriff der jüdischen Mentalität. Zu dieser Erkenntnis ist eine sachliche Beurteilung Voraussetzung. Es mußte also in der Bekämpfung des Judentums zwangsläufig abgerückt werden von unsachlichen und abwegigen, oftmals geradezu phantastischen Ansichten bekannter sogenannter Antisemiten.

In den letzten, in der Abteilung II 112, des SD-Hauptamtes stattgefundenen Schulungen der OA-Referenten ist diese Erkenntnis zur Grundlage für eine Betrachtung und Bekämpfung der jüdischen Weltanschauung gemacht worden.

Dokument 9

Memorandum „Zum Judenproblem“, vermutlich von Eichmann verfaßt, Januar 1937.

Bundesarchiv, R 58/956.

Die Juden in der ganzen Welt stellen eine Nation dar, die nicht land- oder volks-, sondern geldgebunden ist. Sie sind und müssen daher ein ewiger Feind des Nationalsozialismus sein. Alle Einwände und Verständigungsvorschläge, die zu erwarten sind, müssen aus der

Erkenntnis, daß der Jude einer der gefährlichsten Feinde ist – weil er nie ganz ergreifbar sein wird – als nicht stichhaltig schon im voraus zurückgewiesen werden.

Leitgedanke bei den nachstehenden Ausführungen ist die „Entjudung Deutschlands“. Eine solche kann nur erfolgen, wenn den Juden in Deutschland die Lebensbasis, d.h. die wirtschaftliche Betätigungsmöglichkeit, genommen wird.

Die Förderung der Auswanderung nach Gebieten, wo die Juden dem Reich nicht schaden können, ist, soweit es sich um die jüngere Generation handelt, eine zwingende Notwendigkeit.

Dem Einwand, daß durch eine konzentrierte Auswanderung von Juden dem Weltjudentum Vorschub geleistet wird, weil dadurch eine neue Machtentfaltungsmöglichkeit für Juden gegeben wird, muß entgegengehalten werden, daß das Problem in erster Linie zu Deutschlands Gunsten gelöst werden muß. Eine derartige Lösung kann nur die Auswanderung nach solchen Gebieten sein, die auf keiner hohen Kulturstufe stehen – um dadurch zu verhindern, daß Juden neuen Reichtum anhäufen –, in denen der Jude mindest auf Jahrzehnte festgehalten wird und wo er nur unter entbehrrungsreicher Arbeit sich erhalten kann.

Auszugehen ist von der Tatsache, daß die bisherigen Maßnahmen zur Förderung der Auswanderung von Juden aus Deutschland, die durch die Zurückdrängung von Juden aus Teilen des öffentlichen Lebens – nicht aus der Wirtschaft – und aus „jüdisch-ideellen Gründen“ (Zionismus) nicht ausreichend waren – oder zumindest zur Zeit nicht mehr ausreichen.

Dagegen hat sich – besonders in den letzten Monaten – eine starke „Auswanderungsmüdigkeit“ bemerkbar gemacht, die begründet ist durch

die „große Befriedung der Judenfrage“ (Äußerung zahlreicher befragter Juden) in Deutschland, die damit verbundene völlige Freiheit für Juden, sich im deutschen wirtschaftlichen Leben gewinnbringend zu betätigen,
die Schwierigkeit der Auswanderung – nach Palästina durch die Unruhen von 1936 nach anderen Ländern durch scharfe Einwanderungsbestimmungen,
den großen Kapitalverlust bei der Auswanderung (Reichsfluchtsteuer, Sperrmarkkurs, Haavara-Abgabe bei Palästina-Auswanderung usw.).

Diesem Rückgang in der Auswanderung – die die einzige Möglichkeit einer „Entjudung“ Deutschlands darstellt – kann nur erfolgreich begegnet werden, wenn

1. eine weitgehende Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft erfolgt,
2. wenn der politische und gesetzliche Druck wesentlich verstärkt wird, und
3. die technischen Möglichkeiten der Auswanderung erweitert werden.

1.

Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft:

In einer Reihe von Wirtschaftszweigen hat das Judentum in Deutschland früher – und auch während der letzten vier Jahre – ein ertragreiches Arbeitsfeld gefunden. Aufgabe ist es, diese Erwerbsgebiete zu erkennen und Gegenmaßnahmen zu treffen.

Getarnte Betriebe:

Die getarnte und unwahre „Arisierung“ jüdischer Betriebe – es handelt sich hierbei fast immer um besonders ertragreiche – ist eine Form, die bereits kurz vor der Machtübernahme von „weitsichtigen“ Juden gern angewandt wurde und im Jahre 1933 ihren Höhepunkt

erreichte. Hier ist ein grundlegender Unterschied zwischen Betrieben in den Großstädten, wo fast keine „Behelligung“ eintrat – da eine solche technisch wegen der Unzahl von Unternehmen kaum möglich war –, und solchen in der Provinz, wo die Tarnung meist nur von vorübergehender Dauer war. Eine großzügige Aktion in Zusammenarbeit mit Finanzämtern, Handelsgerichten, Wirtschaftskammern usw. wird hier Klarheit bringen und zum Erfolg führen, wenn ein Wirtschaftsgesetz erlassen wird, das jede Art der Tarnung oder „stillen Beteiligung“ von Juden an arischen Geschäften unter strenge Strafe (Geldstrafen und Konfiskation) stellt. Gerade im getarnten Betrieb findet der Jude ein sicheres Einkommen, was ihn vor der Auswanderung abhält.

Planmäßigkeitstausch von jüdischem Besitz in Deutschland gegen solchen im Ausland, wobei der Neuerwerber meist ausländischer Jude ist, muß gesetzlich verboten und unterbunden werden.

Erfassung der Juden in der Wirtschaft. Es muß unter allen Umständen erreicht werden, daß seitens der Fachgruppen usw. sämtliche Juden in der Wirtschaft kartei- und listenmäßig erfaßt werden, um bei der späteren Ausschaltung eine ständige Kontrolle zu haben. Eine weiterfolgende Zusammenfassung und ständige Ergänzung in einer Zentralkartei erscheint unerlässlich.

Wirtschaftliche Nachprüfung der jüdisch-geschäftlichen Betätigung

Aus der Wirtschafts- und Umsatzstatistik ergibt sich eine Reihe von Erwerbszweigen, die eine erhöhte Rentabilität aufweisen. Gerade hier findet man in der Hauptsache Juden als Geschäftsinhaber, „Partner“ oder Finanziers. Gedacht wird besonders an:

Getreide-, Vieh- und Pferdehandel,
 Konfektion, Textilindustrie und -handel,
 Bankfach und Finanzinstitute,
 Leih-, Pfand- und Auktionshäuser,
 Grundstücksmarkt und Hausverwaltungen,
 Kapital-, Steuer- und Auswanderungsberatung.

Getreide-, Vieh- und Pferdehandel sind Berufszweige, die der Erhaltung und Versorgung des Volksganzen in Friedens- und Kriegszeiten dienen müssen. Daß eine derartige Voraussetzung bei Juden nicht gegeben ist, hat der Weltkrieg mit seinem üblen jüdischen Schiebertum bewiesen und braucht nicht näher erläutert zu werden.

Konfektion, Textil- und Kleiderhandel und Textilindustrie sind Wirtschaftsunternehmen, auf die das gesamte Volk angewiesen ist. Nur gesetzestreue Planwirtschaft schützt hier vor Mangel oder Wucher. Seitens unserer Wirtschaftler wird eingewandt, daß die Juden unersetzlich in diesen Branchen seien, da sie die größten Erfahrungen hätten und am wesentlichsten am Export beteiligt seien, wodurch dem Reich Devisen anfallen. Grundsätzlich ist dazu festzustellen, daß Herstellungsgewerbe, die gleichzeitig selber Export betreiben, die beste Möglichkeit haben, Kapital unauffällig ins Ausland zu verschieben, was trotz aller Strafbestimmungen gerade bei jüdischen Betrieben häufig der Fall ist.

Bankfach und Finanzinstitute sind am Aufbau und Bestehen der Gesamtwirtschaft stärkstens beteiligt. Immer noch ist dieses Gebiet jüdisch durchsetzt. Im Bankfach spielt dabei die illegale Verschiebung von Kapital ebenso wie der Handel mit Sperrmark usw. eine wesentliche Rolle. (Verwunderlich ist, daß selbst in Unternehmen wie der Reichskreditgesellschaft noch Juden beschäftigt und hier besonders mit der Auslands-Interessenwahrung betraut werden.) Im Finanzierungsgeschäft werden die zu bekämpfenden Tarnungen jüdischen Kapitals in arischen Unternehmen durchgeführt.

Leihhäuser, Pfandinstitute, Auktionshäuser und Auktionatoren: In diesen Betrieben kann nur der arbeiten, der das Wohl des Volkes im Auge hat. Diese Gewerbe sind mitverantwortlich an dem Wohlergehen speziell der Minderbemittelten, die auf diese Kreditinstitute zurückgreifen müssen. Ein Wucher von kaum zu beschreibendem Umfang wird gerade hier mit dem schwerverdienten Geld der arbeitenden Volksgenossen getrieben.

Grundstücksmarkt und Hausverwaltungen befinden sich – besonders in den Großstädten – fast ausschließlich in jüdischen Händen. Wenn beim ersteren ein beträchtlicher Anteil des Volksvermögens durch jüdische Hände seinen Besitzer wechselt, wobei erhebliche Verdienste für den jüdischen Zwischenhändler anfallen, so ist dieses nicht allein der Nachteil, der sich daraus ergibt. Aufgrund der Devisengesetzgebung ist die Möglichkeit belassen, inländischen Hausbesitz unter Einhalten gewisser Formalitäten gegen ausländischen Besitz zu tauschen. Dieser Weg, der einen wesentlich besseren Wechselkurs ergibt als z.B. Sperrmarkttransfer, wird häufig von jüdischen Kapital-Auswanderern und -Flüchtlingen gewählt, wobei jüdische Vermittler und jüdische Anwälte die Abwicklung vornehmen. Das gleiche trifft bei Hausverwaltungen besonders von Devisenausländer-Häusern und -Grundbesitz zu. Der Verwalter dieser Vermögenswerte hat weitgehende Möglichkeiten durch Aufmachung der Bilanz dem Eigentümer illegal Mittel zukommen zu lassen. Abgesehen von der Gesetzesumgehung, die bei Belassung von Juden in diesen Erwerbszweigen droht, ergeben sich wesentliche Gewinne für die Beteiligten. Jüdischer Geschäftsgeist hat hier oft durch „aufgemachte“ Bilanzen geschadet.

Kapital-, Steuer- und Auswanderungsberatung müßte Juden untersagt werden, da diese Gebiete gute Möglichkeiten für die illegale Betätigung von Juden ergeben (Beratung über Kapitalverschiebung, Steuerverschleierung etc.). Bei der Auswanderungsberatung tritt dabei hinzu, daß dieselbe oft gegen die Interessen des Reichs – durch eine zu große Verteilung von auswandernden Juden über die ganze Welt – verstößt. Diese Gruppe ist es auch, die sich mit der Beschaffung von Auslands-Patentrechten für auswandernde Juden befaßt, wodurch ein namhafter Devisenausfall entsteht. Außerdem befassen sich mit diesem Beruf besonders ehemalige jüdische Rechtsanwälte, denen eine neue Existenzbasis hierdurch geschaffen ist.

Jüdische Vertreter der Großindustrie. Befremdend ist die Einstellung der Großindustrie, die nach wie vor Juden sowohl im Inland als auch besonders im Ausland als Vertreter beschäftigt. Die großen Industrierwerke haben es nicht nötig – wie sie selber behaupten –, sich wirtschaftliche Vorschriften machen zu lassen.

Juden ausländischer Staatsangehörigkeit. Bedauerlich ist die Tatsache, daß man Juden ausländischer Staatsangehörigkeit keine Schwierigkeiten bereiten kann, um dadurch nicht unsere auswärtigen Beziehungen zu trüben. Es wäre anzustreben und dürfte nicht schwer zu erreichen sein, daß die Ausländer-Gesetzgebung den hierfür in Frage kommenden Stellen (Gesandtschaften und Konsulaten) genügend Handhabe gibt, um eine Einwanderung von ausländischen Juden ins Reichsgebiet in Zukunft zu verhindern. Darüber hinaus muß eine strengere Anwendung der Inlandsbestimmungen das „Einleben“ ausländischer Juden unmöglich machen.

Wenn die vorstehenden Ausführungen hauptsächlich darauf abgestellt waren den Schaden, der dem Volk dabei entsteht, zu beleuchten, so muß besonders betont werden, daß in den aufgeführten Sparten überwiegend jüdischer Geschäftsgeist sein Unwesen treibt. Aus diesem Grunde würde sich die Verdrängung der Juden aus diesen wirtschaftlichen Gebieten auch ohne die gleichzeitig beabsichtigte „Einschüchterung“ und Förderung der Auswanderung – der einzigen Möglichkeit der Entjudung Deutschlands – als notwendig erweisen.

Als Gegenmaßnahme empfiehlt sich:

Allgemeiner Konzessionszwang für alle Geschäftsbetriebe, die sich in jüdischen Händen befinden – besonders auch für solche, die bisher keinerlei Konzessionspflicht unterlagen. Handhabe hierzu dürften die Nürnberger Gesetze bieten, worin Juden die deutschen Bürgerrechte aberkannt sind. Unter Anwendung einer verschärften Ausländergesetzgebung, die eine allgemeine Konzessionspflicht vorsieht, läßt sich diese ausschließlich gegen Juden anwenden, wobei hierdurch die Möglichkeit gegeben ist durch gesteigertes oder abgeschwächtes Entziehen (bzw. Erneuerung) von Konzessionen Juden aus der Wirtschaft und damit auch aus Deutschland zu verdrängen.

Kennzeichnung aller Geschäfte entweder im positiven Sinne bei arischen Unternehmen oder in negativen bei jüdischen.

2.

Verstärkung des politischen Drucks:

Wenn der wirtschaftliche Druck den Juden den Auswanderungsgedanken aus materiellen Gründen näher bringen soll, so wird der politische Druck in erhöhtem Maße diese Bewegung fördern. Die Betrachtung der verschiedenen Epochen der Judenbehandlung während der letzten vier Jahre ermöglicht eine weitgehende Übersicht über die Maßnahmen, die dem zu erreichenden Ziele am zuträglichsten sind. Das Jahr 1937 wird deswegen von entscheidender Bedeutung sein, weil am 15. Mai bzw. 15. Juli 1937 der Minderheitenschutz im ehemaligen Abstimmungsgebiet Oberschlesien aufhört. Eine Verschärfung der Judenfrage zum jetzigen Zeitpunkt wird verhindern, daß sich die Juden aus Oberschlesien ins deutsche Leben einschleichen.

Aufklärung

Obgleich Angriffe, wie vom „Stürmer“ aufgebaut, nur noch selten auf Verständnis treffen, da die Art der Bekämpfung von der aufgeklärteren Bevölkerung als zu primitiv und ungeschön abgelehnt wird, so würde sich doch durch eine mehr auf „Aufklärung und Sachlichkeit“ abgestellte Propaganda nützliches erreichen lassen. Publizistisch wäre für die Beeinflussung des Volkes an eine weitgehende Verwendung von Statistiken zu denken. Das Volk muß erkennen, daß der Jude nie volksgebunden sein kann, daß er stets der internationale „Unruhestifter“ ist und bleibt und somit ein Feind Deutschlands in der ganzen Welt ist. Eine weitgehende jüdenfeindliche Volksstimmung muß erzeugt werden, um die Basis für den anhaltenden Angriff und das wirksame Zurückdrängen zu bilden. Ratsam erscheint ebenso eine allgemeine Aufklärungsarbeit durch die Parteiorganisation, deren Ortsgruppenleiter, Block- und Zellenwarte die Einwohner ihres Bezirks persönlich aufklären können.

Einschüchterung

Das wirksamste Mittel, um den Juden das Sicherheitsgefühl zu nehmen, ist der Volkszorn, der sich in Ausschreitungen ergeht. Trotzdem diese Methode illegal ist, hat sie, wie der „Kurfürstendamm-Krawall“ zeigte, langanhaltend gewirkt; so stark, daß selbst Juden in Palästina es nicht mehr wagten, nach Deutschland zu fahren. Psychologisch ist diese um so verständlicher als der Jude durch Pogrome der letzten Jahrhunderte viel gelernt hat und nichts so fürchtet als eine feindliche Stimmung, die sich jederzeit spontan gegen ihn wenden kann.

Einschränkung und Freizügigkeit

Eine Ausstellung von Reisepässen sollte nur dann erfolgen, wenn feststeht, daß der Jude auswandert. Hierdurch wird vermieden, daß Juden – wie bisher – ins Ausland fahren,

den geringen Devisenanfall verbrauchen, der sonst deutschen Volksgenossen zugute käme, im Ausland Greuel verbreiten und neue Lügengeschichten aus dem Ausland mitbringen.

Informationsdienst mit Hilfe des Auswärtigen Amts

Prinzipiell wäre eine nur intern bekannte Kennzeichnung von Reisepässen anzustreben, aufgrund deren es den zuständigen Stellen sofort ersichtlich ist, ob der Paßinhaber Jude ist. (Es wird ausdrücklich betont, daß eine derartige Kenntlichmachung nur intern erfolgen darf, um zu vermeiden, daß ausländische Konsulate dem Besitzer eines solchen Passes das Visum verweigern.) Es wäre anzustreben, daß jeder im Ausland lebende Jude, der nach Deutschland reisen will, sich bei dem für ihn zuständigen Konsulat des Deutschen Reichs zu melden hat, wo eine Karte angelegt wird, die in Kopie über das A. A. weiterzuleiten wäre. Es müßte solchen Reisenden – trotz des Besitzes eines deutschen Reisepasses – auferlegt werden, daß sie sich in Deutschland nicht länger als einen Monat aufhalten und sich spätestens nach Ablauf von zwei Monaten bei dem zuständigen Konsulat zurückmelden. Hierdurch wird vermieden, daß evtl. Rückwanderer oder im Auslande ansässige Juden unter Umgehung der Meldepflicht sich länger in Deutschland aufhalten, ohne in einem Schulungslager untergebracht zu werden. Ebenso wäre anzustreben, daß die Einreise nach Deutschland nur solchen Juden erlaubt wird, die dringende Geschäfte zu erledigen haben. Sollte eine fristgemäße Rückmeldung nicht stattfinden, so würde die innerdeutsche Stelle die Möglichkeit haben, den Juden an der von ihm vorher anzugebenden Adresse aufzufinden.

Jüdische Wohltätigkeits-Unternehmen

Obleich z. B. der „Hilfsverein“ eine größere Anzahl von Auswanderern herausgebracht hat und weitere Auswanderungen – auch in Zusammenarbeit mit den ausländischen Schwesterunternehmen – ermöglicht, müßte über denselben wie auch über alle anderen jüdischen Hilfsorganisationen in Deutschland ein zentrales Überwachungsamt gesetzt werden, das die Unterstützungen, die im Lande ausgezahlt werden, überprüft und generell die Tätigkeit aufs schärfste überwacht. Es wird hierbei im besonderen an die Sammlung „Mifal Bizaron“ erinnert, die in Deutschland im Rahmen des „K. H.“ [Keren Hajessod] stattfand, trotzdem diese Sammlung mit der direkten Arbeit des K. H. nichts gemeinsam hatte – beachtlich war dabei die Tatsache, daß nur in Deutschland diese Sammlung getarnt stattfand.

3.

Förderung der Auswanderung:

In den vorstehenden Abschnitten werden Maßnahmen behandelt, die eine weitgehende Verdrängung von Juden zum Ziel haben, um den eigentlichen Zweck: *die verstärkte und gesicherte Auswanderung* zu fördern. So dringend an sich die Auswanderung von Juden aus dem Reichsgebiet ist, so darf hierbei eine absolute Zielstrebigkeit nicht übersehen werden. Insbesondere muß darauf geachtet werden, daß die jüdische Auswanderung *konzentriert*, d. h. nur nach gewissen Ländern erfolgt, um dadurch zu vermeiden, daß wir uns in einer Anzahl von Ländern ein feindliches Gremium schaffen, das die Bevölkerung der betreffenden Länder ständig gegen Deutschland aufhetzt. Bei der Anstrengung der Auswanderung muß von drei maßgebenden Gesichtspunkten ausgegangen werden, nämlich a. für welche Länder kommt eine Massenauswanderung technisch in Frage; b. welche Länder würden eine größere Anzahl von Juden aufnehmen, ohne daß von dort eine Weiterwanderung zu befürchten ist; c. wie wird die Auswanderung technisch gefördert.

Zu a.

Die meisten Länder – und besonders fast alle Kulturländer – sträuben sich wegen der allgemeinen Arbeitslosigkeit gegen eine GroÙeinwanderung neuer Volkselemente. Ausgenommen sind hiervon technisch Brasilien, Venezuela, Ecuador, Columbien, Cuba, die britischen Kolonialgebiete in Afrika, evtl. Portugiesisch Ostafrika und Abessinien, Australien, Neuseeland, China und schließlich das bereits weitgehend ausgenutzte Palästina.

Die vorerwähnten Länder bilden ein viel zu großes Gebiet, um sie alle „jüdisch zu infizieren“. Es müssen daher diejenigen Gebiete ausgewählt werden, die sowohl politisch als auch wirtschaftlich am wenigsten schädigen können.

Theoretisch ist dabei folgendes festzustellen:

Südamerika

Argentinien: Ein Visum wird nur solchen Personen erteilt, die durch landesangesessene Blutsverwandte oder bekannte Firmen angefordert werden. Allgemeines: Jüdische Bevölkerung etwa 300 000 von 11 846 000. Areal 2 980 000 qkm (4 Einwohner je qkm). Jüdische Betätigung 60% Handel, 23% Handwerk und Kleinindustrie, 13% Landwirtschaft. In Buenos Aires allein etwa 200 000 Juden. Herkunft: 92% Osteuropa, 7% Sefardim, 1% Mittel- und Westeuropa.

Brasilien: Erteilt Touristenvisen, wobei die Möglichkeit besteht, bei Nachweis einer Existenz die Niederlassungserlaubnis zu erhalten. Einreisevisum wird gegen ein Vorzeigegeld von 3000 Contos (ca. 1500 RM) oder bei Anforderung durch einen Brasilianer oder in Brasilien Ansässigen erteilt. Allgemeines: Jüdische Bevölkerung etwa 60 000 von 36 000 000. Areal 8 480 000 qkm (4 Einwohner je qkm).

Columbien: Visum wird gegen 250 Pesos (ca. 350 RM) Vorzeigegeld erteilt. Einbürgerung findet nach zwei Jahren statt. Allgemeines: Jüdische Bevölkerung unbekannt. Seit 1934 Einwanderung von Juden aus Deutschland in geringem Umfang. Klimatisch – mit Ausnahme des Küstengebiets – für Ansiedlung von Weißen geeignet. Bevölkerung 7 993 000. Areal 1 150 000 qkm.

Chile: Verlangt ein Vorzeige-Geld im Gegenwert von RM 10 000,-, kommt daher für die Einwanderung vorerst nicht in Frage. Allgemeines: Jüdische Bevölkerung unbekannt. 4 290 000 Einwohner. Areal 741 000 qkm.

Ecuador: Visum wird gegen Vorzeigegeld von USA \$ 50,- (etwa 130 RM) erteilt. Ein Eingewanderter gilt als ansässig. Allgemeines: Jüdische Bevölkerung nur wenig über 100 von insgesamt 2 500 000, hiervon 8% WeiÙe, ca. 30% Mischlinge. Areal 451 000 qkm. (etwa 5 Einwohner je qkm). Klimatisch mit Ausnahme des Küstengebiets tropisch, aber für WeiÙe bewohnbar. Aufnahmefähigkeit unbeschränkt.

Die „ICA“ [Jewish Colonisation Association], Paris (Baron Hirsch, Buenos Aires) erhielt 1934/35 Genehmigung zur Ansiedlung von 50 000 Juden, die nicht ausgenutzt wurde, weil hinterher Gerüchte über ungesundes Klima (wahrscheinlich durch Zionisten) in der Weltpresse publiziert wurden. Verhandlungen mit dem Gesandten Ecuadors ergaben die Bereitwilligkeit eine größere Anzahl von Juden aufzunehmen.

Paraguay: Hat die Einwanderung gesperrt, da im Laufe des letzten Jahres mittellose Juden einwanderten, die der Regierung zur Last fallen. Allgemeines: Jüdische Bevölkerung 1800 von 1 065 000 insgesamt. Areal 253 100 qkm.

Uruguay: Aus Furcht vor Kommunismus werden prinzipiell keine Einwanderer zugelassen. Allgemeines: Jüdische Bevölkerung etwa 17 000 von rund 2 000 000 insgesamt. Areal etwa 190 000 qkm.

Venezuela: Gegen Hinterlegung von 1000 Bolivar (ca. 650 RM) wird ein Visum mit der Berechtigung zum unbegrenzten Aufenthalt erteilt. Einbürgerung erfolgt nach zwei Jahren. Allgemeines: Jüdische Bevölkerung etwa 1000 von 3216000 insgesamt. Areal 942000 qkm. Bevölkerung 3% Weiße, 90% Mulatten. Klimatisch eignen sich die höher gelegenen Flächen des Inlands für die Ansiedlung von Weißen.

In allen südamerikanischen Staaten wird seitens der Einwanderungsbehörde ein lückenloses politisches Führungszeugnis verlangt.

Südafrika:

Abessinien: Es wurde bei der italienischen Kolonialregierung ein Antrag auf Zulassung jüdischer Einwanderer gestellt. Unter Berücksichtigung der italienischen Kolonialpolitik kann nicht angenommen werden, daß jüdische Einwanderer zugelassen werden. Allgemeines: Bevölkerung etwa 12000000. Areal 1120000 qkm.

Portugiesisch Ostafrika: Bei der portugiesischen Kolonialregierung wurde ebenfalls im Jahre 1936 ein Antrag auf Zulassung jüdischer Einwanderer gestellt. Die Entscheidung steht noch aus. Allgemeines: Bevölkerung etwa 4000000. Areal 771000 qkm.

Britische Kolonien und Dominien: Bei der Einreise wird ein Vorzeigegeld von Lstr. 50,- und der Nachweis über ausreichendes Kapital zur Existenzgründung verlangt.

Australien

Neuseeland und Australien: Theoretisch besteht keine Einwanderungsbeschränkung, praktisch wird der Aufenthalt nur mit Zustimmung des betr. High Commissioners gewährt.

Asien

Biro Bidschan: Eine autonome Sowjetrepublik am Amur kommt für die Einwanderung von Juden aus Deutschland nur in Frage, wenn es sich um kommunistische Elemente handelt. Allgemeines: Areal ca. 70000 qkm, Bevölkerung etwa 90000, hiervon 12–18000 Juden.

China: Aufenthaltsgenehmigung wird bei Nachweis einer Existenz genehmigt. Seit 1934 sind eine Anzahl von Juden aus Deutschland nach China ausgewandert.

Palästina: Die Bedingungen sind bekannt. Der Anteil an auf Deutschland entfallenden und von der Jewish Agency im Auftrage der Mandatsregierung verteilten Arbeitszertifikate ist zu gering. Landesgröße 26300 qkm.

Zu b.

Wenn bereits eingangs betont wurde, daß eine große Verteilung der jüdischen Auswanderung sowohl aus politischen wie auch aus wirtschaftspolitischen Gründen (Hetze und Boykott) nicht wünschenswert erscheint, so muß bei der Aufstellung eines Planes zur Förderung der Auswanderung in erster Linie die technische Möglichkeit in Betracht gezogen werden.

Aus der Aufstellung ergibt sich nur eine geringe Anzahl von Ländern, die für die Aufnahme von Juden überhaupt in Betracht kommen. Von diesen Ländern wird zweckmäßig aus politischen Erwägungen noch ein weiterer Teil ausfallen müssen, so daß endgültig nur noch die folgenden Gebiete in Frage kommen:

In Südamerika: Ecuador, Columbien und Venezuela und bedingt Brasilien, an das uns wirtschaftliche Interessen stark ketten, weshalb Brasilien nur im Notfalle – d. h. bei zu geringer Aufnahmefähigkeit der anderen südamerikanischen Länder – freizugeben wäre.

In Asien: Palästina.

Europa muß aus zwingenden politischen Gründen gänzlich ausscheiden, ebenso wie auch die anderen Gebiete teils aus politischen teils aus wirtschaftlichen Gründen ausfallen müssen.

Südamerikanische Länder

Soweit bisher festzustellen war, dürfte eine Benachteiligung Deutschlands soweit Ecuador, Columbien und Venezuela betroffen sind, nicht eintreten. Außerdem liegen Berichte vor, wonach der „Hilfsverein“ evtl. gewillt wäre, durch seine ausländischen jüdischen Schwesterorganisationen Devisen zur Verfügung zu stellen, die für Zölle, geringe Barauslagen etc. notwendig wären.

Die Auswanderung von jüdischen Arbeitern dürfte bei den noch wenig erschlossenen Gebieten auf keine Schwierigkeiten stoßen. Die Einwanderungsbedingungen sind aus den Angaben der Aufstellung ersichtlich.

Besprechungen, die mit dem Gesandten von Ecuador geführt wurden, ergaben, daß seitens der Regierung von Ecuador kein Einwand gegen die Einwanderung gemacht werden würde. Seitens der Regierung würde größter Wert darauf gelegt werden, daß jüdische Kapitalisten ins Land kämen, um das Verkehrswesen in Ecuador aufzubauen. Die östlich der Cordilleren gelegene große Provinz Oriente würde weitgehend der jüdischen „Einwanderungswelle“ zur Verfügung gestellt werden. Als Äquivalent für die Einwanderung kapitalkräftiger Juden würde Ecuador der deutschen Regierung bieten:

1. die Ausbeutung der in der Provinz Oriente gelegenen Ölfelder, die wohl bekannt, aber nicht auf ihre qualitative wie auch quantitative Ausbeute untersucht sind und für die vorerst noch Transportschwierigkeiten bestehen.
2. die Ausbeutung der angeblich riesigen Gummibaum-Waldungen, die ebenfalls hauptsächlich in der Provinz Oriente liegen. Für die Ölausbeute scheidet das Vorkommen in der Nähe von Guayaquil aus. Dieses Vorkommen ist bereits genauer untersucht und soll ein Vertragsabschluß zwischen der deutschen Regierung und Ecuador in Kürze zu erwarten sein.

Eine Einwanderung von Kapitalisten wäre im Rahmen eines Kapital-Waren-Transfers durchführbar.

Palästina

Für Palästina wäre eine wesentlich weitgehendere Förderung der Arbeiterauswanderung anzustreben. Dieses könnte nur unter wirtschaftlichem Druck des Reichswirtschafts-Ministeriums auf die Paltreu/Haavara zu erreichen sein. Es läßt sich vorstellen, daß das Wirtschaftsministerium notfalls der Haavara eine Verkürzung des Transfers androht, um die Haavara zu veranlassen, ihren ganzen Einfluß bei der Jewish Agency geltend zu machen.

Es steht zu erwarten, daß sowohl seitens des Wirtschaftsministeriums – aus Befürchtungen eines Rückgangs der Judenauswanderung – als auch die Paltreu/Haavara – in Interessenwahrung jüdischer Belange – sich gegen dieses Verlangen aussprechen. Dem muß entgegengehalten werden, daß es unerwünscht ist, lediglich jüdischen Kapitalisten die Auswanderung zu ermöglichen, wogegen die unbemittelten Kreise weiter im Reichsgebiet verbleiben und teilweise sogar der Unterstützung zur Last fallen.

Eine anti-jüdische Beeinflussung arabischer Volkskreise in Palästina durch Angehörige der Auslands-Organisation der NSDAP (wie sie in den vergangenen Jahren häufig bemerkbar war) ist unbedingt zu unterbinden. Die Aufhetzung der Araber gegen die jüdischen Einwanderer schädigt letzten Endes das Reich, da durch Unruhen die Auswanderungstätigkeit stark eingedämmt wird, was besonders während der Unruhen des Jahres 1936 ersichtlich wurde.

Zu c.

Abgesehen von der Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft und der Einschüchterung empfehlen sich technische Hilfsmaßnahmen. Als besonders erfolgreich dürfte hierbei der allgemeine Konzessionszwang sein, der es ermöglicht, durch Zurückziehen von Konzessionen bzw. Nichterneuerung derselben die Auswanderung jeweils zu verstärken oder zu vermindern. Im übrigen dürfte bereits ein Konzessionsgesetz den Juden in Deutschland klarmachen, welche Politik getrieben wird.

Es kann wegen der Kürze der Zeit noch kein genauer wirtschaftlicher Plan für die Auswanderung von jüdischen Kapitalisten aufgestellt werden, jedoch wäre dabei an ein System der Kapitalabwanderung im Warenwege (wie sie bisher nach Palästina in Haavara-Verfahren eine recht gute Lösung fand) zu denken. Zu beachten wäre dabei allerdings, daß die Kapitaltransferierung – nicht wie bisher in jüdischen, sondern in arischen Händen ruht, das privatwirtschaftlich aufgezogen, dennoch durch Personalunion in festen Händen ruht. Es ließe sich hierdurch erreichen, daß nur der Transfer in solchen Warengruppen vorgenommen wird, der keinerlei Nachteile für den bestehenden deutschen Export bietet.

Eine Auswanderungs-Aufsichtsbehörde ist eine zwingende Notwendigkeit. Hier müßte eine weitgehende Konzentration vorgenommen werden.

Obleich es wünschenswert erscheint, Juden in Deutschland Auslandspässe zu verweigern, um damit die Freizügigkeit zu verringern und zu vermeiden, daß Juden aus Deutschland im Auslande „neue Hetze“ verbreiten, wie dies in der Vergangenheit stets der Fall war, empfähle sich – wenn der Auswanderungswille einwandfrei nachgewiesen wird – eine weitgehende Unterstützung in der Ausstellung von Pässen (wobei es ratsam erscheint, die Gültigkeit durch Rückdatierung zu verkürzen – eine Ausstellung auf eine kürzere Frist würde bei den ausländischen Behörden auf Verdacht stoßen – die Beschränkung auf gewisse Länder ist z. B. bei britischen Pässen üblich, würde daher kaum auffallen), der Erteilung von politischen Leumundszeugnissen und Unbedenklichkeitsbescheinigungen der Finanzämter. Auch für die Überprüfung auf diesem Gebiet und den direkten Verkehr mit den Behörden wäre eine *Zentralstelle* kaum erläßig.

Aufgabe der neu zu schaffenden Stelle wäre es, die gesamten technischen innerdeutschen Arbeiten für die Auswanderung zu leisten, die Gebiete und Märkte genau zu überprüfen, in die Juden abgeschoben werden bzw. wohin der jüdische Auswanderungsstrom geleitet werden soll. Die Verhandlungen im wirtschaftlichen als auch personenmäßigen Sinne mit den diplomatischen Vertretungen der für die Auswanderung freigegebenen Länder zu führen, neue Transferwege für jüdische Kapitalauswanderer zu finden – wobei eine strikte Kapitalhöchstgrenze eingehalten werden muß, was bei der bisherigen Handhabung durch jüdische Auswanderungsorganisationen nicht der Fall war – und vor allem die Lösung des Gesamtproblems im nationalsozialistischen Sinne durchzuführen.

Von grundlegender Wichtigkeit ist die Beobachtung, daß trotz einer Verringerung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland um fast 20% (soweit es sich um Rasse-Religions-Juden handelt), das jüdische Kapital – und damit der jüdische Einfluß in Deutschland generell und in der deutschen Wirtschaft speziell – sich nur um 2% verringert hat. Wenn man von der Tatsache ausgeht, daß es trotz aller Beschränkungen nur möglich war 2% des Kapitals – der jüdischen Macht – zu verdrängen, muß man zwangsläufig zu der Folgerung kommen, daß der Einfluß – und Kapital bedeutet noch immer, mindestens in wirtschaftlicher Hinsicht, Einfluß – trotz einer Verringerung der Bevölkerung der gleiche geblieben ist.

Gerade die personenmäßige Verringerung täuscht über den wirklichen Stand hinweg, und man wird nur zu geneigt sein im allgemeinen anzunehmen, daß sich der jüdische Einfluß

proportional ebenso verkleinerte. Daß dieses nicht der Fall ist, geht klar hervor. Gleichzeitig läßt dieses erkennen, daß der Jude sich noch immer nicht damit abgefunden hat, daß ihm Deutschland für alle Zeiten verschlossen ist und bleiben wird. Gerade eine Vernachlässigung der scharfen Beobachtung des Verbleibs jüdischen Goldes (mit dem der Jude regiert) bedeutet eine Gefährdung für den stabilen und gesicherten Bestand der Innenwirtschaft.

Aufgabe ist es, die Arbeitsmethode der jüdischen Goldpolitik zu erkennen. Hierin wird eine umfassende Kenntnis erst dann möglich sein, wenn der jüdische Einfluß, wie im Bericht vorgeschlagen, restlos erkannt und erfaßt ist. Vorweg läßt sich aber schon feststellen, daß, obgleich es keine jüdischen Aufsichtsräte in Aktiengesellschaften mehr gibt, das Kapital genauso wie bisher in diesen und allen anderen Kapitalgesellschaften tätig ist, nur mit dem Unterschied, daß es heute nicht mehr der jüdische Direktor oder Aufsichtsrat ist, der die judengewollte Geschäftspolitik beeinflusst, sondern ein – fast immer arischer – Delegierter, der in den Versammlungen der Gesellschaften aufgrund des ihm übertragenen Stimmrechts das gleiche auftragsgemäß erreicht, wobei allerdings der jüdische Einfluß aufgrund der Namenlosigkeit der Anteile völlig verschleiert ist und nicht mehr beachtet wird.

Daß bei dieser Methode an sich ebensoviel erreicht wird wie bei der Besetzung mit jüdischen Personen, braucht nicht näher erläutert zu werden. Zu beachten ist, daß nunmehr der jüdische Einfluß gänzlich getarnt in gleicher Weise durchgeführt werden kann, ohne der Öffentlichkeit jemals vor Augen zu treten. Das Gefahrenmoment beruht darin, daß, abgesehen von dem maßgeblichen Einfluß auf die Gesellschaften und deren Wirtschaftspolitik selbst, jederzeit eine Börsen- und damit eine Wirtschaftskrise durch gesteigertes Abstoßen von Aktien geschaffen werden kann, die nicht nur die Stabilität der Wirtschaft aufs äußerste gefährdet, sondern auch dem Volksvermögen unendlichen Schaden zufügt.

Eine andere Machtquelle ist der Kapitalkredit bei Industrie, Handwerk, Hausbesitz und Landwirtschaft. Über die immer noch zahlreich bestehenden jüdischen Bankgruppen, die sich in diesen Fällen meist arischer Makler, Vorderleute oder Namenträger bedienen, werden der Wirtschaft Kredite gegeben, die – wenn es die jüdische Politik für geeignet hält, was in Gefahrenzeiten aus Macht- und Rachebestrebungen der Fall sein dürfte – zurückgezogen werden, und damit eine Zerrüttung der Wirtschaft und des Wirtschaftslebens bedeuten, wie wir eine solche während der Inflation besonders kraß sahen.

Wirtschaftler sehen den Verbleib des jüdischen Kapitals als günstig und erstrebenswert an, ohne dabei an die politischen und volkswirtschaftlichen Gefahren zu denken. Das jüdische Kapital, soweit nicht entbehrlich oder unterdrückbar, muß zum Schutz des Volkes in solche Gebiete gezwängt werden, wo es – und das ist das geringste Verlangen, welches gestellt werden muß – langfristig angelegt keine Krisen hervorrufen kann.

Dokument 10

„Lagebericht der Abteilung II 112 für die Zeit vom 1. 1. – 31. 3. 1937“, 8. April 1937.

Sonderarchiv Moskau, 500/3/316.

A. I. Die Lage in sachlicher Hinsicht

In der Berichtszeit konnte die Beobachtung gemacht werden, daß die Juden in Deutschland beginnen, sich mit ihrer Lage abzufinden. Die zionistische Propaganda, die bislang das jüdisch-politische Leben beherrschte, beginnt in ihrer Wirkung nachzulassen. Die

Gründe dafür liegen zunächst in der ungeklärten Lage in Palästina. Die Terrorakte arabischer Nationalisten haben den Juden die Auswanderung nach Palästina etwas verleidet. Für Ende April wird der Spruch der königlichen Kommission, die die Streitigkeiten zwischen Juden und Arabern in Palästina untersucht, erwartet. Man hofft, daß dieser Spruch der königl. Kommission normale Verhältnisse in Palästina schaffen wird. An Stelle der Propagierung der Palästinaauswanderung macht sich eine verstärkte Werbung für eine Auswanderung der Juden nach nichtpalästinensischen Ländern bemerkbar. Die soziale Lage der Juden in Deutschland ist zudem noch derart günstig, daß die meisten das Verbleiben in Deutschland einer Auswanderung vorziehen. Aufgrund dieser Tatsache macht sich neuerdings eine verstärkte Tätigkeit assimilatorischer Kreise bemerkbar an deren Spitze der „Jüdische Centralverein“ und der „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten“ stehen.

Die Tätigkeit der jüdischen Kulturbünde, die sich besonders in den Großstädten bemerkbar macht, führt die Juden langsam in ein geistiges Ghetto, das ihm als Lebensform seit Jahrtausenden durchaus vertraut ist.

Die Hetze des New Yorker Bürgermeisters und Juden La Guardia hat in der Judenschaft in Deutschland Beunruhigung hervorgerufen, da man Vergeltungsmaßnahmen des Staates gegen die Juden in Deutschland befürchtet¹.

A. II. Die Lage in regionaler Hinsicht

Die Tendenz der Abwanderung der Juden in Großstädte hält auch in der Berichtszeit an. Eine Ausnahme davon machen nur Gegenden mit vorwiegend katholischer Bevölkerung. So wird aus Bayern und aus dem katholischen Ermland berichtet, daß die Juden aus den Städten auf das flache Land ziehen, da sie von der gegen den Nationalsozialismus eingestellten Landbevölkerung weitgehendst unterstützt werden.

Nürnberg, der Erscheinungsort des „Stürmers“, entwickelt sich allmählich zu einem Mittelpunkt des jüdischen Lebens. Der orthodoxe „Gruppenverband der Agudas Jisroel für Deutschland“ hat in der Berichtszeit seinen Sitz von Frankfurt a. M. nach Nürnberg verlegt.

B. I. Programmatische Veränderungen

B. II. Organisatorische Veränderungen

Am 30. 12. 1936 wurde die rein assimilatorische jüdische Judenorganisation „Der Ring – Bund jüdischer Jugend“ durch Verfügung des Geheimen Staatspolizeiamtes für das gesamte Reichsgebiet aufgelöst und verboten.

Im Februar 1937 hat sich die „Salo Adler-Loge“ des U. O. B. B. in Schneidemühl selbst aufgelöst.

Durch Verfügung vom 15. 3. 1937 hat der Reichskulturwalter Hinkel mit Zustimmung des Gestapa und des Reichsministeriums des Innern alle christlich getauften Voll- und Dreivierteljuden aus dem „Paulusbund“ – Vereinigung nichtarischer Christen ausgegliedert. Ihnen ist anheimgestellt worden, Mitglieder des jüdischen Kulturbundes zu werden. Somit können nur jüdische Mischlinge, die im Sinne des Reichsbürgergesetzes Reichsbürger sind, im Paulusbund verbleiben.

¹ Am 3. März 1937 hatte der New Yorker Oberbürgermeister La Guardia auf einer Versammlung der Frauensektion des American Jewish Congress heftige Angriffe gegen die Judenverfolgung in Deutschland und insbesondere gegen Hitler gerichtet, den er als „brown-shirted fanatic who is now menacing the peace of the world“ bezeichnete. Auf deutschen Protest hin verwies das amerikanische Außenministerium in einer entschuldigenden Note zwar auf die in der Verfassung verankerte Redefreiheit, bedauerte jedoch die Äußerungen La Guardias und betonte, daß sie nicht der Einstellung der amerikanischen Regierung entsprächen.

B. III. Kampfmethoden

A. Propaganda

Durch das sechswöchentliche Versammlungsverbot der jüdischen Organisationen, das am 31. 1. 1937 ablief, waren die jüdisch-politischen Verbände zunächst in ihrer Propaganda stark gehindert. Nach Ablauf des Verbotes setzte die jüdische Versammlungstätigkeit schlagartig wieder ein.

Die Werbung für die Jüdische Winterhilfe wurde von allen jüdischen Organisationen mit Energie betrieben. [. . .]² XX. Zionistenkongress beginnt die vorbereitende Propaganda in der zionistischen Presse.

B. Finanzierung

Die zionistische Organisation verstärkt ihre Sammlung für die palästinensischen Aufbaufonds durch Aufstellung von Heimsparbüchern. Der Leiter des zionistischen Fonds „Keren Hajessod“, Dr. Michael Traub³, ist durch seine Vortragsreisen bemüht, bei den vermögenden Juden Geldspenden für Palästina zu erhalten.

Das Ergebnis der Jüdischen Winterhilfe ist für die Juden außerordentlich befriedigend. Die Abschlußberichte stehen noch aus. Aber schon jetzt kann gesagt werden, daß Sach- und Geldspenden in einer solchen Höhe eingingen, daß jüdische Erwerbslose durch die Jüdische Winterhilfe mehr erhielten, als sie in Palästina durch ihrer Hände Arbeit verdient hätten.

C. Zersetzung

B. IV. Beziehungen zu anderen Gegnern

a.1.cc) Kirche

Die Haltung der Kirche beider Konfessionen, die dem Judentum aus weltanschaulichen Gründen freundlich gegenüberstehen, zeigt deutlich ihre Auswirkungen. Wie bereits erwähnt, findet der Jude heute auf dem flachen Lande die vollste Unterstützung der klerikal verhetzten, katholischen Landbevölkerung. In der Berichtszeit wurde mehrfach festgestellt, daß Geistliche in ihren Kanzelreden die Juden als auserwähltes Volk hervorheben und somit direkt zu ihrer Unterstützung auffordern.

a.2.aa) Linksbewegung

Es konnte festgestellt werden, daß jüdische Geschäftsreisende mit besonderer Vorliebe ehemalige marxistische Funktionäre und Parteigänger aufsuchen, da sie von diesen weitgehendste wirtschaftliche Unterstützung erhoffen.

a.2.cc) Rechtsbewegung

Rechtsoppositionell eingestellte Einzelpersonen wie Großgrundbesitzer, Adelige und Offiziere der Wehrmacht lassen auch heute noch ihre Vermögen durch jüdische Bankhäuser verwalten und tätigen mit Vorliebe Geschäfte mit jüdischen Firmen.

B. V. Verhältnis zu den einzelnen Lebensgebieten

a) Kulturelles Leben

Die Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Kulturleben ist durch Reichsgesetzgebung einheitlich geregelt und durchgeführt. Demgegenüber fallen die als Ausnahmen zugelassenen Juden im deutschen Kulturleben, wie z. B. der Staatsoperndirigent Leo Blech, doppelt auf und geben in der Bevölkerung Anlaß zu Kritik.

² Eine Zeile fehlt in der Durchschlagkopie des Berichts.

³ Michael Traub, 1891 in Libau geboren, war nach dem Ersten Weltkrieg als Funktionär des ORT tätig. Ab 1933 wirkte er als Leiter des Keren Hajessod und als Mitglied der Reichsvertretung der Juden in Deutschland. Er emigrierte 1939 in die USA und starb 1946 in New York.

b) Gemeinschaftsleben

Die Blutschutzgesetze werden nach wie vor von den Juden mißachtet und übertreten. Die Zahl der festgestellten Fälle von Rassenschande zeigt noch keine Abnahme dieser Verbrechen.

c) Wirtschaftsleben

Der Einfluß der Juden im Wirtschaftsleben ist nach wie vor außerordentlich groß. Die jüdischen Firmen spüren nur in einzelnen Fällen die Auswirkung der antisemitischen Propaganda der NSDAP. Demgegenüber konnte festgestellt werden, daß jüd. Großfirmen ihre Umsätze gegenüber 1933 verdoppeln konnten. In einzelnen Wirtschaftszweigen wie Vieh- und Lederhandel, sind die Juden nach wie vor führend. Die bisherigen Maßnahmen des Reichsnährstandes zur Ausschaltung der Juden aus dem Viehhandel haben noch zu keinem endgültigen Erfolg geführt. Die arischen Viehhändler verfügen nicht über das notwendige Kapital, um den Juden Konkurrenz machen zu können. Es kann jedoch erwartet werden, daß der Ausbau der Viehverwertungsgenossenschaften des Reichsnährstandes diesen Mißstand beseitigen wird.

Besonders bedenklich ist die Tätigkeit der jüd. Firmen für die deutsche Aufrüstung und den Ausbau der Landesverteidigung. So baut beispielsweise z. Zt. eine jüd. Tiefbaufirma aus Kassel geheime Befestigungsanlagen am Rhein, ein Marinedock und eine Schleuse in Wilhelmshaven und Kasernen in Idar-Oberstein.

B. VI. Verhältnis zum Ausland

Der Reiseverkehr der Juden ins Ausland, besonders nach Belgien, Holland und der Tschechoslowakei, nimmt zu. Begründet werden diese Reisen als Geschäfts- und Informationsreisen.

C. Sonstiges

I. Gegnerarbeit anderer Gruppen (Antisemitismus)

Die antisemitische Propaganda der NSDAP ist z. Zt. fast ganz eingeschlafen. Lediglich nach der Hetzrede des New Yorker Bürgermeisters La Guardia erschienen in der ns. Presse längere antijüdische Artikel.

Schuld an diesem Stillstand hat besonders die ungenügende Ausbildung der Parteiredner. So hatte z. B. in Danzig eine großangelegte antijüdische Propagandaaktion der Partei keinen Erfolg, weil die Redner völlig unsachlich und unvorbereitet zu ihren Vorträgen erschienen.

Dokument 11

Vermerk Wislicenys zur „Judenfrage“, 7. April 1937.

Bundesarchiv, R 58/991.

1. Die Judenfrage in Deutschland ist eine Rassenfrage. Sie ist damit eindeutig als weltanschauliches Problem gekennzeichnet.

2. Die Lösung der Judenfrage in Deutschland kann nur zentral und durch Gesetzgebung geregelt werden. Es bestehen zunächst zwei Möglichkeiten der Lösung.

a) Die Ausschaltung des Judentums aus dem kulturellen und völkischen Leben Deutschlands. Das Judentum führt damit ein kulturelles und völkisches Eigendasein mit den Rech-

ten und Pflichten einer Minderheit. Diese Form der Lösung ist bis heute durch die Gesetzgebung des NS-Staates weitgehend durchgeführt. Die Durchführung der Ausschaltung des Judentums aus der deutschen Kultur hat jedoch gezeigt, daß damit die Judenfrage nur zum Teil gelöst werden kann. Die Ausschaltung des Judentums aus dem deutschen Wirtschaftsleben gelang damit nicht.

b) Die zweite und einzig mögliche Lösung der Judenfrage ist die Förderung der zionistischen Abwanderung der Juden aus Deutschland mit allen Mitteln. Auch hier ist der Weg der Gesetzgebung der einzig gangbare.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Juden, die Deutschland nach 1933 verließen, in erster Linie junge Juden waren, die selbst nur über geringes Kapital verfügten und ihre Auswanderung nur mit Hilfe der jüdischen Hilfsorganisationen durchführen konnten. In zweiter Linie wanderten die jüdischen Träger jener Berufe ab, die von der antijüdischen Kulturgesetzgebung betroffen wurden. Dagegen konnte die einwandfreie Beobachtung gemacht werden, daß die Juden im Wirtschaftsleben nach wie vor in einzelnen Wirtschaftszeigen geradezu führend sind. Die Umsätze jüdischer Firmen haben sich zum Teil gegen 1933 verdoppelt und verdreifacht. Unter diesen Umständen denkt natürlich kein Jude daran, freiwillig Deutschland zu verlassen. Die Gefährlichkeit dieser Situation für Deutschland bedarf keines weiteren Beweises. Außerdem kann schon jetzt die gleichmäßige Beobachtung gemacht werden, daß der Zionismus mit seiner Propaganda an Wirkung verliert, da es den Juden in Deutschland wirtschaftlich gut geht und sie sich mit ihrem kulturellen Eigenleben abzufinden beginnen. Das Ghetto in diesem Falle das geistige, ist die Lebensform der Juden seit 800 Jahren.

3. Die Aufgabe des Sicherheitsdienstes ist nicht damit erschöpft, daß er diese, aus Einzelfällen erkennliche Situation, registriert und berichtet. Er hat vielmehr die Aufgabe, Staat und Partei das absolut stichhaltige Material zu geben, aufgrund dessen gesetzgeberische und polizeiliche Maßnahmen erfolgen können. In Anbetracht der augenblicklichen Lage des Judentums sind die zu treffenden Maßnahmen klar.

a) Systematische Erfassung des Judentums im deutschen Wirtschaftsleben. Da die Judenfrage als weltanschauliche Frage nur einheitlich geregelt werden kann, ergibt sich die Notwendigkeit, von seiten II 112 Ermittlungen auf dem Gebiete der Wirtschaft in eigener Zuständigkeit anzustellen. Es interessiert II 112 nicht, ob der Jude als Wirtschaftsführer sozial oder unsozial handelt, ob er mit anständigen oder unanständigen Mitteln sein Geld verdient, es interessiert lediglich die Tatsache, wie und wo er sein Geld verdient. Damit ist eine gewisse Abgrenzung der Aufgaben von II 2 und II 112 gegeben. Die Möglichkeiten der Erfassung der Juden in der deutschen Wirtschaft brauchen hier nicht näher gekennzeichnet werden.

b) Da die Entfernung der Juden aus Deutschland nur in Form der zionistischen Auswanderung erfolgreich zu lösen ist, ergibt sich die Notwendigkeit, daß II 112 alle Fragen der Auswanderung und des Transfers bearbeitet, die geeignet sind, die zionistische Auswanderung zu fördern. II 112 muß daher selbständig mit dem Reichswirtschaftsministerium und den sonst in Frage kommenden Stellen verhandeln und Vorschläge unterbreiten können. Die Frage der allgemeinen Devisen- und Transferbestimmungen ist dagegen Aufgabe von II 2.

c) Das jüdische Kulturleben muß dagegen ausschließlich von II 112 bearbeitet werden, da es sich um ein rein jüdisches Problem handelt. Bei Berührungspunkten zwischen jüdischem und deutschem Kulturleben ist die engste Zusammenarbeit mit II 2 selbstverständlich.

In der internen Arbeit der Abteilung II 112 wird das Referat Assimilation alle Fragen der Juden in der Wirtschaft bearbeiten. Das Referat Zionisten bearbeitet alle Fragen der Auswanderung und des Transfers. Der Sachbearbeiter für orthodoxe und caritative Verbände des Judentums ist zuständig für alle Fragen des jüdischen Kulturlebens. Damit wird eine Änderung des augenblicklichen Schemas vermieden.

Dokument 12

„Richtlinien und Forderungen an die Oberabschnitte“, verfaßt von Wisliceny und Hagen, 21. April 1937.

Bundesarchiv, R 58/544.

I. Die Lage

1 a) Die Bekämpfung des Judentums bildet von Anfang an ein Grundprinzip des Nationalsozialismus. Die Judenfrage ist für den Nationalsozialismus kein politisches oder religiöses Problem, sondern eine Rassenfrage. Damit ist die Möglichkeit eines Kompromisses von vornherein ausgeschlossen. Die Kampfstellung der NSDAP gegen das Judentum zieht sich durch das ganze Parteiprogramm. Das Judentum ist für den Nationalsozialismus der Gegner schlechthin.

1 b) Bis 1933 hatte das Judentum in Deutschland eine absolute Machtstellung inne. Die Juden waren auf einigen Lebensgebieten unbeschränkt führend, obgleich ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung in Deutschland 0,79% betrug. Sie hatten sich dem deutschen Volke assimiliert, ohne jedoch das Bewußtsein ihres Judentums zu verlieren. Die national-jüdische Bewegung des Zionismus hatte demgegenüber in Deutschland bis 1933 fast keine Bedeutung. Die allgemeine Verjudung des öffentlichen Lebens in Deutschland bildete mit einem Ansatzpunkt der Propaganda der NSDAP.

1 c) Nach der Machtübernahme begann der Nationalsozialismus planmäßig mit der Beschränkung des jüdischen Einflusses im deutschen Leben. Dieser Prozeß war nur auf dem gesetzgeberischen Wege möglich. Der erste, allerdings wenig erfolgreiche Schritt war der Judenboykott vom 1. April 1933, der einen Gegenschlag gegen die Greuelhetze des Judentums im Ausland bezweckte. Die folgenden Gesetze sollten die Ausschaltung des Juden aus dem öffentlichen Leben nach sich ziehen:

1. Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums v. 7. 4. 1933¹,
2. Reichserbhofgesetz vom 22. 9. 1933²,
3. Aufnahme des Arierparagraphen in
 - a) Schriftleitergesetz³,
 - b) Reichskulturkammergesetz⁴,
 - c) Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen v. 25. 4. 1933⁵.

¹ RGBl I, S. 175.

² Das Reichserbhofgesetz stammte vom 29. 9. 1933; RGBl I, S. 685–692.

³ Schriftleitergesetz vom 4. 10. 1933; RGBl I, S. 713–717.

⁴ Reichskulturkammergesetz vom 22. 9. 1933; RGBl I, S. 661.

⁵ RGBl I, S. 225.

4. ferner:

Gesetz über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft vom 7. 4. 1933⁶,

Gesetz über die Zulassung zur Patentanwaltschaft vom 22. 4. 1933⁷,

Gesetz über die Zulassung von Steuerberatern⁸,

Verordnung über die Zulassung von Ärzten bei den Krankenkassen vom 22. 4. 1933⁹,

Verordnung über die Tätigkeit von Zahnärzten und Zahntechnikern vom 2. 6. 1933¹⁰.

5. Wehrgesetz vom 21. 5. 1935 (arische Abstammung ist eine Voraussetzung für den aktiven Wehrdienst). Nur Personen arischer Abstammung können Vorgesetzte in der Wehrmacht werden¹¹.6. Reichsarbeitsdienstgesetz v. 26. 6. 1935¹²,7. Reichsbürgergesetz vom 15. 9. 1935¹³, Reichsbürger kann nur sein, wer Staatsangehöriger deutschen oder artverwandten Blutes ist.8. Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. 9. 1935¹⁴.

§ 1 (1) Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes sind verboten.

§ 2 Verbot des außerehelichen Verkehrs zwischen Juden und Deutschblütigen.

§ 3 Beschäftigungsverbot von weiblichen Staatsangehörigen unter 45 Jahren in jüdischen Haushaltungen.

§ 4 Verbot des Zeigens der Reichs- und Nationalflagge.

9. Judenverordnung in der deutschen Rechtsfront.

Im Frühjahr 1935 wurde der „Reichsverband der jüdischen Kulturbünde“ geschaffen, um den Juden nach ihrer Ausschaltung aus dem deutschen Kulturleben die Möglichkeit eigener kultureller Betätigung zu geben. Die Aufsicht über diese jüdischen Kulturbünde führt als Reichskommissar der Reichskulturwalter Hinkel.

Der Höhepunkt dieser gesetzgeberischen Maßnahmen waren zweifellos die Nürnberger Gesetze, die die Stellung des Juden in Deutschland klar umrissen.

Der erste Erfolg dieser Maßnahmen war, daß die Juden ihre Lage in Deutschland als unerträglich zu empfinden begannen. Die zionistische Bewegung erfaßte vor allem die jüdische Jugend, während der jüdische Kapitalist als Auswanderungsziel die europäischen und überseeischen Staaten wählte. Die Zahl der seit 1933 abgewanderten Konfessionsjuden beträgt 105 000, fast 20% ihres Gesamtbestandes. Es waren dies vor allem die Träger jener Berufe, die von der Ariergesetzgebung auf kulturellem Gebiete betroffen wurden.

Die Ausschaltung des Volljuden aus dem kulturellen Leben gelang fast zur Vollständigkeit. Die wirtschaftliche Vormachtstellung der Juden wurde davon aber kaum berührt. Zwar wirkte sich die antijüdische Propaganda der NSDAP auf dem flachen Lande auch auf die wirtschaftliche Lage der Juden aus. Aus diesem Grund setzte eine Abwanderung nach den Großstädten ein. Daß diese Konzentrierung der Juden in den Großstädten

⁶ RGBI I, S. 188.

⁷ RGBI I, S. 217.

⁸ Das Gesetz über die Zulassung von Steuerberatern, das „Nichtariern“ die Zulassung entzog, stammte vom 6. 5. 1933; RGBI I, S. 257.

⁹ RGBI I, S. 222.

¹⁰ RGBI I, S. 350.

¹¹ RGBI I, S. 609–614.

¹² RGBI I, S. 769–771.

¹³ RGBI I, S. 1146.

¹⁴ RGBI I, S. 1146–1147.

durch die Propaganda der NSDAP bedingt ist, zeigt die Tatsache, daß neuerdings die Juden in rein katholischen Landesteilen wieder auf das flache Land ziehen, da sie von der gegnerisch eingestellten Bevölkerung weitgehend unterstützt werden.

Das Schwergewicht des Einflusses des Judentums in Deutschland liegt heute auf dem Gebiete der Wirtschaft. Durch Verbot von Einzelaktionen gegen jüdische Wirtschaftsunternehmen stehen die Juden dabei unter einem gewissen Schutz des Reichswirtschaftsministeriums.

2a) Eine systematische Bearbeitung des Gegners Judentum durch den SD erfolgt erst seit Juni 1935. Vorher war Judentum bei II 111 (Freimaurerei) mitbearbeitet worden. Um überhaupt Klarheit über das Wesen des Judentums zu bekommen, wurde mit einer systematischen Erfassung der jüdischen Organisationen begonnen, die Träger des jüdisch-politischen Lebens sind. Die Ausrichtung dieser Arbeit läßt sich mit „Juden unter sich“ kennzeichnen. Es zeigte sich, daß der äußerlich geschlossene Gegner Judentum unter sich in eine Anzahl von politischen Gruppen getrennt ist, deren größte die Gruppen der Zionisten, der Orthodoxie und der Assimilation sind. Alle diese Gruppen eint lediglich das Bewußtsein des „Jude sein“. Die Erfassung der jüdischen Organisationen des Judentums kann als abgeschlossen angesehen werden.

Die Erfolge bzw. Mißerfolge der von den Forderungen des Nationalsozialismus diktierten Judengesetzgebung sind bereits erwähnt worden. Sie führten die Juden in ein geistiges Ghetto, ihrer Lebensform seit dem Verlust ihrer staatlichen Selbständigkeit. Sie hatten ferner zur Folge, daß den jungen Juden die Lebensmöglichkeit erschwert wurde, da eine Reihe, von Juden bisher bevorzugten Berufen, ihnen verschlossen wurden. Die antisemitische Propaganda der NSDAP blieb in ihrer Wirkung auf das Volk geteilt. Die sogenannten „Gebildeten“ lehnten und lehnen eine Propaganda etwa im Sinne des „Stürmers“ ab. Auf das breite Volk war diese Propaganda zweifellos von Wirkung. Es hat sich jedoch gezeigt, daß nur durch dauernde Propaganda das Interesse des Volkes an der Judenfrage wach gehalten werden kann.

2b) Die Lösung der Judenfrage kann nur in einer völligen Entfernung der Juden aus Deutschland liegen. Die häufig vertretene Auffassung, daß die Juden in Deutschland für den A-Fall eine Art Faustpfand darstellen, ist nicht stichhaltig. Das Weltjudentum würde bedenkenlos die Juden in Deutschland opfern, wenn es für seine Pläne erforderlich wäre. Alle bisherigen Maßnahmen des Nationalsozialismus gegen das Judentum in Deutschland haben die Greuel- und Boykottethese des Weltjudentums nur verstärkt. Durch die Schlüsselstellung der Juden in vielen Zweigen der Wirtschaft ist die Gefahr für den A-Fall sehr groß.

Die Entfernung der Juden aus Deutschland ist andererseits nur durch die zionistische Auswanderung denkbar. Juden, die in die europäischen Staaten auswandern, bilden dort nur neue Greuel- und Boykottzentralen. Allenfalls kann eine Auswanderung von Juden nach kleineren mittel- und südamerikanischen Staaten in Betracht gezogen werden.

Für die Frage der zionistischen Auswanderung ist die Lösung der Palästinafrage, die ein Problem der englischen Außenpolitik darstellt, entscheidend. Die zur Zeit in der Weltpresse erörterte Aufteilung Palästinas in arabische und jüdische Kantone dürfte zunächst die Möglichkeit einer verstärkten jüdischen Einwanderung ergeben. Die Palästinafrage bedarf daher in ihrer Gesamtheit der besonderen Bearbeitung durch den SD, da von ihr letzten Endes die Lösung der Judenfrage in Deutschland abhängt.

Durch diese Ausrichtung der deutschen Judenpolitik muß ein verstärkter Druck auf alle jene Organisationen ausgeübt werden, die den Juden das Verbleiben in Deutschland er-

möglichen. Es darf dabei auch nicht von den z. Zt. unter staatlichem Schutz stehenden Kulturbünden Halt gemacht werden. Die Zerschlagung aller assimilatorischer Verbände ist eine unbedingte Notwendigkeit. Daneben könnte durch eine geschickte Förderung des Zionismus der Versuch gemacht werden, das Judentum innerlich zu spalten, indem man eine jüdisch-politische Richtung gegen die andere ausspielt.

Ein weiterer Punkt ist die Behandlung der gesamten Transferfragen, die geeignet sind, die Auswanderung der Juden zu beschleunigen.

2c) Durch die bisherige Ausrichtung der SD-mäßigen Arbeit auf die jüdisch-politischen Gruppen trat die Behandlung der Juden in den Lebensgebieten in den Hintergrund. Sie wurden bisher lediglich von Fall zu Fall bearbeitet. Demgegenüber muß eine planmäßige Erfassung der Juden in den Lebensgebieten einsetzen, um überhaupt eine generelle Übersicht über den Umfang des derzeitigen jüdischen Einflusses zu bekommen. Als vordringlichste Aufgaben erscheinen dabei:

1. die rein personelle Erfassung des Judentums in Deutschland und
2. die Feststellung des Einflusses der Juden auf dem Gebiete der Wirtschaft.

Da es möglich ist, Vertrauensleute unter den Juden zu gewinnen, muß der Kontext mit dem Gegner durch eine Reihe von Agenten hergestellt werden.

Verstärkte Bearbeitung erfordert ferner die zutage tretende Unterstützung der Juden durch konfessionelle und politische Gegner sowie die möglichen Versuche der Juden, eine Einheitsfront der Gegner des Nationalsozialismus in Deutschland zu bilden.

II. Die Praxis der Arbeit II 1 bei den Oberabschnitten

1a) Die Aufstellung der Sachkarteien ist aus Mangel an Arbeitskräften erst bei einigen Oberabschnitten in Angriff genommen worden. Sie ist für den Oberabschnittsreferenten jedoch genauso wichtig wie für das SD-Hauptamt, damit die Einheitlichkeit der Bearbeitung gewährleistet ist. Es muß daher verlangt werden, daß die Sachkarteien und Sachakten in kürzester Zeit bei den OA auf den laufenden Stand gebracht werden.

1b u. c) Infolge ungenügender sachlicher Ausrichtung und personeller Fehlbesetzung entspricht die laufende Berichterstattung keineswegs den Anforderungen, die an die Oberabschnitte gestellt werden müssen. Die Beobachtungen zu diesem Punkte decken sich mit den in der gesamten Zentralabteilung II 1 gemachten Erfahrungen.

2a) Irgendwelche jüdischen V-Männer besitzt der SD bisher nicht. Eine Fühlungnahme mit dem Gegner ist nur durch bezahlte jüdische Agenten oder durch Ausnutzung von Juden, die sich kriminell vergangen haben, möglich. Derartige Juden sind aber zweckmäßig nur von den Oberabschnitten direkt einzuspannen.

Der Informationsapparat der Außenstellen bedarf vor allen Dingen einer genauen Anweisung von seiten der Oberabschnitte, nach welchen Richtungen sich die Ermittlungen zu erstrecken haben. Bisher war es bei den Außenstellen vielfach üblich, nur das weiterzugeben, was gerade anlief. Die Schuld liegt in diesem Falle bei den Oberabschnitten und Unterabschnitten, die ihren Außenstellen keinerlei klare Richtlinien geben.

2b) Im Verlaufe der geplanten Bestandsaufnahme der Juden in der deutschen Wirtschaft ist es unumgänglich, daß die Unterabschnitte ein Netz von Spezialmännern in der Wirtschaft gewinnen. Zweckmäßig werden dabei die bei II 23 vorhandenen Spezialmänner eingespannt.

3/1) Der Sachbearbeiter II 112 bei den Oberabschnitten und Unterabschnitten darf nicht der Typ der intellektuellen Theoretiker sein. Es ist nicht absolut notwendig, daß er Akademiker ist. Er muß wendig und aktiv im Außendienst sein, dabei klar und nüchtern an die Bearbeitung der ihm gestellten Aufgaben herangehen. Männer, die lediglich rein gei-

stig mit dem Problem des Judentums „ringen“, sind für die Arbeit auf den SD-Oberabschnitten und -Unterabschnitten ungeeignet.

3/2) In sachlicher Beziehung muß von den Sachbearbeitern II 112 verlangt werden, daß sie ihre Arbeit ausnahmslos auf die vom SD gestellten Aufgaben konzentrieren und ihre Außenstellen mit klaren und umfassenden Richtlinien versehen.

3/3) Für die nächsten 3 Monate wird den Oberabschnitten als Aufgabe gestellt werden:

- a) Erfassung aller Juden in Rüstungsbetrieben,
- b) Prüfung der Möglichkeiten einer karteimäßigen Erfassung der Juden in Deutschland und Beginn dieser Arbeit,
- c) Beobachtung der innerjüdischen politischen Bestrebungen (Einfluß des Zionismus auf die Juden in Deutschland),
- d) Verstärkte Beobachtung einer sich bildenden Verbindung der Juden in Deutschland mit anderen staatsfeindlichen Gruppen (Kirchen, Marxismus und Reaktion).

Für das nächste Jahr ist die Zielsetzung der Arbeit von II 112 unter 2c) angeführt worden.

III. Die Durchdringung II 1 und II 2

1) Da die Hauptarbeit der Gegner in Zukunft sich mehr und mehr auf die Lebensgebiete konzentriert, ist eine Durchdringung der Arbeitsgebiete II 1 und II 2 erforderlich. Bei den Oberabschnitten ist diese Durchdringung ohnehin durch das Vorhandensein eines gemeinsamen Hauptabteilungsleiters gewährleistet. Wenn man den Berichten der Abteilung II 11 bei der Tagung am 12.4.1937 im SD-Hauptamt Glauben schenken darf, ist diese enge Zusammenarbeit auf den Oberabschnitten vorhanden.

2 u. 3) Diese enge Zusammenarbeit von II 1 und II 2 darf aber nicht darin bestehen, daß die Abteilungen II 1 lediglich Auskunftsstellen für II 2 sind. Wenn es sich um Gegner oder Gegnerformen auf den Lebensgebieten handelt, muß II 1 allein federführend sein und unter erster Fühlungnahme und Gegenzeichnung von II 2.

4) Die Zusammenarbeit von II 1 und II 2 setzt voraus eine klare Abgrenzung der beiderseitigen Aufgaben.

1. Beispiel: II 112 stellt einen Juden in einer Staatsstelle fest. Die Erörterungen werden zunächst von II 112 geführt. Nachdem die näheren Verhältnisse des Juden, seine Einflüsse usw. festgestellt worden waren, mußten bisher alle Vorgänge an II 2 abgegeben werden, da II 2 für allein zuständig galt, die Angelegenheit zum Abschluß zu bringen. Damit ist aber II 112 nur eine Auskunfts- und Ermittlungsstelle von II 2.

2. Beispiel: Der Prozeß gegen den jüdischen Mörder Gustloffs wurde selbständig bei II 2 bearbeitet. Es stellt sich dann heraus, daß 2 völlig selbständige Akten über den Gustloffmord bei II 112 und II 2 liefen¹⁵.

IV. III 1 und III 2

Für die Zusammenarbeit von II 112 und III 1 und III 2 gelten die gleichen Gesichtspunkte wie für II 1.

V. Die Zusammenarbeit SD-Hauptamt – Gestapa bei II 1

1) Die Zusammenarbeit zwischen dem Geheimen Staatspolizeiamt und II 112 ist bisher eine ausgezeichnete gewesen. Sie liegt insbesondere in der Person des Leiters II B,

¹⁵ Der jüdische, staatenlose Student David Frankfurter hatte im Februar 1936 den Schweizer Landesgruppenleiter der NSDAP, Wilhelm Gustloff, erschossen; vgl. u. a. David Frankfurter, I kill a Nazi Gauleiter, in: Commentary, Feb. 1950, S. 133–41.

Reg.-Rat Dr. Haselbacher, begründet. Die Zusammenarbeit und wechselseitige Information von Stapo und SD-Dienststellen ist in erster Linie eine Personalfrage. Eine günstige Lösung wäre eine örtliche Personalunion zwischen Stapoleiter und SD-Führer.

2) Zur Exekutive ist der SD bisher von der Stapo rechtzeitig herangezogen worden. Beispiel für die Möglichkeit einer Zusammenarbeit von SD und Gestapo zur Vorbereitung einer Exekutivmaßnahme war die Vorbereitung der Aktion gegen den U. O. B. B.

3 a u. b) Die Auswertung des bei der Geheimen Staatspolizei anlaufenden Materials erfolgt fast ausschließlich durch den SD. Diese Form der Zusammenarbeit muß auch zukünftig beibehalten werden. Durch sie erkennt die Gestapa eine gewisse geistige Führung durch den SD an. Außerdem ist die Gestapa aufgrund der personellen Besetzung nicht in der Lage, eine Auswertung vorzunehmen.

VI. Zusammenarbeit mit anderen Stellen auf dem Gebiet II 1

Zur Zeit bestehen zu folgenden Dienststellen direkte Verbindungen: Reichswirtschaftsministerium, Reichspropagandaministerium, Reichsstelle für Sippenforschung, Amt für Bevölkerungspolitik und Erbgesundheitspflege RFSS, Statistisches Reichsamtsamt, Reichs- und Preußisches Ministerium des Innern. Diese Verbindungen lassen sich noch erheblich erweitern und ausbauen.

Dokument 13

Bericht Hagens über die Zusammenarbeit zwischen II 112 und Gestapa II B 4, 29. Juni 1937¹.

Sonderarchiv Moskau, 500/3/315.

Die Gestapa-Generalakten sind nach In- und Auslandsakten getrennt. Die Inlandsakten sind nach verschiedenen Sachgebieten unterteilt: etwa in die einzelnen jüdischen Organisationen, Auswirkung der Nürnberger Gesetze, Vorgänge über den Einfluß der Juden in der Wirtschaft usw. (Aktenverzeichnis kann beim Gestapa beschafft werden)².

Die Auslandsakten sind aus zufälligen, nicht aber systematischen Erfassungen von Vertrauensmännerberichten, Berichten des A. A., die regelmäßig beim Gestapa eingehen, und Zeitungsausschnitten entstanden. Sie sind jeweils unterteilt in: Antisemitismus und Judenbewegung. Assessor Flesch äußerte den Wunsch, die systematische Erfassung des Auslandsmaterials dem SD zu übergeben. Zu diesem Zweck müßte selbstverständlich eine Übernahme der im Gestapa vorhandenen Auslandsakten vorgenommen werden³. Nur bei einer genauen Führung dieser Akten ist eine unbedingt zuverlässige Beobachtung des Auslandsjudentums möglich.

Überhaupt erscheint nach Durchsicht der Gestapa-Akten eine Zusammenlegung der Generalakten am zweckmäßigsten, weil nur auf diese Weise eine vollständige Unterrichtung der SD- sowie der Gestapaabteilungen über bestimmte Sachfragen möglich ist (Vorschlag wurde von Assessor Flesch eingebracht)⁴.

¹ Die im Dokument erwähnten Anlagen sind nicht erhalten.

² Handschriftliche Randnotiz von Six: „beschaffen“.

³ Handschriftliche Randnotiz von Six: „ja, im S. D. vorbereiten“.

⁴ Handschriftliche Randnotiz von Six: „Vorschlag an I 1 + C entwerfen“.

Beim Referat II B 4 wird außerdem eine Kartei geführt (seit Januar 1937), in der sowohl Personen als auch Organisationen aufgenommen werden (Karteiblätter in der Anlage). Auf den Karteikarten werden alle im Gestapa vorhan- [. . .]⁵ sowohl als Auskunfts- als auch als Orientierungskarten verwandt werden können.

Die Führung der Kartei obliegt der Registratur. Bei Ein- oder Ausgang eines Vorganges, der einen Juden betrifft, werden von den Stenotypistinnen automatisch eine Karte für die Kartei und ein Personalbogen geschrieben. Die Einsortierung wird bei Ausgang des Vorganges automatisch in der Registrierung vorgenommen.

Personalakten werden im Archiv des Gestapa geführt. Für geheime Vorgänge besteht ein besonderes Archiv.

Eine Erfassung aller Juden, die überhaupt irgendwie staatspolitisch interessant sind, wird dadurch gewährleistet, daß jeder Vorgang, sobald er einen Juden nennt, automatisch zur Auswertung über II B 4 geleitet wird.

Eine besondere Beachtung finden die Ostjuden, die alle registriert werden. Der technische Gang ist dabei folgender: der Antragsteller für eine Ein- oder Durchreise muß einen Fragebogen (siehe Anlage) beim zuständigen deutschen Konsulat ausfüllen, der dem Gestapa zur Vorlage und Beurteilung gebracht wird. Personen, die wiederholt ein- oder durchreisen, werden auf der Karteikarte jeweils durch einen Reiter gekennzeichnet, so daß bei mehreren Durchreisen diese bereits rein äußerlich zu erkennen sind und von dem Karteiführer automatisch beim zuständigen Referat gemeldet werden.

So ergibt sich, daß die bei II B 4 geführte Kartei zwangsläufig sowohl in Deutschland ansässige, als auch im Ausland wohnende oder auch reisende Juden enthält.

Vorschläge:

Eine genaue und gegenseitige Unterrichtung über alle Vorgänge beim SD (II 112 und II B 4) kann nur erfolgen, wenn über eine regelmäßige Rücksprache der zuständigen Bearbeiter hinaus ein systematischer Austausch aller Vorgänge über die Registraturen geschieht.

Zweckmäßig wäre eine gemeinsam geführte Kartei⁶. Eine Zusammenlegung wird aber nur dann möglich sein, wenn gleiche Karteikarten benutzt werden und wenn die Aufstellung nach gleichen Gesichtspunkten erfolgt. Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Sachlage müßte bei Aufstellung der Judenkartei für ganz Deutschland ein regelmäßiger Austausch sämtlicher Neueingänge erfolgen.

Für die Aufstellung der Reichskartei stehen II 112 die vom Gestapa seit 1.10.1935 durchgeführten und in 1/4-jährlichen Abständen ergänzten Erhebungen über die gesamten organisierten Juden in Deutschland zur Verfügung, die bis jetzt unausgewertet bei II B 4 liegen. Assessor Flesch stellt II 112 diese Erhebungen zur Auswertung zur Verfügung⁷.

Mit Ausnahme der Stapostelle Berlin haben die Stapostellen noch keine örtliche Judenkartei aufgestellt, so daß es bei der Einrichtung der geplanten Kartei bei den Oberabschnitten zweckmäßig ist, sich mit den zuständigen Stapostellenleitern ins Benehmen zu setzen über den eventuellen Austausch von Karteikarten⁸. Als Gegenleistung würden die Stapostellen den SD-Oberabschnitten und Unterabschnitten ihre regelmäßig 1/4-jährlich

⁵ Eine Zeile fehlt im Durchschlag des Berichts.

⁶ Handschriftliche Randnotiz von Six: „Vorschlag an I 14“.

⁷ Handschriftliche Randnotiz von Six: „Vorschlag für Auswertung bei II 112“.

⁸ Handschriftliche Randnotiz von Six: „ja, Anweisung beifügen [Rest ist unleserlich]“.

geführten Nachträge über Veränderungen bei den organisierten Juden (Abgang durch Austritt, durch Tod, durch Auswanderung und Zugang) zur Verfügung stellen.

Eine Erörterung der Volljuden soll auf Anordnung des Reichsorganisationsleiters der NSDAP durch die Gauleiter erfolgen (Schreiben vom 3. 6. 37). Das diesbezügliche Rundschreiben, das offenbar noch nicht weitergegeben wurde, liegt dem Gestapa zur Begutachtung vor. Durch Vereinbarung mit Assessor Flesch geht es II 112 zur Beurteilung zu, so daß auf diese Weise durch Vorschlag an den Gruppenführer der SD eingeschaltet werden kann.

Beim Briefentwurf des Reichsorganisationsleiters wird darauf hingewiesen, daß die Erhebung für den 1) A-Fall, 2) RFSS, 3) das Rassenpolitische Amt, 4) für Studien- und Überprüfungszwecke angestellt würde.

Es konnte der Vorschlag gemacht werden, daß die Gauleitungen die Unterorgane der Partei anweisen, neben den Volljuden auch gleichzeitig Erörterungen über Mischlinge ersten [. . .]⁹

Wie aus einer Mitteilung von Assessor Flesch hervorgeht, ist die Aufstellung der Judenkartei deshalb von besonderer Bedeutung, weil erst danach das Reichsbürgergesetz durchgeführt werden kann.

Solange eine zentrale Regelung über die Zusammenlegung des Archive und Zentralkarteien noch nicht getroffen worden ist, muß mit sofortiger Wirkung eine Trennung der Arbeitsgebiete von II 112 und II B 4 erfolgen. Assessor Flesch ist bereit, das Gebiet der nachrichtendienstlichen Erörterung im Ausland über das Judentum sofort an den SD abzugeben. Der Briefwechsel mit dem Auswärtigen Amt müßte allerdings nach dem von C gegebenen Befehl über das Gestapa geleitet werden. Dies könnte in der Art geschehen, daß II 112 die Briefe entwirft und sie zur Unterschrift über das Gestapa weiterleitet. Auf diese Weise würde zugleich vermieden, daß etwas über die nachrichtendienstliche Tätigkeit des SD bekannt wird, zumal die Reichswehr sich dieses Gebiet auch gegenüber dem Gestapa nachdrücklichst vorbehalten hat (Anfragen der Gestapa haben jedoch ergeben, daß die Reichswehr durch ihre Vertrauensmänner Anfragen zu diesem Sachgebiet nicht erörtern kann). Auch die notwendigen Anfragen bei den mit dem Gestapa in Verbindung stehenden V-Männern im Ausland können durch den SD über das Gestapa erfolgen.

Auf diese Weise wird eine systematische Erörterung und Beobachtung des Auslandsjudentums möglich, was insbesondere im Hinblick auf die gegen den Führer, Streicher und Henlein geplanten Attentate durch die „Alliance israelite universelle“¹⁰ dringlichste Aufgabe ist.

Aus den dargelegten Gründen wurden bis jetzt von dem Berichterstatter vornehmlich die bei II B 4 liegenden Auslandsakten ausgewertet unter besonderer Berücksichtigung des Falles Frankfurter und des Jewish Board¹¹ (Bericht über diese beiden Fälle geht gesondert zu).

Zur weiteren Bearbeitung des Auslandsjudentums liegt beim Gestapa viel Aktenmaterial über die früheren Judenkongresse vor, u. a. auch über den letzten Zionistenkongreß¹².

⁹ Eine Zeile fehlt im Durchschlag des Berichts.

¹⁰ Die Alliance Israélite Universelle wurde 1860 in Paris als Hilfsverein zur Förderung der politischen und sozialen Gleichberechtigung der Juden gegründet. Gegen Ende der dreißiger Jahre unterhielt die Alliance über 150 Schulen mit rund 35 000 Kindern in Nahost, auf dem Balkan und in Nordafrika.

¹¹ Es ist nicht ersichtlich, welcher Fall hier angesprochen wird.

¹² Handschriftliche Randnotiz von Six: „muß von Hagen noch ausgewertet werden vor Abreise nach P.[alästina]“.

Assessor Flesch ist bereit, das Material dem SD zu übergeben. Eine vordringliche Bearbeitung im Zusammenhang mit dem Frankfurter-Fall ist unbedingt erforderlich, weil in diesem Aktenmaterial wichtige jüdische Weltorganisationen und Personen genannt sind. Die Kenntnis dieser Organisationen und Personen ist aber die Voraussetzung für eine genaue Beobachtung des Auslandsjudentums, um vorbeugende Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Attentate treffen zu können¹³.

Von den Inlandsakten wurden vorläufig nur die wichtigsten Vorgänge bearbeitet. Über unbekanntes Material wird in jedem Falle einzeln berichtet. (Folgende Inlandsakten der Juden, Judenerlasse, Juden in der Wirtschaft, Reichswehr und Judenfrage, Rechtssprechung in der Judenfrage). Abschriften und Auszüge würden sich bei der eventuellen Zusammenlegung der Generalakten erübrigen. Solange dies noch nicht geschehen ist, können Akten jederzeit vom Gestapa bezogen werden¹⁴.

Dokument 14

„Gemeinsame Anordnung für den Sicherheitsdienst des Reichsführer-SS und die Geheime Staatspolizei“ des Chefs des Sicherheitshauptamtes und Chefs der Sicherheitspolizei, 1. Juli 1937.

Bundesarchiv, R 58/239.

1. Der Sicherheitsdienst des Reichsführer-SS und die Geheime Staatspolizei bilden in den Ergebnissen ihrer Arbeit und in ihrer Wirkung nach außen eine Einheit.

Ihr inneres Verhältnis ist weder Konkurrenz noch Über- und Unterordnung, sondern gegenseitige Ergänzung unter Vermeidung jeder Doppelarbeit.

2. Zwischen dem Sicherheitsdienst des Reichsführer-SS und der Geheimen Staatspolizei tritt mit sofortiger Wirkung die folgende Geschäftsverteilung in Kraft:

a) Ausschließlich von Sicherheitsdienst des Reichsführer-SS werden die folgenden Sachgebiete bearbeitet:

Wissenschaft (Lehre, Hochschulwesen, Forschung, politische Geistesrichtung), Volkstum und Volkskunde (Rassenkunde, Volksgesundheit, Volkskunde, Volkstumsarbeit), Kunst (Musik, bildende Kunst, Theater, Film, Funk), Erziehung (Jugenderziehung innerhalb der Schule, Jugenderziehung außerhalb der Schule, Erziehung der Hochschuljugend, Leibeserziehung), Partei und Staat, Verfassung und Verwaltung, Ausland, Freimaurerei, Vereinswesen.

b) Ausschließlich von der Geheimen Staatspolizei werden die folgenden Sachgebiete bearbeitet: Marxismus, Landesverrat, Emigranten.

c) Auf den folgenden Sachgebieten werden alle allgemeinen und grundsätzlichen Fragen (in denen staatspolizeiliche Vollzugsmaßnahmen nicht in Betracht kommen) vom Sicherheitsdienst des Reichsführer-SS und alle Einzelfälle (in denen staatspolizeiliche Vollzugsmaßnahmen in Betracht kommen) von der Geheimen Staatspolizei bearbeitet:

¹³ Handschriftliche Randnotiz von Six: „Also sofort vor P.[alästina]Reise noch auswerten“.

¹⁴ Handschriftlicher Vermerk von Six: „1) Gesamtvorschlag für C entwerfen, 2) Auswertung der Auslandsakten sofort“.

Handschriftlicher Zusatz von Hagen vom 15.7.1937: „Durch Befehl von C zu Gestapa + SD überholt“.

Kirchen, Sekten, sonstige religiöse und weltanschauliche Zusammenschlüsse,
 Pazifismus,
 Judentum,
 Rechtsbewegung,
 sonstige staatsfeindliche Gruppen (wie Schwarze Front, Bündische Jugend u. a.),
 Wirtschaft,
 Presse.

3. Jeder Vorgang, der einen der unter 2 a) angeführten Sachgebiete betrifft, ist von dem Geheimen Staatspolizeiamt an das Sicherheitshauptamt des RFSS., von jeder Staatspolizeileitstelle an den SD-Führer des zuständigen SS-Oberabschnitts, von jeder Staatspolizeileitstelle an den zuständigen SS-Unterabschnitt urschriftlich zur weiteren Bearbeitung abzugeben, soweit nicht für die Geheime Staatspolizei eine Rechtspflicht zur Bearbeitung besteht, im letzteren Falle ist die zuständige SD-Dienststelle unverzüglich zu unterrichten.

4. Jeder Vorgang, der eines der unter 2 b) angeführten Sachgebiete betrifft, ist von dem Sicherheitshauptamt des RFSS an das Geheime Staatspolizeiamt, von jedem SD-Führer eines SS-Oberabschnitts an die zuständige Staatspolizeileitstelle, von jedem SD-Unterabschnitt an die zuständige Staatspolizeileitstelle urschriftlich zur weiteren Bearbeitung abzugeben. Unterlagen für die geistig-wissenschaftliche Bearbeitung des Marxismus sind in Abschrift auf dem SD-Dienstwege weiterzuleiten.

5.) Auf den unter 2 c) angeführten Sachgebieten ist a) jeder Vorgang, der allgemeine und grundsätzliche Fragen betrifft (in denen staatspolizeiliche Vollzugsmaßnahmen nicht in Betracht kommen), von dem Geheimen Staatspolizeiamt, soweit es den Vorgang nicht als Behörde bearbeiten muß – s. Zf. 6! –, an das Sicherheitshauptamt des RFSS von jeder Staatspolizeileitstelle an den SD-Führer des zuständigen SS-Oberabschnittes, von jeder Staatspolizeileitstelle an den zuständigen SD-Unterabschnitt urschriftlich zur weiteren Bearbeitung abzugeben.

b) jeden Vorgang, der Einzelfälle betrifft (in denen staatspolizeiliche Vollzugsmaßnahmen in Betracht kommen), von dem Sicherheitshauptamt des RFSS an das Geheime Staatspolizeiamt, von jedem SD-Führer eines SS-Oberabschnittes an die zuständige Staatspolizeileitstelle, von jedem SD-Unterabschnitt an die zuständige Staatspolizeileitstelle urschriftlich zur weiteren Bearbeitung abzugeben.

Ist zweifelhaft, ob eine allgemeine oder grundsätzliche Frage oder ein Einzelfall vorliegt, so ist vorsorglich von der Geheimen Staatspolizei die entsprechende Dienststelle des Sicherheitsdienstes des RFSS und vom Sicherheitsdienst des RFSS die entsprechende Dienststelle der Geheimen Staatspolizei zu unterrichten.

6. Soweit auf den unter 2 c) angeführten Sachgebieten das Geheime Staatspolizeiamt allgemeine und grundsätzliche Fragen als Behörde bearbeiten muß, hat es die Mitzeichnung des Sicherheitshauptamtes des RFSS einzuholen.

Ebenso hat das Sicherheitshauptamt des RFSS zu Berichten und Stellungnahmen in allgemeinen und grundsätzlichen Fragen auf den unter 2 c) angeführten Sachgebieten die Mitzeichnung des Geheimen Staatspolizeiamtes einzuholen.

In der Bearbeitung aller Gesetzgebungsangelegenheiten hat das Sicherheitshauptamt des RFSS die Mitzeichnung des Geheimen Staatspolizeiamtes und das Geheime Staatspolizeiamt die Mitzeichnung des Sicherheitshauptamtes des RFSS einzuholen.

7. Das Geheime Staatspolizeiamt hat jeden Vorgang auf den unter 2 c) angeführten Sachgebieten, gleich, ob er allgemeine und grundsätzliche Fragen oder ob er Einzelfälle betrifft, unverzüglich nach dem Abschluß der bearbeiteten Maßnahmen dem Sicherheits-

hauptamt des RFSS zur Auswertung zuzuleiten, das den Vorgang nach Auswertung alsbald an das Geheime Staatspolizeiamt zurückgibt.

8. Für die vom Sicherheitshauptamt des RFSS anzufertigenden allgemeinen Lageberichte stellt das Geheime Staatspolizeiamt Lageberichte über die unter 2 b) aufgeführten Sachgebiete zur Verfügung.

9. Soweit auf den unter 2 a) aufgeführten Sachgebieten staatspolizeiliche Vollzugsmaßnahmen für erforderlich gehalten werden, richtet das Sicherheitshauptamt des RFSS an das Geheime Staatspolizeiamt, jeder SD-Führer eines SS-Oberabschnittes an die zuständige Staatspolizeistelle, jeder SD-Unterabschnitt an die zuständige Staatspolizeistelle den Antrag auf Vornahme dieser Maßnahmen, auf den nach staatspolizeilechem Ermessen entschieden wird. Bescheid ist unverzüglich zu erteilen. Das Gleiche gilt, wenn aufgrund der Bearbeitung allgemeiner oder grundsätzlicher Fragen auf den unter 2 c) aufgeführten Sachgebieten staatspolizeiliche Vollzugsmaßnahmen für erforderlich gehalten werden.

10. Die vorstehenden Anordnungen gelten entsprechend für die unter dem Kopf „Der Chef der Sicherheitspolizei“ bearbeiteten Vorgänge.

Dokument 15

„Lagebericht der Abteilung II 112 für die Zeit vom 1.4.–30.6.1937“, 6. Juli 1937.

Sonderarchiv Moskau, 500/3/316.

Das Judentum in Deutschland stand in der Berichtszeit völlig unter dem Eindruck der Lage in Palästina und der Gegenmaßnahmen des Staates gegen die Greuelhetze des Auslandsjudentums, der Auflösung des U. O. B. B. und des zweimonatigen Versammlungsverbotes.

Der Schwebezustand in Palästina datiert seit April 1936, dem Ausbruch der arabischen Unruhen. England als Mandatsmacht hat es geschickt verstanden, Juden und Araber gegeneinander auszuspielen, obgleich es der palästinensischen Verwaltung ein leichtes gewesen wäre, den arabischen Aufstand in wenigen Tagen zu unterdrücken. Die schließlich eingesetzte Königliche Kommission führte monatelang Erhebungen in Palästina durch und legte ihre Meinung über eine endgültige Gestaltung des Landes in einem Bericht, dem Peel-Bericht, nieder. Der Inhalt dieses Berichtes wurde als geheim bezeichnet. Noch ehe der Kommissionsbericht fertiggestellt war und der englischen Regierung vorlag, setzten im April 1937 in der jüdischen Presse Gerüchte über eine geplante Teilung des Landes in arabische und jüdische Kantone ein. Zweifellos war die nun folgende heftige Diskussion von der englischen Regierung selbst angeregt. Man wollte zunächst feststellen, wie die Juden sich zu einer wesentlichen Verkleinerung des von ihnen beanspruchten Landes stellen würden. Die Teilung des Landes wird von den Juden wie von den Arabern auf das schärfste abgelehnt. Trotzdem sind sicher die Führer beider Parteien bereit, eine Kompromißlösung zu finden. Dieses dürfte unter Umständen zu einer Zersplitterung des Araber- und Judentums führen, da auf beiden Seiten extreme nationalistische Gruppen vorhanden sind, die eine Kompromißlösung niemals annehmen werden.

Der Kommissionsbericht wird der Öffentlichkeit am 8.7.1937 übergeben werden. Für den 31.7.37 ist der Zusammentritt der Mandatskommission des Völkerbundes in Genf

vorgesehen, die über das Schicksal Palästinas entscheiden soll. Der für Anfang August nach Zürich einberufene Zionistenkongress bildet das Forum, vor dem das Weltjudentum seine Pläne für die Schaffung eines Judenstaates erörtern wird. Palästina ist heute nicht mehr die Angelegenheit einer jüdischen Partei, des Zionismus, sondern heiligste Sache der Weltjudentum. Der Zionismus bildet dabei nur die Organisation des Aufbaues des Landes, über den sich die verschiedenen Gruppen nicht einig sind.

Die Unruhen in Palästina, die dauernde Verringerung der Einwanderungszertifikate durch die Mandatsregierung und die Schwierigkeiten des Transfers haben die Auswanderung der Juden aus Deutschland nach Palästina weiterhin absinken lassen. Dazu kommt noch, daß die Lebensverhältnisse in Palästina für den zivilisierten Juden aus Deutschland alles andere als glänzend sind. Die Juden beginnen sich langsam mit ihrem Schicksal in Deutschland abzufinden. Diese Tatsache wird auch deutlich durch die Wirkung der staatlichen Verbotsmaßnahmen, wie die Auflösung des U.O.B.B. und das Versammlungsverbot. Die Auflösung der Logen des U.O.B.B. zerstörte den Juden zum Teil ihre kulturellen Zentren, zu denen die Logenhäuser geworden waren. Das zweimonatige Versammlungsverbot, das zum Teil so scharf gehandhabt wurde, daß ein Betätigungsverbot daraus wurde, verlagerte den Schwerpunkt des jüdischen Lebens in die religiösen Gruppen und die Synagogen. Es wurde lediglich als eine empfindliche Störung empfunden, ohne daß das Judentum daraus irgendwelche Konsequenzen gezogen hätte. Das Echo, das diese staatlichen Maßnahmen im Ausland fand, zeigt, daß das internationale Judentum erkannte, daß der NS-Staat sich nicht länger ungestraft von La Guardia und Genossen provozieren läßt.

Zusammenfassend muß zur allgemeinen Lage gesagt werden, daß die Berichtszeit eine weitere Klärung und Abgrenzung des Verhältnisses zwischen Deutschen und Juden brachte, vor allem in der Rechtsprechung kommt dies zum Ausdruck, daß aber die wirtschaftliche Lage und die Zahl der Juden in Deutschland sich kaum geändert hat.

Am 15.5.37 ging das oberschlesische Minderheitenabkommen zu Ende. Nach Ablauf der zweimonatigen Schutzfrist treten ab 15.7.37 alle bisher erlassenen Judengesetze auch für Westoberschlesien in Kraft. Größere Abwanderungen von Juden aus dem Abstimmungsgebiet fanden nicht statt. Dies dürfte mit darin seinen Grund haben, daß die Lage in polnisch Oberschlesien gegenüber der im deutschen Teil wesentlich schlechter ist. Im übrigen Reichsgebiet zeigte sich, bedingt durch die Verschlechterung der Lage der Juden auf dem Lande, eine umfangreiche Abwanderung in die Großstädte. Auffallend ist die starke Abwanderung aus Ostpreußen und demgegenüber die Zusammenballung des Judentums in Danzig. Dort ist, trotz der laufenden Durch- bzw. Abwanderung eine jährliche Zunahme von etwa 500 Juden zu verzeichnen. Erwähnenswert ist noch der starke Zu- zug von Juden nach Nürnberg-Fürth, welches allmählich bei gleichbleibender Zuwanderung zu einem Judenzentrum Süddeutschlands wird.

Wegen staatsfeindlicher Umtriebe wurde am 19.4.37 der Unabhängige Orden B'nei B'rith im ganzen Reich aufgelöst und sein gesamtes Vermögen beschlagnahmt. Eine Ausnahme bildeten lediglich die durch das Minderheitenabkommen geschützten Logen in Beuthen, Gleiwitz und Ratibor. Eine endgültige Feststellung des Gesamtvermögens konnte bis jetzt noch nicht getroffen werden, jedoch steht fest, daß an Bargeld und Effekten mehr als eine Million Reichsmark beschlagnahmt wurden; dazu kommen noch die aus dem Verkauf des unbeweglichen Vermögens erlösten Summen. Dem „Paulusbund“, Vereinigung nichtarischer Christen, wurde die einstweilige Umbenennung in „Vereinigung 1937 – vorläufige Reichsbürger nicht reindentschblütiger Abstammung“ durch Reichskul-

turwalter Hinkel zur Auflage gemacht. Da er demnach nur noch reichsbürgerfähige jüdische Mischlinge als Mitglieder aufnehmen darf, erlitt der Bund naturgemäß einen starken Mitgliederrückgang. Mancherorts sah sich auch die Staatspolizei gezwungen, Ortsgruppen des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten wegen Umgehung des einschneidenden Betätigungsverbotens vom November 1936 aufzulösen, da dieselben in Geselligkeitsvereinen weiterhin versuchten, kameradschaftlichen Zusammenhalt unter ihren Mitgliedern zu pflegen.

Nach Ablauf des Versammlungsverbotens konnte in allen Teilen des Reiches eine verstärkte jüdische Versammlungstätigkeit festgestellt werden. Die Zionistische Vereinigung für Deutschland ließ den Palästina-Propagandafilm „Hatikwah“ (Die Hoffnung) in allen ihren größeren Ortsgruppen vorführen. Bemerkenswert ist ferner, daß in letzter Zeit zionistische Redner in Berücksichtigung der augenblicklichen Lage in Palästina auch für eine Judenauswanderung nach außerpalästinensischen Ländern Propaganda machen.

Anfang Mai 1937 führte der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten seine Zeitschrift „Der Schild“ auf das bis 1933 gepflegte DIN-Format zurück und senkte gleichzeitig ihren Preis wesentlich. Durch diese Maßnahme will der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten seine Zeitschrift weiten jüdischen Kreisen zugänglich machen und so die von ihm vertretene Haltung vorwärtstragen. Bis jetzt erreichte er eine Abonnentenzunahme von ca. 1 000.

Es konnte festgestellt werden, daß die Reichsvertretung der Juden in Deutschland ein immer größeres Sammelbecken des assimilatorischen Judentums geworden ist und ihre Arbeit daher zwangsläufig den Auswanderungsbestrebungen zuwiderlaufen muß. Dadurch erwuchs der Reichsvertretung in der Staatszionistischen Vereinigung, deren Leiter der Bankdirektor Georg Kareski ist, ein starker Gegner. Derartige Auswanderungshemmungen sind aber auch nicht im Sinne der staatlichen Bestrebungen zur Ausschaltung des Judentums. Es wird daher für die nächste Zeit eine Umbildung der Reichsvertretung unter staatlichem Druck vorgenommen werden.

Nach wie vor ist der Aufenthalt der Juden sowohl in persönlicher Hinsicht als auch in geschäftlicher in den vorwiegend katholischen Gebieten des Reiches wie in Bayern, im Rheinland und in Schlesien, bedingt durch die tolerante Einstellung der katholischen Geistlichkeit ein gleichbleibend guter. Dasselbe gilt auch für alle jene Gebiete, in denen der Bekenntnisfront erhöhte Bedeutung zukommt.

Einen weiteren Schritt zur Ausschaltung des Judentums aus dem kulturellen Leben stellt die Verordnung des Reichserziehungsministers vom 15. 4. 37 dar, welche staatsangehörige Juden von der Doktorpromotion ausschließt.

Immer noch werden zahlreiche Juden wegen Vergehens gegen die Nürnberger Rassenschutzgesetze abgeurteilt.

Während der jüdische Einfluß auf das kulturelle und Gemeinschaftsleben des deutschen Volkes durch die bereits erlassenen Gesetze weitgehendst zurückgedrängt werden konnte, ist durch das Fehlen gesetzlicher Verordnungen zur Ausschaltung der Juden aus dem materiellen Leben der Einfluß dieses Gegners auf diesem Lebensgebiet nach wie vor ungeheuer groß. Die bereits mehrfach berichtete Feststellung, daß die jüdischen Unternehmen vielfach ihre Umsätze im Vergleich zu früheren Jahren verdoppeln und verdreifachen konnten, trifft nach wie vor zu.

Es konnte in der letzten Zeit die Wahrnehmung gemacht werden, daß das internationale Judentum in verstärktem Maße an der Arbeit ist USA zu einer schlagkräftigen jüdischen Metropole auszubauen, von wo aus es seinen Angriff gegen seine Gegner vortragen wird.

Einer der übelsten Greuel- und Boykottetzer gegen Deutschland ist der Vorsitzende der Exekutive des Jüdischen Weltkongresses, der in Amerika lebende Rabbiner Stefan Wise¹. Er ist einer der eifrigsten Agitatoren für den Ausbau dieser neuen jüdischen Plattform in Amerika. Auf seine Initiative ist der Beschluß des Jüdischen Weltkongresses, eine Zentralstelle zur Bekämpfung des Antisemitismus zu schaffen, zurückzuführen. Die vorbereitenden Besprechungen und Arbeiten für die Gründung dieser Organisation fanden vor einigen Wochen in Wien statt.

Im Rahmen dieses Programms wurde vom amerikanischen Judentum auch der bisher in Deutschland tätige bekannte zionistische Funktionär Rabbiner Dr. Prinz² abberufen. Das Resümee seiner Rede anlässlich des ihm von der ZVfD abgehaltenen Abschiedsabends am 26.6.37 war ein Aufzeigen der Erkenntnis, daß das amerikanische Judentum gesammelt werden müsse zum Wohl der in Europa lebenden Juden und eingespannt werden müsse im Kampf um die Existenz der Juden in der ganzen Welt. Dieses Judenreservoir aufzurütteln und zu sammeln, sei eine seiner zukünftigen Aufgaben.

In der Zeit vom 12.5. – 14.5.1937 fand in München die zweite Jahrestagung des Reichsinstituts für Geschichte des Neueren Deutschlands, Abteilung Judenfrage statt.

Dokument 16

„Arbeitsprogramm für die Tagung II 112 am 1. November 1937 im Sicherheitshauptamt“.

Sonderarchiv Moskau, 500/3/322.

- 1) 9.30–10 Uhr : a) SS-O’Führer Albert
b) SS-Sturmbannführer Dr. Six
- 2) 10.00–10.30 “ : SS-Hauptsturmführer Ehrlinger:
„Allgemeines zur Lageberichterstattung, Sachkartei und Sachaktenführung usw.“
- 3) 10.30–11 “ : Die bisher vom Sicherheitshauptamt auf dem Gebiet der Judenfrage geleistete Arbeit und die zukünftigen Aufgaben von II 112. (SS-O’Scharf. Hagen).
- 4) 11.00–11.30 “ : Die Judengesetzgebung seit 1933 (SS-O’Scharf. Dannecker)
- 5) 11.30–12.15 “ : Das Weltjudentum: Politische Aktivität und Auswirkung seiner Tätigkeit auf die in Deutschland ansässigen Juden (SS-H’Scharf. Eichmann)
- 6) 12.15–12.45 “ : Der Peelbericht in seiner Auswirkung auf die Lage des Judentums in Deutschland – unter besonderer Berücksichtigung der zionistischen-

¹ Stephen Wise, 1874 in Budapest geboren, gehörte zu den einflußreichsten jüdischen Personen seiner Zeit. Seit 1882 in den USA, war er Reformrabbiner an der von ihm gegründeten Free Synagogue in New York. Auf seine Initiative entstand 1917 der American Jewish Congress, den er als Präsident viele Jahre leitete. Wise starb 1947 in New York.

² Dr. Joachim Prinz, 1902 in Oberschlesien geboren, wirkte als Rabbiner in Berlin, wurde nach 1933 wegen seiner Predigten gegen das NS-Regime mehrmals verhaftet und emigrierte 1937 in die USA. Dort wurde er nach dem Krieg Vizepräsident und später Präsident des American Jewish Congress.

- Bewegung – die Verlagerung der Judenfrage durch die mögliche Erklärung der Juden zur Minderheit und die gegenwärtige Lage in Palästina. (SS-O'Scharf. Hagen)
- 7) 12.45–14 “ : Mittagspause
- 8) 14.00–14.45 “ : a) Das innerdeutsche Judentum: Organisation, sachliche und personelle Veränderungen, geistiges Leben und die Methodik seiner Behandlung (SS-O'Scharf. Dannecker)
b) Die geistige Unterstützung des assimilatorischen Judentums durch katholische Kirche und Bekenntnisfront. (SS-U'Stuf. Gahrmann)
- 9) 14.45–15 “ : Die derzeitige Erfassung der Juden in Deutschland durch die verschiedenen Behörden, Institute und Ämter und die Auswertungsmöglichkeit bei der endgültigen Aufstellung der Judenkartei (SS-U'Scharf. Hagelmann)
- 10) 15.00–15.15 “ : Jüdisches Zeitungs- und Zeitschriftenwesen im In- und Ausland und die Auswertungsmöglichkeiten für die SD-Arbeit (SS-O'Scharf. Hagen)
- 11) 15.15–16 “ : Juden in der deutschen Wirtschaft (SS-U'Stuf. Seibert)
- 12) 16.00–16.30 “ : Kurze Referate der O. A.-Referenten:
a) geleistete Arbeit, Stand der Karteien, Sachkarteien;
b) Personalstand beim O. A., U. A. und den Außenstellen;
c) Zuträger- und Vertrauensmännerfrage, bestehende Verbindungen zu anderen Stellen, die sich wissenschaftlich oder politisch mit der Judenfrage befassen;
d) Vorschläge für die Gesamtarbeit von II 112,
- 13) 16.30–19.30 “ : Allgemeine Aussprache.

Dokument 17

Hagen, „Die bisher vom Sicherheitsdienst auf dem Gebiete der Judenfrage geleistete Arbeit und die zukünftigen Aufgaben von II 112“.

Sonderarchiv Moskau, 500/3/322.

Dieses Referat über geleistete und kommende Arbeit soll möglichst in allen Einzelheiten das Arbeitsprogramm festlegen, es soll vielmehr die große Linie für die Arbeit in den kommenden Monaten aufzeigen, denn, wir wollen das hier ruhig deutlich aussprechen, es hat uns bisher an der großen Linie und dem Systematischen in der Arbeit gefehlt. Gewiß ist das einesteils auf die mangelhafte personelle Besetzung der Stellen auf die O. A., den U. A. und besonders bei den Außenstellen zurückzuführen. Der Hauptgrund scheint aber doch darin zu liegen, daß über die vielen Kleinigkeiten, deren Erledigung selbstverständlich wichtig sind und erst die Wichtigkeit zur Durchführung der großen Aufgaben gibt die große Linie, die wir bei der Lösung der Judenfrage in Deutschland zu verfolgen haben, aus dem Auge verloren wurde.

Bei den vielen Kleinigkeiten denke ich insbesondere an die Rassenschandefälle, die doch leicht durch die zuständigen Polizeistellen erledigt werden können. Nur daß der SD generell sich daran zu beteiligen braucht. Sicher gibt es Fälle, in die einzugreifen wichtig ist,

wenn beispielsweise ein tüchtiger kräftiger Mann sich durch Begehen von Rassenschande strafbar gemacht hat. Diesen Mann kann man sich selbstverständlich dadurch gefügig machen, daß man ihn vorerst vor der Strafe schützt und ihn unter beständigem Druck als Auskunftsperson benutzt. Wie gesagt, ist hier ein Ausnahmefall, wie sie aber selten vorkommen. Im übrigen soll aber die Beschäftigung mit diesen Straftaten den Polizeistellen oder den Stapostellen überlassen bleiben.

Anders ist es, wenn die Rassenschande in gewissen Gebieten oder allgemein zu einem Prinzip im Kampf des Judentums gegen den NS wird. In diesem Augenblick hat selbstverständlich der SD sich mit diesem Problem zu befassen.

So und ähnlich ist mit vielen Meinungen, Nebenerscheinungen die Zeit vertan worden, und die bedeutsamen Aufgaben blieben unerledigt.

Ich möchte annehmen, daß Sachkartei und Sachkarteiarbeiten, wie sie vom SD-Hauptamt generell für alle Stellen befohlen wurden, jetzt durchgeführt worden sind. Sollte ein O. A. oder U. A. auch diese Arbeiten aus irgendwelchen Gründen noch nicht abgeschlossen haben, bitte ich, das nachher in den vorgesehenen Kurzreferaten der OA-Referenten unter Angabe der Gründe personeller oder sachlicher Art anzuführen. Es geht jetzt nicht mehr an, daß diese Arbeiten unerledigt sind, weil wir für die Durchführung unserer zukünftigen alle Zeit beanspruchen müssen.

Wenn ich also ein kurzes Fazit aus der bisher geleisteten Arbeit ziehe, dann muß ich feststellen, daß wir überall in den Anfängen stecken geblieben sind, nirgends aber unter dauernder Verfolgung der großen Linie die wichtigen Arbeiten erledigt haben. Denn mit der 14 tägigen Berichterstattung – die ja schon von Hptstuf. Ehrlinger eingehend genug besprochen wurde – allein ist nicht unsere Arbeit getan. Vielmehr müssen wir doch diese Berichterstattung als eine kleine Nebenbeschäftigung ansehen, die das Fazit aus der 14 tägigen Arbeit bildet.

Der Hauptgrund auch, warum SS Stubaf. Dr. Six diese Tagung einberufen hat, war der, daß wir die O. A., U. A. und Außenstellen über unser Arbeitsziel unterrichten und daß Sie uns berichten, welcher Art die Schwierigkeiten und Mängel sind, die Ihnen bei der vollen und verantwortlichen Durchführung dieser ihnen zugedachten Arbeiten entgegenstehen werden. Diesen Punkt bitte ich gleichfalls bei dem Kurzreferat zu beachten.

Die Neuordnung der Arbeitsverteilung zwischen Gestapa und SD ist Ihnen aus dem Befehl des RFSS vom 15.VII.37¹ und aus den Ausführungen von Hptstuf. Ehrlinger hinreichend bekannt, so daß ich auf eine Erläuterung verzichten kann. Die Stellung von II 112 ist durch diesen Befehl dahin verändert worden, daß wir die volle Verantwortung in der Bearbeitung der Judenfrage übernommen haben, wenn auch nach wie vor die gegenseitige Verständigung und Unterrichtung notwendig bleibt.

Diese Neuordnung macht erforderlich, daß sich jeder verantwortliche Referent, wie das eingehend bei dem Referat über die Judengesetzgebung dargelegt wird, mit der für eine endgültige Entscheidung notwendigen gesetzlichen und verordnungsmäßigen Handhabe vertraut macht, weil der Verkehr mit staatlichen Behörden diese Kenntnis voraussetzt.

Eine Entscheidung kann von diesen Stellen erst als endgültig anerkannt werden, wenn sie eine gesetzmäßige Grundlage hat. Früher war das eine Arbeit, die wir Gestapa überlassen haben, heute muß das von uns erledigt werden, auch wenn das Schriftstück durch die

¹ Gemeint ist hier Heydrichs Anordnung für den SD und die Geheime Staatspolizei vom 1.7.1937 (Dokument 14).

Kripostelle oder der Gestapa abgezeichnet wird, weil wir keine staatliche Behörde sind. Diese vorangestellt als *die* Voraussetzung für alle anderen Arbeiten.

Als Generallinie für alle Arbeit bei II 112 gilt nach wie vor Zurückdrängung und Unschädlichmachung aller assimilatorischen Bestrebungen der Juden und Unterstützung jeder positiven zionistischen Arbeit zugunsten der Auswanderung. Welche Organisationen dabei einer besonderen Beachtung und Überwachung bedürfen, wird in einem besonderen Referat näher ausgeführt. Wir haben Mittel zur Erreichung dieses Zieles zur Verfügung. Eines dabei ist vor allem wichtig, daß jeder Referent die für die Bearbeitung in Frage kommenden leitenden Juden persönlich kennt. Sie haben, sollten Sie dieses bisher noch nicht getan haben, Gelegenheit dafür, indem Sie sie durch die zuständige Stapostelle vorladen lassen. Erst das bildet die Voraussetzung für ein aktives Eingreifen, um die Dinge bei den Juden in unserem Sinne zu lenken.

Es darf dabei nicht vergessen werden, daß es zwecklos ist, einen Juden von seinem Posten zu entfernen, wenn niemand aus dem zionistischen Lager ihn ersetzen kann, der die nötige Autorität und Tatkraft besitzt, um tatsächlich positive Vorarbeiten zur Förderung der Auswanderung zu liefern. Denn findet man keinen ansprechenden neuen Leiter, so wird der neue, wenn er sich auch zionistisch gibt, bald unter dem Einfluß der alten stehen und damit noch schädlicher werden, weil er nicht mehr von uns kontrolliert und verantwortlich gemacht werden kann.

Sollte in solchen Fällen tatsächlich kein in unserem Sinne ansprechender Ersatz gefunden werden, wenden Sie sich unter Mitgabe der nötigen Unterlagen an die Abteilung II 112 des SD-Hauptamtes, damit wir über das Gestapa mit der obersten Leitung der zionistischen Organisation Verbindung aufnehmen und einen tatkräftigen Zionisten ausfindig machen können. Das sind Dinge, die sich nicht übers Knie brechen lassen, aber entscheiden werden müssen, wenn wir unsere Zeit-Aufgaben bei der Lösung der Judenfrage lösen wollen.

Wir haben im SD-Hauptamt bereits diesen Weg beschritten und zur Sicherung der Arbeit von allen jüdischen Organisationen den Ausschluß der beschäftigten Juden erörtert und der Staatsangehörigkeit zu kurzfristigen Terminen je nach Dringlichkeit gefordert. Eventuell beschäftigte Juden mit sowjetischer Staatsangehörigkeit wie das beispielsweise bei der jüdischen Gemeinde Berlin der Fall war, müßten selbstverständlich fristlos entlassen werden.

In gleicher Weise soll jetzt auch bei den O. A. und U.A vorgegangen werden, wozu Ihnen Hptscharf. Eichmann in seinem Referat noch nähere Angaben machen wird. Ausgenommen hiervon sind vorerst bis zur Beendigung der Saison alle innerhalb des Reichskulturbund tätigen fremdländischen Juden. Nach Abschluß der Saison wird nach Fühlungnahme mit Reichskulturwalter Hinkel hierüber besondere Anweisung ergehen. Der Vorbereitung der notwendigen Schritte steht selbstverständlich nichts im Wege.

Der Zurückdrängung des assimilatorischen Einflusses, der sich nicht nur in den Organisationen der Assimilationsjuden, sondern auch bei den Zionisten bemerkbar macht, beabsichtigen wir die Auflösung des Jüdischen Centralvereins und des ihm angeschlossenen Kartellverbandes. Die entsprechende Vorlage wurde bereits beim RFSS gemacht, so daß in nächster Zeit die Entscheidung zu erwarten ist. Näheres hierzu wird OScharf. Danneker in seinem Referat ausführen. Die Aktion soll in gleicher Weise durchgeführt werden wie bei der Auflösung des B'nai B'rith. Es ist also erforderlich, sich jetzt schon unauffällig die nötigen Unterlagen für diese Aktion zu beschaffen, sich über Grundstücksbesitz, Vermögen, Mitgliederverzeichnisse usw. zu informieren.

Weiter wollen wir uns in systematischer Weise an die Erfassung der Organisationsjuden machen, soweit diese Arbeit noch nicht vollständig geleistet wurde. Die nötigen Unterlagen werden Ihnen heute noch mitgegeben. Die laufende Führung der Kartei erledigen die O.A. und U.A. in Zusammenarbeit mit den Stapoleit- und Stapostellen, wie das auch noch UScharf. Hagelmann in seinem Referat zur Aufstellung der Judenkartei näher ausführen wird. Auf jeden Fall müssen diese Arbeiten vor Beendigung der im nächsten Jahre stattfindenden Volkszählung abgeschlossen sein. Falls hierzu Einwände personeller Art bestehen, bitte ich diese bei dem vorgesehenen Referaten der O.A.-Referate vorzubringen.

Über diese Arbeiten hinaus aber ist es erforderlich, daß sich alle O.A., U.A. und Außenstellen mit den Verbindungen der innerdeutschen jüdischen Organisationen und wichtigen Juden nach dem Ausland und im Inland befassen. Denn konkrete hier vorliegende Angaben liefern einen Beweis dafür, daß auf diesen Wegen die Meldungen für die Greuelpropaganda im Ausland aus Deutschland herausgelangen, daß andererseits deutsche Judenorganisationen die Anlaufstellen für jüdische Terrorgruppen bilden wie für die „Alliance Israelite Universelle“ in Paris u. a. Hptscharf. Eichmann wird darüber eingehender berichten. Im Interesse der Verhinderung von Attentaten gegen den Führer und leitende Staats- und Parteipersonlichkeiten, müssen wir uns mit Nachdruck daranmachen, die in Deutschland bestehenden Anlaufstellen solcher Art festzustellen. Es ist selbstverständlich bei den diesbezüglichen Feststellungen die Abtlg II 112 im SD-Hauptamt zu unterrichten, damit einheitliche Entscheidungen von hier aus gefällt werden können.

Gerade der „Ort“-Verband käme für solche Tätigkeit in Frage. Wenn auch Ihre erstmalig angestellten Erörterungen in dieser Hinsicht ergebnislos verlaufen sind, dürfen Sie dennoch die weiteren systematischen Hauptforschungen nicht einstellen. Es kommt hierbei nicht auf einen Tag an, und es erscheint deshalb auch zweckmäßig, Sie hierbei nicht durch die Terminstellung abzuschrecken. Wir müssen aber die Gewißheit haben, daß Sie diese Frage beständig im Auge behalten und beständig gewissenhaft verfolgen.

Der Fall Frankfurter, von dem aus erwiesenermaßen Fäden nach Deutschland, z. B. nach dem Bankhaus Arnold und dem großen Wirtschaftskonzern Unilever führen (Eichmann wird hierzu näheres ausführen) und das bereits einmal auf Henlein verübte aber gescheiterte Attentat, erlegen uns die Pflicht auf, gerade hier, wo die Juden in Deutschland und ihre Organisationen als Anlaufstationen für Terror- und Nachrichtenorganisationen dienen, in verstärktem Maße hellhörig zu sein.

Alle für das Bestehen einer festen Spionage-, Nachrichten- oder Terrororganisation sprechenden Tatsachen, wobei ich zur besonderen Beachtung die Wehr- und Spionageorganisation der Juden, die Hagana, über die Eichmann ausführlicher berichten wird, nenne, sind an die Abtlg. II 112 zu melden.

Aus diesen hier nur kurz gestreiften Tatsachen entspringen für uns zweierlei Aufgaben:

1. Für das Inland in Zusammenarbeit mit II 23 genaue Feststellungen über die gleichzeitige Tätigkeit einflußreicher Juden in deutschen Wirtschaftsorganisationen und in jüd. Nachrichtenorganisationen zu machen.

2. In Zusammenarbeit mit den zuständigen Abteilungen bei II 2 Feststellungen zu treffen, inwieweit in jüdischen oder nicht jüdischen Kulturinstituten, -vereinigungen usw. tätigen Juden oder Judenmischlinge zur Nachrichtenarbeit oder zum Ausland Verbindung unterhalten.

3. In bezug auf das Ausland: Alle jüdischen Organisationen besonders, auch die des Auslandes, personell in ihrer Tätigkeit und in ihren Verbindungen zum In- und Ausland laufend zu verfolgen und zu erfassen.

Welche Organisationen dafür insbesondere in Frage kommen, wird Ihnen Hptscharf. Eichmann noch näher darlegen, im übrigen muß aber von allen O. A. und U. A. erwartet werden, daß sie sich im Laufe der nächsten Monate ein genaues Bild über die zu den an ihr O. A.- und U. A.- Referat angrenzendes Land befindlichen in Frage kommenden Organisationen der Juden ein Bild machen können. Dazu kommt, daß man die dort sich entwickelnden antisemitischen Strömungen und Organisationen genau beachtet und sich hier nach Möglichkeit durch V-Männer Verbindungen schafft. Es muß dann als nächstes versucht werden, über solche V-Männer Verbindungen zu den ausländ. jüd. Organisationen herzustellen. Wie diese Arbeit im einzelnen auszuführen ist, muß der jeweiligen Lage überlassen bleiben. Hergestellt werden müssen diese Beziehungen jedoch, wie sie auch bei den innerdeutschen Organisationen bestehen sollen, – ganz gleich, welche Widerstände dabei zu überwinden sind. Über die reinen tatsächlichen Voraussetzungen zu dieser Arbeit informieren Sie sich in der jüdischen Inland- und Auslandpresse, die laufend über die in Frage kommenden Organisationen und Personen berichten.

Wenn ich also noch einmal in großen Zügen zusammenfassen darf:

1. Unsere vordringlichste Aufgabe ist die Unschädlichmachung jeder jüdischen Assimilation, Förderung der Auswanderung mit allen Mitteln.

2. Feststellung der innerdeutschen Nachrichtenwege der Juden und der nach dem Ausland führenden sowie feststehenden Nachrichtenorganisationen wie Hagana usw.

3. Beständige Zusammenarbeit mit II 2.

Die von mir aufgezeigten Arbeiten werden uns in den nächsten Monaten voll in Anspruch nehmen. Und ich darf hoffen, daß die maßvollen und den Verhältnissen angepaßten Terminstellungen eingehalten werden, damit eine ordnungsgemäße Arbeitserledigung gewährleistet ist. Bei der Erfüllung der großen Aufgaben werden selbstverständlich keine Termine gestellt. Ich darf mich aber hoffentlich darauf verlassen, daß niemand diese aus den Augen verliert und sie dauernd verfolgt.

Dokument 18

Dannecker, „Die Judengesetzgebung seit 1933“.

Sonderarchiv Moskau, 500/3/322.

Wenn im Rahmen des heutigen Arbeitsprogrammes auch ein Referat über die Judengesetzgebung seit 1933 und die wichtigsten, auf unserem Arbeitsgebiet erlassenen staatspolizeilichen Anordnungen aufgenommen wurden, geschah dies nicht in der Absicht, das Thema erschöpfend zu behandeln. Dieses Referat soll nur Anregung geben für eine gründliche Befassung jedes Referenten von II 112 mit dieser Materie. Denn nach der Neuordnung der Zusammenarbeit von Gestapa und Sicherheitsdienst nach dem RFSS-Befehl vom 1.7.37 ist es mehr noch als früher erforderlich, daß jeder O. A.- und U. A.-Referent über Gesetze und Anordnungen aus seinem Sachgebiet unterrichtet ist, um für die Beurteilung der jeweiligen Fälle die gesetzliche Grundlage zu haben. Es genügt nicht mehr, im Verkehr mit behördlichen Stellen zu schreiben: Der und der Jude muß ins KZ gesteckt wer-

den, weil er sich irgendwann staatsfeindlich geäußert und betätigt hat, sondern nach der Zitierung des festgestellten Tatbestandes hat es zu heißen: Der Jude X hat durch seine staatsfeindlichen Äußerungen oder seine staatsfeindliche Tätigkeit gegen die Anordnung oder das Gesetz Y verstoßen.

Auf die Anfänge der heutigen Judengesetzgebung hierbei einzugehen, wird kaum nötig sein, weil jeder von uns Punkt 4 und 5 aus dem Parteiprogramm kennt, in dem es heißt: „Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfessionen. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein“.

„Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremden gesetzgebung stehen“.

Die erste Folgerung nach der Machtergreifung aus diesem Punkte war bekanntlich der Judenboykott, der zwar keine gesetzliche Grundlage hatte, jedoch seine moralische Fundierung durch diesen Parteiprogrammpunkt erhielt. Gestzlich wurde das Judenproblem zum erstenmal mit dem am 7.4.1933 erlassenen Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums¹ aufgerollt, das dann auch die Grundlage für alle nachfolgenden Anordnungen und Gesetze bildete. Danach gilt als „nichtarisch“, „wer von nichtarischen, insbesondere jüdischen Eltern oder Großeltern abstammt. Es genügt, wenn ein Elternteil nichtarisch ist. Dies ist insbesondere dann anzunehmen, wenn ein Elternteil oder Großeltern teil der jüdischen Religion angehört hat“².

Nach § 3 des „Berufsbeamtengesetzes“ sind nichtarische Beamte in den Ruhestand zu versetzen und Ehrenbeamte zu entlassen. Ausnahmen waren ursprünglich zulässig bei sog. „Altbeamten“, d. h. solchen Nichtariern, welche bereits vor dem 1.8.1914 im Amt waren und bei Frontkämpfern. Als Frontkämpfer gilt, wer im Weltkriege (i. d. Zeit v. 1.8.1914–31.12.1918) bei der kämpfenden Truppe an einer Schlacht, einem Gefecht, einem Stellungskampf oder einer Belagerung teilgenommen, insbesondere wer das Abzeichen für Verwundete erhalten hat.

Nach Erlaß des Reichsbürgergesetzes vom 15.9.1935 traten dann mit Wirkung vom 31.12.1935 alle jüdischen Beamten in den Ruhestand. Die Ruhegeldzahlung an jüdische Frontkämpfer erfuhr eine besondere Regelung³.

Arische Abstammung im Sinne des Berufsbeamtengesetzes ist seitdem Voraussetzung für den Beamtenberuf. Schon beim Bestehen der Ehe mit einer nichtarischen Person ist die Berufung als Beamter unzulässig. Bereits beamtete, reichsbürgerfähige jüdische Mischlinge sind von jeder weiteren Beförderung ausgeschlossen.

Im Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen vom 25.4.1933⁴ ist u. a. die Herabsetzung des Anteils der studierenden Nichtarier an der studentischen Gesamtheit auf den ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprechenden Prozentsatz angeordnet.

¹ RGBl I, S. 175–177.

² Dieser Passus zitiert, nicht ganz vollständig, die Auslegung des § 3 gemäß der 1. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 11.4.1933; RGBl. I, S. 195: „Als nicht arisch gilt, wer von nicht arischen, insbesondere jüdischen Eltern oder Großeltern abstammt. Es genügt, wenn ein Elternteil oder ein Großeltern teil nicht arisch ist. Dies ist insbesondere dann anzunehmen, wenn ein Elternteil oder ein Großeltern teil der jüdischen Religion angehört hat.“

³ 1. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14.11.1935; RGBl I, S. 1333–1334.

⁴ RGBl I, S. 225.

Der auf § 4 des Gesetzes bezogene Artikel 8 der 1. DVO legt die Anteilzahl auf 1,5% und die Verhältniszahl für die Herabsetzung der Schulen und Studentenzahl auf 5% im Höchstfalle fest⁵.

Es folgten darauf im Jahre 1933 Gesetze über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft, zur Patentanwaltschaft und zum Beruf des Steuerberaters. Ferner [er]ging eine Verordnung über die Zulassung von Ärzten, Zahnärzten und Zahntechnikern zur Tätigkeit bei den Krankenkassen, weiterhin das Schriftleitergesetz und das Reichskulturkammergesetz.

Diese Gesetze fußen allesamt auf den Grundzügen des Berufsbeamtengesetzes und legen die strenge Auslegung des Nichtariers zugrunde. Die beiden zuletzt genannten Gesetze waren deshalb von besonderer Bedeutung, als mit ihrer Hilfe jede kulturelle Tätigkeit jüdischer Journalisten, Schriftleiter, Schriftsteller, Künstler usw. über den Rahmen ihrer jüdischen Gemeinschaft hinaus unterbunden werden konnte und damit die Gewähr für eine Reinhaltung der volkserzieherischen Ämter von allen jüdischen Einflüssen gegeben war.

Gemäß § 13 des Erbhofgesetzes vom 29.9.1933 kann Bauer und Erbhofbesitzer nur sein, wer deutschen oder stammesgleichen Blutes ist, nicht aber wer unter seinen Vorfahren jüdisches oder farbiges Blut hat⁶. Die Prüfungsordnung für Apotheker vom 8.12.1934 sowie die Zulassung der Dozentur setzen ebenfalls arische Abstammung i.S. des Berufsbeamtengesetzes voraus.

Nachdem nun ein Überblick über die wichtigsten Einzelgesetze gegeben ist, seien noch die Grundgedanken des Nürnberger Rassenschutzgesetzes vom 15.9.35 kurz umrissen. Im § 5 der ersten Verordnung zum „Reichsbürgergesetz“ wird der Begriff „Jude“ eindeutig festgelegt und zwischen „Staatsangehörigen“ und „Reichsbürgern“ unterschieden. „Jude“ ist danach,

1) wer von mindestens drei der Rasse nach volljüdischen Großeltern abstammt, wobei lt. § 2, Abs.2 Zugehörigkeit eines Großelternanteils zur jüdischen Religionsgemeinschaft ohne weiteres auch jüdische Rassenzugehörigkeit bedeutet,

2) der von zwei jüdischen Großeltern abstammende staatsangehörige jüdische Mischling,

a) der beim Erlaß des Gesetzes der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat oder danach in sie aufgenommen wird,

b) der beim Erlaß des Gesetzes mit einem Juden verheiratet war oder sich danach mit einem solchen verheiratet,

c) der aus einer Ehe mit einem Juden i.S. des Punktes 1) stammt, die nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre von 15.9.1935 geschlossen ist,

d) der aus dem außerehelichen Verkehr mit einem Juden i.S. des Punktes 1) stammt und nach dem 31.Juli 1936 außerehelich geboren wird⁷.

Ein Jude i.S. des Gesetzes kann nicht Reichsbürger sein und scheidet damit als Träger der vollen politischen Rechte aus. Er kann demzufolge auch kein öffentliches Amt bekleiden und kann das Wahlrecht nicht ausüben.

⁵ Die 1. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen vom 25.4.1933, RGBl I, S.226, legte fest, daß der Anteil nichtarischer Schüler bei Neuaufnahmen nicht mehr als 1,5% betragen durfte, der Höchstanteil insgesamt auf 5% zu senken sei.

⁶ RGBl I, S.685–692.

⁷ Dannecker zitierte nahezu wörtlich den § 5 der 1. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14.11.1935; RGBl I, S.1333–1334.

Im „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“⁸ werden Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen und artverwandten Blutes unter Strafe gestellt. Zum Entscheid über die Zulässigkeit von Ehen jüdischer Mischlinge mit Deutschen wurde der „Reichsausschuß zum Schutze des deutschen Blutes beim Reichsministerium des Innern“ ins Leben gerufen. Eheschließungen zwischen Halbjuden und Deutschen sowie zwischen Vierteljuden und Halbjuden bedürfen der Genehmigung des RMDI und des Stellvertreters des Führers bzw. der von diesen bestimmten Stelle (Reichsausschuß z. Sch. d. dtsh. Blutes), während Ehen zwischen Vierteljuden und Deutschen sowie unter Halbjuden nicht genehmigungspflichtig sind. Ehen zwischen Vierteljuden sollen nicht stattfinden.

Allerdings enthält dieses Gesetz keine Strafbestimmungen gegen die unter Umgehung des Gesetzes im Ausland geschlossenen Ehen; denn lt. § 1, Abs. 1 sind nur die zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen und artverwandten Blutes im Ausland geschlossenen Ehen nichtig. Um eine weitere Umgehung des Gesetzes zu verhindern, ist der Erlaß eines Sippengesetzes geplant, das die Ergänzung zu den bereits erlassenen Gesetzen bilden wird und auch hier alle Übertretungen mit Strafen belegen soll.

Außerehelicher Geschlechtsverkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes ist laut § 2 verboten und wird mit Gefängnis bzw. Zuchthaus bestraft.

Im § 3 ist ein Beschäftigungsverbot weiblicher Staatsangehöriger deutschen und artverwandten Blutes unter 45 Jahren für Juden festgelegt. Das Gesetz enthält jedoch keine Bestimmung über die Behandlung weiblicher Volksdeutscher unter 45 Jahren, so daß es einem Juden in Deutschland nach wie vor möglich ist, eine Volksdeutsche unter 45 Jahren trotz ihres deutschen Blutes in seinem Haushalt zu beschäftigen, ohne daß eine gesetzliche Handhabe zu einem Verbot gegeben ist. Ebenso ist (§ 4) den Juden das Zeigen der Reichsfarben verboten wogegen das Hissen jüdischer Fahnen unter staatlichem Schutz steht.

Mit der Verordnung über die Verpachtung öffentlicher Apotheken wurde Juden das Führen einer Apotheke untersagt. In jüdischem Besitz befindliche Apotheken unterliegen dem Verpachtungszwang⁹.

Die bisher besprochenen Gesetze schalten das Judentum in Deutschland politisch und rassenmäßig vollkommen, wirtschaftlich jedoch nur teilweise aus.

Die Rassengesetzgebung bewirkte so eine Scheidung der zum Judentum Gehörenden und derjenigen jüdischen Mischlinge, welche im Laufe der Zeit im deutschen Volkskörper aufgehen sollen. Hier bildete sich nun zwangsläufig ein Block all jener, die wohl offiziell als nichtjüdisch galten und das „vorläufige Reichsbürgerrecht“ besitzen, aber infolge der allseitigen Anwendung des Begriffs „Nichtarier“ in eine Sonderstellung gedrängt wurden.

Vereine und selbst kleinste Zusammenschlüsse führten 1933 den Arierparagrafen ein. Dadurch wurde den Jüdisch-Versippten jede Möglichkeit gesellschaftlichen Lebens genommen. Sie wurden zwangsläufig in innere Gegnerschaft zum NS-Staat gebracht oder mindestens zur Teilnahmslosigkeit an den volklichen Interessen gezwungen.

⁸ Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15.9.1935; RGBl I, S. 1146.

⁹ 1. Verordnung zum Gesetz über die Verpachtung und Verwaltung öffentlicher Apotheken vom 26.3.1936; RGBl I, S. 317.

In Erkenntnis dieser Tatsachen bestimmte der Gesetzgeber in § 6 Abs.2 der I. DVO zum Reichsbürgergesetz vom 14.11.1935 die Aufhebung der sog. Arierparagraphen in anderen als NS-Organisationen ab 1.1.1936, sofern diese über die gesetzliche Begriffsbestimmung des „Juden“ hinausgehen und sie nicht die Zustimmung des Reichsministers des Innern und des Stellvertreters des Führers gefunden haben.

Dadurch wurde es jüdischen Mischlingen also wieder ermöglicht, unter dem Schutz des Gesetzes stehend innerhalb deutscher Vereine Sport und Geselligkeit zu pflegen. Daraus folgt, daß sie Mitglieder in der DAF, im RLB und ähnlichen, nicht der Partei unmittelbar angeschlossenen oder unterstellten NS-Organisationen werden können. Ämter dürfen jedoch auch in diesen Organisationen nicht von jüdischen Mischlingen besetzt werden.

Dagegen ist ein Beitritt nicht rein-arischer Jugendlicher zur SS, SA und Hitlerjugend unmöglich. Die Hitlerjugend verlangt von jedem Neueintretenden die Erklärung, daß ihm keine jüdische Versippung bis zurück zum Jahre 1800 bekannt ist und scheidet die nicht dieser Voraussetzung entsprechenden Jugendlichen rücksichtslos aus. Auch der Reichskriegerbund Kyffhäuser verlangt seit Mai 1937 arische Abstammung i.S. des Berufsbeamtengesetzes.

Wehrgesetz und Reichsarbeitsdienstgesetz schließen Volljuden vollkommen vom Wehr- bzw. Arbeitsdienst aus. Jüdische, reichsbürgerfähige Mischlinge können wohl dienen, jedoch nicht Vorgesetzte in der Wehrmacht bzw. im RAD werden. Vom aktiven Wehrdienst sind sie jedoch ausgeschlossen¹⁰.

Anweisungen:

Diese Gesetze finden ihre Ergänzung für die staatspolizeiliche Arbeit durch die zahlreichen ministeriellen Erlasse und die vom Geheimen Staatspolizeiamt herausgegebenen Anordnungen und Verordnungen, deren Besprechung hier zu weit führen würde. Es muß hierbei noch einmal betont darauf hingewiesen werden, daß es eine unbedingte Voraussetzung zur ordnungsgemäßen Erledigung der nach der Neuordnung der Zusammenarbeit zwischen SD und Gestapo übertragenen Arbeiten ist, sämtliche seit 1933 erlassenen Gesetze, ministeriellen Erlasse, staatspolizeilichen oder polizeilichen Verordnungen oder sonstigen wichtigen Entscheidungen zu kennen und zu besitzen.

Die Stapostellen haben im allgemeinen eine Sammelmappe angelegt mit allen diesbezüglichen Verordnungen. Falls eine vollständige Sammlung bei den einzelnen Oberabschnitten noch nicht vorhanden ist, ist es erforderlich, sich hier sofort alle fehlenden Exemplare in Abschrift oder Photokopie zu beschaffen.

Um die einheitliche Durchführung bei allen O. A. zu gewährleisten, wird II 112 zusammen mit den nach der Tagung herausgegebenen Arbeitsanweisungen eine genaue Liste über sämtliche seit 1933 erlassenen Gesetze und Verordnungen zusammenstellen¹¹. Die Gesetzesmappen sind anhand dieser Liste zu überprüfen und zu ergänzen. Sollten sich einzelne Exemplare bei den Stapostellen nicht beschaffen lassen, wird um Mitteilung an das SD-Hauptamt gebeten, das für die abschriftliche Übersendung Sorge tragen wird.

¹⁰ Wehrgesetz vom 21.5.1935; RGBl I, S.609–614; sowie Reichsarbeitsdienstgesetz vom 26.6.1935; RGBl I, S.769–771.

¹¹ Vgl dazu die „Arbeitsanweisungen für das Sachgebiet II 112“ (Dokument 25).

Dokument 19

Eichmann, „Das Weltjudentum: politische Aktivität und Auswirkung seiner Tätigkeit auf die in Deutschland ansässigen Juden“.

Sonderarchiv Moskau, 500/3/322.

Die Themenstellung zeigt, daß wir uns hier vornehmlich mit dem im Ausland sitzenden Judentum unter besonderer Berücksichtigung seiner politischen Arbeit gegen und in Deutschland zu befassen haben. Es soll Ihnen dies Referat neue Gesichtspunkte aufzeigen, nach denen Sie in Ihren Arbeitsgebieten diesen Gegner zu bearbeiten haben.

Das Weltjudentum läßt sich seinen geistigen Tendenzen nach wie das in Deutschland ansässige Judentum in drei Gruppen aufgliedern: die Orthodoxie, die Assimilanten und die Zionisten.

1. Die Orthodoxie

Ist jene Gruppe im Judentum, die die Zusammenfassung des gesamten Judentums durch Festhalten an den religiösen Gebräuchen, durch Verbreitung ihrer Thora (im engeren Sinne die 10 Gebote, im erweiterten der gesamte Pentateuch), sowie durch die Verbreitung und Auslegung der religionswissenschaftlichen Literatur wie der Tosephta, der Baraitas, der Midrasche, dem Talmud, dem Schulchan-Aruch, der Kabbalah usw. erstrebt. Sie hat ihren Hauptsitz im europäischen Osten und zählt etwa 7 bis 8 Millionen Anhänger. Hauptträger der jüdischen Orthodoxie ist der „Weltverband der Agudas-Isroel“, der Ihnen hinreichend durch unser Leitheft bekannt ist.

2. Die Assimilanten

Der assimilatorisch eingestellte Jude ist bestrebt, mit allen Mitteln, unter äußerlicher Aufgabe seiner Eigenheiten, in die Kultur seines Wirtsvolkes einzudringen.

Die Folgezeit der französischen Revolution brachte den Juden in fast allen Staaten die Gleichberechtigung, die sie zuletzt in Rußland mit dem Sturz des zaristischen Regimes im Jahre 1917 erlangten. In Preußen erlangten sie diese bereits im Jahre 1812 durch das berühmte Hardenbergsche Emanzipationsedikt.

Somit war also den Juden der Weg geebnet, um in alle Lebensgebiete des deutschen Volkes einzudringen, und wir sehen, wie dieser Gegner im Laufe weniger Jahrzehnte Kunst, Wissenschaft und Volkstum, Rechtssprechung und Erziehung und das gesamte materielle Leben der Nation unterminiert, wie er die öffentliche Meinung bildenden Gebiete, Presse, Literatur, Theater und Film, unter seine Herrschaft zwingt.

Diese offen und versteckt betriebene assimilatorische Tätigkeit förderte die antisemitischen Bestrebungen jenes Antisemitismus', der seine Krönung fand im Kampf des Nationalsozialismus gegen das Judentum. Das Judentum erkannte in diesem Antisemitismus seinen schärfsten Gegner und schritt seinerseits zur Schaffung eigener Abwehrorganisationen.

Als eine solche Spitzenorganisation des internationalen Judentums zur Abwehr des Antisemitismus ist die im Jahre 1860 in Paris gegründete „Alliance Israelite Universelle“ anzusehen, die sich heute nicht nur mit einer propagandistischen Abwehr begnügt, sondern, wie die folgenden Ausführungen beweisen, nicht vor dem Mord zurückschreckt, um die Existenz des Judentums zu sichern.

Ihr Sitz ist in Paris, 16, Rue Lamarck. Als Präsidenten dieser Organisation sind die Juden Nathan Landsmann, Simon Landsmann, Beilin und Dobry bekannt. In dem selben Gebäude, in dem diese „Alliance Israelite Universelle“ heute ihren Sitz hat, befindet sich auch das „Asyle de Jour et de Nuit“, das nach außen hin als eine Unterstützungsorganisation für Bedürftige aller Konfessionen erscheint, obwohl es ausschließlich mit jüdischen Geldern unterhalten wird. Es ist also klar, daß es sich hier um eine Tarnung handelt, und daß die hier aufgenommenen Obdachlosen dunklen Geschäften dienstbar gemacht werden.

So hielt am 14.3.1937 die „Alliance“ eine Sitzung in Paris ab, auf der als deutsche Vertreter auch die Juden Hirsch und Siegel, die hier weiter noch nicht bekannt geworden sind, anwesend waren. Hierbei wurde ein Attentat auf Henlein, den Führer der sudeten-deutschen Partei, beschlossen. Die Wahl fiel auf diesen, weil man glaubt, an ihn leichter herankommen zu können als an eine deutsche Persönlichkeit und die politische Auswirkung die gleiche sei. Der Mordanschlag scheiterte, weil Henlein noch rechtzeitig unterrichtet werden konnte und die Waffe des Mörders versagte. Ein uns in Photokopie vorliegender Brief eines Beauftragen dieser „Alliance“, der nach dem Inhalt zu schließen mit der Durchführung des Henlein-Attentates beauftragt war, trägt den Briefkopf der erwähnten Unterstützungsorganisation der „Asyle de Jour et de Nuit“, 16, Rue Lamarck.

Mit der Durchführung der Attentatspläne gegen den Führer wurde der Präsident der „Alliance“ Nathan Landsmann beauftragt. Aus einer vorliegenden Meldung vom 16.6.1937 geht weiter hervor, daß auch ein Attentat gegen den Gauleiter Streicher geplant ist. Für die Durchführung dieses Attentates wurde das „Komitee voor bizondere joodsche belange“, Amsterdam, Oosteinde 16, verantwortlich gemacht. Dieses Komitee, das unter der Leitung des Juden Prof. Dr. Cohen steht, unterhält über den aus dem Kairoer Judenprozeß bekannt gewordenen jüdischen Rechtsanwalt de Vries Verbindungen zur „Alliance Israelite Universelle“ und über den eben erwähnten Juden Cohen, Verbindungen zum „Unilever Konzern“.

Es besteht der allerstärkste Verdacht, daß der Hauptstützpunkt der „Alliance“ in Deutschland der an etwa 600–700 deutschen Wirtschaftsunternehmungen mit sehr großen Aktienanteilen beteiligte „Unilever Konzern“ ist, dessen Hauptsitz sich in London befindet. Ihm gehören unter anderem sämtliche deutschen Margarinewerke. Der Konzern ist aus der „Margarine-Union“ und dem Seifenkonzern „Lever“ entstanden. Der Präsident dieses Konzerns ist der tschechoslowakische Jude Schicht. Er hat fünf Söhne, die jeder eine andere Staatsangehörigkeit besitzen. Mitglieder dieses Konzerns sind:

1. Dr. Jurgens, deutscher Staatsangehöriger,
2. van den Bergh, holländischer Staatsangehöriger (er ist Mitglied des „Komitees voor bizondere joodsche belange“ und des U.O.B.B. Von ihm wurde das sogenannte „Deutsche Hilfskomitee“, Amsterdam, Elandstraat 33, für die aus Deutschland emigrierten Juden, finanziell unterstützt.),
3. van Nimwegen, holländischer Staatsangehöriger. Er ist Betriebsführer der Margarine-Verkaufsunion für Deutschland,
4. Ein Pg. Schraudt (Wohnort dzt. noch unbekannt).

Es steht fest, daß dieser „Unilever Konzern“ zusammen mit folgenden im „Unionshaus“, Berlin, Burgstraße 24, befindlichen Firmen Aktienanteile bei dem früheren „van den Berghschen Margarine-Konzern“ besitzt:

- a. deutsche Jurgenswerke A. G.,
- b. Jurgens van den Bergh Margarine Verkaufs-Union GmbH;
- c. Verwaltungsgesellschaft für Fettindustrie A. G.

Die Dachgesellschaft für alle, diesem „Unilever-Konzern“ gehörigen Fettfabriken, ist die „Jurgens van den Bergh-Verkaufs-Union GmbH“. Alle die zahlreichen Firmen dienen lediglich zur Tarnung. Durch geschickte, wechselseitige Aktienbesitzverteilung unterstehen sie finanziell und damit unter restloser Kontrolle des „Unilever-Konzerns“.

Für uns ist es jetzt von größter Wichtigkeit, in Zusammenarbeit mit II 23 festzustellen:

1. Welche im Reichsgebiet existierenden Wirtschaftsunternehmungen sind diesem Unilever-Konzern angeschlossen?

2. Feststellung der in diesen Unternehmungen sitzenden jüdischen Vorstandsmitglieder, Aktieninhaber, Verwaltungsräte, Prokuristen und Direktoren (in Zusammenarbeit mit II 2).

3. Beantragung der Post- und Telefonüberwachung.

4. Überwachung dieser genannten Personen und Feststellung ihrer Verbindungen zu Juden im In- und Ausland und den zu den jüdisch-politischen Organisationen des In- und Auslandes.

5. Ausführliche Meldungen hierüber sind bei Materialanfall an das SD-Hauptamt II 112 zu machen.

Als eine weitere Abwehrmaßnahme gegen den Antisemitismus muß auch die Gründung der zionistischen Weltorganisation betrachtet werden. Sie bildet die dritte jüdisch-politische Gruppe.

3. Die Zionisten

Ihre Gründer kamen aus dem Lager der Assimilanten. Sie hatten erkannt, daß eine reibungslose Assimilation unmöglich sei und daß andererseits selbst bei einer etwaigen reibungslosen Assimilation alle jüdischen Emigranten zum Verschwinden verurteilt sein würden.

Der Aufbau der zionistischen Weltorganisation, Gründung, Organisation, Einstellung zum NS-Staat usw. ist Ihnen bereits durch das von uns herausgegebene Leitheft bekannt. Uns interessiert in diesem Zusammenhang im besonderen eine Einrichtung dieser Organisation, die als Nachrichten- und Wehrinstitution unter dem Namen „Hagana“ bekannt ist. Der Einfluß und das Interessengebiet dieser „Hagana“ erstreckt sich auf die ganze Welt. In ihr sind in erster Linie alle wehrfähigen Männer der verschiedenen politischen Parteien der zionistischen und neuzionistischen Organisationen erfaßt. Die oberste Leitung liegt in Händen von „Aktionskomitees“ und setzt sich aus 15 Mitgliedern zusammen, die auch wirtschaftlich von der Organisation unterhalten werden. Der erweiterte „Führerkreis“ besteht aus 500 Juden, die als militärische Instrukteure in den Siedlungsgebieten und als Verbindungsstab in den Parteistellen und Behörden tätig sind. Das „Aktionskomitee“ und der erweiterte Führerkreis setzen sich zum größten Teil aus ehemaligen Militärs der osteuropäischen Staaten und einigen Amerikanern zusammen. Der Führerschicht folgt die aktive „Hagana-Kampfruppe“, die aus Siedlern, Land- und Industriearbeitern besteht. Die Bewaffnung dieser Gruppe ist modern; sie besteht aus Gewehr, Pistolen und Handgranaten, Maschinengewehren, Minenwerfern, Geschützen und Flugzeugen.

Neben dieser Wehrorganisation besteht ein Überwachungs- und Spionagedienst, dem es innerhalb Palästinas gelang, das „Criminell Investigation Department of Policy“, den „Intelligence Service“ und die Postzensurstelle mit „Hagana-Leuten“ zu durchsetzen, um in der „Surété Generale“ und im französischen Spionagedienst eigene und bezahlte Hagana-Agenten, teils nichtjüdischer Herkunft, unterzubringen oder zu verpflichten. Die Zentraleitung des Überwachungs- und Spionagedienstes der „Hagana“ hatte bis Anfang 1936

ihren Sitz in London. Mit der Übernahme der französischen Regierung durch Léon Blum wurde diese nach Paris verlegt.

Durch Mitteilungen eines Zuträgers sind einige der in Deutschland tätigen Hagana-Angehörigen bekannt geworden, die während der palästinensischen Wirren einen lebhaften Waffenschmuggel nach Palästina betrieben. Namentlich bekannt wurde der Jude Spiro, der sich nach seiner Verhaftung durch die Gestapo in Hamburg erhängte, und der Jude „Schalomi“, der sich auch „Seealtil“ nennt. Der dritte uns bekannte „Hagana-Angehörige“ ist der Jude Gerson, der Leiter des jüdischen Umschulungsgutes in Winkel b. Berlin und endlich der Jude Josephstahl, Mitglied der Reichs-Vertretung d.J.i.D., der nach der Verhaftung des bereits erwähnten „Schalomi“ zur Berichterstattung in die Schweiz fuhr.

Für uns ist es auch hier von größter Wichtigkeit festzustellen:

1. Wo sitzen im Reichsgebiet weitere Juden, die hier als Angehörige der „Hagana“ arbeiten oder mit Angehörigen der Hagana in irgendwelchen Verbindungen stehen? Jeder O. A. und U. A. hat in seinem Arbeitsgebiet ansässige Juden daraufhin einer genauen Kontrolle zu unterziehen.

2. Von uns aus werden die in Deutschland arbeitenden „Hagana-Angehörigen“ weiterhin schärfstens überwacht. Bei Wechsel des Wohnorts oder Antritt einer Reise dieser „Hagana-Angehörigen“ innerhalb des Deutschen Reiches wird der hierfür zuständige O. A. von uns sofort benachrichtigt. Ihre Arbeit ist es dann, diese Leute genauestens zu überwachen, ihren Umgang festzustellen, die besuchten Personen namentlich zu erfassen und hierüber gesondert als GKds. [Geheime Kommandosache] an das SD-Hauptamt zu berichten.

Vor sich sehen Sie eine Tafel, die Ihnen den Aufbau des internationalen Judentums veranschaulichen soll (folgt Erklärung dieser Tafel). All diese Organisationen – wir haben lediglich Spitzenorganisationen zeichnerisch dargestellt – sind in einem scheinbaren Chaos bunt durcheinander geworfen. Hinter dieser Unübersichtlichkeit versucht das Judentum, die wirklichen Tendenzen und die tatsächlichen Arbeiten der einzelnen jüdisch-politischen Organisationen zu verschleiern. Unter sich sind sie denn auch im höchsten Maße uneinig, einzig lediglich in ihren Spitzen oder dann, wenn es gilt, einen großen gemeinsamen Gegner, wie das nationalsozialistische Deutschland zu bekämpfen. Hier sitzen sie in ihren Greuel- und Boykottzentralen einträchtig zusammen und beschließen die weiteren Maßnahmen. Als Nachrichtenquellen dienen diesem internationalen Judentum die Angehörigen der verschiedenen in Deutschland arbeitenden jüdisch-politischen Organisationen.

Wir konnten in der letzten Zeit feststellen, daß sich die in Deutschland existierenden jüdischen Organisationen für ihre Nachrichtenübermittlung in das Ausland in zunehmendem Maße Kuriere mit ausländischer Staatsangehörigkeit bedienen. In Paris, London und New York sind heute die drei Hauptzentren jüdisch-politischer Aktivität:

1. *In Paris* ist der Sitz der bereits ausführlich beschriebenen „Alliance Israélite Universelle“, ferner der Sitz des „Ortverbandes“ (Gesellschaft zur Umschulung), ICA – Jewish Colonisation Association, der CSE – Organisation für sanitäre Maßnahmen unter den Juden, der „Lica“ – Weltliga zur Abwehr des Antisemitismus und des Komitees „des Délégations Juives“. Während sich die „Alliance Israélite Universelle“ zur Nachrichtenübermittlung aus dem Reich wahrscheinlich der Unzahl der bereits angeführten Wirtschaftsorganisationen bedient, – ein Lebensgebiet, in dem der jüdische Einfluß bekanntlich immer noch sehr groß ist, – bedienen sich die übrigen in Paris ansässigen jüdischen Spitzenorga-

nisationen der in Deutschland arbeitenden jüdisch-politischen Organisationen, wie „Ortverband“ und „Hilfsverein“ der Juden in Deutschland als Nachrichtenquellen. So wollte der „Ortverband“, der Ihnen durch das von uns herausgegebene Leitheft bekannt ist und über den Sie in den letzten Monaten in der Provinz, wie Sie berichteten, bezüglich der Nachrichtenübermittlung ergebnislose Nachforschungen anstellten, zu dem Ende August d.J. in Paris abgehaltenen Weltkongreß, der „Ortunion“, seinen ersten Vorsitzenden Graetz und den ersten Geschäftsführer des Ortverbandes, den sowjetrussischen Staatsbürger, David Klementinowsky, sowie den Schriftführer dieser Organisation, den Dänen George Goetz, als Delegierten dorthin schicken. Die Vertretung der Belange in Deutschland arbeitender jüdisch-politischer Organisationen im Ausland durch Juden ausländischer Staatsangehörigkeit wurde von uns aus selbstverständlich verboten.

2. In London befindet sich die Sammel- und Spitzenorganisation der britischen Juden, der „Board of Deputies of British Jews“. Gewissermaßen als Auswärtiges Amt ist dieser Organisation das „Joint Foreign Comitee“ angegliedert. Zweck und Aufgabe dieses Komitees ist es, die Lage der Juden in anderen Ländern zu überwachen und geeignete Hilfsmaßnahmen zu beschließen. Dieses Komitee kontrolliert sämtliche sich im Auslande befindlichen jüdischen Emigrantenorganisationen, wie „The German Jewish Emigrations Council London“, das „Comité des Réfugiés“, London, „Central British Fund for German Jewry“, London, das Comité nationale de secours Réfugiés all., Paris.

Das Nachrichtenmaterial über Deutschland erhalten diese, in London sitzenden jüdischen Spitzenorganisationen durch Kuriere ausländischer Staatsangehörigkeit über den Hilfsverein der Juden in Deutschland und den „Hechaluz“.

Aufgrund dieser Feststellungen wurden die in Berlin ansässigen Vorsitzenden jüdischer Organisationen vorgeladen und die Staatszugehörigkeit der Vorstandsmitglieder sowie der Angestellten der jüdischen Organisationen festgestellt. Dabei stellte sich heraus, daß außer dem ersten und zweiten Vorsitzenden die übrigen Funktionäre des Ortverbandes fast ausschließlich eine ausländische Staatsangehörigkeit besaßen bzw. staatenlos waren. Die Überprüfung der Staatszugehörigkeit der Beamten und Angestellten ergab, daß mit wenigen Ausnahmen jede jüdische Organisation in Deutschland einen Funktionär mit sowjetrussischer Staatsangehörigkeit beschäftigt. So sitzen z. B. im Vorstand des Ortverbandes außer dem bereits erwähnten Sowjetrussen Klementinowsky, Berlin, noch drei weitere Ausländer. Der „Hilfsverein der Juden in Deutschland“ hat außer dem Sowjetrussen Brotzky, Berlin, noch acht weitere Juden ausländischer Staatsangehörigkeit in seinen Diensten. Die jüdische Gemeinde Berlin beschäftigt allein 120 Juden mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die bei ihr als Beamte im Gehaltsverhältnis stehen, darunter fünf sowjetrussische Staatsbürger.

Da angenommen werden muß, daß das internationale Judentum und ausländische Staaten sich dieser außerhalb der deutschen Gesetze und Gerichtsbarkeit stehenden Juden als Nachrichtenzuträger bedienen und sie deshalb im A-Fall eine schwere Gefährdung für die absolute Sicherheit des Staates darstellen können, wurde vom SD im Einvernehmen mit dem Geheimen Staatspolizeiamt eine Aktion zur Entfernung aller Juden ausländischer Staatsangehörigkeit, die als Beamte, Angestellte oder Arbeiter in jüdischen Organisationen beschäftigt sind oder von diesen bezahlt werden, eingeleitet. Das Verfahren dabei war folgendes: Die jeweiligen Vorsitzenden der Organisationen wurden aufgefordert, eine Liste derjenigen Beschäftigten einzureichen, die ausländische Staatsbürger bzw. staatenlos sind. Es wurde in jedem Fall kurzfristigste Entfernung dieser Personen verlangt. Ausnahmen von dieser Forderung wurden nur dann gemacht, wenn der Beweis für die

Unersetzlichkeit erbracht werden konnte, d. h. also soweit die von diesen Maßnahmen betroffenen ausländischen Staatsangehörigen an nicht ersetzbaren Stellen, die für die Förderung der Auswanderung arbeiten, beschäftigt sind. In gleicher Weise soll jetzt bei den im übrigen Reiche bestehenden Organisationen vorgegangen werden; dabei sind von den O. A. folgende Richtlinien zu befolgen:

1. In Zusammenarbeit mit den örtlichen Staatspolizeistellen sind die ersten und zweiten Vorsitzenden sämtlicher in Ihrem Arbeitsgebiet existierender jüdischer Organisationen (orthodoxe, assimilatorische, zionistische und die Hilfs- und Unterstützungsorganisationen) vorzuladen. Es ist ihnen die Auflage zu machen, umgehendst die Personalien der von ihnen beschäftigten Funktionäre (Vorstand oder Mitarbeiterstab) ausländischer Staatsangehörigkeit einzureichen.

2. Es ist den ersten und zweiten Vorsitzenden zu eröffnen, daß diese Juden ausländischer Staatsangehörigkeit bis zum 31. 12. 1937 aus ihren Diensten zu entlassen sind.

3. Die Vorsitzenden dieser jüdischen Organisation sind anzuhalten, bis auf weiteres monatlich über folgende Punkte Bericht zu erstatten:

a) daß sich in ihrer Organisation kein Jude ausländischer Staatsangehörigkeit mehr als Funktionär oder besoldeter Mitarbeiter befindet,

b) über Wohnsitz und Tätigkeit der aus ihrer Organisation eliminierten Juden ausländischer Staatsangehörigkeit bis zu ihrer endgültigen Auswanderung aus Deutschland.

4. Darüber hinaus ist es Aufgabe des jeweiligen O. A. oder U. A., durch Post- und Telefonüberwachung oder sonstige Überwachungsmethoden die jüdischen Organisationen genauestens dahingehend zu kontrollieren, inwieweit Angehörige dieser Organisation auch weiter noch mit den ausgeschiedenen Juden in Verbindung stehen.

5. Die ausgeschiedenen ausländischen Juden sind ebenfalls genauestens zu überwachen, und falls diese etwa beabsichtigen sollten, nicht auszuwandern, ist bei dem geringsten Anlaß Ausweisungsbefehl zu beantragen.

6. Die gesetzliche Grundlage zu diesem Vorgehen bietet der § 1 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 28. 2. 1933 zum Schutze von Volk und Staat.

7. Sollte es sich als notwendig erweisen, daß Juden ausländischer Staatsangehörigkeit infolge ihrer Tätigkeit in der Auswanderungsarbeit in ihren Stellen verbleiben müssen, um ein Stocken der Auswanderung zu verhindern, ist unter genauester Darlegung des Tatbestandes an das SD-Hauptamt zu berichten. Die endgültige Entscheidung über ein Verbleiben dieser Juden fällt das SD-Hauptamt im Einvernehmen mit dem Geheimen Staatspolizeiamt.

8. Ausführliche Meldungen über diese Aktion sind bis zum 15. 1. 1938 an das SD-Hauptamt II 112 zu machen.

Das dritte und zugleich größte Zentrum jüdisch-politischer Aktivität ist *New York*. Es konnte in den letzten Jahren festgestellt werden, daß das Weltjudentum immer mehr bestrebt ist, die USA zu einer jüdischen Plattform auszubauen, um von dort aus den Angriff gegen seine Gegner vorzutragen. So hat vor einigen Wochen unter dem Vorsitz des berühmtesten Greuel- und Boykottetzers Samuel Untermyr¹ im Hotel „Edison“, New York, eine Tagung der „unparteilichen Anti-Nazi-Liga“ (Zusammenschluß der „Non sectarien anti-nazi Liga“ und der „Anti-Defamation-Liga“ mit dem Sitz in New York stattge-

¹ Samuel Untermyer, 1858 in Lynchburg/Virginia geboren, führte in New York eine sehr erfolgreiche Anwaltspraxis und engagierte sich als demokratischer Politiker und Regierungsberater gegen den Antisemitismus. Er starb 1940 in New York.

funden, zu der Vertreter von 143 jüdischen und nichtjüdischen Organisationen geladen waren. Es wurde beschlossen, den Anti-Nazi-Boycott zu verstärken. Die Katholiken und Protestanten der ganzen Welt wurden aufgefordert, den Kampf gegen die Verfolgungen, denen die Kirche in Deutschland ausgesetzt ist, gemeinsam mit dem Judentum zu verstärken. Der „Deutsch-Amerikanische Kulturbund“, der in den USA über 1 500 000 Mitglieder zählt, ist dieser Anti-Nazi-Aktion beigetreten. Ich erinnere mich an eine Abschlußrede des ehemaligen Funktionärs der „ZVID“, Rabbiner Dr. Joachim Prinz, der von dem Judentum vor einigen Monaten nach Amerika berufen wurde und erklärte, daß es eine seiner vornehmsten Aufgaben sein werde, mitzuarbeiten an der Sammlung und Konzentration des Judenreservoirs in den USA und es reif zu machen für den Kampf des Judentums zum Wohl der Juden in aller Welt.

Hier ist es uns bereits gelungen, einen V-Mann einzubauen, so daß wir aufgrund des eingehenden Nachrichtenmaterials in der Lage sind, über die Tätigkeit dieser in den USA arbeitenden jüdischen Boycott-Organisationen genauestens zu unterrichten und dementsprechende Abwehrmaßnahmen zu ergreifen.

Ihre Aufgabe ist es, hier genauestens festzustellen, wo und wie der Jude in Ihren Arbeitsgebieten versucht, seinen Angriff gegen das nationalsozialistische Deutschland über unsere konfessionellen und übrigen Gegner vorzutragen. In den meisten Fällen werden Sie auch hier nur dann Erfolg haben, wenn Sie die Juden untereinander jüdisch-politisch ausspielen.

Dokument 20

Hagen, „Der Peelbericht in seiner Auswirkung auf die Lage des Judentums in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der zionistischen Bewegung und die Verlagerung der Judenfrage durch die mögliche Erklärung der Juden zu Minderheiten“.

Sonderarchiv Moskau, 500/3/322.

Der Peelbericht:

Der am 7. Juli 1937 von der englischen Regierung veröffentlichte Bericht der königlichen Palästinakommission, die unter dem Vorsitz von Lord Peel arbeitend den Auftrag hatte, die Ursachen festzustellen, die zu den im Jahr 1936 ausgebrochenen Unruhen in Palästina geführt hatten und Vorschläge zur Beseitigung etwaiger von der Mandatsregierung begangener Fehler zu machen, wird im allgemeinen und in seinen grundsätzlichen Feststellungen bekannt sein, so daß ich mich in diesem Zusammenhang auf eine kurze Skizzierung der Teilungsvorschläge beschränken kann.

Der Bericht schlägt vor, daß ein Judenstaat begründet werden soll, der die fruchtbaren Ebenen von Galiläa umfaßt, dessen Grenzen dann südlich des Sees Genezareth scharf nach Westen abbiegen, um von Meggido entlang der Küstenebene etwa 30 km über Jaffa hinaus nach Süden zu verlaufen. Für die Städte Haifa, Akko, Tiberias und Safed soll die britische Verwaltung für eine längere Übergangszeit aufrechterhalten werden. Ein neues britisches Mandat soll die Städte Jerusalem und Bethlehem umfassen und in einem breiten Korridor zur Hafenstadt Jaffa führen, die selbst allerdings dem arabischen Staat einverleibt werden soll. Unter das britische Mandat fallen außerdem Stadt und See Genezareth. Inner-

halb dieses englischen Mandatsgebietes haben alle Bewohner gleiche Rechte und Pflichten. Als Amtssprache gilt das Englische.

Der arabische Staat wird die verbleibenden Gebiete umfassen und soll mit Transjordanien zu einem Reich zusammengeschlossen werden. Es ist bekannt, in wie starkem Maße die Juden bei dieser Lösung gegenüber den Arabern begünstigt wurden, dadurch, daß man ihnen die fruchtbarsten Ländereien zuteilte und in welchem Maße englische politische Erwägungen diesen Teilungsvorschlag bestimmten.

Die Stellungnahme der Juden zum Teilungsplan:

Trotz der eindeutigen Begünstigung der Juden im vorgeschlagenen Teilungsplan stieß der Peelbericht auf den fast einmütigen Widerstand des gesamten Weltjudentums, das zum größten Teil ganz Palästina zur Errichtung eines Judenstaates forderte, in jedem Falle aber die Einbeziehung des jüdischen Teils von Jerusalem in den vorgeschlagenen Judenstaat.

Dieser einmütigen Ablehnung des Vorschlages durch das Weltjudentum schloß sich auch die „Zionistische Vereinigung für Deutschland“ an. Dr. Friedenthal¹ schrieb in einem Bericht an das Gestapa am 16. 7. 37: „Der Teilungsplan der Kommission, den die englische Regierung im allgemeinen bestätigt hat, ist für uns unannehmbar“. Und er betonte dabei, daß die Grundthese, nämlich die Undurchführbarkeit des Mandates, falsch sei und die Kommission deshalb in allen Teilen ihres Berichtes auch zu falschen Schlüssen kommen mußte. Falls der Vorschlag der englischen Regierung überhaupt eine Diskussionsgrundlage bilden sollte, müßte der jüdische Stadtteil Jerusalem zum jüdischen Staatsgebiet fallen, müßte der Negev, der Süden Palästinas, jüdisch werden und dürfte die Mandatsübergangszeit für die oben genannten Städte auf höchstens 2 Jahre bemessen sein; außerdem wendet er sich gegen die Einwanderungsbeschränkung auf 8000 Juden für die nächsten acht Monate und lehnt u. a. auch noch die Zahlung der Subvention des jüdischen Staates an den arabischen Staat ab.

In ähnlicher Weise wie die zionistische Vereinigung verhielten sich auch die übrigen in Deutschland bestehenden jüdischen Organisationen, die sich damit der allgemeinen Stellungnahme des Judentums in den anderen Ländern anschlossen. Auszunehmen sind hiervon insbesondere die „Staatszionisten“, die den Teilungsvorschlag in jeder Form ablehnen.

Der Zionistenkongreß:

Nachdem auch das englische Unter- und Oberhaus die Annahme des Peelberichtes abgelehnt hatten, trat der Zionistenkongreß vom 3. 8. bis 11. 8. in Zürich zusammen, um über die endgültige Stellungnahme des Judentums zu beraten.

Wenn sich auch alle Vertreter der verschiedensten politischen Strömungen innerhalb des Weltjudentums darin einig waren, daß der Vorschlag der Peelkommission in seiner gegenwärtigen Fassung von ihnen nicht angenommen werden könne, schwankt doch der Grad der Ablehnung mit der jeweiligen radikalen Einstellung der jüdischen Parteien. Während die Judenstaatspartei unter Leitung von Meir-Grossmann² und die „Neue zionistische Or-

¹ Dr. med. Hans Friedenthal, 1900 geboren, Arzt, wanderte 1920 nach Palästina aus, kehrte jedoch 1928 wieder nach Deutschland zurück. Friedenthal war 1934–1936 Präsident der jüdischen Sportorganisation Makkabi in Deutschland und 1936 geschäftsführender Vorsitzender des ZVfD. 1938 emigrierte er endgültig nach Palästina.

² Meir Grossman, 1888 in Rußland geboren, Journalist, gehörte zu den militanten Zionisten, die sich als Revisionisten von der Zionistischen Weltorganisation distanzieren. Grossman, der in London, den USA und Palästina lebte, trennte sich 1933 auch von Jabotinsky, den er anfangs unterstützt hatte, und gründete die Judenstaatspartei. Während des Zweiten Weltkriegs lebte Grossman in den USA und wanderte danach nach Israel aus, wo er 1964 starb.

ganisation“ unter Leitung von Jabotinsky³ den Vorschlag mit oder ohne Revision vollkommen ablehnten, und ganz Palästina für den Judenstaat verlangten, zeigte sich die Mehrzahl der unter der geistigen Führung Weizmanns stehenden Gruppen von vornherein geneigt, grundsätzlich dem Teilungsplan zuzustimmen, wenn auch unter Forderung gewisser Zugeständnisse in Südpalästina, in bezug auf den jüdischen Teil Jerusalems und die geplanten britischen Mandatsstädte.

Trotz der in der Öffentlichkeit und den geschlossenen Sitzungen geführten heftigen Debatten wurde eindeutig klar, daß Weizmann die Angelegenheit von vornherein in der Hand hatte, weil er, wie er selbst ausführte, bestimmte Zusagen des englischen Kolonialministers Ormsby-Gore bezüglich der neuen englischen Mandate, der künftigen Überlassung von Siedlungsgebieten in Süd-Palästina und Selbständigmachung der Universitätsstadt Jerusalem hatte.

So ist es auch nicht verwunderlich, daß trotz der Protestversammlung der Judenstaatspartei gegen die Politik Weizmanns und die Stellungnahme der meisten Kongreßmitglieder, die Exekutive des Zionistenkongresses mit 300 gegen 158 Stimmen bevollmächtigt wurde, mit der englischen Regierung in Verhandlung für die vorgeschlagene Teilung des Judenstaates festzustellen.

Die Stellungnahme des Völkerbundes:

Während sich der Zionistenkongreß noch in den Debatten über die endgültige Stellungnahme zum englischen Teilungsplan befand, lag der Peelbericht auch der Mandatskommission des Völkerbundes vor, die ihn, nachdem Weizmann und Ormsby-Gore die Entscheidung des Zionistenkongresses mitgeteilt hatten, ohne eine endgültige Entscheidung zu fällen, dem Völkerbund vorlegten; allerdings mit dem Bemerkens, daß die Unmöglichkeit einer Durchführung des Mandates in Palästina nicht unbedingt eingesehen werden könne. Der Völkerbund seinerseits vertagte die endgültige Entscheidung auf den Januar 1938, angeblich, um in der Zwischenzeit mit den Juden und Arabern über eventuelle Besserungsvorschläge verhandeln zu können.

Immerhin darf man annehmen, daß es sich bei dieser Verschiebung der endgültigen Entscheidung lediglich um ein taktisches Manöver handelt, da England, dessen Einfluß im Völkerbund bekanntlich entscheidend ist, auf keinen Fall auf die Durchführung der vorgeschlagenen Teilung, wenn auch vielleicht in einer zugunsten der jüdischen Bevölkerung abgeänderten Form, verzichten wird.

Die deutsche Stellungnahme zum Judenstaatsprojekt:

Wir müssen also trotz dieser aufgeschobenen Entscheidung früher oder später mit der Möglichkeit der Errichtung eines Judenstaates in Palästina rechnen. In diesem Falle tritt aber das gesamte Judenproblem in Deutschland in ein vollkommen neues Stadium, weil anzunehmen ist, daß die Juden in den verschiedenen Ländern nach Anerkennung ihres Staates durch den Völkerbund zu Minderheiten erklärt werden, – übrigens völkerrechtlich ein einmaliger Fall – die nicht mehr den ordentlichen Gesetzen des deutschen Rei-

³ Vladimir Jabotinsky, 1880 in Odessa geboren, war einer der führenden, radikalen Politiker des Zionismus. 1920 organisierte er die Haganah, zerstritt sich mit den gemäßigten zionistischen Führern um Chaim Weizmann und gründete 1925 in Berlin die Zionisten-Revisionisten, die sich scharf von der Politik der Zionistischen Weltorganisation abhoben. 1935 wurde er in Wien Präsident der Neuen Zionistischen Organisation, siedelte nach London über und bemühte sich von dort um die Förderung der jüdischen Auswanderung nach Palästina.

ches unterliegen, sondern den vom Völkerbund proklamierten und oft mißbrauchten Minderheitenrechten.

Das bedeutet also, daß die Juden in Deutschland das Recht auf eine freie kulturelle und politische Tätigkeit innerhalb des Reichsgebietes hätten und ihrer zahlenmäßigen Stärke entsprechend sogar eine politische Vertretung bei der Regierung verlangen könnten, um die Möglichkeit zur Verteidigung der ihnen durch das Minderheitenrecht garantierten kulturellen und politischen Freizügigkeit zu haben.

Gleichzeitig würde damit die Durchführung der deutschen Judengesetzgebung in erheblichem Maße erschwert, wenn nicht völlig unterbunden werden, weil die Juden als nationale Minderheit innerhalb des deutschen Reiches Beschwerderecht beim Völkerbund hätten, das ihnen sicher nicht verwehrt werden würde, zumal ja England die Schaffung dieses Judenstaates selbst in Vorschlag gebracht hat, weil es sich von diesem eine erhebliche Stärkung und Unterstützung seiner Politik im vorderen Orient verspricht.

Zu den innerpolitischen Schwierigkeiten, die nach einer Proklamation des Judenstaates auftreten würden, träten erhebliche außenpolitische hinzu. Denn es ist als selbstverständlich anzunehmen, daß der Judenstaat über seine diplomatischen Vertretungen bei den verschiedenen Regierungen die Intensivierung des jüdischen Boykottes und der Verleumdungskampagne gegen den nationalsozialistischen Staat betreiben würde. Aus diesen Erwägungen heraus hat auch das Auswärtige Amt seine Stellungnahme gegenüber der Gründung eines Judenstaates geändert und ist jetzt mit allen Mitteln bemüht, seine Konstituierung zu verhindern.

Angesichts dieses Tatbestandes erwächst für uns die Aufgabe, alle nur vorhandenen Möglichkeiten auszunutzen, um die Judenauswanderung zu fördern. Das bedeutet also: schärfstes Vorgehen gegen alle assimilatorischen Bestrebungen des Judentums und stärkste Förderung aller positiv arbeitenden zionistischen Organisationen. Unter diesen Gesichtspunkten sind auch die in den folgenden Referaten gegebenen Anweisungen zu beachten.

Es wird deshalb tunlich sein, insbesondere den „Staatszionisten“ Bewegungsfreiheit zu lassen, weil diese durch ihre radikale Einstellung gegen das Assimilantentum die besten Helfer in unseren Auswanderungsbestrebungen sind. Wie uns der Leiter der Staatszionisten Kareski versicherte, ist es ihm bereits gelungen, zwei illegale Transporte mit 20 bzw. 150 Angehörigen der Staatszionisten nach Palästina zu bringen, und er beabsichtigt, noch weitere Transporte ohne Zertifikatszuteilung nach Palästina zu schicken. Dabei verfolgen die Staatszionisten die Absicht, die innere Opposition in Palästina gegen die laue zionistische Politik zu verstärken.

Dokument 21

Dannecker, „Das innerdeutsche Judentum: Organisation, sachliche und personelle Veränderungen, geistiges Leben und die Methodik seiner Behandlung“.

Sonderarchiv Moskau, 500/3/322.

Jüdisch-politische Lage in Deutschland

Im Judentum Deutschlands treten uns unendlich viele verschiedenartige Gruppen entgegen, die wir in drei große Sektoren einteilen können. Wir unterscheiden Assimilanten, Orthodoxe Juden und Caritative Gruppen und Zionisten.

Die *Assimilanten* treten ein für völlige Verschmelzung des Judentums mit seinem Wirtsvolke, während die Zionisten in direktem Gegensatz hierzu die Betonung des nationalen Eigenlebens und die Schaffung einer öffentlich-rechtlichen gesicherten Heimstätte in Palästina als ihr Ziel herausstellen. Neben diesen gegensätzlichen Gruppen kann ein Teil des Judentums zur religiös-orthodoxen Richtung gerechnet werden. Das Ziel dieser Juden ist lediglich die Pflege jüdischer Religion wie sie im Talmud und Tora verankert ist.

Markanteste Vertreter der Assimilanten und damit gleichzeitig Träger des assimilatorischen Gedankengutes überhaupt war bis zur Machtübernahme der „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“, heute „Jüdischer Centralverein“. Seine im Jahre 1893 erfolgte Gründung geschah ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Abwehr des damals verstärkt aufkommenden Antisemitismus. Er bezweckt satzungsgemäß „die tatkräftige Wahrung der staatsbürgerlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung seiner Mitglieder, sowie unbeeinträchtigte Pflege deutscher Gesinnung“. Die zwischenzeitlich vorgenommene Satzungsänderung, wonach der CV „die Pflege des jüdischen Lebens, sowie die seelische, rechtliche und wirtschaftliche Betreuung der in Deutschland lebenden Juden“ bezweckt, kann über seine wahren Ziele nicht hinwegtäuschen. Tatsächlich hat der CV die in seiner ursprünglichen Satzung niedergelegte, durchaus assimilatorische Grundhaltung bis heute nicht geändert und sogar bis in die jüngste Zeit herein diese Tatsache immer wieder unter Beweis gestellt.

Wie weit das dreiste Verhalten des CV nach der Machtübernahme ging, erhellt einmal aus der Tatsache, daß die CV-Leitung ihre Ergebenheit der Reichsregierung gegenüber versicherte und zum anderen die Versuche, eine der DAF ähnliche Organisation für in Deutschland ansässige Juden ins Leben zu rufen.

So verlagerte sich die Tätigkeit des CV äußerlich gesehen in den letzten Jahren immer mehr auf die wirtschaftliche Betreuung seiner Mitglieder, d. h. auf Rechtsschutz und Wirtschaftsberatung. Hierbei ist allerdings unverkennbar, daß die erteilten Ratschläge stets darauf abzielen, die Existenz der betreffenden Juden in Deutschland zu erhalten.

Wenn auch das Organ des CV, die „CV-Zeitung“, äußerlich viel „in Zionismus macht“, so darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß die ganze Tätigkeit des CV abgestellt ist auf den Ausbau der Stellung der noch in Deutschland lebenden Juden. Dies beweisen auch immer wieder die Auslassungen des derzeitigen Vorsitzenden, Rechtsanwalt Herzfeld¹, Essen. Selbst die durch den CV unterstützte Vorbereitung zur Überseewanderung kann diesen Eindruck nicht verwischen, wenn man bedenkt, daß nur etwa 10% der Gesamtausgaben für solche Zwecke ausgeworfen werden. Der CV zählt heute etwa 40000 Mitglieder und unterhält an fast allen größeren Plätzen des Reiches Geschäftsstellen, deren Beratungsstunden allen Juden zugänglich sind.

Nach dem Jahre 1933 wurde die Versammlungstätigkeit des CV vollkommen gedrosselt. Dadurch verlor er seine bis dahin innegehabte Führung im Assimilantentum Deutschlands und mußte sie an den „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten“ abgeben. Dieser „Frontbund“ wurde im Februar 1919 durch Zusammenschluß verschiedener jüdischer Frontsoldatenvereine von dem jüdischen Hauptmann der Landwehr a. D. Leo Löwenstein², Ber-

¹ Dr. Ernst Salomon Herzfeld, 1875 in Posen geboren, seit 1903 Rechtsanwalt in Essen und Vorsitzender des CV-Landesverbandes Rheinland, war von 1936 bis 1938 der letzte Präsident des CV. Er emigrierte 1939 nach Palästina und starb auf einer Reise 1948 in Buenos Aires.

² Dr. Leo Löwenstein, 1879 in Aachen geboren, gehörte zu den Gründern des RjF und führte den Berliner Verband bis 1938. Seit 1933 war er außerdem Präsident des RjF-Sportbundes. 1940 wurde er zur Zwangsarbeit herangezogen, 1943 nach Theresienstadt deportiert. Er überlebte die Haft, emigrierte 1946 nach Schweden und siedelte später in die Schweiz über, wo er 1956 starb.

lin, gegründet. Als Hauptziel wurde auch hier die Abwehr des Antisemitismus herausgestellt. Später ging der Frontbund dazu über, eine Stelle zu schaffen, die durch Aufstellung jüdischer Kriegsstatistik die Haltung der Juden im Weltkriege herausstellen und damit den Vorwurf von der Kriegsdrückebergerei der Juden entkräften sollte. Schließlich brachte im November 1932 der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten sein Gefallenen-Gedenkbuch heraus, in welchem 12 000 jüdische Gefallene namentlich aufgeführt sind.

Wie einwandfrei festgestellt wurde, bestanden zwischen dem Frontbund und dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold engste Beziehungen, die sogar soweit gingen, daß der vom Reichsbund jüdischer Frontsoldaten gegründete jüdische Abwehrdienst – JAD – bzw. die Jiu-Jitsu-Gruppe des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten der SPD als Saalschutz zur Verfügung gestellt wurden.

Kriegsopferbetreuung durch den Reichsbund jüdischer Frontsoldaten

Am 27.8.1934 übertrug der Reichsarbeitsminister dem Reichsbund jüdischer Frontsoldaten die Betreuung jüdischer Kriegsopfer, die bis dahin durch die NSKOV erfolgt war. Seitdem bestehen Kriegsopferabteilungen bei der Bundesleitung, den Landesverbänden und den Ortsgruppen. Im Reichsbund jüdischer Frontsoldaten sind in 16 Landesverbänden mit 365 Ortsgruppen ca. 25 000 Juden organisiert.

Grenzen der Betätigung des RjFr

Seitens des Frontbundes wurde bis in die neueste Zeit unter dauerndem Hinweis auf die „jüdischen Blutopfer im Weltkriege“ Propaganda für ein angeblich berechtigtes Verbleiben der Juden in Deutschland gemacht. Aus diesem Grunde sah sich der RFSS und Chef der Deutschen Polizei RMDI gezwungen, durch Verfügung vom 7. 11. 1936 die ausschließliche Tätigkeit des RjFr auf die Betreuung jüdischer Kriegsopfer festzulegen. Jede andere Tätigkeit, also auch Kameradschaftsabende usw., wurde damit untersagt³.

Erwähnenswert ist noch, das vom RjFr ins Leben gerufene Auswandererlehrgut Groß-Brehsen bei Breslau. Dort werden nunmehr nach Scheitern der Versuche, Juden auf neue Berufe in Deutschland umzuschulen, junge Juden, vorwiegend ehemalige Mitglieder des aufgelösten „Ring-Bund jüdischer Jugend“ und Angehörige vom RjFr bzw. von CV-Mitgliedern für die Überseewanderung vorbereitet.

Einen gewissen Schwerpunkt im assimilatorischen Lager stellt heute ohne Zweifel der im Jahre 1933 ins Leben gerufene „Sportbund Schild“ im Reichsbund jüdischer Frontsoldaten dar. Er ist der führende jüdische Sportbund in Deutschland und zählt ca. 20 000 Mitglieder, die in 180 Vereinen zusammengeschlossen sind. Die Mitglieder des Sportbundes sind meist Angehörige der RjFr-Mitglieder. Dadurch dürfte die jüdisch-politische Haltung dieses Bundes charakterisiert sein. Nach außen hin gibt sich der „Schild“ den Anschein eines völlig unpolitischen Gebildes. Es stellte sich jedoch heraus, daß der Sportbund seitens des RjFr als Tarnungsorganisation für Zusammenkünfte seiner Mitglieder benutzt wird.

„Der Schild“, die Zeitschrift des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten, ist auch gleichzeitig das Sprachrohr des Sportbundes. Als Ergebnis einer eindeutigen Aussprache mit dem Vorsitzenden des RjFr-Landesverbandes Berlin-Mark, Callmann, auf dem Gestapa, zeigte sich plötzlich eine verstärkte Propagierung der Auswanderungsprobleme durch die Zeitschrift „Der Schild“. Auffallend dabei ist die Zitierung älterer Artikel des „Schild“, in wel-

³ Der Erlaß Himmlers, der dem RjF die politische Betätigung untersagte und ihn auf die Betreuung jüdischer Kriegsopfer beschränkte, datierte vom 9. 10. 1936; BA, R 58/276.

chen dieser für die landwirtschaftliche Gruppensiedlung eintrat. Diese Siedlungsart war schon etwa seit dem Jahre 1924 durch den RjFr aufgegriffen und als Ziel der „Ila“, Jüdische Landarbeit GmbH, herausgestellt worden.

In Zusammenarbeit mit der „Reichsvertretung“ (Hilfsverein) und dem CV erfolgte nun im September d.J. die Neugründung der „Ila“. Ihr Vorsitzender wurde, wie bei der alten Ila, wiederum der RjFr-Vorsitzende Löwenstein. Der CV-Vorsitzende Herzfeld, Essen, hat Sitz und Stimme im Aufsichtsrat der Gesellschaft.

Diese Neugründung und ihre Kommentierung durch den „Schild“ zeigt deutlich den Charakter einer Zwischenlösung, um dadurch die Daseinsberechtigung der dahinterstehenden assimilatorischen Organisationen zu beweisen. Wenn der „Schild“ schreibt: „Es ist aufrichtig zu begrüßen, daß zunächst ein Anfang gemacht und eine organisatorische Voraussetzung erfüllt ist“, so ist von vornherein klar, daß die neugeschaffene Organisation schärfster Überwachung und ständigen Druck durch die zuständigen staatlichen Stellen bedarf, um wirkliche Erfolge im Sinne der von uns gewünschten jüdischen Auswanderungspolitik zu zeitigen.

Von den noch heute bestehenden, als assimilatorisch zu bezeichnenden Organisationen ist als letzte die „Vereinigung für das religiös-liberale Judentum“ zu nennen. Nach der nationalen Erhebung änderte diese Vereinigung, der geringere Bedeutung zukommt, ihren Namen durch Hinzufügung des Wortes „religiös“ ab. Dadurch sollte angeblich ein Trennungsstrich zwischen dem politischen Liberalismus der vergangenen Epoche gezogen werden, mit dessen Grundsätzen die Vereinigung nie übereingestimmt hätte. Die Überprüfung der Mitglieder durch die zuständigen Unterabschnitte ist z. Zt. noch im Gange.

Aufgelöste assimilatorische Organisationen

Im Dezember 1935 kam es zur Auflösung des „Verbandes nationaldeutscher Juden“ des jüdischen Hauptmanns a.D. Max Naumann⁴. Dieser Verband bekämpfte jeden Juden aufs Schärfste, der nicht so „deutsch fühlen und denken könne wie seine Mitglieder“. Die Naumannianer wurden nahezu jüdische Antisemiten. Da eine derartige Grundhaltung die Anschauung einfacher Menschen über das nationalsozialistische Rassenproblem vollkommen verbiegen konnte, mußte zwangsläufig die Auflösung dieses Verbandes erfolgen⁵.

Ein rein assimilatorisch eingestellter Jugendbund, der „Ring-Bund jüdischer Jugend“ kam im September 1936 zur Auflösung⁶. Dieser „Ring-Bund“ ahmte in seinem organisatorischen Aufbau die Hitlerjugend nach. Er war nach dem Führerprinzip geleitet und pflegte ausschließlich deutsch-jüdisches Gedankengut.

Jüdische Mischlinge

Die vor Erlaß der Nürnberger Gesetze in eine Sonderstellung gedrängten jüdischen Mischlinge christlicher Konfession hatten sich damals in der „Vereinigung nichtarischer Christen“, später „Paulus-Bund“, zusammengeschlossen. Die Praxis zeigte jedoch, daß diese Organisation ein Sammelbecken christlich getaufter Volljuden wurde, die hier einen willkommenen Unterschlupf fanden. Seit Ende April 1937 erhielt nun diese Gruppe die

⁴ Dr. Max Naumann, 1875 in Berlin geboren, war 1920 Gründer des Verbandes Nationaldeutscher Juden und leitete ihn als Präsident bis zu dessen Auflösung. Er wanderte in die USA aus und starb dort 1939.

⁵ Laut Walk, Sonderrecht, II 52, wurde der Verband Nationaldeutscher Juden bereits am 18.11.1935 aufgelöst.

⁶ Der Erlaß des Gestapa, den „Ring-Bund jüdischer Jugend“ aufzulösen, datierte vom 30.12.1936; Walk, Sonderrecht, II 246.

Bezeichnung „Vereinigung 1937 der nichtvollblütigen deutschen Reichsbürger“. Gleichzeitig mußten alle nicht „reichsbürgerfähigen“ Mischlinge bzw. die Volljuden ausscheiden. Die Auswirkung dieser Neuordnung läßt sich bis jetzt noch nicht erkennen. Es ist aber zu vermuten, daß die Vereinigung durch diese Umstellung einen gewissen Auftrieb erhält.

Orthodoxe und Caritative

Das Wesen der orthodoxen und caritativen jüdischen Organisationen erschöpft sich hauptsächlich in der Pflege und Beobachtung religiöser Gebräuche, z. B. bei Beerdigungen usw. sowie in caritativer Arbeit. Eine Unzahl kleiner Vereine, die in jeder jüdischen Gemeinde bestehen, können zu dieser Gruppe gerechnet werden. Ihre Bedeutung ist in staatspolizeilicher Hinsicht sowie im Hinblick auf die jüdisch-politischen Verhältnisse gering.

Die bedeutendste hierher gehörende Organisation ist die propalästinensisch, jedoch nicht zionistisch eingestellte radikal-orthodoxe Weltorganisation „Agudas Jisroel“. Erst kürzlich wurde ihr Hauptsitz in Deutschland von Frankfurt/Main nach Nürnberg verlegt. Beide Städte können als die Zentren der Agudas bezeichnet werden.

Sie ist hauptsächlich von den religiösen Ostjuden getragen, deren Bestreben es ist, im heiligen Land begraben zu werden. Die „Agudas“, der „Reichsbund der gesetzestreuen jüdischen Gemeinde“ und die „Freie Vereinigung für die Interessen des orthodoxen Judentums“ sind in der „Reichsvertretung der unabhängigen Orthodoxie“ zusammengeschlossen. Diesen Verbänden kommt, mit Ausnahme der „Agudas“, nur rein religiöse Bedeutung zu. Der „Agudas-Jugendverband“ ist gleichfalls unbedeutend.

Jüdische Gemeinden

Als rein jüdisch-religiöse Verbände sind ferner die Landesverbände der jüdischen Gemeinden und die jüdischen Großgemeinden anzusprechen. Hierher gehört auch der „Deutsch-israelitische Gemeindebund“, der die erwähnten Begräbnis- und Wohlfahrtsvereine zusammenschließt.

Zionisten

Die aktuellste Gruppe des Judentums in Deutschland stellen heute die zionistischen Organisationen dar. Hier treten uns zwei große Exponenten entgegen. Einerseits die „Zionistische Vereinigung für Deutschland“ ZVfD und andererseits die „Staatszionistische Vereinigung“.

Die ZVfD ist der Zionistischen Weltorganisation ZWO angeschlossen und zählt etwa 25 000 Juden zu ihren Mitgliedern. Sie legt das Hauptgewicht ihrer Arbeit auf die Gewinnung der jüdischen Jugend. Als zionistische Umschulungsorganisationen arbeiten der „Hechaluz“ und die ihm angeschlossenen Gruppen „Haschomer Hazair“ und „Bund der Werkleute“. Ihre Aufgabe ist es, die Palästinawanderer von ihren großenteils akademischen oder freien Berufen auf Landwirtschaft und Handwerk umzuschulen. Der Hechaluz ist dem Hechaluz-Weltverband angegliedert und zählt in Deutschland ca. 15 000 Mitglieder. Die Jugendorganisation „Habonim noar chaluzi“ (Der junge Pionier) wurde vom Hechaluz geschaffen, um die weniger als 17 Jahre alten Juden schon in diesem Alter zionistisch zu erziehen und sie später in den Hechaluz übernehmen zu können.

Palästina-Fonds

Mit den zionistischen Fonds „Keren Kajemeth Lejisrael“ KKL (Bodenfonds) und „Keren Hajessod“ KH (Aufbaufonds) besteht über die ZVfD engste Verbindung.

Zionistische Sportorganisation

Der Sportorganisation der Zionisten, dem „Deutschen Makkabikreis“, die bereits seit dem Jahre 1889 in Deutschland besteht, ist es nach 1933 nicht gelungen, sich in der Führung im jüdischen Sport zu behaupten. Der Makkabi steht heute leistungs- und zahlenmäßig im jüdischen Sport hinter dem Sportbund „Schild“ an zweiter Stelle. Der Deutsche Makkabikreis ist dem Makkabi-Weltverband eingeordnet. Er unterhält als Jugendorganisation den „Makkabi-Hazair“.

Orthodoxe Zionisten

Weiter ist der ZWO angeschlossen an die „Unabhängige Landesorganisation Misrachi“, welche wiederum ein Glied der Misrachi-Weltorganisation darstellt. Ihre Jugendorganisationen in Deutschland sind der „Zeire Misrachi“ (Der junge Misrachist) und der „Brith Hanoar schel Zeire Misrachi“. Die Haltung des Misrachi kann als orthodoxe Richtung im Zionismus bezeichnet werden. Immer wieder ergeben sich innerhalb der ZWO Meinungsverschiedenheiten, da der Misrachi behauptet, die Führung der ZWO trete den im Zionismus auftretenden religionsfeindlichen Strömungen nicht energisch genug entgegen.

Zionistische Frauenorganisation

Für die zionistische Frauenarbeit errichtete die Wizo (Women's International Zionist Organisation) in Deutschland den „Verband jüdischer Frauen für Palästina-Arbeit“, der wiederum dem „Jüdischen Frauenbund“ angeschlossen ist. Einen zahlenmäßig sehr geringen Anteil machen die Anhänger der allgemeinen Zionisten-Gruppe A innerhalb der ZVfD aus. Ihre Mitglieder setzen sich aus den bürgerlichen Kreisen zusammen.

Staatszionisten

Die extremste Richtung der Zionisten verkörpert die „Staatszionistische Vereinigung“. Formell ist sie seit dem Jahre 1934, wo der Hauptsitz der Weltvereinigung der Zionisten-Revisionisten von Berlin nach Paris verlegt wurde, der Weltvereinigung nicht mehr angeschlossen. Zweifellos bestehen jedoch die ideellen Verbindungen weiter. Vorsitzender ist der ehemalige Direktor der jetzt in Liquidation befindlichen jüdischen Ivria-Bank, Georg Kareski.

Als einzige jüdische Jugendorganisation in Deutschland hat die Jugendgruppe der Staatszionisten, die „jüdisch nationale Jugend Herzlia“ die Erlaubnis, in geschlossenen Räumen Uniform zu tragen. Dadurch soll den noch Fernstehenden ein Ansporn gegeben werden, dieser radikalsten Form des Zionismus beizutreten.

Auch diese Organisation verfügt über einen eigenen Palästina-Fond, den „Keren Hame-norah“.

Zertifikatzuteilung für Palästina

Durch die Mandatsmacht England erfolgt die Weitergabe der Einwandererzertifikate für Palästina an die Exekutive der Jewish Agency, die ihren Sitz in Genf hat. Von hier aus erfolgt die prozentuale Verteilung auf die in den verschiedenen Ländern bestehenden Palästina-Ämter; in Deutschland an das Palästina Amt der Jewish Agency zu Berlin.

Reichsverbände

Neben diesen jüdisch-politischen Organisationen bedürfen noch die Reichsverbände einer kurzen Erwähnung. Kurze Zeit nach der Machtübernahme wurde die „Reichsvertretung der jüdischen Landesverbände Deutschlands“, die bis dahin Spitzenorganisation der Synagogengemeinden war, durch Aufnahme von Vertretern der CV, des Reichsbundes jüdi-

scher Frontsoldaten und der ZVfD zur „Reichsvertretung der Juden in Deutschland“ erweitert. Sie stellt heute die einzige offizielle Vertretung der in Deutschland lebenden Juden gegenüber der Regierung dar. Ihr sind als Fachausschüsse unterstellt:

„Reichsausschuß der jüdischen Jugendverbände“

„Reichsausschuß der jüdischen Sportverbände“,

„Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau“.

Durch Erklärung der Reichsjugendführung v. 2. 11. 1933 wurde der Reichsausschuß der jüdischen Jugendverbände als die alleinige verantwortliche Zentralorganisation der jüdischen Jugend anerkannt. Er umfaßt heute sämtliche jüdischen Jugendorganisationen mit insgesamt ca. 60 000 Mitgliedern. Der Vorsitzende, Hans Friedenthal, ist gleichzeitig geschäftsführender Vorsitzender der ZVfD. Er beabsichtigt in nächster Zeit die gesamte nicht organisierte jüdische Jugend heranzuziehen und in zionistischem Sinne zu schulen. Die Aufgaben des Jugendausschusses sind vor allem: Vertretung der jüdischen Jugend bei der Reichsjugendführung sowie bei allen Behörden und den jüdischen Organisationen.

Im September 1934 erfolgte die Gründung des „Reichsausschusses der jüdischen Sportverbände“, der vom Reichssportführer als alleiniger Vertreter des jüdischen Sports in Deutschland anerkannt ist. Ihm sind sämtliche jüdischen Sportbünde unterstellt.

Was die Reichsvertretung selbst betrifft, so kann vorweg gesagt werden, daß sie ein Sammelbecken des prominenten jüdischen Assimilantentums bildet, das bisher immer noch verstanden hat, seine Stellung zu halten. Eine vor wenigen Monaten provozierte Krise überstand dieses oberste jüdische Gremium und ging sogar am Ende gestärkt aus dem Streit hervor. Formell wurde damals der Hereinnahme des Staatszionisten Kareski in seiner Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender der jüdischen Gemeinde zu Berlin in den Haushaltsausschuß zugestimmt. Allein – auch hier trat das nicht Erwartete ein – durch eine Intrige gelang es, Kareski zum Rücktritt zu zwingen: die jüdische Prominenz veranstaltete auf die Bank Kareskis einen ‚Run‘, kündigte selbst größere Beträge und machte so die Bank illiquid. Sofort erklärte sich dann die jüdische Gemeinde Berlin bereit, mit einer mehrere 100 000,- RM betragenden Summe einzuspringen. Kareski war natürlich dadurch als stellvertretender Vorsitzender unmöglich und schied aus. Gleichzeitig mußte er auch den Haushaltsausschuß verlassen. Seine Bank befindet sich z. Zt. in Liquidation.

Kulturelles Leben

Im Interesse der deutschen Bevölkerung und um die Möglichkeit zu haben, sämtliche kulturellen jüdischen Vereinigungen leichter erfassen und zentral überwachen zu können, wurde im April 1935 der „Reichsverband der jüdischen Kulturbünde in Deutschland“ gegründet. Die Errichtung erfolgte auf Veranlassung des Gestapa im Einvernehmen mit dem Staatskommissar Hinkel als Beauftragter des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda. Im Verfolge dieser Verfügung wurde am 13. 8. 1935 die Auflösung aller derjenigen kulturellen jüdischen Organisationen verfügt, die sich noch nicht in den Kulturbund eingegliedert hatten oder den Eintritt ablehnten. Eine Ausnahme bilden lediglich die jüdischen Schul- und Kultusgemeinden, die wegen ihres öffentlich-rechtlichen Charakters dem Kulturbund nicht einzugliedern sind. Leiter des Kulturbundes ist der jüdische Intendant Kurt Singer⁷.

⁷ Dr. med. Kurt Singer, 1885 in Westpreußen geboren, als Arzt sowie als Chordirigent und Musikkritiker in Berlin tätig. Von 1927 bis 1931 war Singer Intendant der Städtischen Oper in Berlin, von 1935 bis 1938 Musikalischer Direktor des Reichsverbands jüdischer Kulturbünde. 1939 wanderte er nach Holland aus, wurde dort 1940 interniert und nach Theresienstadt deportiert. Dort starb er 1944.

Bei Veranstaltungen dürfen nur Mitglieder beschäftigt werden und teilnehmen; sie tragen daher den Charakter geschlossener Veranstaltungen. Sämtliche Vortragsfolgen müssen vom Büro Hinkel genehmigt sein.

Neben den bisher erwähnten Organisationen bestehen noch zahlreiche kleinere Gruppen, deren Tätigkeit sich meist auf bestimmte Gebiete beschränkt. Wir haben hier beispielsweise sogenannte Heimatvereine, dann Alt-Herrenverbindungen und ähnliche. Endlich seien noch die jüdischen Hilfsorganisationen erwähnt, die dank ihres völlig internationalen Charakters zweifellos für die jüdische Greuelpropaganda im Auslande Zuträgerdienste leisten.

Jüdische Winterhilfe

Die jüdische Winterhilfe JWH betreut seit Winter 1933/34 jüdische Bedürftige. Ihre Leitung liegt beim Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau. Sie steht unter Kontrolle der Reichsleitung für das WHW und darf ausschließlich Spenden von Juden an Juden weiterleiten. Im Winter 1936/37 wurden 82818 Juden betreut. Das Gesamtpendenaufkommen betrug RM 3 630 000,-.

Aufgaben des SD

Die Hauptaufgabe des SD besteht nach wie vor in der völligen Ausschaltung der Assimilanten aus dem jüdisch-politischen Leben, um die Judenfrage in Deutschland ihrer endgültigen Lösung näherzubringen. Aus dieser Erkenntnis heraus und aufgrund des tatsächlichen Verhaltens jüdisch-assimilatorischer Organisationen und Einzelpersonen erscheint die Durchführung folgender Punkte als vordringlich:

1.) Überprüfung der jüdischen Gemeindevertretungen und der Kulturbünde auf assimilatorisch eingestellte führende Juden. Dabei ist nicht nur auf die vorhandenen Mitgliederverzeichnisse der Assimilantenorganisationen zurückzugreifen, sondern es muß vielmehr darüber hinaus eine genaue Beobachtung der Nichtorganisierten erfolgen. Gerade diese nicht jüdisch-politisch organisierten Juden rekrutieren sich meist aus wirtschaftlich gut gestellten, im jüdischen Gemeindeleben bzw. im Kulturbund führenden Juden. Ihre Haltung ist in der Regel äußerlich gesehen neutral. Sie stellen jedoch für die Vorwärtstragung einer positiven Auswanderungspropaganda ein wesentliches passives Hindernis dar.

2.) In den vorhandenen rein jüdischen Schulen finden sich zweifellos in zahlreichen Fällen noch Lehrer, die ihren Unterricht deutsch-jüdisch gestalten. Dies ist vielleicht bedingt durch die vorhergegangene jahrelange Tätigkeit an deutschen Schulen, teils auch durch etwaige Frontkämpfereigenschaft solcher Lehrer. Auch hier muß der SD eingreifen und Ersetzung derartiger Lehrkräfte durch geeignete zionistisch eingestellte Juden erreichen. Dasselbe gilt sinngemäß ebenfalls für die jüdischen Lehrhäuser, die wohl nach außen hin lediglich religiösen Zwecken dienen, aber leicht zu assimilatorischen Sammelpunkten werden können.

3.) Ein weiterer Punkt ist die Erfassung sämtlicher Lehrgüter und Umschulungsstätten und deren laufende Beobachtung. Auch hier gilt das schon oben Gesagte: Reinhaltung dieser Einrichtung von allen nicht unbedingt für den Auswanderungsgedanken einstehenden Elementen.

Schließlich bedarf noch die dem RFSS und Chef der Deutschen Polizei vor einigen Monaten vorgeschlagenen und dort zur Entscheidung liegenden CV-Auflösung einer besonderen Erwähnung. Vorauszuschicken ist, daß sicherlich nach Erlaß der Auflösungs- und Beschlagnahmeverfügung noch genügend Zeit vorhanden sein wird, um die Vorbereitung in engster Zusammenarbeit mit der Staatspolizeistelle, wie im April bei der UOBB-Akti-

on durchführen zu können. Schon jetzt besteht aber für sie die Möglichkeit, durch genaueste Erfassung der führenden Mitglieder Festlegung evtl. vorhandenen Besitzes, Bankkonten usw. für die Auflösung wesentliche Vorarbeiten zu leisten. Diese müssen selbstverständlich von vornherein unauffällig durchgeführt werden, dürfen also keinesfalls für das gesamte Unterabschnittsgebiet schlagartig durchgeführt werden.

Soweit einige Nahziele für unsere Arbeit.

Im Großen muß erreicht werden, daß den Juden in Deutschland stets klar vor Augen steht, daß ihr gesamtes Leben durch die Vollstrecker des nationalsozialistischen Rassegedankens schärfstens überwacht wird, daß ihre Organisationen und Veranstaltungen unter fortwährender Kontrolle der Polizeiorgane stehen und daß endlich ein Eintreten für das Verbleiben der Juden in Deutschland in irgendeiner Form vollkommen unmöglich ist. Darin liegt schon eindeutig die Methodik der Behandlung des Judentums durch den Sicherheitsdienst.

Keine Minute Ruhe geben, stets die führenden Juden durch Vermahnungen in Atem halten, auf jede unseren Grundsätzen zuwiderlaufende Regung, auch die kleinste, sofort reagieren, kurz: völliges Eindringen in das jüdische und insbesondere das jüdisch-politische Eigenleben. Dadurch wird zwangsläufig der Auswanderungsgedanke genährt und die Idee von einem vielleicht doch noch möglichen Weiterverbleiben in Deutschland immer mehr untergraben.

Dokument 22

Gahrman, „Geistige Unterstützung des assimilatorischen Judentums in Deutschland durch Katholizismus und Bekenntnisfront“.

Sonderarchiv Moskau, 500/3/322.

Die Einstellung des Christentums zum Judentum ergibt sich grundsätzlich aus seiner Stellungnahme zum Alten Testament. Das Christentum hat seinen Ursprung im Judentum. Das Alte Testament ist die Geschichte des jüdischen Volkes. Und der hervorragendste Dogmatiker, der überhaupt den Grund zur Lehre der Kirche gelegt hat, war der Jude Paulus. Er erinnert die Christen in den jungen Gemeinden in dem Streit um die Vorzugsstellung der Judenchristen daran, daß sie alle, ob Juden oder Griechen, im Geiste beschnitten, also judenhörig, und nur unter dieser Voraussetzung zur Erkenntnis der christlichen Lehre befähigt seien. Von der Notwendigkeit des Alten Testaments sagt einer der bedeutendsten evangelischen Theologen, Dr. Künneth: „Was bedeutet die Abschaffung des Alten Testaments? Diese Forderung zerstört die Grundlage, auf der die Kirche steht. . . . Wer an das Alte Testament rührt, rührt an die Offenbarung Gottes. Dazu spricht die evangelische Kirche ein eindeutiges Nein.“

Die Geschichte beider Konfessionen birgt eine große Anzahl von Beispielen für die inneren und äußeren Bindungen an das Judentum in sich. Der Begründer des Jesuitenordens, Ignaz v. Loyola, betonte, daß es der größte Wunsch seines Lebens wäre, als Jude geboren zu sein, da er dann jener Rasse angehören würde, aus der Jesus hervorgegangen sei. Wenn er selbst auch kein Jude war, so wurde doch unter dem Einfluß seiner Gedankengänge der Jude Lainez als sein Nachfolger zum General des Jesuitenordens ernannt.

Aus jüdischem Geiste sind daher auch die Lehrbücher der Moralthologie geschaffen, die unter fast ausschließlicher Mitwirkung der Jesuiten entstanden sind. Diese Lehrbücher der kirchlichen Moral, nach denen noch heute die in der Ausbildung befindlichen katholischen Geistlichen unterrichtet werden, unterscheiden sich in ihrer Auffassung kaum von den Lehrern des Talmuds; sie atmen ausgesprochen jüdischen Geist.

Diese Bindungen zum Judentum sind durchaus nicht historischer Art. Bei einer in Amerika durchgeführten Umfrage nach dem größten Judenfreund der ganzen Welt befand sich z. B. auch unter den ersten zehn Kardinal Faulhaber, dessen Predigten und Broschüren über Judentum und das Alte Testament bekannt sind.

Eine leichte, aber für die Zukunft höchst bedeutungsvolle Schwenkung haben jetzt die katholischen Kreise um die „Schönere Zukunft“ vorgenommen, hervorgerufen durch den Palästina-Konflikt und die Absicht des Zionismus, einen in sich geschlossenen jüdischen Staat zu errichten. Der Katholizismus glaubt so durch das Heilige Land und die Heiligen Stätten bedroht, da – eine von dieser Seite bemerkenswerte Feststellung – der Jude immer Vertreter seiner Rasse sei und bleiben werde und sich auch in einem geschlossenen Staat einer christlichen Bekehrung widersetzen werde. Was aber – so folgert der Verfasser weiter – soll dann aus den christlichen Heiligtümern in Palästina werden? Wörtlich fährt der Verfasser dann fort: „Kein Christ will den Juden ihre Menschenrechte nehmen – aber die Christenheit hat andererseits die Pflicht, ihre hohen Rechte gegen drohende Verletzung zu verteidigen“. (Schönere Zukunft, Sept. 1937)

Ob und welche Bedeutung diese Wendung erlangen wird, ist nicht vorauszusagen. Zu dieser inneren Abhängigkeit treten greifbare organisatorische Verbindungen zwischen Katholizismus und Judentum. Vor kurzem hielt in Wien ein katholischer Priester eine Reihe von Vorträgen in jüdischen Gesellschaften, in denen er auf die innere Zusammengehörigkeit hinwies. Diese Zusammengehörigkeit ergibt sich, wie bereits ausgeführt, aus der Lehre der katholischen Kirche, aus der heraus ja auch der Arierparagraph abgelehnt worden ist. Infolgedessen können auch heute noch konvertierte Juden Priester der katholischen Kirche werden. Es ist eine Reihe solcher Fälle bekannt, von denen besonders der des jüdischen Pfarrers Wellenhofer zu erwähnen ist, der von Kardinal Faulhaber noch 1936 ausdrücklich zum Diözesanpräses der gesamten Jugendorganisationen ernannt wurde. Ebenfalls fungiert in München ein Volljude als Hauptvertreter des katholischen Kirchenblattes. Als Vizeoffizial beim Offiziat Köln ist der Volljude Dr. Leo Mergentheim angestellt, der in seiner Eigenschaft als Vizeoffizial fortlaufend Vorträge in den Jugendgruppen des katholischen kaufmännischen Vereins hält.

So treten also auch heute noch Juden nicht nur als Geistliche, sondern sogar als Jugend-erzieher deutscher Menschen auf, ohne daß der Staat dagegen einschreiten kann, da die Nürnberger Gesetze die Kirche bewußt nicht einbezogen haben. Neben der fortlaufend betriebenen Judenmission, für welche die katholische Kirche allerdings keine eigenen Organisationen besitzt, bestehen zwei Vereinigungen, die sich besonders der nichtarischen Katholiken fürsorgend annehmen.

1. Der St. Raffaels-Verein, der sich der Auswandererfürsorge widmet und mit dem Paulusbund, heute „Vereinigung von 1937“, einer Vereinigung nichtarischer Christen, in enger Arbeitsgemeinschaft steht. Der St. Raffaels-Verein ist auch finanziell besonders an der Siedlungsarbeit des Paulusbundes in Übersee beteiligt.

2. Der unter bischöflichen Protektorat stehende Hilfsausschuß für nichtarische Christen, der auswandernden Juden katholischer Konfession bei der Gründung neuer Existenzen behilflich sein will.

Gleiche Beispiele für die inneren und äußeren Bindungen an das Judentum können auch für die protestantische Kirche insbesondere für die Bekenntnisfront angeführt werden. In der Frage zur Einstellung zum Judentum übergeht die Bekenntnisfront bewußt die rassistischen Erkenntnisse des Nationalsozialismus. Für sie ist das Judenproblem lediglich ein religiöses, das dann gelöst sein wird, wenn die Bekehrung aller Juden zum Christentum durchgeführt ist. Kurz nach Verkündung der Nürnberger Rassegesetze wurde von der B.K. [= Bekennende Kirche] folgende Botschaft verlesen: „Mit Scham und Schmerz stellen wir fest, daß es Gemeindeglieder gibt, die die Judentaufe verweigern. Das ist Sünde.“

Im Gegensatz zur katholischen Kirche besitzt der Protestantismus auch heute noch Vereine, die sich die Missionierung des jüdischen Volkes als einzige Aufgabe gestellt haben. Die Taufe der Juden wird als „der beste Antisemitismus“ bezeichnet. In Süddeutschland ist besonders der „Verein der Freunde Israels“ verbreitet. In Berlin besteht der „Verlag zur Beförderung des Christentums unter den Juden“. Der „Ev.-lutherische Zentralverein für Mission unter Israel“ hat sich vor längerer Zeit auflösen müssen. Er besaß ein eigenes Seminar zur Ausbildung von Judenmissionaren, der „Institutum judaicum Delitzschianum“. In Hamburg widmen sich das Missionshaus „Bethel“ und „Jerusalem“ der Judenmissionierung. Beide Häuser geben eigene Zeitschriften heraus, „Ein Botschafter des kommenden Königs“ bzw. „Zionsfreund“, deren Auflage zusammen über 30 000 beträgt.

Auch die deutsch-christliche Absicht, die Juden ähnlich wie in der Urchristenzeit in einer judenchristlichen Kirche zusammenzufassen, wurde von Pfarrer Niemöller bereits im November 1933 als „Utopie“ bezeichnet. Und Künneth nannte diesen Vorschlag „Schwachheit“. Den gleichen Gesichtspunkten, nämlich Ablehnung des Nationalsozialismus und orthodoxer Haltung zur Bibel, entspringt der Kampf gegen die Einführung des Arierparagraphen in der ev. Kirche. Dieser bedeutet der B.K. eine „Verletzung des Bekenntnisses im Raume der Kirche Christi“. Tatsächlich amtieren noch heute 50 nichtarische bzw. jüdische versippte Pfarrer. Teilweise üben diese einen maßgeblichen Einfluß in der B.K. aus.

Wie beim Katholizismus, so bestehen auch beim Protestantismus organisatorische Verbindungen mit dem Judentum. Auf deutsche Anregung hin wurde vom internationalen Protestantismus in Genf ein Hilfskomitee für nichtarische Flüchtlinge eingerichtet. Zwischen dem schon erwähnten Paulusbund und der Bekenntnisfront besteht engste Zusammenarbeit. Die judenfreundliche Einstellung des Protestantismus wird am besten charakterisiert durch die 5 Gebote, die Landesbischof Meiser im Lutherischen Jahrbuch 1935 von seinen Bekenntnischristen erwartet: „Als Christen sollen wir die Juden erstens mit Freundlichkeit grüßen, zweitens mit Selbstverleugnung tragen, drittens durch hoffende Geduld stärken, viertens mit wahrer Liebe erquicken, fünftens durch anhaltende Fürbitte retten.“

Zum Abschluß mögen noch einige Zahlen genannt werden, wie sehr sich die über ein Jahrhundert lang ausgeübte Missionstätigkeit des deutschen Protestantismus unter den Juden für unsere Rasse ausgewirkt hatte. Die Zahl der protestantischen Judentaufen betrug im 19. Jahrhundert 18 000, in den Jahren 1900 bis 1933 13 300. Während im Jahre 1932 nur 241 Juden zur protestantischen Kirche übertraten, stieg diese Zahl für das Jahr 1933 auf 933. Anhand einwandfreier Statistiken ist nachgewiesen worden, daß die Zahl arisch-jüdischer Ehen von 1875 bis 1933 ca. 150 000 beträgt. Da nach Berechnungen auf jede Mischehe zwei Kinder entfallen, beträgt die Zahl der Kinder aus diesen Ehen 300 000. Berücksichtigt man, daß der größte Teil dieser 300 000 Bastarde sich wieder mit Ariern ver-

heiratet hat, so dürfte schließlich die Gesamtzahl der christlichen Nichtarier mit 1 Million nicht übertrieben sein. Von diesen gehören ca. 750 bis 800 000 der protestantischen Kirche an, denn die meisten Juden sind natürlich aus Bequemlichkeitsgründen nicht zur katholischen, sondern zur ev. Kirche übergetreten. Erst mit dem Erlaß der Nürnberger Gesetze sind auch die Judentaufen, die nach 1933 sehr angestiegen waren, wieder zurückgefallen.

Arbeitsabgrenzung

1. Von II 113 werden nur solche Fälle bearbeitet, die in das Gebiet der Werbe-, Zersetzungs- oder Kampfmethoden fallen, oder zur Entstehung und Entwicklung der beiden Konfessionen gehören (Juden als Jugendführer, als Priester, jüdisch-christliche Vereinigungen usw.).

2. Zu II 113 gehören auch Meldungen über Judenkonversionen, wie auch solche Entscheidungen, die z. B. zur Palästinafrage von der kath. Kirche getroffen werden.

3. Zur Herstellung einer noch engeren Zusammenarbeit mit II 112 ist notwendig, daß
a) alle Vorgänge betreffend jüdisch-christliche Vereinigungen, Juden als Pfarrer, Verfehlungen oder Verstöße von getauften Juden und Einfluß dieser in den Kirchen von II 113 bearbeitet werden. Kenntnisaufnahme derartiger Vorgänge bzw. vorherige Besprechung mit II 112 ist erforderlich,

b) Zeitungen und Zeitschriften, die sich mit der Judenfrage als religiöses Problem beschäftigen von II 112 und II 113 in korrespondierender Arbeit durchgearbeitet und ausgewertet werden.

Dokument 23

Hagelmann, „Die derzeitige Erfassung der Juden in Deutschland durch die verschiedenen Behörden, Institute und Ämter und ihre Auswertungsmöglichkeit bei der endgültigen Aufstellung der Judenkarteien“.

Sonderarchiv Moskau, 500/3/322.

Für eine erfolgreiche innerpolitische Bekämpfung des Judentums ist die karteimäßige Erfassung sämtlicher z. Zt. in Deutschland lebenden Juden und Judenstämmlinge notwendig. Der Zweck dieser karteimäßigen Erfassung ist:

1. die zahlenmäßige Feststellung der im Reich lebenden Juden und Judenstämmlinge im Sinne der Nürnberger Gesetze,

2. die Feststellung des direkten Einflusses bzw. des jüdischen Einflusses über seine Verbindungen auf das kulturelle Leben, Gemeinschaftsleben und das materielle Leben des deutschen Volkes.

Das hierbei anfallende Material wird die Grundlage für die Bekämpfung des Gegners im A-Falle, die Beobachtungsmöglichkeit der Auswirkungen der Ariegesetzgebungen, die endgültige Durchführung der Reichsbürgergesetze und die weitere Zurückdrängung der Juden aus den Gebieten des deutschen Lebens sein.

Es sind bis heute von vielen Behörden und Instituten Judenkarteien aufgestellt worden, die aber alle nicht vollständig und vom SD-mäßigen Standpunkt aus nicht aufschlußreich genug sind. Dem SD ist daher die Aufgabe gestellt worden, eine nach seinen Gesichtspunkten maßgebliche Reichsjudenkartei aufzubauen, mit der aber erst nach der im näch-

sten Jahr stattfindenden Volkszählung, die sich nicht nur auf die Religionszugehörigkeit, sondern auch auf die blutsmäßige Abstammung erstrecken wird, begonnen werden kann. Bis zum Abschluß der Volkszählung können die Ober- und Unterabschnitte schon mit den notwendigen Erörterungen der organisierten Juden beginnen. Das hierfür bei den Ober- und Unterabschnitten fehlende Material wird dann zweckmäßig durch Fühlungnahme und Zusammenarbeit mit den Behörden, Instituten und Ämtern beschafft, die sich mit der Judenfrage befassen und Judenkarteen aufgebaut haben. Es kommen dafür folgende Dienststellen in Frage:

1. Rassenpolitisches Amt der NSDAP

Durch die Gauamtsleitungen des Rassenpolitischen Amtes wurde in den einzelnen Gauen bereits mit der Erfassung des Gegners vom rassenpolitischen Standpunkt aus begonnen.

2. NS-Lehrerbund

Durch die dem NS-Lehrerbund angeschlossenen Lehrer ist im besonderen das schwierige Material bezügl. der jüdischen Mischlinge zu beschaffen; wobei die Lehrer speziell in den kleineren Provinzorten durchweg in der Lage sind, neben dem bereits erwähnten Material auch solche über sämtliche in ihrem Schulbereich wohnenden Juden zu erbringen.

3. Einwohner-Meldeämter

Hier kann durch Fühlungnahme mit den zuständigen Beamten das in den Wahlkarteen vorhandene Material verwertet werden.

4. Deutsche Arbeitsfront

Hier kann u. a. insbesondere das Material über den Einfluß der Juden auf das materielle Leben beschafft werden.

5. Statistische Ämter

6. Staatspolizeileitstellen und Staatspolizeistellen

Über diese Dienststellen kann Material von den jüdischen Gemeinden selbst angefordert werden, wobei zu bemerken ist, daß das auf diesem Weg anfallende Material sich hauptsächlich nur auf Konfessionsjuden bezieht.

7. Alle sonstigen Dienststellen in den einzelnen Oberabschnittsbereichen, die sich bereits mit der karteimäßigen Erfassung der Juden beschäftigten, selbstverständlich auch die örtlichen Parteidienststellen.

Die „Judenkartei“ wird dann nach folgenden Richtlinien aufgebaut: Wie schon erwähnt, wird zunächst bis zur Abwicklung der Volkszählung mit der Erörterung der in den jüdischen Organisationen organisierten Juden begonnen. Den Oberabschnitten werden vom SD-Hauptamt sämtliche Mitgliederverzeichnisse der jüdischen Organisationen gegeben, deren personelle Veränderungen laufend vierteljährlich von den Staatspolizeileitstellen an die SD-Oberabschnitte nachgereicht werden. Die Listen werden zweckmäßig auf den Ober- und Unterabschnitten nach Organisationen geordnet, damit sie nach der Volkszählung sofort griffbereit sind. Als Hilfsmittel für die Erfassung der Juden wird ein vom SD-Hauptamt entworfener Personenerörterungsbogen, der sämtliche für den SD wichtigen Fragen enthält, benutzt und an die Außenstellen usw. zur Ausfüllung ausgegeben. Dabei wird das bei den verschiedenen Behörden und Dienststellen, die sich mit der Judenfrage befassen, vorhandene Material sehr von Nutzen sein. Nach Beendigung der Volkszählung bekommt der SD von den örtlichen Polizeistellen Doppel aller Karteikarten, auf denen Volljuden und jüdische Mischlinge bearbeitet wurden. Bei Erhalt dieser Karten werden vom SD in der geleisteten Vorarbeit gesammelten Erörterungen auf den neuen Karteikarten mitberücksichtigt.

Die eigentliche Kartei wird im Interesse der Aktualisierung auf den SD-Unterabschnitten geführt, während die oberabschnittswichtigen Juden gleichzeitig auf den Ober-

abschnitten und die reichswichtigen Juden gleichzeitig im Sicherheitshauptamt geführt werden. Auf dem Unterabschnitt sind daher bei einem reichswichtigen Juden 3, bei einem oberabschnittswichtigen Juden 2 und bei einem unterabschnittswichtigen Juden 1 Karteikarte zu schreiben. Die Begriffe „reichswichtig“, „oberabschnittswichtig“ und „unterabschnittswichtig“ wurden folgendermaßen definiert:

1. Reichswichtig sind:

a) alle jene Juden, die auf das jüdisch-politische Leben durch Sitz und Stimme bedeutenden Einfluß ausüben, z. B. ein im UA-Bereich wohnhafter Jude, der Mitglied eines der jüdischen Reichsverbände ist, erscheint reichswichtig;

b) alle jene Juden, die durch direkten Einfluß oder durch ihre Verbindungen bedeutende Einwirkung auf das kulturelle Leben, Gemeinschaftsleben und materielle Leben des deutschen Volkes nehmen, z. B. alle jene Juden, die an der Herstellung, Weiterverarbeitung oder Verteilung besonders lebenswichtiger Erzeugnisse arbeiten und in solchen Betrieben an exponierten Stellen stehen, erscheinen reichswichtig;

c) alle jene Juden, die unter dem Verdacht einer nachrichtendienstlichen Tätigkeit stehen;

d) Juden, die sich der Vortragung des Angriffes gegen das n. s. Deutschland, konfessioneller Gegner oder der Linksbewegung bedienen.

2. Oberabschnittswichtig sind:

a) alle jene Juden, die auf das jüdisch-politische Leben durch Sitz oder Stimme Einfluß auf jüdische Landesverbände nehmen;

b) alle jene Juden, welche auf die Lebensgebiete des deutschen Volkes nicht gerade reichswichtigen Einfluß nehmen, trotzdem aber in der Lage sind, den Lebensnerv des deutschen Volkes in empfindlicher Weise zu stören, z. B. Juden, welche an Heereslieferungen (Leder, Stoffe, Futter, Vieh usw.) beteiligt sind.

3. Unterabschnittswichtig sind:

alle im Unterabschnittsbereich wohnhaften Juden.

Bis zur endgültigen Aufstellung der Judenkartei werden den SD-Ober- und Unterabschnitten noch genaue Weisungen gegeben. Es bleibt als Aufgabe zunächst nur die zu leistende Vorarbeit, wobei nochmals betont werden muß, daß die Ober- und Unterabschnitte mit den vorgenannten Dienststellen Fühlung nehmen müssen. Die Kartei kann nur dann von Wert sein und wird nur dann aktuell sein, wenn sie nach dem hier vorgezeigten Weg aufgebaut und laufend vervollständigt wird.

Dokument 24

Hagen, „Jüdisches Zeitungs- und Zeitschriftenwesen in In- und Ausland und seine Auswertungsmöglichkeiten für die SD-Arbeit“.

Sonderarchiv Moskau, 500/3/322.

Erst kürzlich wurden die SD-Ober- und Unterabschnitte in einem Rundschreiben des SD-Hauptamtes darauf aufmerksam gemacht, sich die hauptsächlichsten jüdischen Zeitschriften, wie die „Jüdische Rundschau“ und „Israelisches Familienblatt“ usw. zu halten. Ebenso

müssen die in den Oberabschnitts- und Unterabschnittsgebieten regelmäßig erscheinenden Synagogen- und Gemeindeblätter unbedingt gelesen und ausgewertet werden. Dadurch erhält der Referent einen genauen Überblick über die jüdisch-politischen Organisationen und über die laufenden personellen und organisatorischen Veränderungen, deren Kenntnis für die Lageberichterstattung unerlässlich ist. Selbstverständlich darf sich die Lageberichterstattung nicht ausschließlich auf die jüdische Presse stützen; vielmehr sollen die hieraus entnommenen Ansichten die Grundlage zu den erforderlichen Einstellungen bilden.

Die genaue Auswertung der Presse ist zur Lebendigerhaltung der Ober- und Unterabschnitts-Verbände, Personalkarteien und nicht zuletzt für die Sachkartei unbedingt erforderlich. Weiterhin ist erforderlich, daß die an den Reichsgrenzen liegenden Oberabschnitts regelmäßig die jüdische und antisemitische Presse des angrenzenden Landes lesen und auswerten. Sollten die Fremdsprachen Schwierigkeiten bereiten, setzen sich die Referenten zweckmäßig mit den Referenten von III 1 in Verbindung, die in schwierigen Fällen sicher gerne die Arbeit eines Übersetzers übernehmen. So müßte also z.B. von dem Oberabschnitt-Südwest die französischen Blätter wie „Le droit de vivre“, Paris und die Schweizer Blätter, wie die „Jüdische Pressezentrale“, Zürich, „Israelitisches Wochenblatt“, Zürich, sowie die antisemitische „Front“ gelesen werden. Eine genaue Auswertung ist unbedingt erforderlich (Namen, Adressen usw.), damit die Oberabschnittsreferenten in der Lage sind, die ausländischen Hetz- und Boykottzentralen und Verbände sowie deren Gegner im Ausland, genauestens zu erörtern, um so die Anknüpfungspunkte für eine Verbindungsaufnahme zu anständigen jüdischen oder antisemitischen Organisationen ausfindig zu machen.

Darüber hinaus wird es erforderlich sein, auch das jüdische Zeitschriftenwesen im Ausland im weitgehenden Maße zu beachten, da sich von hier aus wichtige Rückschlüsse auf die Entwicklung des innerdeutschen Judentums ergeben. Zur ordnungsgemäßen Durchführung dieser Punkte melden deshalb alle O. A. bis zum 15. Dezember, welche innerdeutschen und ausländischen jüdischen Zeitungen und Zeitschriften dort laufend gelesen und ausgewertet werden.

Dokument 25

„Arbeitsanweisungen für das Sachgebiet II 112“, Dezember 1937¹.

Sonderarchiv Moskau, 500/1/506.

Eine der wesentlichsten Aufgaben des Sicherheitsdienstes in der Judenfrage besteht aufgrund des Erlasses C.d.S. vom 1.7.37 in der Unterdrückung aller assimilatorischen und in der Förderung aller auf Auswanderung hin zielenden Bestrebungen im Judentum.

Nachdem die Stellung gegen die mögliche Gründung des Judenstaates bezogen ist, verändert sich die Aufgabe von II 112 insofern, als auch die Zionisten, die ja den Judenstaat erstreben, keine Förderung mehr erhalten. – Diese Änderung der Taktik trägt streng internen Charakter und darf auf keinen Fall den Juden zur Kenntnis kommen. – Es kommt

¹ Die Aufnahme der im Dokument erwähnten Anlagen in die vorliegende Dokumentation war aus Umfangsgründen nicht möglich; sie sind jedoch im Archiv der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Bestand 93121, für die wissenschaftliche Forschung zugänglich.

jetzt einzig und allein darauf an, das in Deutschland ansässige Judentum zu der Überzeugung zu bringen, daß sein einziger Ausweg die Auswanderung ist. Zur Sicherung der Durchführung dieser Aufgabe werden nachfolgend nochmals alle bereits anlässlich der Arbeitstagung vom 1. 11. 37 erteilten Arbeitsanweisungen wiedergegeben.

I. Entfernung von Juden ausländischer Staatsangehörigkeit und Staatenloser aus den Vorständen der jüdisch-politischen Organisationen.

1. In Zusammenarbeit mit den örtlichen Staatspolizeistellen sind die ersten und zweiten Vorsitzenden sämtlicher im Oberabschnitts- bzw. Unterabschnittsgebiet bestehenden jüdischen Organisationen (orthodoxe, assimilationistische, zionistische und die Hilfs- und Unterstützungs-Organisationen) vorzuladen. Es ist ihnen die Auflage zu machen, umgehend die Personalien der von ihnen beschäftigten Funktionäre (Vorstand oder Mitarbeiterstab) ausländischer Staatsangehörigkeit und Staatenloser einzureichen.

2. Es ist den ersten und zweiten Vorsitzenden zu eröffnen, sie hätten die ausländischen Staatsangehörigen und die Staatenlosen bis zum 31. 12. 1937 aus ihren Diensten zu entlassen.

3. Die Vorsitzenden der betroffenen jüdischen Organisationen sind anzuhalten, bis auf weiteres monatlich über folgende Punkte Bericht zu erstatten:

a) daß sich in ihrer Organisation kein Jude ausländischer Staatsangehörigkeit mehr als Funktionär oder besoldeter Mitarbeiter befindet,

b) über Wohnsitz und Tätigkeit der aus ihrer Stellung entlassenen Juden bis zu ihrer endgültigen Auswanderung aus Deutschland.

4. Nach Durchführung dieser Punkte ist in geeigneter Weise festzustellen, inwieweit die betroffenen jüdischen Organisationen oder deren Vorstandsmitglieder noch mit den Entlassenen in Verbindung stehen und ob sie zu irgendwelchen, der Auswanderung abträglichen, Dienstleistungen herangezogen werden.

5. Derartige Vernehmungen und die Vorladungen hierzu erfolgen durch die für die Exekutive zuständige Geheime Staatspolizei. Die zuständigen Sachbearbeiter des Sicherheitsdienstes nehmen an den aufgrund der Anweisungen vorgenommenen Vernehmungen teil.

6. Die ausgeschiedenen ausländischen Juden sind ebenfalls genauestens zu überwachen; falls sie beabsichtigen sollten, nicht auszuwandern, ist bei dem geringsten Anlaß Ausweisungsbefehl zu erwirken.

7. Die gesetzliche Grundlage zu diesem Vorgehen bietet der § 1 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. 2. 1933.

8. Sollte es sich als notwendig erweisen, daß Juden ausländischer Staatsangehörigkeit infolge ihrer Tätigkeit in der Auswanderungsarbeit als unersetzlich in ihren Stellen verbleiben müssen, ist, um ein Stocken der Auswanderung zu verhindern, unter genauester Darlegung des Tatbestandes an das SD-Hauptamt zu berichten. Die endgültige Entscheidung über ein Verbleiben dieser Juden fällt das SD-Hauptamt im Einvernehmen mit dem Geheimen Staatspolizeiamt.

9. Ausgenommen sind von der Aktion:

a) alle dem „Reichsverband der jüdischen Kulturbünde“ angeschlossenen Vereinigungen und die jüdische Presse (hierzu ergeht Sonderanweisung),

b) die bestehenden Verbände von Juden ausländischer Staatsangehörigkeit, soweit sie landsmannschaftlichen Charakter haben, da sie unter Minderheitenrecht fallen (Beispiel: Verband polnischer Juden).

10. Vollzugsmeldung über die Aktion ist mit ausführlichem Bericht bis 1. 2. 38 an das SD-Hauptamt zu erstatten.

II. Säuberung der jüdischen Organisationen von assimilatorisch eingestellten Elementen

1. Zur Gewährleistung der einheitlichen Ausrichtung der in Deutschland ansässigen Juden auf die Auswanderung ist es erforderlich, die an leitenden Stellen arbeitenden Assimilanten aus den

- a) jüdisch-politischen Organisationen,
- b) den Gemeindevertretungen und Kulturbünden,
- c) den rein jüdischen Schulen und jüdischen Lehrhäusern und
- d) den Lehrgütern und Umschulungsstätten

durch Einflußnahme auf die jeweils verantwortlichen Stellen auszuschalten und durch geeignete, von Juden vorzuschlagende und vorher eingehend zu überprüfende Personen zu ersetzen.

2. Jede Vortragstätigkeit assimilatorisch eingestellter Elemente ist zu unterbinden.

3. Die verantwortlichen Schriftleiter der jüdischen Zeitungen sind laufend auf die Notwendigkeit ihrer Propagandatätigkeit für die Auswanderung hinzuweisen.

4. Die Vorstandsmitglieder aller jüdisch-politischen Organisationen sind von Zeit zu Zeit bei den Stapoleit- oder Stapostellen vorzuladen, um über die von ihnen geleistete Arbeit Bericht zu erstatten. Falls es erforderlich ist, sind sie aufzufordern, einen schriftlichen Bericht einzureichen.

5. In allen Fällen, in denen auf die dem „Reichsverband der jüdischen Kulturbünde in Deutschland“ angehörenden Organisationen Einfluß genommen werden soll, muß zuvor das Einverständnis des Beauftragten des Staatskommissars Hinkel beim jeweiligen Reichspropagandaamt eingeholt werden.

III. Feststellung nachrichtendienstlicher Tätigkeit der Juden zwischen jüdischen innerdeutschen und jüdischen ausländischen Organisationen

Zur Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen ihren einzelnen Länderorganisationen und der jeweiligen Spitze verfügen die Juden über ein eigenes Nachrichtensystem.

1. Alle Juden, die solcher Tätigkeit verdächtig werden (häufige Auslandsreisen, Treffen mit ausländischen Juden usw.) oder deren Zugehörigkeit zur „Hagana“ bekannt ist, sind zu überwachen. Feststellungen hierüber sind an das SD-Hauptamt, Abteilung II 112, zu berichten.

2. Die bisher bereits bekannten Mitglieder der „Hagana“ werden vom SD-Hauptamt überwacht. Bei Reisen der Hagana-Mitglieder im Reichsgebiet werden die zuständigen Oberabschnitte jeweils zur Beobachtung herangezogen. Wechsel des Wohnsitzes wird ebenfalls mitgeteilt.

Die beteiligten O. A. sind für die Überwachung dieser Juden verantwortlich. Dabei sind die von den Juden besuchten Personen zu erfassen und dem SD-Hauptamt nach Beendigung der Reise zu melden.

3. In diese hierfür erforderliche Überprüfung sind selbstverständlich nicht nur die organisierten, sondern auch die nichtorganisierten, an wichtigen Stellen beschäftigten Juden einzubeziehen. Sollte die Arbeit auf das Gebiet von II 2 oder III 2 übergreifen, ist mit den entsprechenden Sachbearbeitern eine Verständigung über die Bearbeitung herbeizuführen. Im Falle der Wohnsitzänderung ist der O. A. für die weitere Überwachung der im Zusammenhang mit den Hagana-Mitgliedern bekanntgewordenen Personen verantwortlich, worüber weiterhin an das SD-Hauptamt zu berichten ist.

IV. Aufstellung der Spitzenkartei der organisierten Juden

1. Bei der Aufstellung bzw. Weiterführung der Spitzenkartei der organisierten Juden muß außer zu den Stapoleit- und Stapostellen die Verbindung zu folgenden Stellen hergestellt werden, die zum Teil bereits über gute Unterlagen verfügen:

- a) Rassepolitisches Amt der NSDAP,
- b) NS-Lehrerbund,
- c) Einwohnermeldeamt,
- d) Deutsche Arbeitsfront,
- e) Statistische Ämter,
- f) örtliche Parteistellen und sonstige Stellen, die sich mit der karteimäßigen Erfassung der Juden befaßt haben.

2. Die bei der Erörterung zu beachtenden Punkte sind auch auf dem anliegenden Personalfragebogen verzeichnet (Anlage 1).

3. Für „reichswichtige“, „oberabschnittswichtige“ und „unterabschnittswichtige“ Juden gelten folgende Definitionen:

- a) Reichswichtig sind:
 - aa) alle jene Juden, die auf das jüdisch-politische Leben durch Sitz und Stimme in jüdischen Verbänden und Vereinen bedeutenden Einfluß ausüben,
 - bb) alle jene Juden, die durch direkten Einfluß oder durch ihre Verbindungen bedeutende Einwirkung auf das kulturelle Leben, Gemeinschaftsleben und materielle Leben des deutschen Volkes nehmen,
 - cc) alle jene Juden, die unter dem Verdacht einer nachrichtendienstlichen Tätigkeit stehen,
 - dd) Juden, die sich zur Vortragung des Angriffes gegen das nationalsozialistische Deutschland konfessioneller Gegner und der Linksbewegung bedienen.

- b) Oberabschnittswichtig sind:
 - aa) alle jene Juden, die durch Sitz oder Stimme Einfluß auf das jüdisch-politische Leben in den jüdischen Landesverbänden nehmen,
 - bb) alle jene Juden, welche auf die Lebensgebiete des deutschen Volkes einen nicht mehr als reichswichtig zu bezeichnenden Einfluß nehmen, trotzdem aber in der Lage sind, den Lebensnerv des deutschen Volkes in empfindlicher Weise zu stören.

- c) Unterabschnittswichtig sind:

alle übrigen Juden, die in jüdischen Organisationen einen Posten bekleiden oder bekleidet haben, im jüdisch-politischen Leben oder in sonstiger Weise hervorgetreten sind oder hervortreten, oder die Möglichkeit haben, ihren Einfluß in Lebensgebieten des deutschen Volkes geltend zu machen.

4. Im Falle festgestellter Reichswichtigkeit ist durch den O. A. mit dem zu erstattenden Bericht eine Karte für die Spitzenkartei des SD-Hauptamtes mitzuübersenden. Bei festgestellter Oberabschnittswichtigkeit gilt für den zuständigen U. A. an den O. A. zu erstattenden Bericht sinngemäß dasselbe. Die Oberabschnitte überprüfen ihrerseits die von den U. A. angelegte Spitzenkartei der unterabschnittswichtigen Juden.

5. Die laufenden Veränderungen sind anhand der bei den Stapoleit- bzw. Stapostellen vierteljährlich von den jüdischen Organisationen eingehenden Mitgliederlisten in der Spitzenkartei nachzutragen.

Das Gestapa hat die Stapoleit- und Stapostellen anzuweisen, die Listen sofort nach Eingang den Oberabschnitten zuzuleiten, die ihrerseits für die Weiterleitung an die Unterabschnitte verantwortlich sind.

V. Beschaffung aller Judengesetze und der auf dem Gebiete des Judentums seit 1933 erlassenen ministeriellen, staatspolizeilichen und sonstigen Verordnungen

1. Alle in anliegender Aufstellung genannten Judengesetze und die auf dem Gebiete des Judentums ergangenen Verordnungen sind zu beschaffen (Anlage 2a u. 2b).

2. Sollten sich Abschriften der V.O. im einzelnen auch nicht über die Stapoleit- bzw. Stapostellen beschaffen lassen, wird um Mitteilung an das SD-Hauptamt gebeten, das für die abschriftliche Übersendung Sorge tragen wird.

VI. Bearbeitung und Auswertung der jüdischen Presse

Um laufend über die Bewegungen und geistigen Strömungen im Judentum unterrichtet zu sein, haben die O. A. und U. A. regelmäßig zu lesen:

- 1) die CV-Zeitung,
- 2) die „Jüdische Rundschau“,
- 3) die im O. A.- oder U. A.-Gebiet erscheinenden Synagogen- und Gemeindeblätter,
- 4) den „Schild“, Organ des „Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten“ und des „Sportbundes Schild“,
- 5) eine jüdische Zeitschrift für das Judentum in Deutschland,
- 6) die wichtigsten Zeitungen aus den an das O. A.-Gebiet angrenzenden Staaten und die wichtigsten Zeitschriften der in dem betreffenden ausländischen Staatsgebiet bestehenden jüdischen und antisemitischen Organisationen.

Diese Zeitungen und Zeitschriften sind nicht nur zu lesen, sondern intensiv auszuwerten. Neben der im Rahmen der Auswertung erfolgenden sachkarteimäßigen Erfassung und Akten- (VA, PA, Sachakten)-Erfassung hat die Erörterung zu gehen. Das Ergebnis der Auswertung kann auch übersichtsmäßig in den Lageberichten Anwendung finden.

Dokument 26

„Bericht über den Umbau der Abteilungen bei II 1“, verfaßt von Hagen, 7. Dezember 1937.

Bundesarchiv, R 58/991.

I. II 112 vor dem 1. 4. 37

Die eigentliche Bearbeitung des Gegners Judentum durch die Abteilung II 112 begann etwa Ende 1935. Bis zu diesem Zeitpunkt waren die vorbereitenden Arbeiten soweit fortgeschritten, daß an eine organisatorische Erfassung der Juden in Deutschland herangegangen werden konnte. Diese Arbeit, die sich über ein Jahr hinzog, hätte im wesentlichen bereits in einigen Monaten abgeschlossen sein können, wenn die Arbeitsverteilung innerhalb der Abteilung von Anfang an besser gewesen wäre. Die Folge der damals getroffenen Verteilung der Arbeit war, daß einige Männer der Abteilung mit laufenden Arbeiten überlastet waren, weil es den übrigen an einer umfassenden Sachkenntnis mangelte.

Eine praktische Fühlungsnahme mit den Juden in Deutschland war infolge der ungeschickten Taktik der Abteilungsleitung um diese Zeit fast ausgeschlossen. Man hielt sich bei der Gesamtbearbeitung lediglich an die Staatspolizeileitstelle Berlin, die selbstverständlich lediglich über die örtlichen Gegnerformen unterrichtet war. Bei den wenigen Verhandlungen, die auf der Stapoleitstelle geführt wurden, haben die Männer der Abtei-

lung II 112 keine Gelegenheit gehabt, sich praktisch zu betätigen. Die Verhöre wurden lediglich von den Stapobeamten geführt. Die politische Ausrichtung der in Deutschland ansässigen jüdischen Organisationen nach staatspolizeilichen Gesichtspunkten war unter diesen Umständen natürlich nicht möglich, zudem bestand nicht einmal eine Kontrolle über die Tätigkeit der leitenden jüdischen politischen Funktionäre. Dieser Zustand dauerte bis etwa März/April 1937 (Bericht von SS-Untersturmführer Eichmann).

II. Die Abteilung II 112 seit dem 1. 4. 37

Nach dem Wechsel in der Leitung der Zentralabteilung II 1 und der Leitung der Abteilung II 112 wurde sofort von der theoretischen Bearbeitung des Judentums abgegangen und die praktische Arbeit aufgenommen. Dabei wurde insbesondere Wert darauf gelegt, nicht nur über das zuständige Referat im Geheimen Staatspolizeiamt über die Lage im Judentum unterrichtet zu werden, sondern es wurde direkte Fühlung mit den leitenden Funktionären auf dem Wege von Vorladungen im Gestapa aufgenommen. Außerdem beschränkte sich die Arbeit nicht nur auf das in Deutschland ansässige Judentum, sie wurde vielmehr auch auf die Erfassung und Bearbeitung des Judentums im Ausland ausgedehnt.

Einen grundsätzlichen Wandel in der Arbeit der Abteilung II 112 führte der Funktionsbefehl des Reichsführers vom 1. 7. 37 herbei, demzufolge (2c) die Abteilung II 112 alle allgemeinen und grundsätzlichen Fragen, in denen staatspolizeiliche Vollzugsmaßnahmen nicht in Betracht kommen, zur Bearbeitung überlassen wurden. Von diesem Zeitpunkt an werden sämtliche zu treffende Entscheidungen im engstem Einvernehmen mit dem Referat II B 4 auf dem Gebiet des Judentums gefällt. Durch regelmäßige Vorladungen der leitenden Funktionäre der jüdischen Organisationen wird versucht, die gesamte Judenpolitik so auszurichten, daß die Auswanderung besonders unbemittelter Juden laufend gefördert und verstärkt wird.

Durch den Besuch der Zentralen der jüdischen Organisationen wurde Einblick genommen in die Arbeitsweise der Juden; dabei konnten gleichzeitig erhebliche Mißstände entdeckt werden (wie u. a. die Beschäftigung zahlreicher Juden ausländischer Staatsangehörigkeit in leitenden Funktionärsstellen), die abgestellt worden sind bzw. abgestellt werden. Darüber hinaus wurde angefangen, durch die Verbindungsaufnahme mit den zuständigen Stellen im Innenministerium und im Auswärtigen Amt, direkten Einfluß auf die praktische Durchführung der Auswanderung zu bekommen. Das Endziel, wie das noch näher in einem in Arbeit befindlichen Bericht an C dargelegt werden soll, ist die Zentralisierung der gesamten Bearbeitung der Judenfrage in Deutschland bei SD und Gestapa.

Darüber hinaus wurde mit der systematischen Erfassung des Weltjudentums begonnen (zum Teil durch direkte Fühlungnahme), weil die Entscheidungen über die weitere Lösung der Judenfrage in Deutschland eine genaue Kenntnis der leitenden jüdischen Weltorganisationen voraussetzen. Auch auf diesem Gebiet konnten bereits praktische Ergebnisse erzielt werden. So wird durch eine beständige Ermahnung der mit dem Ausland in Verbindung stehenden leitenden jüdischen Funktionäre in Deutschland ein teilweises Zurückgehen der Hetze des Auslandsjudentums herbeigeführt (insbesondere darf hier auf die Meldung über Prinz hingewiesen werden).

Organisatorisch wurde die Abteilung insofern erneuert, als jedem Referenten eine Hilfskraft zur Verfügung gestellt wurde, die für die zu leistende Arbeit voll verantwortlich ist. Damit ist erreicht worden, daß die Referenten entlastet wurden und daß die bisher nur mit technischen Arbeiten beschäftigten Hilfskräfte in die Sacharbeit eingeführt wurden und eventuell später als Sachkenner in die Referate der O. A. eingesetzt werden können.

Dokument 27

Lagebericht der Abteilung II 112 für das Jahr 1937.

Sonderarchiv Moskau, 500/3/316.

I. Allgemeines zur Lage im inner- und außerdeutschen Judentum

1. Deutschland

Die Gesamtlage des innerdeutschen Judentums wurde in der Berichtszeit im wesentlichen durch drei Faktoren bestimmt: durch die Auswanderung, die Auswirkungen des Peel-Berichtes und die verstärkte Einflußnahme der Staatspolizei auf die Führung des Judentums. Während in den vergangenen Jahren die in Deutschland ansässigen Juden noch sehr stark von ihren ideellen Auseinandersetzungen beansprucht und an der positiven Auswanderungsarbeit gehindert wurden, ist die Auswanderung heute unter dem Eindruck des verschärften Eingreifens der Staatspolizei im allgemeinen zum Leitgedanken aller jüdischen Organisationen geworden. Die ideellen Gegensätze, die insbesondere zwischen der Hauptorganisation der Zionisten, der Zionistischen Vereinigung für Deutschland, und derjenigen der Assimilanten im jüdischen Zentralverein bestanden, verlieren an praktischer Bedeutung.

Nicht zuletzt haben dazu das im Anfang des Jahres ausgesprochene zweimonatige Versammlungs- und Veranstaltungsverbot für alle jüdischen Organisationen und die Auflösung des „Unabhängigen Orden Bne Briss“ am 19.4.37 beigetragen, nicht minder auch die Übertragung der deutschen Judengesetzgebung auf Oberschlesien nach Ablauf des Genfer Abkommens am 17. Juli 1937 und das verschärfte Vorgehen gegen die Juden in Danzig.

Immerhin darf hieraus nicht auf ein völliges Aufhören der assimilatorischen Tätigkeit geschlossen werden. Gerade in Bayern und Schlesien zeigt sich gegenüber den schwächer werdenden Vorstößen der zionistischen Organisationen ein stetiges Anwachsen der assimilatorischen Tendenzen, das sich im wesentlichen aus dem starken Einsatz von Finanzmitteln auf seiten der Assimilanten erklärt.

Aus diesen Beispielen kann gefolgert werden, daß der Zionismus im allgemeinen wohl festes Gedankengut der minderbemittelten und zahlenmäßig stärksten jüdischen Bevölkerungsteile ist, daß dagegen die kapitalkräftigen Juden, die ihre Positionen zum Teil durch die Einschaltung in den Vierjahresplan noch verstärken konnten, natürlicherweise nach wie vor für den Assimilationsgedanken eintreten. Neue Angriffe von dieser Seite auf den Auswanderungsgedanken konnten nur durch eine planmäßige Förderung der Zionisten bei der Besetzung von Vorstandsämtern jüdischer Organisationen unterbunden werden.

Wenn es dennoch an einer einheitlichen Ausrichtung des gesamten in Deutschland ansässigen Judentums fehlt, so liegt das nicht zuletzt an dem Mangel geeigneter Führungskräfte, der sich am deutlichsten in der Arbeit der „Reichsvertretung der Juden in Deutschland“ auswirkt. Diese hat sich, obwohl sie Zentralorgan der gesamten Jüdischaft ist, auch heute nach vierjähriger Tätigkeit noch nicht die vollkommene Anerkennung im Reiche erringen können. Aus der in Judenkreisen an ihr geübten Kritik geht klar hervor, daß es einigen ihrer Funktionäre trotz der kritischen Lage des Judentums in Deutschland noch an dem nötigen Verantwortungsbewußtsein und Arbeitseifer fehlt.

Gerade eine solche Bemängelung der Arbeit macht es deutlich, daß hier nur durch beständigen Eingriff in die Aufgaben der jüdischen Organisationen Wandel geschaffen werden kann, nicht um zu einer Verstärkung der Front des Judentums beizutragen, sondern nur in der Absicht, die Durchführung der sich aus der Politik des Reiches ergebenden Forderungen an die Juden zu ermöglichen.

Aus der immer stärker werdenden Zurückdrängung des Judentums in das geistige Ghetto erklärt sich seine Flucht in die Religiosität. So wiesen die Synagogen in Berlin während der jüdischen Festtage einen doppelt so starken Besuch wie im Vorjahre auf. Parallel dazu geht die immer stärker werdende Beteiligung an jüdisch-kulturellen Veranstaltungen, die mit Ausnahme der preußischen Provinz Hessen-Nassau und insbesondere des Landes Hessen auch jetzt noch im Ansteigen begriffen ist.

Die Auswanderung von etwa 24 000 Personen im Jahre 1937 nach Palästina und Übersee hat sich in verschiedener Hinsicht auf die Umgestaltung des innerdeutschen Judentums ausgewirkt. So hat der Abgang zahlreicher kapitalkräftiger Juden, abgesehen von vereinzelt Ausnahmen, einen Rückgang der Steuereinnahmen zur Folge gehabt und die Kürzung der Gemeindefats erforderlich gemacht. Dies wirkte sich insbesondere bei der jüdischen Wohlfahrtspflege aus, wird andererseits jedoch auch Ansporn zur Schaffung weiterer Auswanderungsmöglichkeiten sein.

Zweifellos befindet sich, verstärkt durch die allmähliche Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft, das jüdische Proletariat im Anwachsen, dessen Situation für die weitere Führung der Judenpolitik um so beachtlicher wird, als natürlicherweise auch die Spenden für das jüdische Winterhilfswerk abnehmen. Hiervon werden insbesondere die größeren Judengemeinden betroffen, die eine beständige Zuwanderung unbemittelter Juden aus der Provinz, in der infolge der Auswanderung immer mehr Gemeinden zur Auflösung kommen, zu verzeichnen haben.

Da eine Unterstützung aus reichsdeutschen Mitteln selbstverständlich nicht in Frage kommen kann, muß das für die Verwaltung notwendige Geld, das durch die Gemeinden selbst nicht mehr aufgebracht werden kann, in immer stärkerem Maße von den internationalen jüdischen Hilfsorganisationen beschafft werden. So begrüßenswert es sein mag, daß dem Reiche auf diese Weise Devisen zufließen, so gefährlich ist die hierdurch bedingte notwendige Fühlungnahme der leitenden Männer des innerdeutschen Judentums mit den führenden außerdeutschen Judenorganisationen.

Um den auf diese Weise möglich werdenden Aufbau eines Nachrichtennetzes innerhalb Deutschlands nach Möglichkeit zu unterbinden und um gleichzeitig schon bestehende Verbindungen abzuschneiden, mußten deshalb alle Juden ausländischer Staatsangehörigkeit von den Vorstandsposten, Beamten- und Angestelltenstellungen der jüdischen Organisationen entfernt werden.

Die seelische Auswirkung dieser Lage auf das Judentum zeigt sich insbesondere in der Ehefeindlichkeit der jüdischen Jugend, ihrer geistigen und sittlichen Verwahrlosung, deren Ergebnis das zum Teil und besonders in Berlin zu bemerkende Anwachsen der uneheleichen Kinder ist. Auch die Auswanderungsbestrebungen sind in der Berichtszeit unter der Einwirkung inner- und außerpolitischer Vorgänge grundlegenden Veränderungen unterworfen gewesen.

Die entscheidende Wendung innerhalb der in Deutschland ansässigen Judenschaft und des Weltjudentums bedeutete der Peel-Bericht, durch den der Ablauf des englischen Mandats in Palästina und der Plan zur Gründung eines selbständigen Juden- und Araberstaates vorgeschlagen wurde. Der am 3.VIII.37 in Zürich eröffnete Zionistenkongreß gab ein Bild

von der Einstellung des zionistisch organisierten Weltjudentums zu den Plänen der englischen Regierung. Wenn auch unter dem Druck Weizmanns die Mehrheit der Abgeordneten der Teilung unter Vorbehalt einer Revision zustimmte, so kann dies doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Juden selbst letztlich keinen eigenen Staat wünschen, vielmehr aber unter dem englischen Protektorat mit absoluten Vollmachten ausgerüstet bleiben wollen. Den Beweis für die Unfähigkeit der Juden, einen Staat aufzubauen, der ausschließlich mit jüdischen Kräften arbeitet und aus deren Arbeit leben muß, bildet der Zustand der palästinensischen Wirtschaft. Die in der letzten Zeit aufkommenden Tendenzen – die auch gerüchteweise in der in Deutschland erscheinenden jüdischen Presse erörtert wurden – zu einer Verständigungsbereitschaft mit den Arabern, deuten jedenfalls darauf hin. In den neuesten Meldungen aus Palästina wird sogar schon von einem Staat gesprochen, in dem unter Leitung eines arabischen Königs hinsichtlich der Verwaltung und der Bevölkerungsziffer zwischen Arabern und Juden vollkommene Parität herrschen soll.

Auch die „Zionistische Vereinigung für Deutschland“ hat sich eindeutig gegen die Annahme des Peel-Berichtes ausgesprochen. In einer Stellungnahme des Leiters der ZVfD heißt es, die Grundlage des Berichtes, nämlich die Behauptung, das Mandat sei unausführbar, sei falsch, damit verlören aber zugleich alle hieraus gezogenen Schlüsse ihre Bedeutung. Hierin zeigt sich ganz deutlich die grundsätzliche Abneigung gegen eine jüdische Staatengründung.

Daraus entwickelte sich bei den Auswanderungswilligen eine gewisse *Palästinamüdigkeit*, die noch dadurch gefördert wird, daß die englische Regierung bis März 1938 (interimistisch) nur etwa insgesamt 8000 Zertifikate, davon etwa 1300 für die jüdische Auswanderung aus Deutschland nach Palästina, bereitstellte. Äußerungen der Juden aus jüngster Zeit lassen erkennen daß auch die Auswanderung minderbemittelter Juden aufgrund dieses Sachverhaltes, wie auch aus Furcht, in die augenblicklichen Konflikte in Palästina einbezogen zu werden, im nächsten Jahr gering sein wird, wenn sie nicht sogar zum Stillstand kommt.

Daß die Auswanderung jüdischer Kapitalisten im Berichtsjahr trotz der strengen wirtschaftlichen Sicherungsmaßnahmen des Reiches sowohl nach Palästina als auch nach anderen Ländern verhältnismäßig stark war, erklärt sich aus der Existenz des Haavarasystems. Hierdurch wird es kapitalkräftigen Juden, wenn auch unter starken Verlusten, ermöglicht, durch einen Warentransfer über die „Paltreu“ (Palästina-Treuhandstelle zur Beratung der Juden in Deutschland GmbH, Berlin), das „Haavara Trust and Transfer Office, Ltd.“, Tel Aviv und die „Nemico“ (Near and Middle East Corporation, Tel Aviv) Kapital aus Deutschland nach Palästina oder dem Vorderen Orient zu verbringen.

Eine Kapitalabwanderung nach Übersee kann über die „Altreu“ (Allgemeine Treuhandstelle für die jüdische Auswanderung GmbH, Berlin) erfolgen. Hierbei handelt es sich um einen direkten Geldtransfer, wobei das zur Auswanderung bestimmte, aber begrenzte jüdische Kapital mit einem 100igen Aufschlag bei der deutschen Geld- und Diskontbank in Devisen umgewechselt wird. Der 100ige Gewinn fließt dabei dem Auswanderungsfonds der „Reichsvertretung der Juden in Deutschland“ für minderbemittelte Juden zu, die ihrerseits wiederum mit einem 100igen Aufschlag Devisen zur Förderung der Auswanderung minderbemittelter Juden erwerben kann.

Aus der oben aufgezeigten Einstellung heraus und bedingt durch die indirekt fühlbar gewordene ablehnende Stellungnahme des Reiches zur Gründung eines Judenstaates – der eine verstärkte Gegenpropaganda, Sabotage der Bestrebungen Deutschlands auf diplomatischem Wege und die Ausdehnung der Minderheitenrechte auf die Juden im Gefolge

haben würde – hat sich der Gedanke der Auswanderung nach Übersee verstärkt. Hierbei konnten, unter Berücksichtigung der Devisenlage des Reiches, im Vergleich zum Vorjahr befriedigende Ergebnisse erzielt werden. Ein großes Hindernis für die Zukunft bedeutet aber die Tatsache, daß viele Länder, z. T. unter Einfluß der deutschen antijüdischen Propaganda, z. T. aber aus innerer Notwendigkeit veranlaßt, sich der jüdischen Einwanderung verschließen; andererseits muß darauf geachtet werden, nicht in denjenigen Ländern Judensiedlungen zu ermöglichen, die politisch oder wirtschaftlich für Deutschland wichtig sind, um nicht Gefahr zu laufen, mit der Zeit in diesen Ländern Zellen aktiven Widerstandes gegen eine deutschfreundliche Politik zu schaffen.

Unter diesem Eindruck entwickelt sich unter den in Deutschland ansässigen Juden eine *Auswanderungsfurcht*, die sich zukünftig durch verstärkte assimilatorische Tendenzen äußern kann, wenn nicht alle Möglichkeiten für die Förderung der Auswanderung erkundet und ausgenutzt werden. Der andere Teil der Juden wird versuchen – wie das bereits laufend beobachtet wird –, jetzt noch gehaltene Stellungen in der deutschen Wirtschaft auszubauen.

Unbedingte Voraussetzung für die Lösung der Judenfrage durch die Auswanderung ist aber die einmütige Ablehnung der Juden durch alle Bevölkerungsteile. Es wird deshalb erforderlich sein, daß eine stärkere und zielbewußtere Propaganda, die besonders die Landbevölkerung erfassen muß, alle Volksgenossen so erzieht, daß sich die Juden nicht wieder mit ihrer bewußten oder unbewußten Hilfe und Unterstützung wirtschaftliche Positionen aufbauen können. Das Berichtsjahr hat erwiesen, daß große Teile der Bevölkerung, ja selbst der Parteigenossenschaft, sich nicht einmal mehr um die einfachste Forderung, nämlich nicht beim Juden zu kaufen, kümmern. Besonders stark zeigt sich diese Sabotage in streng katholischen Bezirken und bei der Anhängerschaft der bekennenden Kirche, die zum Teil aus weltanschaulichen Gründen – Lösung der Judenfrage durch die Taufe und Aufnahme der Juden in die christliche Gemeinschaft – zum Teil aber auch zum Zwecke der Stärkung der Opposition gegen den Nationalsozialismus, die Arbeit des Reiches auf dem Gebiet des Judentums zu stören versucht. Den besten Beweis für den Erfolg dieser Gegenarbeit bietet die Tatsache, daß im Gegensatz zum übrigen Reichsgebiet in Mittel- und Unterfranken, sowie in Schwaben, eine ständige Verschiebung der jüdischen Bevölkerung von den Städten in die Landgemeinden vor sich geht, weil die Juden hier, unter dem moralischen Schutz der Kirche stehend, die Maßnahmen des Reiches weniger stark zu spüren bekommen. Ein ähnlicher Vorgang ist in den katholischen Gegenden der preußischen Provinz Hessen-Nassau und im Land Hessen zu beobachten.

Dem eigenwilligen Auftreten gewisser Teile des Judentums wurde, wie bereits angedeutet, durch Versammlungs- und Verbandsverbot, durch Auflösung des „Unabhängigen Ordens Bne Briss“, der Jüdischen Telegraphenagentur (ITA) und des „Paulusbundes“ (in seiner bisherigen Form als Vereinigung aller Juden christlicher Konfession) entgegengetreten. Andererseits wurde die Judengesetzgebung aus den vergangenen Jahren durch eine Anzahl wichtiger Erlasse der Reichsministerien und der Geheimen Staatspolizei ergänzt. So wird es der am 18.10.37 vom Reichsarbeitsminister herausgegebene vertrauliche Erlaß den Juden unmöglich machen, weiterhin deutschblütige Mädchen und Frauen ausländischer Staatsangehörigkeit unter 45 Jahren in ihren Haushalten zu beschäftigen. Der immer noch möglichen Umgehung der Bestimmungen des Blutschutzgesetzes durch Schließung nicht ohne weiteres zulässiger oder unerwünschter Ehen im Ausland soll durch staatspolizeiliche Maßnahmen begegnet werden.

Von grundsätzlicher Bedeutung ist weiterhin der vom Reichs- und Preußischen Minister des Innern am 16.11.37 herausgegebene Judenpaß-Erlaß, der bestimmt, daß, von einigen Ausnahmen abgesehen, den Juden grundsätzlich nur noch Reisepässe auszustellen sind, wenn diese zur Auswanderung oder deren Vorbereitung benötigt werden.

Die ersten wirksamen Schritte zur *Ausschaltung der Juden aus der deutschen Wirtschaft* wurden im November 1937 unternommen, durch die Herausgabe eines Erlasses, der eine Einschränkung der Rohstoffkontingenzuteilung an Juden verfügt. Es werden aber noch zahlreiche Eingriffe erforderlich sein, um die Stellung der Juden in der deutschen Wirtschaft endgültig zu brechen und damit der politischen Opposition gleichzeitig ihren Rückhalt zu nehmen.

Durch Gesetze wurde es außerdem unmöglich gemacht, daß Emigranten und damit auch aus Deutschland emigrierte Juden in Deutschland ansässige Personen, einschließlich der Verwandten ersten Grades, beerben oder von diesen mit Schenkungen bedacht werden können.

2. Weltjudentum

Während die Vorjahre im Zeichen einzelner über die ganze Welt verbreiteter Boykottaktionen des Judentums gegen Deutschland standen, haben diese mit Ausnahme der letzten Wochen des Jahres 1937 fast ganz aufgehört. Zum Abschluß des Jahres setzten allerdings die unter Leitung Samuel Untermyrs stehende Boykottwoche in Amerika und die von dem Zionisten und Revisionisten Jabotinsky ausgehende Boykotthetze gegen Deutschland ein.

Der Rückgang der Hetze erklärt sich einmal aus der kritischen Lage des Judentums in Deutschland, die noch durch den Judenboykott in Oberschlesien und Danzig verstärkt wurde, die das Judentum in Deutschland veranlaßte, sich zur Sicherung seiner eigenen Existenz bei den verantwortlichen Juden in Amerika für eine Änderung des Kurses einzusetzen. Zum anderen wurde durch das Vorgehen gegen die Juden in Polen, Brasilien, Rumänien usw. die Aufmerksamkeit von Deutschland abgelenkt, wodurch die Lösung der Judenfrage gleichzeitig immer mehr zu einem Zentralpunkt der Weltpolitik wurde. So begrüßenswert diese Tatsache vom weltanschaulichen und außenpolitischen Standpunkt sein mag, so hat sie doch zugleich die Schließung zahlreicher Grenzen gegen die Judeneinwanderung zur Folge gehabt. Im Hinblick auf diese Entwicklung erscheint es immer fraglicher, ob es gelingen wird, die Auswanderungsbewegung der Juden aus Deutschland im kommenden Jahr auf dem Stand von 1937 zu halten, zumal die Devisenlage des Reiches nur eine Auswanderung unter Einsatz der geringst möglichen Finanzmittel zuläßt.

Gleichzeitig scheint es aber, daß die nach außen hin beobachtete Abnahme der Aktivität des Weltjudentums zu einer Konsolidierung ausgenutzt werde mit dem Ziel, eine Vereinheitlichung der zahlreichen über die ganze Welt verteilten jüdischen Splittergruppen herbeizuführen. Als Beispiel hierfür mag die Gründung des „Comité d'Entente“ mit dem Sitz in Paris gelten, das zur Dachorganisation aller jüdischen Hilfsorganisationen, die über beachtliche Finanzmittel verfügen, ausgebaut wird. Es ist anzunehmen, daß von hier aus neue Angriffe des Weltjudentums nicht nur gegen Deutschland, sondern gegen alle nationalen Bewegungen ausgehen werden.

Die Intervention des Exekutivausschusses des jüdischen Weltkongresses anläßlich des verschärften Vorgehens gegen die Juden in Danzig beim Präsidenten des Dreier-Ausschusses des Völkerbundes und die von der englischen und französischen Gesandtschaft bei der neuen rumänischen Regierung erhobenen Vorstellungen zugunsten der Juden sind nur als

Vorspiele anzusehen, die aber mit aller Klarheit erweisen, daß das Weltjudentum nicht gewillt ist, sich mit der gegenwärtigen Lage abzufinden, und daß es nach wie vor über großen Einfluß auf die Regierungen verschiedener Länder verfügt.

Zur Zentralstelle des Judentums hat sich eindeutig Amerika entwickelt, das der Sitz aller großen jüdischen Weltorganisationen und der Ausgangspunkt der antideutschen Propaganda ist. Der Auswanderungsstrom des Ostjudentums, der nur zum Teil nach Palästina abgelenkt werden konnte, hält unvermindert an und verstärkt dort das jüdische Proletariat, das die Keimzelle des Kommunismus in den USA darstellt. Abgesehen von dem bekannten Einfluß des Judentums auf die amerikanische Regierung – u. a. ist der Finanzminister Morgenthau Jude – und die Wirtschaftslenkung, erwächst Deutschland in Amerika also auf indirektem Wege über den Kommunismus eine neue Gefahrenquelle.

Die Rolle, die das Judentum Sowjetrußlands in der Gegenarbeit gegen alle nationalen Staaten und völkischen Strömungen spielt, bleibt, abgesehen von seiner direkten Mitwirkung am Ausbau des Weltbolschewismus durch die Beteiligung an der sowjetrussischen Regierung, nach wie vor ungeklärt. So wird bekannt, daß jede Arbeit für den Zionismus in Sowjetrußland mit dem Tode bestraft werde; andererseits besteht aber mit Billigung der Regierung eine Zweigstelle des internationalen „Ortverbandes“ in Moskau, der sich in den übrigen Ländern mit der Umschulung von Handwerkern für die Auswanderung beschäftigt. Auch die Rolle, die die Judenrepublik Biro-Bidschan innerhalb des Gesamtverbandes der Sowjetunion einnimmt, ist unklar, zumal absolut zuverlässige Berichte über die Lage des Judentums in Sowjetrußland nicht vorliegen.

II. Die Tätigkeit der jüdischen Organisationen in Deutschland

1. Reichsvertretung und Reichsverbände

Von einer vollen Anerkennung der „Reichsvertretung“ durch die Juden in Deutschland kann auch im Jahre 1937 noch nicht gesprochen werden. Die Ursache dieses Zustandes liegt einmal in der Arbeitsweise der Reichsvertretung und zum anderen in dem Wirken der auf das jüdische Leben in Deutschland einflußreichen religiösen Landesverbände begründet. Es mangelt immer noch an einer wirklich zielstrebigem und energievollen Arbeit dieses obersten jüdischen Gremiums. Die Sitzungen der Unterausschüsse bzw. des Präsidialausschusses erschöpften sich in der Erörterung vieler Fragen und in der Kenntnisnahme von bestehenden Mißständen, ohne daß praktische Folgerungen für ihre Abstellung gezogen worden waren.

Diese Tatsachen riefen eine wachsende Opposition gegen die Reichsvertretung hervor. Einerseits wurde diese getragen durch die „Jüdische Gemeinde zu Berlin“, andererseits kam sie aus dem Lager der „Staatszionisten“ (Kareski). Im Juli 1937 erreichte die zwischen der Reichsvertretung und der jüdischen Gemeinde zu Berlin bestehende Spannung ihren Höhepunkt, die nur durch eine bindende Erklärung der Reichsvertretung über ihre Aufgabenstellung beendet werden könnte. Die Hauptangriffe der „Staatszionisten“ richteten sich gegen die unklare Rechnungslegung der Reichsvertretung. Um alle in diesem Zusammenhang erhobenen Vorwürfe zu entkräften, schritt deshalb die Reichsvertretung zur Bildung eines fünfköpfigen Haushaltsausschusses, in den auch der Leiter der Staatszionistischen Vereinigung, Georg Kareski, in seiner Eigenschaft als zweiter Vorsitzender der „Jüdischen Gemeinde zu Berlin“ berufen wurde. Selbstverständlich war dieser „jüdische Revolutionär“ den führenden Juden der Reichsvertretung nicht genehm. Der Zusammenbruch der jüdischen „Ivria-Bank“, der Kareski als Direktor vorstand, machte schließlich sein Weiterverbleiben in der Leitung der Jüdischen Gemeinde und in der Reichsvertre-

tung unmöglich. Aus den Umständen, die zur Erledigung der „Ivria-Bank“ führten, war zu erkennen, daß die Ruinierung dieser Bank lediglich ein Mittel war, den unliebsamen Kareski, der im Auslande als Gestapo-Spitzel bezeichnet wird, loszuwerden.

Aus dem allgemeinen Mißtrauen der Judenschaft gegen die Reichsvertretung erklärt sich auch der Beschluß, den der Rat des „Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden“ auf seiner im Dezember 1937 in Berlin abgehaltenen Tagung faßte, an die noch außerhalb des Verbandes stehenden Landesverbände mit dem Ziel heranzutreten, einen „Verband der jüdischen Gemeinden im Deutschen Reich“ zu errichten. Dieser Vorschlag stieß bei den Süddeutschen Landesverbänden jedoch auf schärfsten Widerstand. In der Sitzung des Präsidialausschusses der Reichsvertretung am 14. 12. 37 gab der Vorsitzende des „Verbandes Bayerischer Israelitischer Gemeinden“, Dr. Neumeyer¹, eine Erklärung ab, in der die süddeutschen Verbände diesen Versuch schärfstens mißbilligten. Der sächsische Landesverband schloß sich dieser Erklärung an. Diese ablehnende Stellungnahme scheint sich daraus zu erklären, daß die finanziell besser gestellten Gemeindeverbände nicht gewillt sind, in noch stärkerem Maße zur Finanzierung der schlechter gestellten herangezogen zu werden. Außerdem erfahren die jüdischen Gemeinden entsprechend den verschiedenartigen Länderrechten eine unterschiedliche Behandlung, die durch die Vereinheitlichung gefährdet werden könnte.

Die wirklichen Arbeitserfolge der Reichsvertretung im Berichtsjahr sind nur sehr gering und gingen keinesfalls über die bisherigen Leistungen hinaus. Ein Hauptaugenmerk wurde auf die Lehrerbildung und Lehrmittelbeschaffung gelegt. Lehrerprüfungen für den Volksschuldienst wurden auf Initiative der Reichsvertretung abgehalten. Verschiedene Lehrbücher für die Unterklassen sind erschienen bzw. befinden sich gegenwärtig in Bearbeitung.

Bei der Etatlegung für das Jahr 1937 fällt auf, daß die vorhandenen Mittel im Vergleich zum Vorjahr um nahezu 1 000 000 RM niedriger waren und verhältnismäßig gesehen in stärkerem Maße für die Betreuung der Juden im Inlande (Jugend Sport) als für die Förderung der Auswanderung verwendet wurden. Dabei wird von jüdischer Seite aus noch besonders kritisiert, daß die durchschnittlichen Ausgaben des „Hilfsvereins der deutschen Juden“ für den Einzelfall der Auswanderung mit RM 178,- um RM 56,- höher liegen als beim Palästinaamt mit RM 122,-.

Der Voranschlag für das Haushaltsjahr 1938 wurde mit RM 4 341 800,- festgesetzt und damit um RM 10 000 niedriger als im Berichtsjahr gehalten. Während davon RM 1 541 800 aus Mitteln im Reiche aufgebracht werden sollen, wird das Aufkommen aus dem Auslande mit RM 2 800 000 eingeschätzt.

Im einzelnen sieht der Voranschlag folgende Aufwendungen vor:

Wirtschaftshilfe	ca. RM 1 000 000
Wanderung	" 1 327 400
Wohlfahrt	" 482 400
Erziehung und Bildung	" 719 000
Jugend und Sport	" 95 000
Kulturbehörde	" 50 000
	<u>RM 3 673 800</u>

¹ Prof. Alfred Neumeyer, 1867 in München geboren, war bis 1933 Richter am Obersten Landgericht München. Neben seinen Ämtern in der jüdischen Gemeinde gehörte er dem Vorstand des CV und der Reichsvertretung an. 1941 emigrierte er nach Argentinien, wo er 1944 starb.

Der Restbetrag ist wahrscheinlich für die Berufsumschichtung und die Verwaltungskosten eingesetzt. Der „Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau“, der auf ein fünfjähriges Bestehen zurückblickt, kann als die Finanzierungsorganisation der Reichsvertretung angesprochen werden. Seine Gesamtleistungen seit 1933, die sich jedoch – wie oben aufgezeigt – im Berichtsjahr etwas verschoben haben, waren in Zahlen ausgedrückt folgende:

Wanderungswesen:	Aufwand RM 4 500 000,– Finanzierung der Auswanderung von ca. 70 000 Juden (ca. 50% der jüdischen Gesamtauswanderung)
Berufsumschichtung und -ausbildung:	Aufwand RM 3 000 000,– Es wurden 15 000 Juden umgeschult.
Betreuung des jüd. Schul- und Erziehungswesen:	Aufwand RM 2 750 000,– 170 jüdische Schulen, 1300 jüdische Lehrkräfte, 23 000 jüdische Schüler
Wirtschaftshilfe:	Aufwand RM 1 000 000,–
Jüd. Wohlfahrtspflege:	Aufwand RM 1 750 000,– 80 000 Betreute
Aufwand in Prozenten:	Wirtschaftshilfe 8% Wohlfahrt 13% Schulwerk 21% Umschichtung 23% Wanderung 35%

Einer weiteren Untergliederung der Reichsvertretung, der „Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland“, obliegt die Durchführung der Jüdischen Winterhilfe JWH. Ihre Gesamtleistungen im Winter 1936/37 betragen 3 630 355,63 RM gegenüber 3 644 000 RM in den Jahren 1935/36. 83 761 Betreute im Winter 1935/36 stehen 82 818 Unterstützungsbedürftigen aus dem Jahre 1936/37 gegenüber. Im Winter 1936/37 waren 11 641 oder nahezu 1/6 aller Unterstützten über 67 Jahre alt. Die scheinbare Verringerung der Unterstützungsbedürftigen bedeutet unter Berücksichtigung des Abganges durch die Auswanderung und die natürliche Verminderung eine wesentliche Erhöhung der Bedürftigen. Das Aufkommen in den Endmonaten 1937 lag unter desjenigen des entsprechenden Zeitabschnittes von 1936/37. Das bedeutet eine schärfere Heranziehung der jüdischen Kapitalisten bzw. der vermögenden Gemeinden. Einzelne Gebiete, wie z. B. Pommern, wurden zu jüdischen Notstandsgebieten erklärt. In Ludwigshafen a. Rh. wurde sogar die Weiterführung der Pfundspende in den Sommermonaten notwendig.

Das Problem der Erfassung der nichtorganisierten jüdischen Jugend beschäftigte besonders den Leiter des „Reichsausschusses der jüdischen Jugendverbände“, den Zionisten Dr. Hans Friedenthal. Er versuchte in einer Denkschrift die unbedingte Notwendigkeit der Zusammenfassung zu beweisen und warf in diesem Zusammenhang Fragen wie Uniformierung der jüdischen Jugend, Erweiterung des Jugendherbergswerkes u. a. auf. Tatsächlich ist nur ein kleiner Teil der jüdischen Jugendlichen in Deutschland organisiert. Eine absolute Müdigkeit in den Jugendbünden, die oft schon Diskussionen unter dem Gesichtspunkt „Ende der Bünde“ hervorrief, ist unverkennbar.

Seit Mitte 1937 sind im „Reichsausschuß der jüdischen Jugendverbände“ alle jüdischen Jugendorganisationen zusammengefaßt, nachdem als letzte die staatszionistische jüdisch-

ationale Jugend „Herzlia“ beigetreten ist. Im November 1937 kam es endlich zu einer Einigung zwischen dem „Reichsausschuß der jüdischen Sportverbände“ und den jüdischen Sportverbänden in Bayern. Seitdem ist nunmehr der gesamte jüdische Sport in Deutschland nach außen hin einheitlich zusammengefaßt. Ebenfalls im November 1937 wurde ein „Oberstes Schiedsgericht“ eingesetzt, das die Regelung von sportlichen Streitfragen im jüdischen Sport vorzunehmen hat.

Interessant ist eine Vereinbarung unter den angeschlossenen Sportbünden, wonach ein Mitglied, das aus „jüdisch-weltanschaulichen Gründen“ dem an seinem Wohnort bestehenden Verein nicht beitreten will, als Gast Sport treiben kann. Damit erweist sich also die Annahme von der Existenz eines jüdisch-ideellen Unterschiedes zwischen dem Sportbund „Makkabi“ (Zionisten) und dem Sportbund „Schild“ (Assimilanten-RjFr) als richtig.

An 128 Orten sind insgesamt 64 070 Juden in den dem „Reichsverband der jüdischen Kulturbünde“ angeschlossenen sogenannten „Kulturbünden“ zusammengefaßt, die neben den Synagogengemeinden ein beachtliches Zentrum jüdischen Eigenlebens bilden. Durch die am 19.4.37 erfolgte Beschlagnahmung zahlreicher Logenhäuser des U.O.B.B., die dem Kulturbund als Veranstaltungsort dienten, entstand eine Raumknappheit, die im Laufe des Jahres fast überall wieder behoben werden konnte, so daß seiner Tätigkeit keine Schranken gesetzt sind. Um die Durchführung des laufenden Winterprogrammes nicht unmöglich zu machen, wurde im Kulturbund zunächst von der Ausgliederung der Ausländer abgesehen.

2. Die zionistischen Organisationen

Innerhalb der „Zionistischen Vereinigung für Deutschland“ waren im Jahre 1937 noch die Nachwirkungen der Unruhen des Jahres 1936 in Palästina auf die Auswanderungssendungen zu spüren. Sowohl der Peel-Bericht als auch der XX. Zionistenkongreß im August 1937 brachte für die Juden in Palästina noch keine endgültige Einschneidung, was sich naturgemäß auf die in Deutschland lebenden zionistisch eingestellten Juden in der Abnahme der Auswanderungslust nach Palästina auswirkte. Das Trachten dieser Juden war daher zwangsläufig darauf gerichtet, auf alle Fälle vorerst ihre wirtschaftlichen Positionen in Deutschland auszubauen und die Entscheidung in Palästina abzuwarten.

Diese Einstellung der Zionisten in Deutschland zur Auswanderung nach Palästina wurde noch durch eine Verordnung der englischen Mandatsregierung verstärkt, der zufolge für die Zeit vom 1. 10. 1937 bis 31. 3. 1938 insgesamt nur 8000 Zertifikate freigegeben wurden. Die Zahl der Zertifikate Gruppe C, nämlich für die unbemittelten handwerklich und landwirtschaftlich umgeschulten Juden beträgt laut dieser Verordnung 2 380. Hiervon entfallen auf Deutschland lediglich 17%. Abzüglich einer Reserve von 180 Zertifikaten für die palästinensische Regierung können demnach in der genannten Zeitspanne lediglich 375 unbemittelte Juden aus Deutschland nach Palästina auswandern.

Trotzdem versuchte die Zionistische Organisation durch Entfaltung einer regen Propaganda in der Presse und in Versammlungen die Zahl ihrer Mitglieder, die im Juli 1937 rund 90 000 betrug, zu halten. Wenn dennoch in einigen Gebieten (Bayern, Württemberg, Baden, Sachsen, Thüringen) eine rückwärtige Bewegung in der Beteiligung an zionistischen Versammlungen zu verzeichnen war, erklärt sich das zum Teil durch die bereits einleitend näher dargelegte Auswanderungsfurcht und die damit in diesen Gebieten verbundene wachsende Tätigkeit der Assimilanten, die aber als vorübergehende Erscheinung anzusehen ist.

Daß jedoch die Oppositionsbewegung innerhalb der zionistischen Organisationen nicht erstickt ist, zeigen folgende Sätze aus einer Rede des Juden Scherek², die dieser anlässlich eines Tanzabends mit Palästinawerbung in Baden-Baden am 5.IV.1937 aussprach:

„Nur mit Hilfe von England können wir Deutschland überrumpeln. Mit dem Hammer werden wir Deutschland zertrümmern. Ich betone immer und immer wieder, nur mit England ist eine solche Tat möglich. Unsere Hoffnung ist heute so groß. Die größten Feinde sind die, die in Berlin sitzen. Man gibt uns hier keine Zeit zum sprechen, man schiebt uns so schnell wie möglich ab. Das Salz muß aufgekauft werden, um den Vierjahresplan zu versalzen. Wenn wir nicht dumm sind, müssen wir die Schlacht gewinnen. Die Landwirtschaft steht heute 75% schlechter da als je zuvor. Wenn das nicht gelingt, müssen wir andere Mittel und Wege finden, um sie auf die Knie nieder zu zwingen.“

Der „Staatszionistischen Vereinigung“, die bisher stets Beziehungen zur „Neuzionistischen Organisation“ ableugnete, konnte in den letzten Tagen des Jahres 1937 ein enges Zusammenarbeiten mit dieser Greuel- und Boykottzentrale gegen Deutschland nachgewiesen werden. Der Stand dieser Organisation verringerte sich im Berichtsabschnitt von 2000 auf 1000 Mitglieder. Dieser Rückgang wurde durch leichtfertige Finanztransaktionen des Leiters der Staatszionistischen Vereinigung, Bankdirektor G. Kareski, und die in diesem Zusammenhang aus jüdischen Kreisen kommenden Angriffe gegen die Neuzionistische Vereinigung hervorgerufen. Kareski hält sich nach einer Palästinareise, die er in den Monaten Oktober und November unternahm und auf der er den schärfsten Angriffen ausgesetzt war, bis zur endgültigen Durchführung der Liquidation der „Ivria-Bank“ in der Schweiz auf. Um eine Tätigkeit im Auslande zu unterbinden, die den Interessen des Reiches abträglich sein könnte, wurden seiner Familie die Pässe abgenommen.

3. Die assimilatorischen Organisationen

Unter verstärktem Druck setzte sich auch bei den sogenannten assimilatorischen Gruppen allgemein die Erkenntnis durch, daß ein Verbleiben der Juden in Deutschland nur noch von absehbarer Dauer sein kann. Man schritt deshalb zur Propagierung des Gedankens der jüdischen Gruppenwanderung und -siedlung; diese Bemühungen sollen dem Zweck dienen, Juden aus Deutschland in kleinen geschlossenen Gemeinschaften in überseeischen Ländern anzusiedeln, um die zivilisatorischen Errungenschaften zu erhalten.

Unter diesem Blickpunkt ist auch die im September 1937 erfolgte Neugründung der Jüdischen Landarbeit GmbH (ILA) zu sehen, einer Schöpfung des „Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten“, der mit ihrer Gründung im Jahre 1924 den Zweck verfolgte, rein jüdische Siedlungen in Deutschland zu errichten.

Heute sind als Träger der ILA eingetragen 1. die „Reichsvertretung der Juden in Deutschland“, 2. die Berliner Jüdische Gemeinde, 3. der „Hilfsverein der Juden in Deutschland“, 4. der „Jüdische Centralverein“ und 5. der „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten“. Wie schon bei der ersten Gründung wurde der Leiter des „Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten“, Dr. Löwenstein, zum Aufsichtsratsvorsitzenden der ILA ernannt. Es wird in der Zukunft nötig ein, schärfsten Druck auf diese Neugründung auszuüben, wenn überhaupt praktische Auswanderungserfolge erzielt werden sollen, denn alle bisher aus diesem Lager kommenden Versuche dienten lediglich dazu, den Nachweis für die Existenzberechtigung der tragenden Gruppen zu erbringen.

² Dr. jur. Leo Scherek, 1893 in Posen geboren, als Rechtsanwalt in Berlin tätig, gehörte dem Vorstand der ZVfD an. Nach KZ-Haft emigrierte er 1939 nach Palästina. Dort starb er 1962.

Die praktische Arbeit wurde vom „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten“ zusammen mit seinem Sportbund „Schild“ durch die Herausgabe von Fragebogen begonnen, um die für die Auswanderung in Frage kommenden Juden ausfindig zu machen. Interessant ist es, daß das gesetzestreue Judentum den Gedanken jüdischer Gruppensiedlung aufgenommen hat und seine Arbeit ebenfalls mit der Herausgabe von Fragebogen begann.

Um der sehr starken deutsch-jüdischen Tendenz des jüdischen Frontkämpferbundes ihre Wirkung auf die jüdische Bevölkerung zu nehmen, wurde die Betätigung des „Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten“ durch Erlaß des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern vom 9.10.36 ausschließlich auf die Betreuung jüdischer Kriegsofopfer beschränkt. Durch diesen Erlaß wurde eine starke Entlastung der NS-Kriegsofopferversorgung herbeigeführt, zumal sich der „Frontkämpferbund“ sowohl in der Bundesleitung als auch in den Landesverbänden bzw. Ortsgruppen Spezialisten für die Fragen des Kriegsofopferrechtes herangezogen hat.

Unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse und der Tatsache, daß der „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten“ seine Befugnisse im allgemeinen nicht überschritten hat, wurde ihm stillschweigend die Abhaltung eines monatlich einmal stattfindenden Zusammentreffens, an dem auch die Nichtkriegsbeschädigten teilnehmen können, zugestanden, damit die Unterstützung der Kriegsofopfer sichergestellt ist und eine finanzielle Belastung des Reiches unterbleibt. Trotzdem darf nicht übersehen werden, daß die jüdisch-politische Haltung seiner Mitglieder weiterhin deutsch-jüdisch ist, so daß eine genaue Überwachung seiner Tätigkeit auch weiterhin erforderlich wird.

Der stärksten organisatorischen Stütze des assimilatatorisch eingestellten Judentums, dem Jüdischen Centralverein (CV), wurde ein Verbandsverbot auferlegt. Dieses Vorgehen wirkte sich dahin aus, daß er seine Hauptaufgabe heute in der Wirtschaftsbetreuung der Juden sieht. Seine Geschäftsstellen sind auf das ganze Reich verteilt und stehen allen Juden, auch Nichtmitgliedern, zur Beratung offen. Daß der CV trotz dieser Beschränkung von seinen assimilatatorischen Absichten nicht abgegangen ist, beweist die Tatsache, daß die Syndici des CV den Ratsuchenden zum Teil Auskünfte erteilten, die indirekt auf die Erhaltung der Existenz in Deutschland als tragbar erscheinen zu lassen, erfolgen in den Beratungsstunden auch häufig Hinweise auf die schlechten Verhältnisse zu anderen Ländern.

Das Schwergewicht im jüdischen Sport lag auch im Jahre 1937 im Sportbund „Schild“ des „Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten“, und es gelang ihm, trotz der Abwanderung vieler Jugendlicher seine Mitgliederzahl von 21 000 durch die intensive Bearbeitung der Schulentlassenen zu halten. In allen Sportarten herrschte rege Tätigkeit. So wurde wie alljährlich auch im Jahre 1937 u. a. der Schild-Reichsmeister ausgetragen, und seit Mitte des Jahres 1937 wurden sogar Gemeinschaftsspiele mit dem zionistischen Sportbund „Makabi“ durchgeführt.

Die Versammlungstätigkeit der Vereinigung für das religiös-liberale Judentum ruht auch in der Berichtszeit fast gänzlich. Bei der Überprüfung des Mitgliederbestandes ergaben sich Doppelmitgliedschaften mit dem CV, dem „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten“ und den Mitgliedern der aufgelösten U.O.B.B.-Logen. Die geringe Mitgliederzahl der Vereinigung und die praktische Bedeutungslosigkeit der Organisation ließen aber ein Vorgehen mit dem Ziele der Auflösung als unnötig erscheinen. Nach außen trat der Verein lediglich durch die Beteiligung von sieben Mitgliedern an der IV. Weltkonferenz der „World Union for Progressive Judaism“ vom 2.–6.7.1937 in Amsterdam, auf der hauptsächlich Religionsprobleme und Organisationsfragen erörtert wurden, in Erscheinung.

Aufgrund eines Erlasses des Geheimen Staatspolizeiamtes vom 30. 12. 36 erfolgte im Januar 1937 die reibungslos verlaufende Auflösung des assimilatorisch eingestellten Jugendbundes „Ring-Bund jüdischer Jugend“, in dem in etwa 80 Untergruppen nahezu 3500 jüdische Jugendliche organisiert waren. Nur in einem einzigen Falle bildete sich eine Nachfolgeorganisation, die sofort durch die zuständige Staatspolizeistelle aufgelöst wurde.

Die Mitgliedschaft zur „Vereinigung 1937 – vorläufige Reichsbürger nicht reindeutschblütiger Abstammung“ (ehemals Paulusbund) wurde durch Erlaß des Geheimen Staatspolizeiamtes vom 18. 5. 37 geregelt. Er bestimmt, daß zukünftig nur noch reichsbürgerfähige jüdische Mischlinge ersten und zweiten Grades Mitglieder der „Vereinigung 1937 – vorläufige Reichsbürger nicht reindeutschblütiger Abstammung“ werden können. Den ausgeschiedenen Volljuden wurde der Eintritt in den jüdischen Kulturbund anheimgestellt. Da diese jedoch nicht zur jüdischen Religionsgemeinschaft zurückkehren wollen, versuchten sie, eine neue Organisation ins Leben zu rufen, die die Volljuden christlicher Konfession zusammenschließen sollte. So bemühte sich beispielsweise der jüdische Rechtsanwalt Luft, Berlin, um die Gründung einer „Notgemeinschaft der Juden christlicher Religion“. Dem Vorschlag wurde nicht nähergetreten, da einerseits ein derartiger Zusammenschluß unerwünscht ist und es zum anderen im Interesse des Staates liegt, diese Volljuden trotz ihrer christlichen Konfession zur jüdischen Rassegemeinschaft zurückzuführen.

4. Die Organisationen der Orthodoxie

Ebenso wie die übrigen Organisationen des Judentums in Deutschland hat sich die rein religiöse Organisation „Agudas Jisroel“, deren Hauptsitz im März 1937 von Frankfurt/M. nach Nürnberg verlegt wurde, mit dem Auswanderungsgedanken befaßt. Während sie den Palästinateilungsplan ablehnte, propagierte sie gleichzeitig den Auswanderungsfonds „Keren Hajischuw“, und den „Schmitto-Fonds“. (Im Schmittojahr 5698 = 1937/38 ist es den toratreuen Juden verboten, Arbeiten, die nicht unbedingt lebensnotwendig sind, zu verrichten. Der so entstehende Lohn- bzw. Ertragsausfall soll durch den Schmittofonds ausgeglichen werden).

Von einschneidender Bedeutung bezüglich der Auswanderungsfrage war zweifellos die vom 31. 10.–3. 11. 37 in Paris abgehaltene Konferenz der westeuropäischen Landesorganisationen der „Agudas Jisroel“, in deren Mittelpunkt die Frage der Wanderung stand. Die Konferenz kam zu dem Schluß, daß die Frage der Auswanderung nach außerpalästinensischen Ländern in Anbetracht der gespannten Lage in Palästina eine der brennendsten sei. Insbesondere wurde hervorgehoben, daß die Schaffung religiöser Zentren in den Einwanderungsländern nur durch die Gruppenwanderung und Gruppensiedlung gewährleistet sei. Zur praktischen Durchführung der Wanderung wurde deshalb beschlossen, in London ein eigenes Auswanderungsamt der Agudas Jisroel zu errichten.

Aus einem Brief der Generalexekutive der „Agudas Jisroel“, London, an den führenden Agudisten, Rabbiner Dr. Ehrmann³, Frankfurt a. M., geht hervor, daß sich die Agudas als eine ihrer vordringlichsten Aufgaben auch die Unterbringung thoratreuer Juden aus Deutschland in überseeischen Ländern zum Ziel gesetzt hat. Darüber hinaus ist die Schaffung eines „Agudas-Passes“ geplant, mit dem die Auswandernden bei der Landesorganisation ihres neuen Wohnlandes eingeführt werden sollen.

³ Dr. med. Salomon Ehrmann, 1885 in Trier geboren, war erst als Zahnarzt in Werden und Leipzig tätig. Er war Mitbegründer der Agudan Jisroel und nach dem Ersten Weltkrieg Rabbiner in Frankfurt am Main. 1938 emigrierte er nach Frankreich, flüchtete von dort 1943 in die Schweiz, wo er 1965 starb.

Im Juni 1937 beging die „Agudas Jisroel“-Weltorganisation in Amsterdam ihr 25jähriges Bestehen mit einer Jubiläumsveranstaltung, auf der wieder einmal das Zusammengehen zwischen der „Agudas Jisroel“ und dem zionistischen „Misrachi“ gefordert wurde. Die III. Kanessio Gedaulo (Weltkonferenz) der Agudas tagte vom 18.–23. 8. 37 in Marienbad (CSR). Sie faßte lediglich Beschlüsse religiöser Natur.

5. Der Unabhängige Orden B'nai B'rith (Bne Briss)

Als Gegenmaßnahme der Reichsregierung gegen die Reden des Greuel- und Boykotthetzers La Guardia im Frühjahr 1937 erfolgte am 19.4.1937 auf Weisung des Führers die zwangsweise Auflösung des deutschen Distriktes des Unabhängigen Orden „B'nai B'rith“ und aller ihm angeschlossenen Tochter- und Nebenorganisationen. Neben der „Großloge VIII für Deutschland“ wurden von dieser Maßnahme 97 Logen und 53 Schwesternvereinigungen betroffen, deren Vermögen eingezogen wurde. Ausgenommen waren hiervon lediglich die drei in Oppeln, Gleiwitz und Ratibor bestehenden Logen, die erst nach Ablauf des deutsch-polnischen Minderheitenabkommens und der Schutzfrist am 15. 7. 37 zur Auflösung gebracht werden konnten. Bei der Beschlagnahme der Vermögensbestände ergab sich jedoch, daß ein Großteil in der Zwischenzeit über die Grenze geschafft worden war.

In vielen Fällen war die Verwaltung der Vermögensbestände und Sachwerte derart unübersichtlich, daß Fachmänner für die Abwicklung eingesetzt werden mußten. Das eingezogene Vermögen beträgt etwa 3 000 000 RM. Genaue Zahlenangaben liegen jedoch nicht vor, da die Besitzverhältnisse und Hypothekenbelastungen oft vollkommen durcheinandergehen und sehr verworren sind. Häufig hatten auch die Logen in den zurückliegenden Jahren schon Vermögensbestände an die jüdischen Gemeinden überschrieben. Die Beschlagnahme dieser Vermögensbestände und ihre Einziehung erfolgte aufgrund des Erlasses vom 18.12.1937, der feststellte, daß „alle dem U.O.B.B. ähnlich gearteten jüdischen Organisationen volks- und staatsfeindlich gewesen sind“.

Das beschlagnahmte Aktenmaterial förderte weitverzweigte internationale Verbindungen mit den ausländischen Distrikten des U.O.B.B. bzw. mit ausländischen jüdischen Hilfsorganisationen zutage. Besonders auffallend war in diesem Zusammenhang die Verbindung zum tschechoslowakischen Distrikt. Zur nichtjüdischen Freimaurerei waren mit Ausnahme verschiedener Doppelmitgliedschaften keine direkten Verbindungen festzustellen. Erwähnenswert sind aber die äußerst zahlreichen Doppelmitgliedschaften zum Odd Fellow Orden. Nur in vereinzelt Fällen konnten Verbindungen zu direkten in- und ausländischen Staatsgegnern festgestellt werden.

Ritualmäßiges Arbeiten war in den U.O.B.B.-Logen schon seit der Machtübernahme vermieden bzw. auf das geringste Maß beschränkt worden. In der caritativen Arbeit beschränkte sich der U.O.B.B. auf die Unterstützung der für die Juden in Deutschland tätigen Wohlfahrts- und Hilfsorganisationen. Unter seiner direkten Leitung standen lediglich zwei eigene Kinderheime. Für die Mitglieder der Logen bestanden Sterbe- und Unterstützungskassen, die Schutz und Hilfe in Notzeiten gewähren sollten. Irgendwelche Versuche, Nachfolgeorganisationen aufzuziehen, waren nicht festzustellen.

Im ganzen gesehen, war die Auflösung des U.O.B.B. und die Beschlagnahme seiner Logenhäuser ein schwerer moralischer Schlag für die Judenschaft in Deutschland, da ihr durch diese Maßnahmen viele Versammlungsräume aus der Hand genommen wurden, wodurch die Teilnahme an Unterhaltungsabenden und sonstigen Veranstaltungen oft unmöglich gemacht wurde. Gleichzeitig wurde damit aber die bedeutungsvollste Verbindung zum außerdeutschen Judentum abgeschnitten, dessen finanziell und geistig

einflußreichste, stärkste Vertreter gerade in den U.O.B.B.-Logen zusammengeschlossen sind.

6. Der Stand der Auswanderung und Statistik

Infolge der Ausrichtung aller jüdischen Organisationen auf die Auswanderung gelang es im Jahre 1937 24 000 Juden zur Abwanderung aus Deutschland zu bringen. Hiervon sind:

mittellose Auswanderer		10 600	
Kapitalisten			
mit einem Vermögen über RM 50 000,-	2 000		
mit einem Vermögen von L 1 000,-	1 400		
mit einem Vermögen unter RM 8 000,-	10 000	insg.	13 400.

Unter Zugrundelegung eines Durchschnittsvermögens von RM 50 000,-, 12 000 (1L=RM 12,-) bzw. 5 000,- hat sich das jüdische Vermögen und damit der deutsche Kapitalmarkt um mindestens rund 170 000 000,- RM im Jahre 1937 verringert.

Hieraus geht also hervor, daß trotz aller Devisenschwierigkeiten im Vergleich zu den Jahren 1935/36 eine unverhältnismäßig hohe Anzahl jüdischer Kapitalisten an der Gesamtauswanderung im Berichtsjahre beteiligt war. Diese Tatsache, die sich allein aus der Existenz des schon anfänglich erläuterten Haavara-Systems erklären läßt ist auch nicht ohne Einwirkung auf die Etatgestaltung der jüdischen Gemeinden geblieben. So erklärte der Direktor der Jüdischen Gemeinde in Berlin, daß durch die besonders starke Abwanderung bemittelter Juden im Jahre 1937 eine erhebliche Schwächung des Steuereinkommens der Jüdischen Gemeinde Berlin zu verzeichnen sei, die es notwendig mache, stärker als bisher auf die Unterstützung der internationalen Hilfsorganisationen zurückzugreifen. Diese Tatsache ist um so beachtlicher, als, wie bereits erwähnt wurde, nach dem Stand vom 31.III.37 38 226 jüdische Familien unterstützt werden mußten, von denen wiederum bereits 19 775 Familien mit rund 42 800 Personen von der öffentlichen Fürsorge betreut wurden. Zudem beläuft sich die Zahl der jüdischen Erwerbslosen nach dem Stand vom 31.III.37 auf 34 500 Personen; dies bedeutet trotz der Abwanderung gegenüber den Zahlen aus dem Jahre 1933 eine Zunahme um 839.

Um aber ein Bild von der tatsächlichen Verminderung der Judenschaft in Deutschland zu erhalten, muß zu dem Abgang der 24 000 Auswanderer noch eine Abnahme von 5 500 – um 1 500 Personen mehr als in den Jahren 1933/36 – hinzugerechnet werden, die sich aus der natürlichen Verminderung ergibt. Die Gesamtverminderung beträgt also 29 500 Juden. Damit wurde der Stand des Vorjahres, das unter ungleich günstigen finanziellen Bedingungen stand, erreicht.

Unter Abrechnung dieser Verminderung beläuft sich die Gesamtzahl der am 31.XII.1937 in Deutschland ansässigen Konfessionsjuden auf 363 000. Durch die erwähnten Tatsachen verschieben sich die Zahlen der jüdischen Altersgruppen in Deutschland wie folgt:

0–20 Jahre	15%
20–45 Jahre	30,8%
von 45 Jahren aufwärts	53,7%.

Die hieraus ersichtliche Vergreisung der Judenschaft in Deutschland wird mit zunehmender Auswanderung ansteigen und damit in steigendem Maße zur Lösung des Judenproblems in Deutschland beitragen.

Der Hauptauswanderungsstrom ging im Jahre 1937 außer nach Palästina vorwiegend nach Nord-Amerika (etwa 6058 Personen), Argentinien, Columbien, Uruguay und Süd-Afrika. Während die Einwanderung nach Nordamerika und Süd-Afrika lediglich aufgrund der sogenannten „Verwandtennachforderungen“ (die in diese Länder bereits ausgewanderten Juden fordern ihre noch in Deutschland ansässigen Verwandten zur Einwanderung über ihre zuständigen Regierungsstellen an) vor sich ging, wurde die Auswanderung der Juden nach den übrigen außereuropäischen Staaten (ohne Palästina) durch die Vermittlungsarbeit des Wanderungsdezernates der „Reichsvertretung der Juden in Deutschland“ und durch den „Hilfsverein der Juden in Deutschland“ ermöglicht.

Um die die Auswanderung der Juden aus Deutschland hemmenden Einwanderungsbeschränkungen, die in diesem Jahre in verschiedenen Aufnahmeländern, u. a. in Mexiko und Brasilien, erlassen wurden, zu überbrücken, wurde von den Juden in Deutschland eine „Zentralstelle für die Auswanderung“ geschaffen. Diese Zentralstelle hat die Aufgabe, angesichts des starken Auswanderungsbedürfnisses und der nur beschränkt vorhandenen Auswanderungsmöglichkeiten alle jüdischen Organisationen in Deutschland anzuspannen, um alle sich bietenden Auswanderungsmöglichkeiten voll auszunutzen und neue zu erschließen.

In der Praxis wirkt sich diese Neugründung jetzt insofern günstig aus, als in dieser Zentralstelle sämtliche jüdisch-politischen Gruppen in Deutschland durch Delegierte vertreten sind, einschließlich der bisher nicht beteiligten „Agudas Jisroel“, der „Staatszionistischen Vereinigung“ und des „Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten“.

Da fast alle Einwanderungsländer von den aus Deutschland auswandernden mittellosen Juden zumindest einen landwirtschaftlichen oder handwerklichen Ausbildungsnachweis fordern, bevor überhaupt die Einwanderungsgenehmigung erteilt wird, wurde die Zahl der jüdischen Umschulungslager zur weiteren Förderung der Abwanderung mittelloser Juden im Laufe des Jahres 1937 auf 62 erhöht, in denen jeweils etwa 3400 Juden in Kursen auf handwerkliche oder landwirtschaftliche Berufe umgeschult werden können. Während sich die Anzahl der nach der Berufsausbildung nach den Ländern außerhalb Palästinas ausgewanderten Juden im Vergleich zum Jahre 1936 mit 700 Personen um 25 auf 725 erhöhte, nahm die Anzahl der auf diesem Wege nach Palästina ausgewanderten von 1542 auf 894 um 648 Personen ab.

Um weitere Rückwirkungen der schon anfänglich näher dargelegten Lage in Palästina usw. auf die Auswanderung zu vermeiden, wurde die jüdische Presse in Deutschland veranlaßt, gegen tendenziöse Meldungen der internationalen Presse über neue Einwanderungsschwererungen Stellung zu nehmen. In der gleichen Absicht untersagte der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda der jüdischen Presse die Kommentierung des Vorgehens der rumänischen Regierung gegen die Juden.

III. Die Tätigkeit des Weltjudentums

Die Hauptzentren jüdisch-politischer Aktivität liegen nach wie vor in Paris, London und New York.

1. Paris

Im Jahre 1937 hat sich das Judentum in dem „Comité d'Entente“ mit dem Sitz in Paris eine neue große Organisation geschaffen, deren Existenz bisher geheimgehalten wurde. Sie wurde auf Anregung des im November 1937 verstorbenen Finanzjuden F.M. Warburg, New York, gegründet, angeblich mit dem Ziel der Vereinheitlichung der interterritorialen jüdischen Hilfsorganisationen. In Wirklichkeit ist dieses Comité aber die

Dachorganisation einer Reihe großer jüdischer Finanzzentralen, wie beispielsweise das „American Joint Distribution Committee“, „American Joint Reconstruction Foundation“, „Refugé Economic Corporation“, „Corporation“, „Jewish Colonisation Association“, „Hias-Ica Emigration Association“ u.ä. Es ist dies der erste groß angelegte Versuch, jüdische Großfinanzorganisationen zu einem schlagfertigen Instrument unter einheitlicher Leitung auszubauen und eine Auswirkung des auf dem jüdischen Weltkongreß 1935 gefaßten Beschlusses, das Judentum organisatorisch zu konsolidieren und einheitlich auszurichten. Die Leitung dieser Organisation setzt sich vorwiegend aus Juden amerikanischer Staatsangehörigkeit zusammen.

Als Präsident amtiert M. Gottschalk, Brüssel, als zweiter Vorsitzender der amerikani-sche Staatsangehörige Bernhard Kahn, der Direktor des europäischen Zweiges des „Joint Distribution Committee“, und schließlich als dritter Vorsitzender der französische Staatsangehörige Generaldirektor Louis Ungel, der Delegierte der „Jewish Colonisation Association“ (JCA). Die in Deutschland ansässige Judenschaft ist durch je einen Delegierten der „Reichsvertretung der Juden in Deutschland“ und des „Hilfsvereins der Juden in Deutschland“ im Komitee vertreten.

Dieser Organisation muß deshalb von deutscher Seite aus größte Beobachtung zuteil werden, weil die Auswanderungsorganisationen in Deutschland insofern von ihm abhängig sind, als ihnen von den dem „Comité d'Entente“ unterstellten jüdischen Finanzorganisationen bedeutende Mittel zur Förderung der Auswanderung zur Verfügung gestellt werden. Im Jahre 1937 betrug die Zuwendung dieser Organisationen RM 3 300 000,- auf die im Interesse des Reiches nicht verzichtet werden kann; zum anderen besteht aber die Möglichkeit, daß neben der politischen Beeinflussung des Judentums in Deutschland durch diese organisatorische Zusammenballung in Paris ein jüdischer Fonds geschaffen wird, der, zur Boykottierung des nationalsozialistischen Staates eingesetzt, eine ungeheure Gefahr darstellt.

2. London

In London betätigte sich auch im Berichtsjahr die Spitzenorganisation der britischen Juden, die „Anglo Jewish Association“, der der „Board of Deputies of British Jews“, in dem sowohl jüdische Unter- als Oberhausabgeordnete zusammengeschlossen sind, angegliedert ist. Gewissermaßen als Auswärtiges Amt des Weltjudentums wirkt das ihm unterstellte „Joint Foreign Committee“, dessen Hauptaufgabe in der Überwachung der Lage der Juden in allen Ländern besteht, um gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit dem Hohen Kommissar für Flüchtlingshilfe beim Völkerbund geeignete Hilfsmaßnahmen zu beschließen. Dieses Komitee gewinnt noch dadurch an Bedeutung, daß es sämtliche im Ausland befindlichen jüdischen Emigrantenorganisationen kontrolliert, wie „The German Jewish Emigration Council“, London, das „Comité des Refugiés“, London, „The Central British Fund for German Jewry“, London, das „Comité National de Secours aux Refugiés Alle-magne“ u. a. Während sich also nun die jüdische Finanzzentrale in Europa in Paris befindet, werden die politischen Arbeiten des Judentums in London durch Einwirkung auf die englische Regierung erledigt.

3. New York

Das dritte und zugleich größte Zentrum jüdisch-politischer Aktivität ist New York, das durch den anhaltenden Zustrom aus dem Ostjudentum eine beständige Erweiterung erfährt. Auf diesem Boden gedeihen die Greuel- und Boykottorganisationen gegen Deutschland wie die „Non Sectarian Anti-Nazi-League“ und die „Anti-Defamation League“, de-

ren Leiter der amerikanischen Staatsbürger und jüdische Rechtsanwalt Samuel Untermyr ist. Von hier aus wird auch die Tätigkeit der europäischen Greuel- und Boykottorganisationen gegen Deutschland wie z.B. die der „Weltliga zur Bekämpfung des Antisemitismus“ in Paris, des „Comité des Rassemblements Mondiales contre le Racisme et l'Antisémitisme“, der „Fédération des Emigrés d'Allemagne“, Paris, u. a. gelenkt.

Ihre gemeinsame Hauptaufgabe im Jahre 1937 bestand in der Vortragung des Angriffes gegen das NS-Deutschland über die marxistisch-pazifistischen und insbesondere über die konfessionellen Gegner. So wurden die Katholiken und Protestanten der ganzen Welt aufgefordert, den Kampf gegen Deutschland zu intensivieren und ihn gemeinsam mit dem Judentum auszutragen. Unter dem Schlagwort „Kampf gegen den Rassenwahn“ war die Unzahl der jüdischen Organisationen in New York und Paris bemüht, die Erfassung aller Gegner des nationalsozialistischen Deutschland durchzuführen. Aufgrund dieser Propagandatätigkeit, deren geistige Urheber Samuel Untermyr, der Rabbiner Stephen Wise und der Bürgermeister von New York, der Halbjude La Guardia, waren, konnten in den Vereinigten Staaten im Jahre 1937 allein 150 000 Mitglieder des „Deutsch-amerikanischen Kulturbundes“ für die „Anti-Nazi-Aktion“ gewonnen werden.

Diese jüdisch-politischen Organisationen bedienten sich offenbar der großen Anzahl der im Deutschen Reich lebenden und von den jüdisch-politischen Organisationen Deutschlands als Beamte oder Angestellte beschäftigten Juden ausländischer Staatsangehörigkeit zur Nachrichtenübermittlung aus dem Reichsgebiet. Die deshalb angestellten Ermittlungen ergaben, daß mit wenigen Ausnahmen jede jüdisch-politische Organisation in Deutschland eine verhältnismäßig große Anzahl Juden ausländischer Staatsangehörigkeit bzw. staatenloser Juden beschäftigte. In Berlin allein betrug die Zahl der im Beamten- oder Angestelltenverhältnis stehenden ausländischen Juden 343; darunter befanden sich 8 Juden sowjetrussischer Staatsangehörigkeit, von denen der eine als Geschäftsführer des „Ortverbandes“ alljährliche Gelegenheit hatte, Nachrichten mit dem Vertreter Sowjetrußlands auf dem Pariser Kongreß der „Ort-Union“ auszutauschen.

IV. Das Judentum in Danzig

1. Die Sonderstellung der Danziger Judenschaft

Die Juden in Danzig nehmen sowohl in bezug auf das Reich als auch auf das übrige Ausland eine Sonderstellung ein. Ohne der Rassengesetzgebung des Reiches zu unterstehen, werden sie doch durch die fortschreitende Durchdringung des Staatsapparates durch die NSDAP ihren Auswirkungen unterworfen. Andererseits jedoch stehen die stark vertretenen Ostjuden polnischer Staatsangehörigkeit unter dem Schutz der polnischen diplomatischen Vertretung. Zahlenmäßig gesehen sind allein von den 8087 zum 1. 12. 1937 polizeilich gemeldeten Juden ausländischer Staatsangehörigkeit, 6419 polnische Staatsangehörige. Die sich aus diesen Verhältnissen ergebenden Spannungen werden noch dadurch verstärkt, daß die alteingesessenen Judenfamilien dem Zivilisationskreis der assimilatorischen Judenheit in Deutschland angeschlossen sind.

Zu der allein schon durch die zivilisatorischen Gegensätze bedingten Spaltung des Judentums tritt seine politische Zersplitterung. Einschließlich der kulturellen Vereinigungen zählt die Danziger Judenschaft, die auf 16 000 Personen geschätzt wird, etwa 60 Vereinigungen, die Gelegenheit haben, sich auf den verschiedenartigsten Gebieten zu bekämpfen.

2. Die jüdischen Organisationen und Parteien

Zum Repräsentanten aller jüdischen Vereinigungen hat sich unter dem Druck des Nationalsozialismus die Synagogen-Gemeinde herausgebildet, so daß sie jetzt in ihrer Stel-

lung mit derjenigen „Reichsvertretung der Juden in Deutschland“ vergleichbar ist. Während das kulturelle Leben seine Pflege im „Jüdischen Kulturbund“, im „Jüdischen Klub“ und im „Ostjüdischen Verein“ findet, deren Mitglieder zumeist vermögende Juden sind, hat das jüdisch-politische Leben seine Hauptstütze in den zionistischen Organisationen, deren Mitglieder sich zum überwiegenden Teil aus Ostjuden rekrutieren. Dies geht schon allein daraus hervor, daß Jiddisch die offizielle Versammlungssprache ist. Als stärkster zionistischer Verband ist der jüdisch-sozialistische „Klub für das arbeitende Palästina“ oder auch „Arlosoroff-Klub“ zu nennen, dessen Mitglieder aus dem jüdischen Proletariat kommen.

Die politischen Parteien innerhalb der Synagogen-Gemeinde Danzigs sind die „Religiös-liberale Partei“, die ostjüdisch-zionistisch orientierte „Jüdische Volkspartei“ und die „Agudas Jisroel“, die sich zahlenmäßig etwa wie 7:7:1 verhalten. Unter dem augenblicklich durch die NSDAP auf die Judenschaft ausgeübten Druck zeigt sich aber eine immer stärkere Zusammenballung der Judenschaft unter Außerachtlassung aller politischen Gegensätzlichkeiten.

Um das Bild der Danziger Judenschaft vollständig zu machen, dürfen die ständischen Gliederungen, nämlich die „Vereinigung jüdischer Arbeitnehmer“ und der „Verein selbständiger jüdischer Gewerbetreibender und Handwerker der Freien Stadt Danzig“, nicht unerwähnt bleiben, die die organisatorischen Stützen der Juden in der Danziger Wirtschaft sind.

3. Die Aktion der NSDAP gegen die Juden

Die von ihnen vertretenen finanziellen Interessen sind nicht unbedeutend, wenn man bedenkt, daß allein der Holz- und Getreidehandel bzw. -export unverändert zu 80–90% in jüdischen Händen liegt. Auch der Einzelhandel wird in starkem Maße durch die Juden beherrscht.

Gerade diese starke Position der Judenschaft innerhalb der Wirtschaft gab der NSDAP und damit gleichzeitig dem Senat der Freien Stadt Veranlassung zu einem verschärften Vorgehen gegen die Juden, das schließlich in den letzten Tagen des Oktobers von einigen Teilen der Danziger Bevölkerung – wobei auch lettische und polnische jüdische Staatsangehörige vertreten waren – zu einem aktiven Vorgehen gegen den jüdischen Einzelhandel ausgenutzt wurde.

Obwohl Gauleiter Forster mit seiner Rede vom 23. 11. 37 sofort von diesen Ausschreitungen im Namen der Partei abrückte, blieben die Folgen nicht aus, die erst die schwierige Lage der Regierung gegenüber den Juden in Danzig im richtigen Licht erkennen lassen. Während auf der einen Seite eine sofortige Intervention der polnischen Regierung zugunsten der bei den Ausschreitungen betroffenen jüdisch-polnischen Staatsangehörigen erfolgte und der Exekutivausschuß des jüdischen Weltkongresses sich durch zwei Memoranden beim Präsidenten der Dreierkommission für die Juden Danzigs verwendete, drohten die großen, zumeist in jüdischem Besitz befindlichen Exporthäuser mit einer Verlegung ihrer Geschäfte nach Gdingen. Da bei einer Verwirklichung dieser Drohung nicht nur der gesamte Hafenbetrieb Danzigs lahmgelegt, sondern zugleich die polnischen Interessen gegen Danzig unterstützt würden, ist von einem weiteren Vorgehen des Senats vorerst abgesehen worden.

4. Der Auswanderungsgedanke

Trotzdem hatte aber dieser Ausbruch den Erfolg, daß sich die Juden in immer stärkerem Maße mit der Auswanderung befassen. Zu diesem Zweck mit den internationalen Hilfsorganisationen geführte Verhandlungen führten zu folgendem Ergebnis:

Gleichstellung der Danziger Juden mit den Juden aus Deutschland, d.h. bevorzugte Behandlung;

Förderung der Rückwanderung des ostjüdischen Proletariats mit Hilfe der internationalen Fonds nach Polen;

Planmäßige Auswanderung von Kapitalisten und Handwerkern nach überseeischen Ländern.

Als Finanzvermittlungsinstitut trat der „Hilfsverein für jüdische Emigration in Danzig“, eine Unterorganisation der Hias-Ica, in Tätigkeit. Wenn auch das Ostjudentum die Rückwanderung nach Polen ablehnt, so wird doch deutlich erkennbar, daß auch die Danziger Judenschaft ihren einzigen Ausweg in der Auswanderung sieht, die sich allerdings in der bereits erwähnten Weise schädlich für die Danziger Wirtschaft auswirken kann, wenn nicht Gesetze oder Erlasse den Abfluß des Kapitals rechtzeitig unterbinden.

Dokument 28

Vierteljahrsbericht Januar bis März 1938 der Abteilung II 112.

Sonderarchiv Moskau, 500/3/316.

Die Lage auf dem Gebiete des Judentums in den vergangenen Monaten des neuen Jahres geht am besten aus der am 13. 1. 1938 von der Reichsvertretung der Juden in Deutschland veröffentlichten Erklärung an die Reichsregierung hervor, in der diese gebeten wird, der Verringerung der Erwerbsmöglichkeiten für die Juden in Deutschland Einhalt zu gebieten. Daraus ist ersichtlich, daß die in der letzten Zeit getroffenen Maßnahmen der Regierung auf dem Gebiete der Wirtschaft gegen die Juden vom Standpunkt des Reiches aus gesehen sehr erfolgreich waren. Auf der anderen Seite ist dadurch allerdings in starkem Maße die Auswanderungsmöglichkeit für die Juden aus Deutschland beschränkt worden.

Wenn auch der Wunsch zur Auswanderung bei den Juden der vorherrschende Gedanke ist, so sind unter diesen Umständen im Berichtsabschnitt nur etwa 4000 Personen nach Palästina und Übersee abgewandert.

Daß selbst die Zionisten durch diese Tatsachen in ihrer Bewegungsmöglichkeit sehr stark eingeengt sind, zeigt am besten eine Erklärung des Leiters der Zionistischen Vereinigung für Deutschland, der sich am 4. 2. 38 anlässlich einer Vorsprache im Geheimen Staatspolizeiamt folgendermaßen äußerte:

„Die ganze Arbeit hat doch keinen Zweck; die Auswanderungsfragen werden immer schwieriger, die Auswanderungsmöglichkeiten immer geringer und die assimilatorischen Tendenzen unter den Juden in Deutschland immer vorherrschender.“

Aus dieser Einstellung der Juden erklärt sich auch, daß die Teilnahme an Versammlungen der zionistischen Organisation im Abnehmen begriffen ist und daß die noch im Wirtschaftsleben tätigen Juden mit allen Mitteln versuchen, ihre Stellung zu halten und auszubauen. In diesem Bestreben werden sie indirekt dadurch unterstützt, daß die jüdischen Geschäfte immer noch einen erheblichen Zuspruch durch deutschblütige Käufer haben, der sich insbesondere in katholischen Gegenden und bei der Landbevölkerung bemerkbar macht. Zahlreiche Meldungen beweisen aber auch, daß auch Parteigenossen dieser selbstverständlichsten Forderung, nicht beim Juden zu kaufen, nicht entsprechen. Nur so ist es

verständlich, daß einheitlich aus dem gesamten Reichsgebiet von einer Umsatzsteigerung der noch bestehenden größeren jüdischen Geschäfte gemeldet wird. Zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die einer Stärkung der Auswanderung entgegenstehen, treten die Einwanderungsschwierigkeiten in Palästina und den übrigen Einwanderungsländern, die durch die wachsende Judenfeindlichkeit ständig im Ansteigen begriffen sind.

So wurde durch den englischen Kolonialminister die Einwanderungsquote nach Palästina für die Zeit vom 1. April bis 30. September auf 3000 Personen festgesetzt. 2000 Zertifikate sind dabei für die Kategorie I vorbehalten, d. h. für Einwanderer mit einem Kapital von mindestens L 1 000,-. Auch die Tatsache, daß innerhalb dieser Quote Pensionempfänger und landwirtschaftliche Siedler mit einem Kapital von L 500,- zugelassen sind, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Bestimmung für die Auswanderung von Juden aus Deutschland kaum Wirksamkeit haben wird.

Die Höchstgrenze für die Einwanderung von Arbeitern wurde auf 1000 festgesetzt, wobei es dem neuen High Commissioner Sir Harold MacMichael vorbehalten bleibt, diese Zahl entsprechend der Wirtschaftslage nach unten zu begrenzen. Für die Auswanderer aus Deutschland haben lediglich die Bestimmungen praktische Bedeutung, in denen es heißt, daß Studenten, deren Lebensunterhalt gesichert ist, ohne zahlenmäßige Einschränkung zur Einwanderung zugelassen werden und daß andererseits Frauen und Kinder sowohl von neuen Einwanderern wie von solchen Personen, die bereits legal eingewandert sind, in unbegrenzter Zahl nach Palästina zuziehen können.

Wenn trotzdem eine Stärkung der jüdischen Assimilanten in Deutschland nicht eingetreten ist, erklärt sich das aus der behördlichen Unterbindung der propagandistischen Tätigkeit früher assimilatorisch eingestellter Personen und Organisationen. Andererseits ist den Juden durch die bereits erwähnten einschneidenden wirtschaftlichen Maßnahmen und die Gesetze sowie Verordnungen zum Bewußtsein gebracht worden, daß sie innerhalb der deutschen Volksgemeinschaft nicht mehr geduldet werden.

Von einschneidendster Bedeutung war wohl das „Gesetz über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusvereinigungen“ vom 28. 3. 38¹, durch das die jüdischen Kultusgemeinden des gesamten Reichsgebietes einschließlich ihrer Verbände mit Ablauf des 31. 3. 38 „die Stellung von Körperschaften des öffentlichen Rechts“ verloren, „soweit sie diese bisher besaßen“. Damit wurden sie „rechtsfähige Vereine des bürgerlichen Rechts“ und müssen somit ihre Eintragung in das Vereinsregister nachholen.

Damit entfallen die steuerlichen Entlastungen, die Körperschaften des öffentlichen Rechts zugestanden werden, und es ist nicht verwunderlich, daß aus diesem Grund die bereits mit Auslandskapital arbeitenden Gemeinden das Gesetz als eine neue wesentliche Einschränkung ihrer Bedeutung in Deutschland aufgefaßt haben.

Mit dieser neuen gesetzlichen Regelung sind gleichzeitig alle von früher her bestehenden Judensondergesetze in den Ländern des alten Reichsgebietes aufgehoben worden. Die Inkraftsetzung des Gesetzes für das Land Österreich blieb laut § 5 Abs. 3 vorbehalten.

Durch das Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 5. 1. 38² wird zukünftig verhindert, daß Juden ihren jüdischen Namen ablegen und daß andererseits Deutschblütige mit jüdischen Namen belegt werden. Das Gesetz bestimmt, daß zukünftig Anträgen von Juden und Mischlingen auf Namensänderung grundsätzlich nicht mehr stattgegeben wird.

¹ RGBl I, S. 338.

² RGBl I, S. 9–10.

Einschränkungen der wirtschaftlichen Existenzmöglichkeiten der Juden wurden insbesondere durch die Neufassung des Einkommenssteuergesetzes vom 6.2.38³ getroffen, das bestimmt, daß Juden „wegen außergewöhnlicher Belastungen durch Kinder oder sonstige Angehörige, die Juden sind“, Steuerermäßigungen nicht mehr zugestanden werden. Ebenso wurden die Juden von der Verteilung von Schulgeldermäßigungen ausgeschlossen.

Die Entfernung aus dem Beruf der Waffen- und Munitionsherstellung sowie deren gewerbsmäßigem Verkauf wurde durch das Waffengesetz vom 18.3.38⁴ herbeigeführt.

Durch die 4. Gesetzesveränderung des Gesetzes über das Versteigerungsgewerbe, der zufolge Juden nicht mehr die Erlaubnis zur gewerbsmäßigen Versteigerung fremder Gegenstände erhalten und die erteilten Genehmigungen bis zum 31. Juli 1938 erlöschen, werden sie auch zukünftig von dieser Berufssparte ausgeschlossen werden⁵.

Schließlich bedeutete der Entschluß der kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands und des Verbandes der freien Angestelltenkrankenkassen, mit Wirkung vom 1.1.38 alle jüdischen Ärzte aus der Ersatzkassenpraxis auszuschließen, einen erheblichen Schlag gegen die immer noch sehr stark vertretenen jüdischen Ärzte. Wurden doch durch diese Maßnahme allein 991 jüdische Ärzte in Berlin betroffen.

Außerdem ist es gelungen, aus dem bisher jüdisch völlig verseuchten Viehhandel die Juden bis auf etwa 1500 zurückzudrängen. Nach jüdischen Meldungen sind im Viehhändlerberuf in den Bezirken Kurhessen, Sachsen, Thüringen und Weser-Ems keine jüdischen Viehhändler mehr tätig, während in den Bezirken Baden, Mecklenburg, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein insgesamt nur noch 17 Personen arbeiten sollen.

Österreich

Durch die Eingliederung des Landes Österreich in das Reichsgebiet wurden gleichzeitig etwa 200 000 Religionsjuden übernommen. Diese Zahl wird sich aber vermutlich noch erheblich steigern, wenn die zu christlichen Konfessionen übergetretenen Rassejuden erfaßt worden sind.

Bei den nach der Überführung gegen Juden und jüdische Organisationen ergriffenen Maßnahmen verfielen alle assimilatorischen Verbände, Vereine usw. wie die Union österreichischer Juden, die Israelitische Allianz, der Bund jüdischer Frontsoldaten Österreichs, der Verband der Judenstaatszionisten Österreichs, der Reichsverband jüdischer Legitimisten Österreichs, der Unabhängige Orden B'nai B'rith mit seinen Unterorganisationen und Tochtergesellschaften u. a., der Auflösung. Gegen alle jüdischen Vereine, Verbände und Organisationen wurde ein Betätigungsverbot für unbestimmte Zeit ausgesprochen.

Aus der Fülle des beschlagnahmten Materials ergibt sich, daß fast alle jüdischen Organisationen in Österreich, insbesondere aber die durch die Auflösung betroffener Verbindungen, zu der sattsam bekannten Harand-Bewegung, zur Pan-Europa-Bewegung Kudenhove-Kalergis und zu den Legitimisten unterhielten. Die israelitische Kultusgemeinde in Wien hatte außerdem über ihren Präsidenten Dr. Desider Friedmann⁶ die geplante Schuschnigg-Wahl mit einem Betrag von 810 000 Schilling unterstützt.

³ RGBl I, S. 121–134.

⁴ RGBl I, S. 265–269.

⁵ Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Versteigerungsgewerbe vom 5.2.1938; RGBl I, S. 115. Eine neue Fassung des Gesetzes wurde am 12.2.1938 veröffentlicht; RGBl I, S. 202.

⁶ Dr. Desider Friedmann, 1880 im mährischen Boskovice geboren, Rechtsanwalt, war erst Vizepräsident, ab Januar 1933 Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien. 1938 wurde er von den Nationalsozialisten verhaftet, in diverse KZ verschleppt und im Herbst 1944 in Auschwitz ermordet.

Es ist selbstverständlich, daß durch das Hinzukommen dieser großen Anzahl von Juden eine neue Erschwerung auf dem Gebiet der Auswanderung eingetreten ist. Von internationaler Seite aus ist eine Regelung hierfür jedoch noch nicht getroffen worden. Wenn man absieht von einem Vorschlag des amerikanischen Staatssekretärs für das Auswärtige, Hull.

Hull machte am 24. März auf Anregung des amerikanischen Präsidenten Roosevelt den Vorschlag zur Gründung eines internationalen Hilfskomitees für politische Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich, womit natürlich insbesondere die jüdischen Emigranten gemeint waren. Die amerikanische Regierung trat deshalb an 29 Staaten mit dem Vorschlag heran, sich an den Arbeiten dieses Komitees, das in einer Schweizer Stadt tagen soll, zu beteiligen. Bisher haben sich Frankreich, Belgien, Brasilien, San Salvador, San Domingo, Haiti, Mexiko, Peru und Uruguay zur Teilnahme bereiterklärt, während Italien den Eintritt in das Komitee ablehnte.

Von nicht geringerer Bedeutung sind aber die Erklärungen des amerikanischen Staatssekretärs des Äußeren, daß bis zum Ablauf der gegenwärtigen Einwanderungsperiode am 1. 7. 38 unter Ausnützung der verfügbaren Kontingente 16 953 Emigranten aus Deutschland und 1000 aus Österreich in den USA Aufnahme finden könnten. Die einzige Bedingung, die für die Einwanderung gestellt wird, ist, daß die jüdischen Organisationen die Haftung für die Einwanderer übernehmen. Damit bestätigt sich wiederum die schon wiederholt festgestellte Tatsache, daß Amerika sich in immer stärkerem Maße zu einem Zentrum des Weltjudentums entwickelt.

Wie im Falle der Ausschreitungen gegen die Juden in Danzig richtete die Exekutive des Jüdischen Weltkongresses in Genf unmittelbar nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich einen Aufruf an die Welt, in dem sie unter Hinweis auf die bestehenden Verträge Genf an seine Verpflichtungen bezüglich der Minderheiten und der österreichischen Unabhängigkeit erinnerte und ein Eingreifen des Auslandes und insbesondere des Völkerbundes verlangt. In der Eingabe an den Völkerbund wird nach Anwendung der Dringlichkeitsklausel gefragt; außerdem wird auf die Artikel 62–69 des Vertrages von St. Germain verwiesen, die festlegen, daß „jeder Österreicher vor dem Gesetz gleich sei und sich jeder der gleichen bürgerlichen und politischen Rechte ohne Berücksichtigung seiner Rasse, Sprache oder Religion erfreue“.

Die ausländischen jüdischen Zeitungen gaben ihrer Enttäuschung durch Greuelmeldungen und entstellte Nachrichten über das Vorgehen in Österreich gegen die Juden Ausdruck. Auch einige englische und französische Blätter wie auch Rundfunksender schlossen sich dieser Art der Berichterstattung an. Über den zukünftigen organisatorischen Aufbau des Judentums in Österreich wurde eine endgültige Entscheidung noch nicht gefällt.

Danzig

Die Eingliederung Österreichs in das Reichsgebiet hat sich auch in sehr heftigem Maße auf die Stimmung des Judentums in Danzig ausgewirkt. Während nach dem 30. Januar und der Führerrede am 20. Februar eine allmähliche Beruhigung nach den zahlreichen Gerüchten über geplante judengegnerische Maßnahmen des Danziger Senats eingetreten war, ließen die Maßnahmen vom 11. März unter der Judenschaft wiederum die Furcht vor einer baldigen Eingliederung Danzigs in das Reich aufleben⁷.

⁷ In seiner Rede vor dem Reichstag am 20. 2. 1938 hatte Hitler das Verhältnis zu Polen als entspannt bezeichnet und für Danzig einen „Weg für eine Verständigung“ angedeutet. Die Drohungen des Deutschen Reiches und der Einmarsch deutscher Truppen in Österreich am 12. März ließen die

Ebenso wie im Reichsgebiet wurde die Assimilation in der Berichtszeit gegenüber dem Zionismus kaum noch besonders wirksam. Unter den zionistischen Organisationen taten sich insbesondere die Neuzionisten durch eine erheblich verstärkte Propaganda hervor, die durch eine gewisse militärische Erziehung der Jugend unterstützt wurde; diese wird durch in der polnischen Armee ausgebildete Juden vorgenommen.

Obwohl das Judentum in Danzig unter dem Druck der nationalsozialistischen Regierung politisch und kulturell ein Ghettodasein führt, ist sein wirtschaftlicher Einfluß immer noch sehr stark. Wenn es sich auch allmählich aus dem Einzelhandel zurückzieht, festigt es seine Stellung im Großhandel unter der Vertretung ausländischer Firmen.

Die jüdische Auswanderung aus Danzig und Rückwanderung nach Polen zeigt in der letzten Zeit eine rückwärtige Bewegung, weil man glaubte, aus der letzten Erklärung des Führers entnehmen zu können, daß sich der Rechtszustand der Freien Stadt in absehbarer Zeit nicht verändern würde. Die Auswanderungsgründe waren vorwiegend wirtschaftlicher Natur, wobei die jüdischen Gemeinden nur solche Juden unterstützte, die die Möglichkeit und den Willen zur Auswanderung haben. Bei den Rückwanderungen nach Polen wurden vor allem diejenigen Juden unterstützt, die der Gemeinde in krimineller oder sozialer Hinsicht zur Last fielen.

Die Finanzierung der Auswanderung, die sich vor allem nach England, Frankreich und Belgien richtete, erfolgte vornehmlich durch die von den Zentralstellen des Angloamerikanischen Judentums zur Verfügung gestellten Mittel. Die von der Danziger Regierung durchgeführten Untersuchungen auf Steuerhinterziehungen hatten außerdem einen erheblichen Einfluß auf die Abwanderung vermögender Juden.

Zur finanziellen Unterstützung der in Danzig verbleibenden Juden wurde eine jüdische Wirtschaftshilfe gegründet. Der Betreuung der in Danzig lebenden Juden polnischer Staatsangehörigkeit hat das „Hilfskomitee für den jüdischen Mittelstand“, Warschau, einen Beauftragten nach Danzig entsandt, der sehr eng mit der Wirtschaftshilfe der Gemeinde und außerdem mit der polnischen diplomatischen Vertretung zusammenarbeiten soll.

Der Jüdische Kulturbund Danzigs entwickelt eine sehr rege Tätigkeit und bemühte sich, zusammen mit dem jiddischen Theater den Juden einen Ersatz für den Verlust an der Teilnahme des deutschen Kulturlebens zu bieten.

Das Judentum im Ausland

Die Weltorganisationen des Judentums werden nach wie vor in ihren Entschlüssen durch die Vorgänge in Palästina bestimmt. Die Anfang Februar 1938 in Prag zusammengetretene „Weltkonferenz der Revisionisten“, die sich als erster jüdischer Nationalkonvent bezeichnete, stand unter der Leitung Jabotinskys. Alle Redner zeigten eine äußerst ablehnende Stellung zur Arbeit der Zionistischen Weltorganisation. In einer Entschließung wurde eindeutig gegen die Rückkehr in die zionistische Organisation Stellung genommen. Die Jewish Agency wurde als Feind Nr. 1 bezeichnet, den es zu zerbrechen gelte.

Das am 3. 3. 38 in London tagende Aktionskomitee der zionistischen Organisation protestierte in verschiedenen Resolutionen gegen die Versuche

1. die Juden in Palästina zur dauernden Minderheit zu machen,
2. gegen die Festsetzung der Einwanderungshöchstgrenze nach politischen Grundsätzen,

Glaubwürdigkeit der Aussagen Hitlers schwinden und die Befürchtungen der Danziger Juden wieder wachsen; vgl. Lichtenstein, Juden in Danzig, S. 52–94.

3. die englische Regierungspolitik in Palästina. Gegenüber der englischen Regierung wurde die Bitte ausgesprochen, unmißverständlich klar zu machen, daß sie entschlossen sei, in Palästina eine Politik zu verfolgen, die ihre Verpflichtung gegenüber dem jüdischen Volk erfülle.

4. Schließlich wurde der tiefen Erschütterung über die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in Palästina Ausdruck gegeben; die englische Regierung wurde darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, Regierungsaktionen zur Unterstützung von Industrie und Landwirtschaft durchzuführen. Außerdem wurde von der Regierung die Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten zur Verminderung der Arbeitslosigkeit gefordert.

Der Amtsantritt des neuen High Commissioner, Sir Harold MacMichael, bedeutet gleichzeitig den Beginn einer neuen Politik in Palästina; erinnerte er doch in seiner bei der Ankunft in Palästina gehaltenen Rundfunkansprache daran, daß England entschlossen sei, seinen Besitz und seine imperialen Interessen, die mit denen der palästinensischen Bevölkerung parallel liefen, unbeugsam zu verteidigen.

Die in der Berichtszeit zusammengesetzte neue Palästina-Kommission unter dem Vorsitz von Sir John Woodhead wird die Möglichkeiten der Grenzziehung nach den Vorschlägen des Peel-Berichtes prüfen und mit endgültigen Vorschlägen über die Gestaltungsmöglichkeit des Judenstaates zurückkehren.

Die Lage des Judentums in den übrigen Ländern verschlechterte sich durch den Regierungsumschwung in Rumänien und insbesondere durch die Entschließungen der ungarischen Regierung. Nach einer Überprüfung der Situation des Judentums in Ungarn wurde bestimmt, daß in allen Berufen im Höchstfalle 20% Juden beschäftigt sein dürfen. Es ist anzunehmen, daß zukünftig der jüdische Emigrantenstrom noch durch den Zufluß von Auswanderern aus diesen Ländern verstärkt werden wird.

Die übliche Hetze des Judentums gegen Deutschland fand ihre Höhepunkte in einem Protest sämtlicher jüdischer Organisationen Polens auf einer Tagung, an der zahlreiche Vertreter aus den USA, England und Frankreich teilnahmen. In den Deutschland berührenden Entschließungen heißt es u. a., daß man mit allen Mitteln demokratische Regierungen unterstützen müsse, um keine judenfeindlichen Regierungen an das Ruder gelangen zu lassen.

Außerdem wurde vorgeschlagen, die Auswanderungsmöglichkeiten für 300 000 Juden aus Deutschland und 1 500 000 Juden aus Polen zu überprüfen.

Auf dem Weltkongreß der zionistischen Sportorganisation Makkabi am 11.3.38 in Paris, auf der Vertreter aus Frankreich, England, Rumänien, Palästina, Belgien, Österreich, Deutschland usw. anwesend waren, protestierte Henri Rolland, der Vizepräsident der französischen Kammer, gegen „die Verfolgung der Juden in Deutschland und in anderen europäischen Ländern“. Er betonte, daß Frankreich über alle diejenigen die Hand halte, die „wegen ihrer Überzeugung, ihrer Rasse oder ihrer Religion“ leiden müßten.

Dokument 29

Bericht April bis Mai 1938 der Abteilung II 112.

Sonderarchiv Moskau, 500/3/316.

Auf dem Gebiet der Judenfrage wird die Lage einmal durch die auf wirtschaftlichem Gebiet erlassenen Verordnungen zur Feststellung jüdischen Vermögens bzw. gegen die Unterstützung der Tarnung jüdischer Gewerbebetriebe und auf politischem Gebiet durch das bereits im letzten Lagebericht besprochene Gesetz über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusvereinigungen bestimmt.

Durch diese einschneidenden Maßnahmen ist bei der in Deutschland ansässigen Judenschaft auch die letzte Hoffnung auf ein Verbleiben im Reichsgebiet geschwunden, so daß die Auswanderungslust einen starken Auftrieb erhalten hat. Es darf dabei nicht vergessen werden, *daß die Möglichkeiten für die Auswanderung sich im gleichen Maße vermindert haben wie der Auswanderungsdruck gestiegen ist.* Der wachsende Ausschluß der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben, der unter dem Druck der aufgezeigten Verhältnisse einen sehr starken Aufschwung genommen hat, bewirkt zugleich einen Rückgang der Einnahmen der jüdischen Gemeinden, Hilfs- und politischen Organisationen, aus denen zum großen Teil gerade die Auswanderungsmittel für minder- und unbemittelte Juden bestritten wurden.

In der Erkenntnis dieser Lage standen auch die Veranstaltungen der jüdischen Organisationen, bei denen im allgemeinen ein Rückgang zu verzeichnen war, ausschließlich unter der Parole der Auswanderung. So veranstaltete die Jüdische Gemeinde Berlin am 23. 5. 38 in der Synagoge Prinzregentenstraße einen Gemeindeabend unter dem Motto „Liquidation und Aufbau“, in dem der Vorsitzende der Gemeinde, Heinrich Stahl, und das Vorstandsmitglied Josef Schneidler sprachen. In einer Übersicht über den Finanzstand der jüdischen Gemeinden wurde darauf hingewiesen, daß ein großer Teil der bisher in Deutschland bestehenden 1400 jüdischen Gemeinden – von denen sich allerdings ein großer Teil der Klein- und Mittelgemeinden in Auflösung befindet zw. schon aufgelöst wurde – kaum mehr in der Lage sei, seinen sozialen und finanziellen Verpflichtungen gerecht zu werden. *„Die meisten jüdischen Menschen verfügen heute nicht mehr über ein produktives Einkommen: sie zehren entweder an einem kleinen Vermögen, oder sie sind auf Hilfeleistungen angewiesen“.*

Trotz dieser Erkenntnis, die ausschließlich eine Auswirkung der wirtschaftlichen Maßnahmen gegen die Juden ist, wurde in beiden Vorträgen eine erhöhte Konzentration auf die Auswanderung gefordert, so daß die Zahl der im Jahre 1938 auswandernden Juden höher sein werde als in vorigen Jahren.

Im gleichen Sinne sprach sich auch der Vorsitzende des Kuratoriums des Hilfsvereins der Juden in Deutschland, Max M. Warburg, auf einer Veranstaltung in Stuttgart am 25. 5. 38 aus. Er sagte voraus, daß die Hauptauswanderung der überhaupt noch auswanderungsfähigen Juden in den nächsten drei Jahren vor sich gehen werde, und forderte, daß von den Juden nicht nur Spenden geleistet, sondern Teile des Vermögens an den Hilfsverein überstellt würden zur Förderung dieser Möglichkeiten. An neuen Einwanderungsländern für die Juden nannte er die Philippinen und Britisch-Guayana; wahrscheinlich käme auch Kenya in Frage.

Aus diesen Ausführungen erhellt, daß der Auswanderungswille selbst bei früher sehr stark in Deutschland verankerten Juden nie größer war als jetzt, so daß bei Vorhandensein eines ausreichenden Devisenstandes trotz der zunehmenden Einwanderungsschwierigkeiten in den hauptsächlichsten Einwanderungsländern eine erhebliche Abwanderung erzielt werden kann. Leider haben sich aber gerade in der letzten Zeit die *Möglichkeiten zur Transferierung kleiner jüdischer Kapitalien, ja selbst zur Bereitstellung der Vorzeigegelder für unbemittelte Juden in der Berichtszeit laufend verringert*, so daß es die wichtigste Aufgabe ist, auf wirtschaftlichem Gebiet Möglichkeiten zur praktischen Auswirkung des Auswanderungsdrucks zu schaffen. Denn ein zu starkes Stützen auf die aus dem Ausland einfließenden Hilfgelder für die Juden birgt die Gefahr in sich, daß die Auswanderung von dem guten Willen der internationalen Hilfsorganisationen abhängig gemacht wird. So wurde allein für die Unterstützung des Budgets der Reichsvertretung der Juden in Deutschland von Council for German Jewry, London, eine Summe von 10000 L in Aussicht gestellt. Zudem sollen Devisen zur Verstärkung der Ansiedlung jüdischer Jugendlicher in Palästina bereitgestellt werden in Zusammenarbeit mit der Jewish Agency.

Während sich in Auswirkung der oben genannten Verordnungen eine verstärkte Stellungnahme der Bevölkerung gegen die Juden bemerkbar macht, wird aus fast allen Oberabschnitten nach wie vor einer *indirekten Unterstützung der Juden durch strenggläubige Katholiken und Protestanten, wie auch der Bauernschaft* gesprochen.

Die Neigung der Juden zur Abwanderung in die Großstädte, in deren Gefolge sich eine Auflösung der Klein- und Mittelgemeinden bemerkbar macht, hält – wie schon in den Vormonaten – an.

Eine besondere Gefahr bildet die *Auswirkung des polnischen Gesetzes über die Entziehung der Staatsbürgerschaft vom 31.III.38*, aufgrund dessen heute bereits über 800 Personen allein in Berlin ausgebürgert worden sein sollen, die nun als Staatenlose galten. Die Abstellung dieser Maßnahmen gegen Juden, die nach erfolgter Ausbürgerung dem Deutschen Reich zur Last fallen, kann nur durch eine Abänderung des mit Polen getroffenen Paßabkommens erreicht werden.

Die wirtschaftlichen Maßnahmen gegen die Juden haben zu Einzelaktionen in fast allen Teilen des Reiches geführt, die zumeist den Erfolg hatten, daß die Juden zurückhaltender und vorsichtiger in ihrem Auftreten wurden. [. . .]¹ -führung der neuen Reichsmeldeordnung erging am 10.4. Danach ist allen geschäftsfähigen Personen gemäß Abschnitt III, 3 Auskunft darüber zu geben, „ob eine Person Jude ist, während über die Mischlingseigenschaft keine Auskunft zu erteilen ist“.

Land Österreich

Der Aufbau der jüdischen Organisationen in Österreich konnte in der Berichtszeit abgeschlossen werden. Am 2.5.38 konnte die „Israelitische Kultusgemeinde“ Wien, unter der Leitung des früheren Amtsdirektors, Josef Löwenherz, am 3.5.38 der „Zionistische Landesverband für Österreich“ unter vorläufiger Leitung Dr. Josef Rotenbergs und schließlich am 10.5.38 die „Agudas Jisroel“ unter Leitung Julius Steinfelds ihre Arbeit wieder aufnehmen. Außer diesen Organisationen wurde zur Arbeit nur noch das „Palästina-Amt“ Wien, das für die Zertifikatszuteilung nach Palästina verantwortlich ist, zugelassen. Alle anderen Organisationen bleiben verboten.

¹ Eine Zeile fehlt im Durchschlag des Berichts.

Als einzige jüdisch-politische Zeitung wurde durch den Zionistischen Landesverband die „Zionistische Rundschau“ gegründet, die die Aufgabe hat, die Auswanderungsförderung auf propagandistischem Gebiet zu unterstützen.

Der jetzige Leiter der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, sowie die Leitung des Zionistischen Landesverbandes für Österreich, haben sich verpflichtet, in der Zeit vom 1.5.38 bis 1.5.39 20 000 mittellose Juden zur Auswanderung zu bringen. Zur Durchführung dieses Planes wurden dem Leiter der „Israelitischen Kultusgemeinde“ vom „Council for German Jewry“ vorerst 100 000 Dollar zugesagt. Zur Beschaffung weiterer Mittel wurde Löwenherz unter Anwendung entsprechender Sicherungsmaßnahmen die Ausreise nach Paris und London genehmigt, wo er mit den leitenden Beamten der jüdischen Hilfsorganisationen um Bereitstellung weiterer Mittel verhandeln wird.

Um eine unkontrollierbare Wanderung von Juden ins alte Reichsgebiet zu verhindern, wurde den Juden im Lande Österreich die Abwanderung in das Reichsgebiet im allgemeinen untersagt. Diese Anordnung wurde in der „Zionistischen Rundschau“ Wien vom 27.5. durch die Israelitische Kultusgemeinde veröffentlicht.

Die Zurückdrängung der Judenschaft aus den Lebensgebieten wird nunmehr in planmäßiger Weise durchgeführt. Auf dem Gebiete des Schulwesens wurde eine vorläufige Regelung getroffen. So hat der Bürgermeister der Stadt Wien angeordnet, daß die jüdischen Kinder der Wiener Volks- und Hauptschulen von den arischen abgesondert und in eigenen Schulen zusammengefaßt werden. Zur ausschließlichen Benutzung durch Juden wurden zur Durchführung dieser Maßnahmen 16 Volks- und Hauptschulen, sowie 7 Mittelschulen bereitgestellt. In gleicher Weise soll mit den Fortbildungsschulen verfahren werden.

Die Regelung des Studiums von Juden an Hochschulen des Landes Österreich wurde durch eine Verfügung des Österreichischen Unter[rechts]ministeriums durchgeführt. Danach werden Juden österreichischer Staatsangehörigkeit nur nach Maßgabe einer Verhältniszahl von 2% für die einzelnen Fachgebiete zugelassen.

Von einschneidendster Bedeutung für die Struktur des Judentums in Österreich war eine Anordnung des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei, daß die gesamte Judenschaft in Wien konzentriert wird. Aus diesem Grund wurden mehrere Aktionen in der Provinz unternommen.

Mit Wirkung vom 24.5.38 wurde aufgrund des Artikels II des Gesetzes über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich vom 13.3.38 die Einführung der Nürnberger Rassengesetze vorgenommen (RGBl. I vom 23.5.38, S.594 ff.). Dabei gilt der 16.9.35 als Stichtag. Die vorgenommenen Veränderungen sind im allgemeinen auf dem Verordnungswege den Bestimmungen im Altreich angeglichen worden. Das Blutschutzgesetz wird ebenfalls mit Wirkung vom 24.5. mit einigen nicht grundsätzlichen Veränderungen in Österreich in Kraft gesetzt. Als Stichtag gilt hierbei der 17.9.35.

Der § 3 der Verordnung über die Einführung der Nürnberger Rassengesetze im Lande Österreich hat seine Erledigung durch die Verordnung zur Neuordnung des österreichischen Berufsbeamtentums, die am 31.5.38 in Kraft tritt, gefunden. Ausgeschlossen von der Befähigung zur Bekleidung öffentlicher Ämter werden danach im allgemeinen: Jüdische Beamte, Anwärter, Aspiranten, ehrenamtliche Mitarbeiter, Angestellte und Arbeiter, die Juden oder Mischlinge sind bzw. mit einer Jüdin (Juden oder einem Mischling ersten Grades) verheiratet sind.

Nicht betroffen werden von dieser Regelung Lehrer und Bedienstete von Religionsgesellschaften. Für Beamte, die mit einer Jüdin oder einem Mischling ersten Grades verheiratet sind, und solche jüdischen Mischlinge, die am 1.8.1914 angestellte Beamte oder Front-

kämpfer waren, können mit Genehmigung des Stellvertreters des Führers oder der von ihm bestimmten Stelle für Beamte Ausnahmeregelungen getroffen werden. Die Bezahlung von Ruhegehältern, Entschädigungen, Abfindungen usw. wird in der Verordnung ebenfalls geregelt. Bei der Ausdehnung der im Reichsgebiet gültigen Bestimmungen über die Reichsfluchtsteuer wurde für auswandernde Juden eine Sonderbestimmung getroffen.

Danzig

Grundlegende Veränderungen hinsichtlich des Bevölkerungs- und Besitzstandes haben sich in Danzig im Berichtsabschnitt nicht ergeben. Die Hauptarbeit der Synagogengemeinde verlagert sich mehr und mehr auf die Erledigung der mit der Wirtschaftshilfe verbundenen Fragen, wobei der größte Teil der einkommenden Synagogengemeindesteuern für assimilatorische Zwecke Verwendung findet. Als Neugründungen sind die Bildung eines Schiedsgerichtes bei der Synagogengemeinde, zur Regelung jüdischer Rechtsstreitigkeiten, und die Bildung einer „Hebräischen Gesellschaft“ (20.5.38) zur Förderung der Sprachkenntnisse im Hebräischen zu verzeichnen.

Zur Abstellung der zahlreichen Reisen von in Danzig ansässigen Juden durch das Reichsgebiet trat am 20.4.38 die auf hiesige Veranlassung erwirkte Anweisung des Auswärtigen Amtes an das Generalkonsulat in Danzig in Kraft, nach welcher Juden ausländischer Staatsangehörigkeit keine Durchreisevisen für das Reichsgebiet mehr zu erteilen sind.

Eine nennenswerte Auswanderung ist nicht zu verzeichnen. Auch die Meldung zahlreicher ausländischer Zeitungen, 5000 Juden hätten in den letzten Wochen Danzig verlassen, entspricht nicht den Tatsachen.

Auf wirtschaftlichem Gebiet wurde durch die einheitliche Kennzeichnung der deutschen Geschäfte durch das Abzeichnen der deutschen Arbeitsfront ein neuer Schlag gegen den starken Anteil der Juden am Danziger Wirtschaftsleben geführt.

Das Judentum im Ausland

Aus Anlaß der Arbeitsaufnahme der neuen Palästina-Kommission, die die Möglichkeiten zur Grenzziehung gemäß den Vorschlägen der Peel-Kommission in Palästina überprüfen soll, wurde die Frage der Gründung des Judenstaates erneut in den Vordergrund aller Betrachtungen des Judentums im Ausland gerückt. Im Zusammenhang hiermit wurden auf der am 21.5.38 in London stattgefundenen Zionistenkonferenz mehrere Resolutionen angenommen, in denen es u. a. heißt, daß „die englischen Zionisten eine Lösung (in Palästina) willkommen heißen würden, die schließlich dem jüdischen Staat einen Platz innerhalb des Britischen Weltreiches verschaffen würde“. Chaim Weizmann fordert in einem Schreiben an den High Commissioner für Palästina die Wiederaufnahme der Politik der wirtschaftlichen Aufnahmefähigkeit.

Nicht nachgeprüfte Meldungen berichten den endgültigen Beschluß zur Gründung des Judenstaates. Wichtig für die innenpolitische Lage Palästinas sind die Meldungen, die besagen, daß es zu einer Einigung zwischen dem englischen Militäroberkommando und der jüdischen Wehr- und Nachrichtenorganisation Hagana gekommen sei. Dabei soll man übereingekommen sein, die Hagana von einer Einwohnerwehr auf eine felddienstfähige Truppe bis zu einer Stärke von 30000 Mann zu bringen, die einmal die Aufgabe bekommen soll, den Schutz des kommenden Judenstaates zu übernehmen, die andererseits aber die Sicherung am Ostufer des Suezkanals vornehmen soll.

Ebenso bedeutungsvoll wie diese Entwicklung in Palästina für die Erhöhung der Auswanderungsmöglichkeiten ist die für den 6. Juli in Evian zusammentretende Konferenz

zur Behandlung des Problems der Emigranten. Da die Anregung zu dieser Konferenz vom Präsidenten Roosevelt ausging, hat er Byron C. Taylor, dem früheren Präsidenten der United Steel Corporation, in der geplanten Emigrantenkommission zum amerikanischen Vertreter ernannt. Gleichzeitig hat Roosevelt unter den früheren High Commissioner für Emigranten aus Deutschland, James MacDonald, ein amerikanisches Komitee für die Angelegenheiten der Emigranten gebildet. Zu den Mitgliedern des Komitees gehört u. a. auch der bekannte Deutschenhetzer Stephen Wise.

Im allgemeinen beweist aber die Entwicklung im übrigen Ausland, daß mit wenigen Ausnahmen die Judenfeindlichkeit überall im Zunehmen begriffen ist und daß dadurch automatisch die Auswanderungsmöglichkeiten für die Juden aus Deutschland geringer werden.

Dokument 30

Referat Hagens auf der Hauptabteilungsleiter-II-Tagung am 9. Juni 1938.

Sonderarchiv Moskau, 501/3/31.

Mit den auf der II 112-Tagung im vergangenen Jahre gegebenen Arbeitsrichtlinien auf dem Gebiete des Judentums wurde versucht aufgrund des Funktionsbefehls des Chefs der Sicherheitspolizei v. 1.VII.37 aus dem Stadium der passiven in das Stadium einer aktiven Methodik in der Bearbeitung der Judenfrage überzutreten. Dabei lag der Gedanke zugrunde, daß eine endgültige Lösung der Judenfrage – die in den Nürnberger Gesetzen nicht eingeschlossen lag – nur durch systematische Durchführung des Auswanderungsgedankens auf organisatorischen wie auf propagandistischem Gebiete herbeigeführt werden könne.

Daraus ergab sich notwendigerweise die laufende direkte Fühlungsnahme des SD mit den Leitern der jüdisch-politischen und Hilfsorganisationen. Unzuverlässige und assimilatorisch eingestellte Funktionäre wurden von ihren Ämtern ausgeschlossen und müssen auch zukünftig von einer Einflußnahme auf die Gestaltung der Organisationen ausgeschaltet werden bzw. bleiben.

Gegenüber dem Weiterbestehen der existierenden jüdischen Organisationen wurde der Standpunkt eingenommen, daß sie, auch wenn sie früher absolut assimilatorisch eingestellt waren, zweckmäßigerweise nicht aufgelöst werden, da sonst die Ausrichtung der Judentum immer schwieriger wird. Es wurde aber Wert darauf gelegt, daß sie organisatorisch und personell so ausgerichtet wurden, daß sie sich – selbst wenn sie noch ideell anders ausgerichtet waren oder sind – in ihrer Arbeit ausschließlich der Förderung der jüdischen Auswanderung widmen. Unter diesem Gesichtspunkt ist insbesondere die Behandlung des „Jüdischen Centralvereins“ und des „Reichsverbandes Jüdischer Frontsoldaten“ zu verstehen. Beide sind heute einschließlich ihrer Unterorganisationen mit geringen Abweichungen ausschließlich um die Auswanderung bzw. Unterstützung ihrer Mitglieder bemüht.

Wenn demnächst die Auflösung der „Staatszionistischen Vereinigung“ erfolgen wird, die allerdings noch der endgültigen Genehmigung durch den Chef der Sicherheitspolizei bedarf, so bedeutet das keine Abweichung von dieser Grundeinstellung. Die Auflösung soll vielmehr wegen der einwandfrei festgestellten Verbindungen zu der sehr stark gegen Deutschland arbeitenden Jabotinski-Gruppe der Neuzionisten erfolgen. Außerdem be-

steht der begründete aber nicht erwiesene Verdacht, daß die von dieser Organisation in Deutschland ausgebildeten Jugendlichen zur Ergänzung der palästinensischen Wehr- und Nachrichtenorganisationen Hagana eingesetzt wurden.

Grundsätzlich gesprochen, kommen also auch für die nächste Zeit Auflösungen größerer jüdisch-politischer Organisationen nicht in Frage. Dagegen soll versucht werden, einige kleine der Auswanderung dienende Organisationen in die Zentralorganisationen zu überführen, um so eine Vereinfachung und Verbilligung des Gesamtapparates herbeizuführen. Anweisung hierüber ergeht nach Klärung der Angelegenheit mit den zentralen Organisationen. Örtlich notwendige Maßnahmen gegen bestimmte jüdisch-politische Gruppen bleiben selbstverständlich von Fall zu Fall zu entscheiden.

Die Vereinfachung des Verwaltungsapparates der jüdischen Organisationen in der Provinz wie in Berlin ist um so notwendiger, als die Einnahmen der jüdischen Gemeinden ständig im Abnehmen begriffen sind. In besonders starkem Maße haben sich hier die in den letzten Monaten erlassenen Gesetze und Verordnungen über die Betätigungseinschränkung der Juden in der Wirtschaft ausgewirkt.

Eine grundsätzliche Änderung der rechtlichen Stellung der jüdischen Kultusgemeinden wurde zudem durch das seit dem 31.III.38 wirksame Gesetz über die „Veränderung der Rechtsstellung der jüdischen Kultusgemeinden“ herbeigeführt, durch das die Gemeinden zu eingetragenen Vereinen wurden. Sie verloren damit automatisch die den Körperschaften öffentlichen Rechts von staatswegen zugestandenen Sonderrechte. D. h. sie haben heute weder steuerliche Sonderrechte, noch sind sie der jüdischen Gemeindemitglieder zur Zahlung der bisherigen Kultussteuern verpflichtet. Hier darf jedoch bemerkt werden, daß durchaus Interesse daran besteht, daß die jüdischen Gemeindemitglieder regelmäßig ihre nun rechtlich als Vereinsbeiträge bezeichneten Kultussteuern bezahlen, da andernfalls die Gemeinden jede sichere finanzielle Basis verlieren. Es sind deshalb auch alle Bestrebungen der Leiter der jüdischen Gemeinden zur Einziehung der Beiträge zu unterstützen. Die Reichsvertretung hat auch von sich aus gleich nach Veröffentlichung des Gesetzes auf die Notwendigkeit dieser Zahlungen hingewiesen.

Aus dieser gesetzlichen Neuregelung ergeben sich auch einige Änderungen in der sicherheitspolizeilichen Arbeit, die insbesondere die Überwachung des Versammlungswesens in den Synagogen und sonstigen Kultushäusern betreffen. Die Neuordnung wird auch in nächster Zeit aufgrund hiesiger Vorschläge in Erlaßform durch das Gestapa geregelt werden. Die Mitwirkung des Sicherheitsdienstes hierbei ist unerlässlich, da erfahrungsgemäß die Überwachungsbeamten der Stapostellen nicht immer über die nötige Sachkenntnis verfügen können, um Verstöße gegen die Linie der Judenpolitik in den Versammlungen zu bemerken. Das Gestapa begrüßt bei dieser Arbeit die Mitwirkung der O. A.-Referenten soweit das arbeitstechnisch möglich ist. Erwünscht ist die Teilnahme an Versammlungen der Judenschaft außerdem deshalb, weil nur aufgrund des persönlichen Eindrucks eine einwandfreie Beurteilung über die Entwicklung des jüdischen Lebens möglich ist.

Unabhängig von diesem Erlaß ist es aber auch jetzt schon notwendig, sich um das immer mehr auf die Synagogen konzentrierende Versammlungswesen zu kümmern, damit sich nicht unter dem Druck der augenblicklichen Verhältnisse, die sich infolge der schlechten Auswanderungsmöglichkeiten einseitig auswirken, nicht wieder assimilatorische Tendenzen breitmachen. Dabei ist als Assimilation bereits das Bemühen zum Verbleiben in Deutschland anzusehen. Derartige Bestrebungen sind eintretendenfalls unverzüglich abzustellen. Bei wichtigen Veränderungen ist an das SD-Hauptamt zu berichten.

Es ist nicht übersehen worden, daß durch die auf wirtschaftlichem Gebiet gegen die Judentum erfolgten Maßnahmen, durch die außenpolitischen Veränderungen in den früher für Juden zugänglichen Ländern und nicht zuletzt durch die Angliederung des Landes Österreich an das Reichsgebiet, das Judenproblem eine erhebliche Verschärfung erfahren hat und die Auswanderungsmöglichkeiten in erheblichem Maße eingeschränkt worden sind.

Da es sich bei diesen Schwierigkeiten neben den außenpolitischen Veränderungen fast ausschließlich um Schwierigkeiten wirtschaftlicher Natur handelt, ist deshalb auch schon mit dem Wirtschaftsministerium verhandelt worden, um zu erreichen, daß insbesondere den minder- und unbemittelten Juden unabhängig von dem jeweiligen Stand des Devisenangebotes die Auswanderungsmöglichkeit offengehalten wird. Es ist zu erhoffen, daß aufgrund dieser Verhandlungen in absehbarer Zeit eine grundsätzliche Regelung getroffen werden kann.

Zusammengefaßt stehen auf dem Gebiete der Abteilung II 112 folgende Aufgaben zur Lösung bzw. Fortführung:

1. Es ist im Einvernehmen mit den Stapoleit- und Stapostellen Sorge zu tragen für die endgültige Abwicklung der Maßnahmen zum Ausschluß der Juden ausländischer Staatsangehörigkeit aus den Ämtern der jüdischen Gemeinden und Organisationen.

Ausnahmen sind nur zulässig bei Unersetzlichkeit, über die das SD-Hauptamt im Einvernehmen mit dem Geh. Staatspolizeiamt entscheidet, oder wenn die in Frage stehenden Juden in untergeordneten Angestellten- bzw. Arbeitsverhältnissen stehen. Aber auch hierbei ist jeder Einzelfall zu überprüfen.

2. Die Auswanderungswilligkeit der Juden ist in jeder Weise zu fördern. Eine beständige Fühlungnahme mit den Leitern der jüdischen Organisationen durch den SD ist deshalb unerlässlich. Sie sind laufend im Einvernehmen mit den örtlich zuständigen Staatspolizeistellen vorzuladen und über ihre Arbeit zur Förderung der Auswanderung zu befragen. Sie sind durch mindestens monatlich einzureichende Rechenschaftsberichte, die sowohl über die organisatorische und propagandistische wie auch über die finanzielle Gebarung Aufschluß geben müssen, an ihre Arbeitsverpflichtung zu binden. Die Etatgestaltung darf ausschließlich durch die Auswanderung bestimmt sein. Desgleichen ist dafür Sorge zu tragen, daß durch den Ausbau des jüdischen Unterstützungswesens für diejenigen Personen, die für eine Auswanderung nicht mehr in Frage kommen, die deutschen Fürsorgebehörden weitgehend entlastet werden.

3. Dem jüdischen Versammlungswesen in den Synagogen ist besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

4. Bekanntwerdende Zuwanderung aus dem Lande Österreich sind an das SD-Hauptamt zu melden, da grundsätzlich eine Abwanderung von Juden ins Reichsgebiet untersagt wurde.

5. Gegen die Staatszionistische Vereinigung ist vor Erhalt des Erlasses nichts zu unternehmen. Zu melden sind plötzliche Veränderungen, die darauf schließen lassen, daß von der Organisation Maßnahmen erwartet werden.

6. Der zunehmenden Ausbürgerung von Juden polnischer Staatsangehörigkeit aufgrund des neuen polnischen Staatsbürgergesetzes ist erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Ein Vorschlag, der das Verbleiben solcher Ausgebürgerter in Deutschland nach Möglichkeit unterbindet, wurde dem Gestapa bereits unterbreitet. Die Entscheidung muß noch abgewartet werden.

Bei Bekanntwerden einer größeren Anzahl von Ausbürgerungen von Juden polnischer Staatsangehörigkeit, ist an das SD-Hauptamt zu berichten.

7. Allgemein wird gebeten, die zuständigen Referenten zu einer laufenden Fühlungsnahme mit den zuständigen Stapostellen anzuhalten.

Dabei sollen sowohl Beobachtungen als auch Meldungen ausgetauscht werden, damit Doppelmeldungen unter Berücksichtigung des Personalmangels unterbleiben.

Dokument 31

Bericht über die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien, verfaßt von Hagen, November 1938¹.

Sonderarchiv Moskau, 500/1/625.

Mit Wirkung vom 20. 8. 38 wurde aufgrund der Vorschläge des SD-Oberabschnittes Donau II 112 vom Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, Gauleiter Bürckel, in einem abschriftlich beigelegten Rundschreiben an alle Partei- und Staatsdienststellen die Errichtung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung verfügt. Mit der Leitung wurde der SD-Führer des SS-Oberabschnittes Donau, und Inspekteur der Sicherheitspolizei SS-Standartenführer Regierungsdirektor Dr. Stahlecker beauftragt, der seinerseits den Leiter des Referates II 112 beim OA-Donau mit der Führung der Geschäfte beauftragt hat.

In einem gleichfalls beigelegten Erlaß vom 27. 8. 1938 hat der Inspekteur der Sicherheitspolizei darauf hingewiesen, daß die Zentralstelle zunächst für die Gaue Wien und Niederdonau zuständig sei. Eine weitere Zuständigkeitsregelung erübrigt sich, nachdem der geschäftsführende Leiter der Zentralstelle, SS-Obersturmführer Eichmann, mit Gauleiter Bürckel in Durchführung eines Befehls des Reichsführers SS die endgültige Reinigung der Provinzen der Ostmark von Juden bis zum 31. 12. 38 durchführen wird. Die Zentralstelle hat ihren Sitz im ehemaligen Palais des Inhabers der Rothschild-Bank in der Prinz-Eugen-Straße 22.

Durch die Gründung der Zentralstelle ist die Gewähr für eine beschleunigte Erteilung der Auswanderungsdokumente an Juden gegeben, die im allgemeinen innerhalb von 8 Tagen erfolgt. Die Zentralstelle hat weiterhin genaueste Übersicht über die Zahl der Auswanderungswilligen, deren Berufe, Vermögen usw., so daß sie imstande ist, bei der Bereitstellung ausreichender Einwanderungsbewilligungen, die durch die Israelitische Kultusgemeinde Wien beschafft werden, die notwendigen Auswanderungstransporte zusammenzustellen.

Für die finanzielle Durchführung der Auswanderung stehen einmal regelmäßige Beiträge der jüdischen Hilfsorganisationen des Auslandes, zweitens kaufbare Devisen, die durch einen Erlaß des Reichs- und Preußischen Wirtschaftsministeriums auf Veranlassung des SD-Hauptamtes II 112 bereitgestellt wurden, zur Verfügung. Durch diesen Erlaß wurde verfügt, daß die von den jüdischen Hilfsorganisationen einkommenden Devisenbeiträge ohne Abzüge durch die Deutsche Gold- und Diskont-Bank an die Israelitische Kultusgemeinde gelangen; weiterhin ist verfügt, daß monatlich RM 50 000 Devisen für die Auswanderung bereitgestellt werden. Schließlich ist jeder Auswanderer berechtigt, aufgrund dieses Erlasses ohne besondere Ermächtigung für RM 30,- Devisen als Zehrgeld aufzukaufen.

¹ Dieser Bericht wurde Heydrich vorgelegt und von ihm am 10. November, zwei Tage vor der Sitzung im Reichsluftfahrtministerium, mit der handschriftlichen Anordnung versehen: „SD II mit Gestapa II u. Best Vorschlag für Altreich u. Sudetenland vorlegen“.

In neuerlichen, Anfang dieser Woche mit dem Reichswirtschaftsministerium, mit der Devisenstelle Wien und der Zentralstelle für jüdische Auswanderung geführten Verhandlungen wurde die Bereitstellung zusätzlicher Devisenbeträge auf dem Wege des Alttransfer-Verfahrens in Aussicht gestellt. Zur Verhinderung der Mißstände, die bei der Durchführung durch die Alttransfer-Gesellschaft in den früheren Jahren aufgetreten waren, wurde vereinbart, daß die Zentralstelle für jüdische Auswanderung die Kontrolle über die zur Verteilung gelangenden Devisen aus dem Alttransfer-Fonds im engsten Einvernehmen mit der Devisenstelle Wien führt.

Nach den bisherigen Feststellungen wurden durch die Zentralstelle etwa 25 000 Juden zur Abwanderung gebracht, so daß sich die Gesamtzahl der ausgewanderten Juden aus Österreich auf etwa 50 000 beläuft.

Finanzielle Belastungen entstehen dem SD-Oberabschnitt Donau durch die Errichtung der Zentralstelle nicht, da sie sich und ihre Mitarbeiter durch einen von jedem auswandernden Juden zu bezahlenden Beitrag selbst finanziert.

Im Hinblick auf die guten Erfolge der Zentralstelle bei der Auswanderung von Juden, wird vorgeschlagen, unter Bezugnahme auf die hiesige Vorlage vom 13. 1. 38, in der die Errichtung einer Auswanderungsstelle vorgeschlagen wurde, die Durchführungsmöglichkeit einer derartigen Maßnahme im alten Reichsgebiet zu erwägen. Es darf dabei bemerkt werden, daß das Reichswirtschaftsministerium zur Entlastung seiner eigenen Dienststellen eine derartige Gründung begrüßen würde.

Dokument 32

Lagebericht der Abteilung II 112 für das Jahr 1938.

Bundesarchiv, R 58/1094.

Deutschland

Im Berichtsjahre 1938 fand die Judenfrage in Deutschland, soweit sie auf dem Gesetzes- und Verordnungswege zu regeln ist, ihren Abschluß. Zwei Abschnitte sind deutlich zu erkennen: Während in der Zeit vom 1. 1. bis 8. 11. 1938 versucht wurde, die Judenschaft durch Gesetze und Verordnungen endgültig aus sämtlichen deutschen Lebensgebieten auszuschließen, wurde die völlige Ausschaltung der Juden aus allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens durch die Aktion vom 9./10. 11. 1938 praktisch verwirklicht.

Veränderungen erfuhr die Situation durch die Eingliederung der Ostmark und der sudetendeutschen Gebiete, wodurch sich die Zahl der im Reichsgebiet ansässigen Juden um etwa 200 000 bis 250 000 Juden mosaischen Bekenntnisses erhöhte.

Die Maßnahmen gegen die Juden bewirkten eine weitgehende Umstellung aller jüdischen Organisationen – von einigen Ausnahmen abgesehen – auf die Vorbereitung oder Durchführung der Auswanderung, wobei gleichzeitig die Auflösung jüdischer Mittel- und Kleingemeinden und zahlreichere Organisationen mit rein religiöser oder assimilatorischer Aufgabenstellung erfolgte. Die „Reichsvertretung der Juden in Deutschland“ wurde damit, zusammen mit den weiterbestehenden Institutionen zur Förderung der Auswanderung, zum organisatorischen Mittelpunkt der Judenschaft.

Sowohl der fortschreitende Ausschluß der Juden aus dem Erwerbsleben als auch die Auswanderung früher vermöglicher Juden bewirkten ein Ansteigen des mittellosen jüdischen Proletariats, das am Schluß des Berichtsjahres bei weitem die Zahl der sich selbst unterhaltenden bzw. der vermögenden Juden übertraf. Die Folge dieser Entwicklung war eine verstärkte Fürsorgetätigkeit der jüdischen Organisationen, die allerdings durch die gleichzeitig fallenden Einnahmen dieser Organisationen wesentlich erschwert wurde. Während im Vorjahr bei einer Gesamtzahl von rund 370 000 Juden mosaischen Bekenntnisses (das Statistische Reichsamt schätzt die Zahl zum 1.1.1938 auf 365 000) im alten Reichsgebiet etwa 42 000 Personen als laufende Unterstützungsempfänger gezählt wurden, belief sich die Zahl der ständigen Unterstützungsempfänger im Berichtsjahr – trotz der Abnahme der Gesamtjudenschaft mosaischen Bekenntnisses im Altreich auf etwa 320 000 Personen – auf 40 000 (12,5% der Gesamtzahl). Von der jüdischen Winterhilfe wurden in den Monaten Oktober bis Dezember 1938 außerdem 73 976 Personen, das sind 23,12% der Gesamtzahl, betreut.

Für den gleichen Zeitabschnitt betrug die Zahl der durch die jüdische Winterhilfe betreuten Juden in der Ostmark etwa 30 000, das bedeutet bei der Zugrundelegung einer Gesamtzahl von rund 106 000 Juden mosaischen Bekenntnisses am Ende des Berichtsjahres 28,3%. Die Zahl der angemeldeten ständigen Unterstützungsempfänger wird von der Israelitischen Kultusgemeinde Wien sogar mit mehr als 60 000 Personen angegeben, oder mit 56,6%.

Die Auswanderung der Juden konnte – zumindest im alten Reichsgebiet – nicht in dem Maße gesteigert werden, wie es für die Juden selbst unter dem Druck der Verhältnisse wünschenswert gewesen wäre. So zeigen die von der Reichsvertretung der Juden in Deutschland aufgestellten Statistiken lediglich eine Abwanderung von 46 000 Personen = 12,43% gegenüber etwa 25 000 im Vorjahre, wohingegen die Auswanderung der Judenschaft aus der Ostmark durch die Tätigkeit der im August des Berichtsjahres gegründeten „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ einen starken Auftrieb erhielt. So wird die Gesamtzahl der auf legalem und illegalem Wege aus der Ostmark ausgewanderten Juden mosaischen und nicht mosaischen Bekenntnisses mit etwa 79 000 Personen = 42,7% angegeben. Dieses Ergebnis ist um so bedeutsamer, als die Judenschaft in der Ostmark unter ungleich ungünstigeren finanziellen und innenpolitischen Verhältnissen zu arbeiten hatte. Der Ausgleich für die fehlenden Geldmittel wurde durch eine verstärkte finanzielle Inanspruchnahme der ausländischen jüdischen Organisationen – insbesondere der „Council for German Jewry“ in London – geschaffen.

Sowohl vom Altreich wie auch von der Ostmark ging der größte Teil der Auswanderer nach außereuropäischen Ländern; den Hauptteil nahm Nordamerika auf, wohingegen Palästina nur in geringem Maße als Zielland insbesondere unbemittelter Juden galt.

Trotz der verhältnismäßig hoch erscheinenden Zahl der Auswanderer muß darauf hingewiesen werden, daß die Auswanderung gegen Ende des Berichtsjahres infolge der Abwehrstellung des Auslandes gegen die Einwanderung der Juden und der nicht ausreichenden Devisenbestände erheblich abgesunken ist und, soweit das alte Reichsgebiet berührt wurde, fast ins Stocken geriet. Dazu trug außerdem die absolute Resignation der Juden bei, deren Organisationen nur unter dem verschärften Druck der Behörden ihre Aufgabe weiterführten.

Hierin hat die November-Aktion grundlegenden Wandel geschaffen. War schon in der Ostmark der Auswanderungswille der Judenschaft durch die dort nach der Machtübernahme ergriffenen Maßnahmen bis zum Höchstmaß gesteigert, so wirkte sich das radikale Vorgehen gegen die Juden in den Novembertagen in ähnlichem Sinne auch im alten Reichsgebiet aus. Die Verwirklichung dieser Auswanderungsabsichten blieb jedoch aus,

weil in der Folge der November-Aktion auch die Tätigkeit der für die Auswanderung arbeitenden jüdischen Organisationen vor allem aber auch durch die erhebliche Veränderung der Finanzlage der Judenschaft (Kontribution und Schadensersatzpflicht) eingeschränkt wurde. Die notwendige Zentralisation des Organisationswesens der Judenschaft, sowie die Bereitwilligkeit der ausländischen Staaten zur Aufnahme größerer Auswanderungsgruppen, die die Voraussetzung für eine Weiterführung der verstärkten Auswanderung aus dem alten Reichsgebiet sind, konnte aber bis zum Abschluß des Berichtsjahres noch nicht herbeigeführt werden.

Neben dieser Entwicklung waren die schon erwähnten organisatorischen Veränderungen innerhalb der Judenschaft von minderer Bedeutung. Während im alten Reichsgebiet infolge der selbständigen Auflösung jüdischer Vereine und Verbände, abgesehen von zeitlich begrenzten Betätigungsverboten, von staatswegen nur die Auflösung der „Staatszionistischen Vereinigung“ notwendig wurde, erfuhr das Organisationswesen in der Ostmark sofort nach dem Anschluß eine grundlegende Neugestaltung. Dabei ist jedoch hervorzuheben, daß ein Anschluß der jüdischen Organisationen der Ostmark an die im Reichsgebiet bestehenden nicht vorgenommen wurde, um den Wirkungskreis und die Einflußmöglichkeiten des letzteren nicht zu vergrößern.

Sämtliche Organisationen assimilatorischer Prägung wurden aufgelöst und verboten, während die für die Auswanderung brauchbaren Verbände nach vorübergehender Einstellung ihrer Tätigkeit und nach Umgestaltung neu zugelassen wurden. Eine Zentralstellung nimmt in diesem Aufgabenbereich die „Israelitische Kultusgemeinde Wien“ als die größte gemeindliche Organisation des Judentums in der Ostmark ein. Ihr obliegt die Organisation der Auswanderung, der Fürsorge und des Schulwesens, so daß sie auch für die Beschaffung der zur Erhaltung der mittellosen Juden und der Förderung der Auswanderung notwendigen Devisenbeträge von ausländischen jüdischen Organisationen (Council for German Jewry) verantwortlich ist.

Die bei der Eingliederung der sudetendeutschen Gebiete übernommenen jüdischen Organisationen wurden nicht bestätigt, zumal die Notwendigkeit ihres Weiterbestehens nach Abwanderung der meisten Juden in die CSR nicht mehr gegeben war. Die verbliebenen Juden sollen durch die Organisation des alten Reichsgebietes betreut werden.

Ausland

War die weltpolitische Lage des Judentums im Vorjahre durch die Ergebnisse der von der Peel-Kommission vorgeschlagenen Dreiteilung eines Judenstaates bestimmt, so stand sie im Jahre 1938 im Zeichen der auf Anregung Roosevelts in Evian (6.7. bis 15.7.) einberufenen Regierungskonferenz über die Flüchtlingsfragen, des Widerrufs des Peel-Planes durch den Woodhead-Bericht und die MacDonald-Erklärung sowie der Einberufung einer Round-Table-Konferenz der an Palästina interessierten Mächte nach London.

Auf der Evian-Konferenz, deren einzig positives Ergebnis die Errichtung eines ständigen Büros in London war mit der Aufgabe, die Förderung der jüdischen Auswanderung aus Deutschland zu betreiben, wurde aller Welt vor Augen geführt, daß das Judenproblem keineswegs nur eine von Deutschland provozierte Streitfrage, sondern daß es ein Problem von aktuellster weltpolitischer Bedeutung ist. Trotz der übereinstimmenden Ablehnung der Behandlung der Judenfrage in Deutschland durch die Evian-Staaten hat sich mit Ausnahme von Amerika grundsätzlich kein Land bereiterklärt, bedingungslos eine beliebige Anzahl von Juden aufzunehmen. Bemerkenswert war, daß der australische Vertreter sogar von einer Gefährdung der eigenen Rasse durch die jüdische Einwanderung sprach.

Die Wiedereingliederung der Ostmark und der sudetendeutschen Gebiete, durch die auch hier die Juden vor die Frage der Auswanderung gestellt wurden, hat den Protest des „jüdischen Weltkongresses“ (Stephen Wise) hervorgerufen. Eine noch größere Aktivität gegen Deutschland aber entwickelte die internationale Judenschaft aus Anlaß der Aktion vom 9./10. 11. 1938. Als positive Auswirkung kann die Verstärkung der Hilfstätigkeit der jüdischen Organisationen im Auslande angesehen werden, deren Ergebnis im wesentlichen vorläufig aber nur in einem Auftrieb der Kinderverschickung bestand. Das Evian-Büro forderte eine Ausweitung der Transfermöglichkeiten für das jüdische Kapital aus Deutschland.

Am Ende des Jahres 1938 wurde mit der offiziellen Aufnahme der Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und dem Leiter des Evian-Büros, Rublee, begonnen, der zu diesem Zwecke in die Reichshauptstadt eingeladen wurde.

Altes Reichsgebiet

Lage und Veränderungen im jüdischen Organisationswesen

Einleitend wurde bereits darauf hingewiesen, daß das jüdische Organisationswesen im alten Reichsgebiet durch die laufende Verringerung der jüdischen Gemeinden, das Absinken des Lebensstandards und die damit verbundene Abnahme der Erträge aus den Kultursteuern usw. erheblich beeinflußt wurde. Auflösungen, insbesondere im orthodoxen Bereich und zum Teil auch bei den ehemaligen Assimilanten, bestimmten das Bild. Um so einschneidender war deshalb die Wirkung des Gesetzes vom 25.3.1938 zur Änderung der Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusgemeinden, das ihnen die Rechte einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft nahm und sie rückwirkend vom 1.1.1938 zu Vereinen machte. Die steuerliche Mehrbelastung bewirkte eine Erhöhung der Haushalte, die sich bei der Gemeinde Berlin beispielsweise auf etwa 1,5 Millionen belief. Diese Beträge wurden andererseits der Finanzierung der Auswanderung und der Fürsorge entzogen.

Die Reichsvertretung der Juden in Deutschland versuchte sich dem hierdurch geschaffenen Rechtszustand anzupassen, indem sie die Gründung eines „Reichsverbandes der Juden in Deutschland“ vorschlug, in dem unter Ausschaltung der bisherigen jüdischen Landesverbände (Zentralorgane der in den Ländern bestehenden jüdischen Gemeinden) das gesamte jüdische Gemeindewesen zentralisiert werden sollte. Gleichzeitig sollte damit die Zusammenfassung aller Finanzmittel erreicht werden, um eine Verteilung von zentralen Stellen auf die Gemeinden zu betreiben, die zumeist nicht mehr in der Lage waren, ihre Ausgaben aus eigenen Einnahmen zu bestreiten. Zur Bestätigung des „Reichsverbandes“ ist es nicht gekommen, weil die aus der November-Aktion gezogenen Folgerungen andere Maßnahmen, wie sie bereits gekennzeichnet wurden, notwendig machten. Aus dem gleichen Grunde kam die Umgestaltung der der „Reichsvertretung“ angeschlossenen übrigen Reichsverbände zu keinem Abschluß. Sie bestanden unter Beschränkung ihrer Tätigkeit auf die Auswanderung und Fürsorge in der alten Form weiter.

Die politischen und religiösen Organisationen

Im Aufbau der jüdischen Organisationen aller Richtungen hat sich grundsätzlich seit dem Jahre 1937 nichts verändert, wenn man von der Einstellung ihrer Tätigkeit nach der November-Aktion absieht. Ihre Zahl und ihr Mitgliederbestand verringerten sich jedoch infolge der Abwanderung der Juden laufend. Die Versammlungstätigkeit ließ mit Ausnahme der großstädtischen Verbände erheblich nach und beschränkte sich im wesentlichen auf die vorbereitende Tätigkeit zur Auswanderung (Umschulungskurse, Sprachunterricht usw.) und die Kulturpflege (Kulturbund).

Nur in einigen Gebieten des Reiches versuchte der „Jüdische Centralverein e. V.“ durch seine Rechts- und Wirtschaftsberatung Juden aus allen Organisationen gegen die Auswirkung der Judengesetze zu schützen und somit indirekt ihrer Auswanderung entgegenzuwirken. Aber auch diese Tätigkeit wurde endgültig durch die November-Aktion unterbunden.

Besonders zu erwähnen ist in diesem Rahmen lediglich die Auflösung der „Staatszionistischen Vereinigung“, die nach Feststellung der staatsfeindlichen Verbindung ihrer Berliner Gruppe, der jüdisch-nationalen Jugend „Herzlia“, zur „Neuzionistischen Weltorganisation“ (Jabotynski) am 31.8.1938 erfolgen mußte. Nennenswerte Vermögensbestände konnten infolge der geringen Verbreitung der Organisation (etwa 1000 Mitglieder) nicht sichergestellt werden. Der im Vorjahre in Angriff genommene Ausschluß von Juden ausländischer Organisationen konnte im Berichtsjahr endgültig zum Abschluß gebracht werden. In Berlin wurden durch diese Aktion allein 189 Personen betroffen, die zum Teil in maßgeblicher Stellung tätig waren.

In der Zeit vom 1.1. bis zum 8.1.1938¹ erfolgte durch Gesetze bzw. Verordnungen der Ausschluß der Juden aus folgenden Berufen:

Versteigerungsgewerbe²,

Bewachungsgewerbe,

gewerbliche Auskunftserteilung über Vermögensverhältnisse oder persönliche Angelegenheiten,

Handel mit Grundstücken,

gewerbsmäßige Vermittlung für Immobilienverträge und Darlehen,

gewerbsmäßige Heiratsvermittlung und Fremdenführergewerbe,

Wandergewerbe³,

Ärztberuf⁴, berufsmäßige Ausübung der Krankenpflege⁵,

Betätigung als Rechtsanwalt, Patentanwalt, Notar⁶.

Hervorzuheben ist darüber hinaus die Verordnung gegen die Unterstützung zur Tarnung jüdischer Gewerbebetriebe vom 22. 4. 1938, die der Beseitigung der Mißstände in der Vertretung jüdischer Firmen durch Arier diente⁷. Die Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. 4. 1938 sicherte die Feststellung des jüdischen Kapitals⁸. Um eine Tarnung jüdischer Personen durch Annahme nichtjüdischer Namen zu verhindern, wurde am

¹ Muß heißen: 8. 11. 1938.

² Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Versteigerungsgewerbe vom 5. 2. 1938; RGBl I, S. 115. Eine neue Fassung des Gesetzes wurde am 12. 2. 1938 veröffentlicht; RGBl I, S. 202.

³ Das Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich vom 6. 7. 1938, RGBl I, S. 823–824, verbot Juden u. a. die Ausübung des Bewachungsgewerbes, die gewerbsmäßige Auskunftserteilung über Vermögen und persönliche Angelegenheiten, den Handel mit Grundstücken, die Vermittlung von Immobilienverträgen und Darlehen, die Heiratsvermittlung, das Fremdenführergewerbe sowie den Hausierhandel. Die einzelnen Verbote traten im Laufe des Jahres 1938 in Kraft.

⁴ Am 30. 9. 1938 erloschen die Approbationen jüdischer Ärzte aufgrund der 6. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. 7. 1938; RGBl I, S. 969. Danach konnten sie sich nur noch in Ausnahmefällen als „Krankenbehandler“ um jüdische Patienten kümmern.

⁵ Die 1. und 2. Verordnung über die berufsmäßige Ausübung der Krankenpflege und die Errichtung von Krankenpflegeschulen vom 28. 9. 1938 erlaubte jüdischen Krankenpflegern nur die Pflege von jüdischen Patienten; RGBl I, S. 1310–1313.

⁶ Durch die 5. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 27. 9. 1938, RGBl I, S. 1403–1406, wurde Juden der Beruf des Rechtsanwalts endgültig verschlossen. In Ausnahmefällen konnten sie als „Konsulenten“ jüdische Parteien vertreten.

⁷ RGBl I, S. 404.

⁸ RGBl I, S. 414–415.

5. 1. 1938 das Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen erlassen⁹. Eine Ergänzung erfuhr diese Regelung durch einen Erlaß des Reichsministeriums des Innern, der bestimmt, daß Juden mit Wirkung vom 1. 1. 1938 die zusätzlichen Vornamen Israel bzw. Sarah zu führen haben, vorausgesetzt, daß sie nicht bereits einen rein jüdischen Vornamen tragen¹⁰.

Durch Paßerlaß vom 7. 10. 1938 schließlich wurde den Juden der Inlandpaß entzogen. Gleichzeitig wurde ihnen auferlegt, bis zum 31. 12. 1938 bei der zuständigen Polizeibehörde die Ausstellung einer Kennkarte zu beantragen, die als amtlicher Inlandsausweis gilt. Die aufgrund der Bestimmungen vom 16. 9. 1937 erteilten Auslandspässe werden durch ein „J“ gekennzeichnet, eine Maßnahme, mit welcher den Einsprüchen auswärtiger Staaten wegen der durch das Reich angeblich stillschweigend geduldeten illegalen Judenauswanderung entgegengekommen wurde¹¹.

Die Aktion gegen die Juden am 9./10. 11. 1938

Die Grundlagen des jüdischen Lebens und seiner Organisation wurden durch das im Anschluß an die Ermordung des Legationsrates vom Rath in Paris durch den Juden polnischer Staatsangehörigkeit, Feibel [sic] Grynszpan, im gesamten Reichsgebiet erfolgte Vorgehen gegen die Judenschaft völlig geändert.

Die Aktion äußerte sich im allgemeinen in der Zerstörung oder Niederbrennung der Synagogen und in der Demolierung fast aller jüdischen Geschäfte, die hierdurch gezwungen wurden, den Verkauf einzustellen. Zum Teil wurden auch die Wohnungen von Juden durch die Aktionen betroffen. Wertvolle Archivstücke und Kunstschätze wurden infolge Unbedachtsamkeit oder Unwissenheit der Beteiligten vernichtet. Bei der Gegenwehr wurde eine Anzahl von Juden getötet oder verletzt. Um den Zwang zur Auswanderung zu verstärken, wurden gleichzeitig etwa 25 000 männliche Juden, z. T. vorübergehend, in die Konzentrationslager überführt.

Nach Abschluß der Aktion erfolgte eine Regelung gegen die Judenschaft auf dem Gesetzes- und Ordnungswege. Dabei wurde insbesondere der Grundsatz herausgestellt, daß der Jude in keinem Falle mehr leitend, sondern nur noch als Untergebener tätig sein und daß er am Gemeinschaftsleben des Volkes nicht mehr teilhaben dürfe. Diesem Zweck diene insbesondere die Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan, Generalfeldmarschall Göring, vom 12. 11. 1938, durch die den Juden mit Wirkung vom 1. 1. 1939 der Betrieb von Einzelverkaufsstellen, Versandgeschäften oder Bestellkontoren sowie der selbständige Betrieb eines Handwerks untersagt wurde. Ein Jude darf weiterhin nicht als Betriebsführer oder leitender Angestellter tätig werden¹².

Die Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom 3. 12. 1938¹³ bestimmte darüber hinaus, daß dem Inhaber eines jüdischen Gewerbe-, land- oder forstwirtschaftlichen Betriebes aufgegeben werden kann, den Betrieb binnen einer bestimmten Frist zu

⁹ RGBl I, S. 9–10.

¹⁰ Zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 17. 8. 1938; RGBl I, S. 1044.

¹¹ Tatsächlich erließ das Reichsinnenministerium die Verordnung über Reisepässe von Juden am 5. 10. 1938, RGBl I, S. 1342, und kam damit dem Drängen der Schweizer Regierung nach, die nicht mehr gewillt war, jüdische Flüchtlinge vor allem aus Österreich aufzunehmen; vgl. ADAP, Serie D, Bd. V., S. 754–758.

¹² Erste Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben vom 12. 11. 1938; RGBl I, S. 1580.

¹³ RGBl I, S. 1709.

veräußern oder abzuwickeln. Juden dürfen Grundstücke oder Rechte an diesen nicht erwerben. Binnen einer Woche nach Inkrafttreten dieser Verordnung haben die Juden ihre gesamten Aktien, Kuxe, festverzinslichen Werte und ähnliche Wertpapiere in ein Depot bei einer Devisenbank einzulegen. Verfügungen über eingelegte Wertpapiere sowie Auslieferungen von Wertpapieren aus solchen Depots bedürfen der Genehmigung des Reichswirtschaftsministers. Den Juden ist weiterhin verboten, Gegenstände aus Gold, Silber oder Platin sowie Edelsteine zu erwerben oder freihändig zu veräußern.

Durch sonstige Bestimmungen erfolgte das Verbot des Waffenbesitzes für Juden, der endgültige Ausschluß von der Teilnahme am deutschen Kulturleben und an der Erziehung. Darüber hinaus wurde die Judenschaft zur Wiedergutmachung der bei der Aktion entstandenen Schäden zur Zahlung einer Kontribution von 1 Milliarde Reichsmark veranlagt, die in einer 20%-Abgabe von Juden mit einem Vermögen über 5000 RM erhoben wird.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Judenschaft – soweit es sich um deutsche Staatsangehörige und Staatenlose handelt – damit endgültig aus allen Teilen des deutschen Gemeinschaftslebens ausgeschlossen ist, so daß den Juden zur Sicherung der Existenz nur die Auswanderung bleibt.

Statistik

Die nachfolgenden statistische Angaben dienen zur Erläuterung der unter I. wiedergegebenen Übersicht über die allgemeine Lage der Judenschaft im Reichsgebiet. Der Errechnung der Werte (Schätzungswert!) wurden folgende Angaben über die Gesamtzahl der Juden zugrundegelegt (offizielle Statistiken liegen nicht vor):

a) Jüdische Bevölkerung

altes Reichsgebiet:	Ostmark:
Juden mos. Bekenntnisses am 1. 1. 1938 – 370 000	Juden mos. Bekenntnisses am 11. 3. 1938 – 185 000
Juden mos. Bekenntnisses am 31. 12. 1938 – 320 000	(laut statist. Jahrbuch 1938 am 1. 1. 1938 – 191 000)
(unter Zugrundelegung einer Sterbezahl von 4000)	Juden mos. Bekenntnisses am 31. 12. 1938 – 106 000

b) Vermögensaufstellung (einschl. Ostmark)

Zum 26. 4. 1938 wurden folgende Zahlen für das Vermögen inländischer und staatenloser Juden festgestellt:

Brutto-Vermögen	8531 Millionen
davon:	
land- und forstwirtschaftl. Vermögen	112 Millionen
Grundvermögen	2343 Millionen
Betriebsvermögen (abzügl. der Schulden)	1195 Millionen
Schulden und Lasten	1408 Millionen
Netto-Vermögen	7123 Millionen
davon liquides Vermögen	4881 Millionen

c) Jüdische Fürsorge

altes Reichsgebiet:	Ostmark:
Ständige Unterstützungsempfängern 40 000 = 12,5%	rd. 60 000 (registriert) = 56,6%
von der Winterhilfe betreute Juden 73 976 = 23,12%	rd. 30 000 = 28,3%

d) Altersgliederung

Nach Angaben der „Reichsvertretung der Juden in Deutschland“ ergibt sich am 31. 12. 1938 folgendes Bild über den Altersaufbau der Juden im alten Reichsgebiet:

Jahre	männlich	weiblich	absolut	Prozent
– 6	3 500	3 000	7 000	2,19
6–14	10 000	10 500	20 500	6,41
14–20	11 500	12 500	24 000	7,50
20–35	18 000	20 000	38 000	11,87
35–45	20 000	25 000	45 000	14,06
45–50	15 000	16 000	31 000	9,69
50–65	38 000	41 500	79 500	24,84
65 und mehr	34 000	41 000	75 000	23,44
	150 000	170 000	320 000	100,00

Für eine Auswanderung auf direktem Wege kommen demnach 57,97% der Juden im allgemeinen nicht mehr in Frage, da die Altersgrenze hierfür in den meisten Ländern bei 45 Jahren liegt.

e) Schulpflichtige Kinder

altes Reichsgebiet:

Ostmark:

Gesamtzahl (12. 11. 1938)

rd. 20 000

rd. 6 622

(80% hiervon besuchen Volksschulen)

f) Zugelassene jüdische Krankenbehandler

altes Reichsgebiet:

Ostmark:

insges. 589

insges. 288

davon: 137 allgemeine

80 Spezialärzte

71 Zahnärzte

g) Zugelassene jüdische Rechtskonsulenten

altes Reichsgebiet

Ostmark:

von Justizminister zugelassen:

172

Angaben liegen nicht vor

Die Zahl kann im Bedarfsfall von den Oberlandesgerichten erweitert werden. Tatsächlich tätige Konsulenten = 240.

Entwicklung der Auswanderung

Die Entwicklung der Auswanderung der Juden aus dem alten Reichsgebiet und der Ostmark gestaltete sich völlig verschieden. Im alten Reichsgebiet lag sie unter Mitwirkung der Mehrzahl der politischen und religiösen Organisationen der Judenschaft in den Händen der „Reichsvertretung“ und des ihr eingegliederten „Hilfsvereins der Juden in Deutschland“, die auch für die Beschaffung der für die Abwanderung notwendigen Devisen aus dem Ausland sorgten. Für die Beschaffung der Auswanderungspapiere (politisches Führungszeugnis, steuerliche Unbedenklichkeitserklärung, Paß usw.) hatte jedoch der Auswanderer selbst – abgesehen von Gruppentransporten – zu sorgen. Die hierdurch bewirkte Überlastung der Behörden hatte ein Stocken in der Durchführung der Auswanderung zur Folge. Es zeigte sich, daß ein solches Verfahren einer Massenauswanderung nicht gewachsen war.

Diesen im alten Reichsgebiet aufgetretenen Mißständen wurde in der Ostmark durch eine Konzentration des gesamten Organisationswesens auf die Auswanderung und die Errichtung einer unter Leitung des Inspektors der Sicherheitspolizei stehenden „Zentralstelle für die jüdische Auswanderung“ (26.8.1938) gesteuert. Diese „Zentralstelle“ vereinigt in sich alle bei der Auswanderung der Juden mitwirkenden Behörden; so daß es im allgemeinen möglich ist, auswanderungswillige Juden in einem Zeitraum von 8 bis 14 Tagen mit allen, für die Auswanderung notwendigen, Papieren auszustatten. Darüber hinaus bestimmt die Zentralstelle zusammen mit der Devisenstelle Wien und der „Israelitischen Kultusgemeinde“ über die Verteilung der von den ausländischen jüdischen Organisationen zur Verfügung gestellten Devisenwerte, wodurch erst in großem Umfange und in planmäßiger Art und Weise die Auswanderung minder- oder unbemittelter auf Kosten vermögender Juden möglich wurde.

Die nachstehend gegenübergestellten Auswanderungszahlen (Schätzungen) für das alte Reichsgebiet und die Ostmark erbringen den eindeutigen Beweis für den Vorteil des in der Ostmark angewendeten Verfahrens, dessen Einführung auf veränderter Grundlage nunmehr auch für das Altreich vorgesehen ist.

Altes Reichsgebiet:	Ostmark:
Gesamtauswanderung:	
v. 1. 1. – 31. 12. 1938	v. 11. 3. – 31. 12. 1938
46 000 = 12,43%	79 000 = 42,10%
(einschl. der nach Polen abgeschobenen Juden polnischer Staatsangehörigkeit)	(einschl. der Juden nicht mos. Bekenntnisses)
Von den mit Hilfe der Reichsvertretung ausgewanderten 12 248 Juden	Von den aus der Ostmark legal ausgewanderten 66 848 Juden
entfallen auf:	entfallen auf:
Nord- und Mittelamerika 2926	Nordamerika 14 787
Südamerika 2937	Zentralamerika 1 660
Asien 593	Südamerika 4 844
Palästina 2413	Asien 8 771
	(davon China und Mandschukuo 8.009)
	Palästina 4 095
	Afrika 2 432
Afrika 156	Australien 999
Australien 313	Europa 29 260
Europa 2754	

England 8 113; Frankreich 3 002; Schweiz 3 100; CSR 3 556; Italien 1 801; Finnland 1 627; Griechenland 1 111; Rumänien 993; Luxemburg 950; Ungarn 949; Holland 945; Portugal 736; Belgien 695; Polen 626; Lettland 462. Der Rest übriges Europa und nichterfaßte illegale Auswanderer ca. 12 000.

Ostmark

Bei der Eingliederung der Ostmark in das Reichsgebiet waren die rund 200 000 Juden mosaischen Bekenntnisses in 34 Kultusgemeinden, 79 Bethausvereinen und 357 politischen Verbänden organisiert. Während die Führung der gemeindlichen Organisationen bei der Israelitischen Kultusgemeinde Wien lag, stand die Durchführung der politischen Aufga-

be, d. h. die Sicherung der Gleichberechtigung der Judenschaft, bei der „Union österreichischer Juden“ und den ihr gleichgerichteten Verbänden. Die zionistischen Organisationen waren von sehr geringer Bedeutung.

Das bei der Schließung der jüdischen Organisationen beschlagnahmte Material brachte den Beweis dafür, daß fast sämtliche jüdischen Organisationen Beziehungen zur Harand-Bewegung, zur Pan-Europa-Bewegung und in einigen Fällen auch zu den Legitimisten unterhielten.

Das politische Interesse an der Haltung der Schuschnigg-Regierung geht am deutlichsten daraus hervor, daß die Israelitische Kultusgemeinde Wien über ihren Präsidenten, Staatsrat Dr. Desider Friedmann, laut Anforderung der Vaterländischen Front die geplante Wahl mit einem Betrag von 820 000 Schillingen unterstützte.

Der Anteil der Juden am Gemeinschaftsleben in Österreich war sehr groß im Bankwesen, der Textil- und Holzwirtschaft, sowie in den akademischen Berufen. So standen beispielsweise allein in Wien 1750 jüdische Anwälte 1450 deutschblütigen gegenüber. Der Anteil an der Holzwirtschaft wurde mit über 90% angegeben. Presse und Film befanden sich bis zu 90% in jüdischen Händen.

Mit der Machtübernahme wurde sämtlichen jüdischen Organisationen ein Betätigungsverbot auferlegt. Nach der organisatorischen Umgestaltung wurden mit Wirkung vom 2. 5. bzw 3. 5. und 10. 5. die auswanderungsfördernden zionistischen Organisationen wieder eröffnet und die Tätigkeit der Kultusgemeinden wieder erlaubt. Danach bestehen in Österreich folgende Organisationen: „Zionistische Vereinigung für das Land Österreich“ mit dem „Misrachi“ und dem „Makkabi-Sportverband“, die religiös-orthodoxe Vereinigung „Agudas Jisroel“ und das der „Jewish Agency“ angeschlossene „Palästina-Amt“ mit dem „Keren Kajemeth Lejisroel“ und dem „Keren Hajesod“. Diese Organisationen übernahmen die Aufgabe der propagandistischen Vorbereitung der Auswanderung. Zu diesem Zwecke wurde dem „Zionistischen Landesverband“ die Herausgabe der unter Vorzensur stehenden „Zionistischen Rundschau“ gestattet, die bis zum 10. 11. 1938 bestand.

Die Zentrale für die Organisierung und Durchführung der jüdischen Auswanderung, einschließlich der Geldbeschaffung, übernahm zusammen mit der später gegründeten Zentralstelle für jüdische Auswanderung die Israelitische Kultusgemeinde in Wien. Daneben betreut sie die fürsorgebedürftigen Juden sowie das jüdische Schulwesen.

Ihr Haushalt, der monatweise angesetzt wird, betrug beispielsweise für Oktober 1938 1 Million Reichsmark, davon konnten 25 000 RM durch eigene Einnahmen gedeckt werden, während der Fehlbetrag durch Auslandsspenden ausgeglichen werden mußte. Für Monat Dezember erhöhte sich das Budget auf 1 519 000 RM, von denen lediglich 308 000 RM durch das Inlandaufkommen gedeckt werden konnten. Im Rahmen der Fürsorgeunterstützung werden täglich bis zu 20–35 000 Juden ausgespeist.

Die in der Provinz bestehenden jüdischen Organisationen haben bis auf diejenigen von Graz, Leoben, Linz, Klagenfurt und St. Pölten infolge der Abwanderung ihrer Gemeindeglieder ins Ausland oder nach Wien ihre Tätigkeit eingestellt.

Mit Ausnahme des gegen den zionistischen Sportverband „Makkabi“ ausgesprochenen Betätigungsverbots und des Verbots der „Zionistischen Rundschau“ sind im Vereinswesen aufgrund der November-Aktion keine Veränderungen eingetreten.

Die rechtliche Stellung der Judenschaft in Österreich wurde durch die mit wenigen Ausnahmen eingeführten Gesetze und Verordnungen dem Zustand im alten Reichsgebiet angeglichen. Nicht übertragen wurde beispielsweise das Gesetz zur Veränderung der Rechtsstellung der israelitischen Kultusgemeinden, so daß die wenigen noch bestehenden

jüdischen Gemeinden in Österreich heute noch die Vorteile der Stellung einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft genießen, was sich weniger zum Nachteil der Steuereinnahmen als zum Vorteil in der Bewerkstelligung der jüdischen Auswanderung aus der Ostmark ausgewirkt hat. Gewisse Ausnahmen wurden auch bei der Regelung des Anwalts- und Ärzteswesens gemacht sowie bei der Pensionierung von nichtdeutschblütigen Beamten.

Danzig

Im Anfang des Berichtsjahres stand die etwa 12000 Köpfe umfassende Judenschaft in Danzig unter Leitung der Synagogengemeinde, deren Mitglieder (Akademiker, Kaufleute usw.) bis gegen Ende des Jahres nicht von ihrer assimilatorischen Stellung abwichen. Vielmehr versuchten sie, ihren Einfluß auf die Gestaltung des jüdischen Lebens durch die Bildung einer Kommission für Wirtschaftshilfe (Februar 1938), die einer finanziellen Unterstützung der jüdischen Gewerbetreibenden und des Kleinhandels diene, sowie durch die Errichtung eines Schiedsgerichts bei der Synagogengemeinde (Mai 1938) zu verstärken.

Daß diese Absicht trotz des Einsatzes ausländischer Finanzmittel und der Ermöglichung der Auswanderung von Ostjuden fehlschlug, lag weniger in der Entwicklung in Danzig selbst, als vielmehr in der vom Reichsgebiet herkommenden Umgestaltung der Gesamtfrage. Die November-Aktion, die sich in unplanmäßiger Weise in Danzig am 14. 11. fortsetzte, brachte die Einführung der Nürnberger Gesetze (23. 11.) mit sich. Schon vor deren Einführung hatte sich die Auflösung des assimilatorischen Judentums angekündigt, als sich deren gesellschaftliche Mittelpunkte, der Jüdische Geselligkeitsverein, Zopot, und die Borussia-Loge des U. O. B. B., im Juli bzw. November selbständig auflösten. Diese organisatorische Umgestaltung setzte sich fort in der Auswanderung der reichsten und einflußreichsten Juden der Assimilation.

Nunmehr wurde die Führung der Judenschaft von den Zionisten bzw. den Staatszionisten übernommen, die in einer am 17. 12. stattgefundenen Massenkundgebung beschlossen haben, auf dem schnellsten Wege geschlossen abzuwandern.

Soweit sich für die sehr unsicheren Verhältnisse innerhalb der Judenschaft in Danzig statistische Angaben geben lassen, ergibt sich für die Auswanderung folgendes Bild:

Die Gesamtzahl der am 1. 1. 1938 in Danzig ansässigen Juden hatte bis zum Ende des Jahres eine absolute Verminderung von etwa 2–3000 Juden erfahren, so daß sich für den 31. 12. 1938 eine Gesamtzahl von etwa 9700 Juden ergibt. Davon sind 5700 ausländische Staatsangehörige.

Das Weltjudentum

Das Hauptproblem, daß die Organisationen des Weltjudentums beschäftigte, war – wie schon kurz ausgeführt – die Diskussion um die Bildung des Judenstaates. Alle Maßnahmen, Demonstrationen und Proteste waren hierdurch und durch die andererseits steigende antijüdische Abwehrstellung bestimmt. Hatte die Judenheit zu Beginn des Jahres noch an die Verwirklichung des Peel-Planes geglaubt, zumal England mit der Wehr- und Nachrichtenorganisation des Judentums in Palästina, der Hagana, ein Abkommen über ihren Einsatz im militärischen Interesse Englands getroffen hatte, so hat sie sich durch den Verlauf der Evian-Konferenz und durch die aufgrund des Woodhead-Berichtes gefaßten Entschliefungen eines anderen belehren lassen müssen.

Der einstweiligen Absetzung des Planes zur Errichtung eines Judenstaates wurde durch Gründung eines „Notausschusses für Palästina“ in den USA und durch die Gründung einer neuen Finanzzentrale für die jüdische Emigration (International Jewish Colonisation Society, Den Haag) unter Leitung des als Waffenschieber bekannten Daniel Wolf in Hol-

land begegnet. Über den „Notausschuß“ versuchte das internationale Judentum, Roosevelt zur Intervention bei der englischen Regierung zugunsten der Bildung des Palästina-Staates zu veranlassen, wobei der „Notausschuß“ durch die Tätigkeit der Exekutive des Jüdischen Weltkongresses (Stephen Wise) unterstützt wurde. Das Ergebnis war die EntschlieÙung MacDonalds zur Einberufung einer Round-Table-Konferenz zur Lösung des Judenstaatsproblems, an der sowohl Araber als auch Juden teilnehmen sollen. Mit der Gründung des neuen Finanzfonds sollte der zunehmende Auswandererstrom planmäßig gelenkt werden, der sich im Berichtsjahr durch die Auswanderer aus Italien, Ungarn, der Tschechei und der Slowakei verstärkt hat.

Alle sonst beobachteten Erscheinungen, wie die Proteste der Exekutive des Jüdischen Weltkongresses bei der Danziger Regierung anläÙlich der Aktionen gegen die Judenschaft und der Einführung der Nürnberger Gesetze, sind nur Einzelaktionen in dem gekennzeichneten Gesamtrahmen. Im Jahre 1938 wurde noch klarer als in den früheren Jahren, daß das Weltjudentum an der Gründung des Judenstaates in Palästina zur Stützung der in der übrigen Welt lebenden Judenschaft mit allen Mitteln festhalten wird.

Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt
ADAP	Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945
AO	Auslandsorganisation der NSDAP
BA	Bundesarchiv
BDM	Bund Deutscher Mädel
BK	Bekennende Kirche
BPP	Bayerische Politische Polizei
CdS	Chef der Sicherheitspolizei
CSR	Tschechoslowakische Republik
CV	Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens bzw. Jüdischer Centralverein
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DVO	Durchführungsverordnung
Gestapa	Geheimes Staatspolizeiamt
GKds	Geheime Kommandosache
GPU	Gossudarstwennoje politicheskoe upravlenije („Staatliche politi- sche Verwaltung“ = Politische Polizei in der Sowjetunion)
HJ	Hitlerjugend
HSSPF	Höherer SS- und Polizeiführer
ICA	Jewish Colonisation Association
IMG	Internationaler Militärgerichtshof
JHW	Jüdische Winterhilfe
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDStB	Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
NSKOV	Nationalsozialistische Kriegsoffiziersversorgung
OA	Oberabschnitt
PA	Personenakten
Pg.	Parteigenosse (der NSDAP)
PL	Politische Leiter
RAD	Reichsarbeitsdienst
RFSS	Reichsführer SS
RGBI	Reichsgesetzblatt
RjF	Reichsbund jüdischer Frontsoldaten
RLB	Reichsluftschutzbund
RMBI	Reichsministerialblatt
RMdI	Reichsminister des Inneren

RSHA	Reichssicherheitshauptamt
RuPrMdI	Reichs- und Preußischer Minister des Innern
SA	Sturmabteilung
SD	Sicherheitsdienst des Reichsführers SS
SS	Schutzstaffeln der NSDAP
StdF	Stab des Stellvertreters des Führers
U.O.B.B.	Unabhängiger Orden B'nai B'rith
VA	Verbandsakten
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
WHW	Winterhilfswerk
ZVfD	Zionistische Vereinigung für Deutschland
ZWO	Zionistische Weltorganisation

Literatur

- Uwe Dietrich *Adam*, Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1972.
- Scholem *Adler-Rudel*, Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933–1939. Im Spiegel der Berichte der Reichsvertretung der Juden in Deutschland, Tübingen 1974.
- Akten* zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945, Serie D (1937–1941), Baden-Baden/Göttingen 1950ff.
- Akten der Reichskanzlei*, Regierung Hitler 1933–1938, Teil I: 1933/34, Boppard am Rhein 1983.
- Götz *Aly*, „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt am Main 1995.
- Ders./Susanne Heim*, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg 1991.
- Ders./Susanne Heim*, Das Zentrale Staatsarchiv in Moskau („Sonderarchiv“). Rekonstruktion und Bestandsverzeichnis verschollen geglaubten Schriftguts aus der NS-Zeit, Düsseldorf 1992.
- Ders./Karl Heinz Roth*, Die restlose Erfassung. Volkszählen, Identifizieren, Aussondern im Nationalsozialismus, Berlin 1984.
- Gabriele *Anderl*, Die „Zentralstellen für jüdische Auswanderung“ in Wien, Berlin und Prag – ein Vergleich, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 23 (1994), S. 275–299.
- Werner T. *Angress*, Die „Judenfrage“ im Spiegel amtlicher Berichte 1935, in: Ursula Büttner (Hrsg.), Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus, Bd. 2, Hamburg 1986, S. 19–43.
- Hannah *Arendt*, Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, München 1964.
- Ino *Arndt/Heinz Boberach*, Deutsches Reich, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, München 1991, S. 23–65.
- Shlomo *Aronson*, Reinhard Heydrich und die Frühgeschichte von Gestapo und SD, Stuttgart 1971.
- Wolfgang *Ayaß*, „Ein Gebot der nationalen Arbeitsdisziplin“. Die Aktion „Arbeitsscheu Reich“ 1938, in: Feinderklärung und Prävention (Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 6), Berlin 1988, S. 43–74.
- Avraham *Barkai*, Vom Boykott zur „Entjudung“. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933–1943, Frankfurt am Main 1988.
- Ders.*, German Interests in the Haavara-Transfer Agreement 1933–1939, in: Year Book of the Leo Baeck Institute 35 (1990), S. 245–266.
- Ders.*, Der CV im Jahre 1933: Neu aufgefundene Dokumente im Moskauer „Sonderarchiv“, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 23 (1994), S. 233–246.

- Yehuda *Bauer*, *American Jewry and the Holocaust. The American Jewish Joint Distribution Committee 1939–1945*, Jerusalem/Detroit 1982.
- Ders.*, *Jews for Sale? Nazi-Jewish Negotiations, 1933–1945*, New Haven/London 1994.
- Wolfgang *Benz* (Hrsg.), *Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft*, München 1988.
- Ders.*, *Der Novemberpogrom 1938*, in: *Ders.* (Hrsg.), *Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft*, München 1988, S. 499–544.
- Berichte* des SD und der Gestapo über Kirchen und Kirchenvolk in Deutschland 1934–1944. Bearbeitet von Heinz Boberach, Mainz 1971.
- Hajo *Bernett*, *Der jüdische Sport im nationalsozialistischen Deutschland 1933–1938*, Schorndorf 1978.
- Bruno *Blau*, *Das Ausnahmerecht für die Juden in Deutschland 1933–1945*, Düsseldorf 1954.
- Heinz *Boberach* (Hrsg.), *Meldungen aus dem Reich 1938–1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS*, Herrsching 1984.
- Karl Dietrich *Bracher*, *Die deutsche Diktatur*, Köln/Berlin 1969.
- André *Brissaud*, *Die SD-Story. Hitlers Geheimarmee: Mord auf Bestellung*, Zürich 1975.
- Martin *Broszat*, *Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung*, München 1969.
- Ders.*, *Soziale Motivation und Führer-Bindung des Nationalsozialismus*, in: *VfZ* 18 (1970), S. 392–409.
- George C. *Browder*, *The SD. The Significance of Organization and Image*, in: George L. Mosse (Hrsg.), *Police Forces in History*, London 1975, S. 205–229.
- Ders.*, *Die Anfänge des SD. Dokumente aus der Organisationsgeschichte des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS*, in: *VfZ* 27 (1979), S. 299–317.
- Ders.*, *Foundations of the Nazi Police State. The Formation of Sipo and SD*, Lexington/Kentucky 1990.
- Christopher R. *Browning*, *The Final Solution and the German Foreign Office. A Study of Referat D III of Abteilung Deutschland 1940–43*, New York 1978.
- Hans *Buchheim*, *Die SS – Das Herrschaftsinstrument*, in: *Anatomie des SS-Staates*, Band I, Olten/Freiburg i.Br. 1965, S. 11–253.
- Ders.*, *Befehl und Gehorsam*, in: *Ebenda*, S. 257–380.
- Ursula *Büttner*, *Die deutsche Bevölkerung und die Judenverfolgung 1933–1945*, in: *Dies.* (Hrsg.), *Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich*, Hamburg 1992, S. 67–88.
- Michael *Burleigh*/Wolfgang *Wippermann*, *The Racial State: Germany 1933–1945*, Cambridge 1991.
- Volker *Dahm*, *Kulturelles und geistiges Leben*, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft*, München 1988, S. 75–267.
- Lucy S. *Dawidowicz*, *Der Krieg gegen die Juden 1933–1945*, München 1979.
- Hans-Jürgen *Döscher*, *Das Auswärtige Amt im Dritten Reich. Diplomatie im Schatten der „Endlösung“*, Berlin 1987.

- Dokumente* über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das nationalsozialistische Regime 1933–1945. Im Auftrag der Archivdirektion Stuttgart bearbeitet von Paul Sauer, Stuttgart 1966.
- Max *Domarus*, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945, München 1965.
- Klaus *Drobisch*, Die Judenreferate des Geheimen Staatspolizeiamtes und des Sicherheitsdienstes der SS 1933 bis 1939, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 2, Frankfurt am Main/New York 1992, S. 230–254.
- Ulrich *Dunker*, Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919–1938, Düsseldorf 1977.
- Werner *Feilchenfeld/Dolf Michaelis*, Haavara-Transfer nach Palästina und Einwanderung deutscher Juden 1933–1939, Tübingen 1972.
- Albert *Fischer*, Hjalmar Schacht und Deutschlands „Judenfrage“. Der „Wirtschaftsdiktator“ und die Vertreibung der Juden aus der deutschen Wirtschaft, Köln 1995.
- Saul *Friedländer*, From Antisemitism to Extermination. A Historiographical Study of Nazi Policies Towards the Jews, in: Yad Vashem Studies 16 (1984), S. 1–50.
- Elke *Fröhlich* (Hrsg.), Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente, Teil I Aufzeichnungen 1924–1941, 4 Bde., München 1987.
- Elmar *Gasten*, Aachen in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft 1933–1944, Frankfurt am Main u. a. 1993.
- Helmuth *Genschel*, Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, Göttingen 1966.
- Christoph *Graf*, Politische Polizei zwischen Demokratie und Diktatur. Die Entwicklung der preußischen Politischen Polizei vom Staatsschutzorgan zum Geheimen Staatspolizeiamt des Dritten Reiches, Berlin 1983.
- Hermann *Graml*, Reichskristallnacht. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich, München 1988.
- Lothar *Gruchmann*, „Blutschutzgesetz“ und Justiz. Zu Entstehung und Auswirkung des Nürnberger Gesetzes vom 15. September 1935, in: VfZ 31 (1983), S. 418–442.
- Wolf *Gruner*, Arbeitseinsatz und Zwangsarbeit jüdischer Deutscher 1938/39, in: Arbeitsmarkt und Sondererlaß (Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 8), Berlin 1990, S. 137–155.
- Ders.*, „Lesen brauchen sie nicht zu können. . .“. Die „Denkschrift über die Behandlung der Juden in der Reichshauptstadt auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens“ vom Mai 1938, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 4 (1995), S. 305–341.
- Lutz *Hachmeister*, Der Gegnerforscher. Zur Karriere des SS-Brigadeführer Franz Alfred Six, erscheint 1996.
- Walter *Hagen* (i.e. Wilhelm Höttl), Die geheime Front. Organisation, Personen und Aktionen des deutschen Geheimdienstes, Wien 1950.
- Susanne *Heim*, Staatliche Ordnung und „organische Lösung“. Die Rede Hermann Görings „Über die Judenfrage“ vom 6. Dezember 1938, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 2 (1992), S. 378–404.
- Dies.*, „Deutschland muß ihnen eine Land ohne Zukunft sein“. Die Zwangsemigration der Juden 1933–1938, in: Arbeitsmigration und Flucht (Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 11), Berlin/Göttingen 1993, S. 48–81.

- Dies./Götz Aly*, Die Ökonomie der „Endlösung“. Menschenvernichtung und wirtschaftliche Neuordnung, in: Sozialpolitik und Judenvernichtung (Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 5), Berlin 1983, S. 11–90.
- Ulrich *Herbert*, Werner Best. Eine biographische Studie über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft (Ms.), erscheint 1996.
- Hitler*, Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924. Herausgegeben von Eberhard Jäckel zusammen mit Axel Kuhn, Stuttgart 1980.
- Heinz *Höhne*, Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS, Gütersloh 1967.
- Internationaler Militärgerichtshof*, Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, 42 Bde., Nürnberg 1948.
- Inventar* archivalischer Quellen des NS-Staates. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte bearbeitet von Heinz Boberach, Teil 1, München u. a. 1991.
- Hans-Adolf *Jacobsen*, Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938, Frankfurt am Main/Berlin 1968.
- Ders./Werner Jochmann* (Hrsg.), Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Nationalsozialismus 1933–1945, Band 1, Bielefeld 1961.
- Eberhard *Jäckel*, Hitlers Weltanschauung, erw. u. überarb. Neuausgabe, Stuttgart 1981.
- Werner *Jochmann*, Die deutsche Bevölkerung und die nationalsozialistische Judenpolitik bis zur Verkündung der Nürnberger Gesetze, in: *Ders.*, Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870–1945, Hamburg 1988, S. 236–254.
- Ian *Kershaw*, Antisemitismus und Volksmeinung. Reaktionen auf die Judenverfolgung, in: Martin Broszat/Elke Fröhlich (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit II, München/Wien 1979, S. 281–348.
- Helmut *Krausnick*, Judenverfolgung, in: Anatomie des SS-Staates, Band II, Olten/Freiburg i.Br. 1965, S. 283–448.
- Konrad *Kwiet*, Nach dem Pogrom: Stufen der Ausgrenzung, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München 1988, München 1988, S. 545–659.
- Ders.*, Gehen oder bleiben? Die deutschen Juden am Wendepunkt, in: Walter H. Pehle (Hrsg.), Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord, Frankfurt am Main 1988, S. 132–145.
- Jochen von *Lang*, Das Eichmann-Protokoll. Tonbandaufzeichnungen der israelischen Verhöre, Berlin, 1982.
- Avner W. *Less* (Hrsg.), Schuldig. Das Urteil gegen Adolf Eichmann, Frankfurt am Main 1987.
- Herbert *Levine*, A Jewish Collaborateur in Nazi Germany. The Strange Career of Georg Kareski, 1933–1937, in: Central European History 8, 1975, S. 251–281.
- Erwin *Lichtenstein*, Die Juden der Freien Stadt Danzig unter der Herrschaft des Nationalsozialismus, Tübingen 1973.
- Bernhard *Lösenner*, Als Rassereferent im Reichsministerium des Innern, in: VfZ 9 (1961), S. 261–313.
- Uwe *Lohalm*, Hamburgs öffentliche Fürsorge und die Juden 1933 bis 1939, in: Die Juden in Hamburg. Hrsg. von Arno Herzig in Zusammenarbeit mit Saskia Rohde, Hamburg 1991, S. 499–514.

- Peter *Longerich*, Hitlers Stellvertreter. Führung der Partei und Kontrolle des Staatsapparates durch den Stab Heß und die Parteikanzlei Bormanns, in: Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP. Rekonstruktion eines verlorengegangenen Bestandes, Band 3, München u. a. 1992, S. 1–283.
- Dieter *Maier*, Arbeitseinsatz und Deportation. Die Mitwirkung der Arbeitsverwaltung bei der nationalsozialistischen Judenverfolgung in den Jahren 1938–1945, Berlin 1994.
- Trude *Maurer*, Ausländische Juden in Deutschland, 1933–1939, in: Arnold Paucker u. a. (Hrsg.): Die Juden im nationalsozialistischen Deutschland, Tübingen 1986, S. 189–210.
- Dies.*, Abschiebung und Attentat. Die Ausweisung der polnischen Juden und der Vorwand für die „Kristallnacht“, in: Walter H. Pehle (Hrsg.), Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord, Frankfurt am Main 1988, S. 52–73.
- Sybil *Milton*, The Expulsion of the Polish Jews from Germany 1938, in: Leo Baeck Yearbook 29 (1984), S. 169–199.
- Hans *Mommsen*, Der nationalsozialistische Polizeistaat und die Judenverfolgung vor 1938, in: VfZ 10 (1962), S. 68–87.
- Ders.*, Die Realisierung des Utopischen: Die „Endlösung der Judenfrage“ im „Dritten Reich“, in: Geschichte und Gesellschaft 9 (1983), S. 381–420.
- Jonny *Moser*, Österreichs Juden unter der NS-Herrschaft, in: Emmerich Talos u. a. (Hrsg.), NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945, Wien 1988, S. 185–198.
- Ders.*, Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung, in: Kurt Schmid/Robert Streibel (Hrsg.), Der Pogrom 1938, Wien 1990.
- Ders.*, Österreich, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, München 1991, S. 67–93.
- Francis R. *Nicosia*, Revisionist Zionism in Germany II. Georg Kareski and the Staatszionistische Organisation, 1933–1938, in: Yearbook of the Leo Baeck Institute 32 (1987), S. 231–267.
- Ders.*, Ein nützlicher Feind. Zionismus im nationalsozialistischen Deutschland 1933–1939, in: VfZ 37 (1989), S. 367–400.
- Ders.*, The End of Emancipation and the Illusion of Preferential Treatment: German Zionism, 1933–1938, in: Yearbook of the Leo Baeck Institute 36 (1991), S. 243–265.
- Dieter *Obst*, „Reichskristallnacht“. Ursachen und Verlauf des antisemitischen Pogroms vom November 1938, Frankfurt am Main u. a. 1991.
- Heinrich *Orb*, Nationalsozialismus. 13 Jahre Machtrausch, Olten 1945.
- Kurt *Pätzold*, Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung. Eine Studie zur politischen Strategie und Taktik des faschistischen deutschen Imperialismus (1933–1935), Berlin (DDR) 1975.
- Ders.*, Von der Vertreibung zum Genozid. Zu den Ursachen, Triebkräften und Bedingungen der antijüdischen Politik des faschistischen deutschen Imperialismus, in: Dietrich Eichholtz/Kurt Gossweiler (Hrsg.), Faschismus-Forschung, 2. durchges. Auflage, Köln 1980, S. 181–208.
- Walter H. *Pehle* (Hrsg.), Der Judenpogrom 1938. Von der Reichskristallnacht zum Völkermord, Frankfurt am Main 1988.

- Wolfgang *Petter*, SA und SS als Instrumente nationalsozialistischer Herrschaft, in: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), Deutschland 1933–1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, Düsseldorf 1992, S.76–94.
- Günter *Plum*, Deutsche Juden oder Juden in Deutschland, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München 1988, S.35–74.
- Pommern 1934/35 im Spiegel von Gestapo-Lageberichten und Sachakten*. Bearbeitet von Robert Thévoz u. a., Köln 1974.
- Arthur *Prinz*, The Role of the Gestapo in Obstructing and Promoting Jewish Emigration, in: Yad Vashem Studies II, Jerusalem 1958, S.205–218.
- Alwin *Ramme*, Der Sicherheitsdienst der SS. Zu seiner Funktion im faschistischen Machtapparat und im Besatzungsregime des sogenannten Generalgouvernements Polen, Berlin (DDR) 1970.
- Reinhard *Rürup*, Das Ende der Emanzipation: Die antijüdische Politik in Deutschland von der „Machtergreifung“ bis zum Zweiten Weltkrieg, in: Arnold Paucker u. a. (Hrsg.), Die Juden im nationalsozialistischen Deutschland, Tübingen 1986, S.97–114.
- Hans *Safrian*, Die Eichmann-Männer, Wien 1993.
- Ders./Hans Witek*, Und keiner war dabei. Dokumente des alltäglichen Antisemitismus in Wien 1938, Wien 1988.
- Walter *Schellenberg*, Memoiren, Köln 1956.
- Karl A. *Schleunes*, The Twisted Road to Auschwitz. Nazi Policy toward German Jews, 1933–1939, Urbana/Ill. USA 1970.
- Leon *Shapiro*, The History of ORT. A Jewish Movement for Social Change, New York 1980.
- Hanno *Sowade*, Otto Ohlendorf – Nonkonformist, SS-Führer und Wirtschaftsfunktionär, in: Ronald Smelser/Rainer Zitelmann (Hrsg.), Die braune Elite. Bd. 1, Darmstadt 1989, S.188–200.
- Claudia *Steur*, Theodor Dannecker. Ein Funktionär der Endlösung, Stuttgart (Diss. phil.) 1995.
- Lawrence D. *Stokes*, Otto Ohlendorf, the Sicherheitsdienst and Public Opinion in Nazi Germany, in: George L. Mosse (Hrsg.): Police Forces in History, London 1975, S.231–261.
- Herbert A. *Strauss*, Jewish Emigration from Germany. Nazi Policies and Jewish Responses (I), in: Yearbook of the Leo Baeck Institute 25 (1980), S.313–361.
- Ders.*, Jewish Emigration from Germany. Nazi Policies and Jewish Responses (II), in: Yearbook of the Leo Baeck Institute 26 (1981), S.343–409.
- Jacob *Toury*, Ein Auftakt zur „Endlösung“: Judenaustreibungen über nichtslawische Reichsgrenzen 1933–1939, in: Ursula Büttner (Hrsg.), Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus, Bd. 2, Hamburg 1986, S.164–196.
- Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden*. Die Lageberichte der Gestapo und des Generalstaatsanwalts Karlsruhe 1933–1940. Bearbeitet von Jürgen Schadt, Stuttgart 1976.
- Karin *Voelker*, The B'nai B'rith Order (U.O.B.B.) in the Third Reich (1933–1937), in: Yearbook of the Leo Baeck Institute 32 (1987), S.269–295.

- Bernhard *Vollmer*, Volksopposition im Polizeistaat. Gestapo- und Regierungsberichte 1934–1936, Stuttgart 1957.
- Clemens *Vollnhals*, Jüdische Selbsthilfe bis 1938, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München 1988, S. 314–411.
- Aleksandar-Sasa *Vuletic*, „Plötzlich waren wir keine Deutschen und keine Christen mehr. .“. Der „Reichsverband der nichtarischen Christen“ und die „Vereinigung 1937“. Organisierte Selbsthilfe von „nichtarischen“ Christen und „Mischlingen“ im „Dritten Reich“, Darmstadt (Diss.) 1994.
- Joseph *Walk* (Hrsg.), Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung, Karlsruhe 1981.
- Bernd *Wegner*, Deutsche Aktenbestände im Moskauer Zentralen Staatsarchiv. Ein Erfahrungsbericht, in: VfZ 40 (1992), S. 311–317.
- Ralph *Weingarten*, Die Hilfeleistung der westlichen Welt bei der Endlösung der deutschen Judenfrage. Das „Intergovernmental Committee on Political Refugees“ (IGC) 1938–1939, Bern 1981.
- Juliane *Wetzel*, Auswanderung aus Deutschland, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München 1988, S. 413–498.
- Falk *Wiesemann*, Juden auf dem Lande: die wirtschaftliche Ausgrenzung der jüdischen Viehhändler in Bayern, in: Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus. Hrsg. von Detlev Peukert und Jürgen Reulecke unter Mitarbeit von Adelheid Gräfin zu Castell Rüdenhausen, Wuppertal 1981, S. 381–396.
- Leni *Yabil*, Madagascar – Phantom of a Solution for the Jewish Question, in: George L. Mosse/Bela Vego (Hrsg.), Jews and Non-Jews in Eastern Europe 1918–1945, New York 1974, S. 315–334.
- Friedrich *Zipfel*, Gestapo und Sicherheitsdienst, Berlin 1960.

Verzeichnis der jüdischen Organisationen

- Agudas Jisroel 53, 87, 95, 106, 133, 146, 173 f.,
176, 179, 187, 203
Alliance Israélite Universelle 47, 117, 127,
133 f., 136
Asyle de Jour et de Nuit 134
American Jewish Congress 106, 123
American Joint Distribution Committee 177
American Joint Reconstruction Foundation 177
Anglo Jewish Association 177
Anti-Defamation League, New York 138, 177
Anti-Nazi-League, New York 138
- B'nai B'rith s. Unabhängiger Orden B'nai B'rith
Board of Deputies of British Jews, Lon-
don 137, 177
Brith Hanoar schel Zeire Misrachi 147
Brith Hechajal 91
Bund der Werkleute 146
Bund jüdischer Frontsoldaten Österreichs 182
- Centralverband jüdischer Handwerker Deutsch-
land 87
Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen
Glaubens (bzw. Jüdischer Centralverein)
17, 21, 47, 68 f., 84 f., 106, 126, 143 ff., 147, 149,
160, 162, 168, 171 f., 190, 197 f.
Central British Fund for German Jewry, Lon-
don 137, 177
Comité des Rasselements Mondiales contre le
Racisme et l'Antisemitisme 177
Comité des Réfugiés, London 137, 177
Comité d'Entente, Paris 166, 176 f.
Comité National de Secours aux Réfugiés Alle-
magne, Paris 137, 177
Council for German Jewry, London 187 f.,
195 f.
- Deutsch-israelitischer Gemeindebund 146
Deutscher Makkabi-Kreis 90 f., 140, 147, 170,
172, 185, 203
Deutsches Hilfskomitee, Amsterdam 13
- Fédération des Emigrés d'Allemagne 178
Freie Vereinigung für die Interessen des ortho-
doxen Judentums 146
- German Jewish Emigrations Council, Lon-
don 137, 177
- Habonim noar chaluzi 146
Haganah 43, 127 f., 135, 141, 158, 189, 191, 204
Hashomer Hazair 146
Hebräische Gesellschaft, Danzig 189
Hechaluz 90, 146
Hias-Ica Emigration Association 177
Hilfskomitee für den jüdischen Mittelstand,
Warschau 184
Hilfsverein der deutschen Juden (bzw. Hilfsver-
ein der Juden in Deutschland) 88, 100, 103,
137, 145, 171, 176 f., 186, 201
Hilfsverein für jüdische Emigration, Dan-
zig 180
- International Jewish Colonisation Society, Den
Haag 204
Israelitische Allianz, Wien 182
Israelitische Kultusgemeinde Wien 53, 192,
187 f., 193, 195 f., 202 f.
- Jewish Agency 86, 88 f., 102 f., 147, 184, 187,
203
Jewish Board 117
Jewish Colonisation Association ICA 84, 101,
136, 177
Joint Foreign Comitee 137, 177
Jüdisch-nationale Jugend Herzlia 91, 147, 169,
198
Jüdisch-orthodoxer Jugendbund Esra 87
Jüdische Aktion 68
Jüdische Gemeinde Berlin 47, 167, 171, 175,
186
Jüdische Landarbeit Ila 145, 171
Jüdische Telegraphenagentur I. T. A. 165
Jüdische Volkspartei, Danzig 179
Jüdische Winterhilfe 88 f., 107, 149, 169, 195
Jüdischer Abwehrdienst 144
Jüdischer Centralverein s. Centralverein deut-
scher Staatsbürger jüdischen Glaubens
Jüdischer Frauenbund 147
Jüdischer Geselligkeitsverein, Zoppot 204
Jüdischer Kulturbund, Danzig 184
Jüdischer Weltkongreß 123, 183, 197
- Keren Hajessod 91, 100, 107, 146, 203
Keren Hajischuw 87, 173
Keren Hamenorah 147
Keren Kajemet LejIsrael 91, 116, 203

- Komitee voor bizondere joodsche belange, Amsterdam 143
- Kreis deutsch-jüdischer Selbsthilfe Land und Handwerk 86
- Kulturbund Deutscher Juden 15, 68
- Makkabi bzw. Makkabi Hazair s. Deutscher Makkabi-Kreis
- Misrachi 147, 174, 203
- Neue Zionistische Organisation 91, 140f., 171, 190
- Neuzionistische Weltorganisation 198
- Noar Agudati 87
- Non Sectarian Anti-Nazi-League, New York 138, 177
- Notausschuß für Palästina 204
- ORT 89, 95, 107, 127, 136f., 167, 178
- Palästinaamt 88, 89, 147, 187, 203
- Paulusbund s. Reichsverband der nichtarischen Christen
- Refugee Economic Corporation 177
- Reichsausschuß der jüdischen Jugendverbände 148, 169
- Reichsausschuß der jüdischen Sportverbände 148, 170
- Reichsbund der gesetzestreuen jüdischen Gemeinde 146
- Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 16f., 68f., 84ff., 91, 93, 95, 106, 122, 143f., 147, 160, 171f., 176, 190
- Reichsverband der nichtarischen Christen (bzw. Reichsverband christlich-deutscher Staatsbürger nichtarischer oder nicht rein arischer Abstammung) 85, 93, 106, 121, 145, 151, 165, 173
- Reichsverband jüdischer Kulturbünde in Deutschland 88, 111, 148, 157f., 170
- Reichsverband jüdischer Legitimisten Österreichs 182
- Reichsvereinigung der Juden in Deutschland 68
- Reichsvertretung der deutschen Juden (bzw. Reichsvertretung der Juden in Deutschland) 68, 85f., 88ff., 107, 122, 136, 145, 147f., 162, 164, 168, 171, 176f., 179, 180, 187, 194f., 197, 201
- Reichsvertretung der unabhängigen Orthodoxie 146
- Religiös-liberale Partei, Danzig 179
- Ring-Bund jüdischer Jugend 34, 85, 106, 144f., 173
- Schild (Sportbund des RjF) 144, 160, 170, 172
- Staatszionistische Vereinigung 88, 122, 140, 142, 146f., 167, 171, 176, 190, 196, 198
- Unabhängiger Orden B'nai B'rith 34, 47, 49f., 86, 106, 115, 120f., 126, 134, 149, 162, 165, 170, 172, 174f., 182, 204
- Union österreichischer Juden 182, 203
- Verband Bayerischer Israelitischer Gemeinden 168
- Verband der Judenstaatszionisten Österreichs 182
- Verband jüdischer Frauen für Palästina-Arbeit 147
- Verband nationaldeutscher Juden 69, 85, 145
- Verband polnischer Juden 86, 157
- Vereinigung für das religiös-liberale Judentum 85, 145, 172
- Vereinigung 1937 s. Reichsverband der nichtarischen Christen
- Weltliga zur Bekämpfung des Antisemitismus 136, 178
- Women's International Zionist Organization 147
- World Union for Progressive Judaism 172
- Zentralausschuß der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau 89, 148f., 168
- Zentralstelle für Auswanderung 176
- Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland 169
- Zionistische Vereinigung für Deutschland 47, 68, 90f., 122, 139, 140, 146, 148, 162, 164, 170f., 180
- Zionistische Weltorganisation 140f., 147, 184
- Zionistischer Landesverband Österreich 53, 187, 188, 203

Personenverzeichnis

- Albert, Wilhelm 49, 123
- Baeck, Leo 68, 89
- Beilin 134
- Behrends, Hermann 19, 26, 29, 81
- Bergh, van den 134
- Bergmann, Gretel 93
- Best, Werner 17, 39f., 193
- Blech, Leo 107
- Blum, Léon 136
- Brotzky 137
- Bürckel, Josef 53, 193
- Callmann, Rudolf 144
- Callsen, Kuno 30
- Carstanjen, Friedrich 30
- Cohen 134
- Dannecker, Theodor 11, 28ff., 39, 46f., 52, 62, 123f., 126, 128, 130, 142
- Diels, Rudolf 19
- Dienemann 92
- Dobry 134
- Döscher 30
- Ehrlinger, Erich 123, 125
- Ehrmann, Salomon 123, 125
- Eichmann, Adolf 11f., 19f., 27, 29ff., 38f., 43f., 47ff., 52ff., 59f., 62, 95, 123, 126ff., 133, 161, 193
- Eilers, Gerhard 81
- Eisenmenger, Walter 28ff., 46f.
- Faulhaber, Michael von 151
- Flatow 85
- Flesch 37ff., 115ff.
- Flesch, Reinhard 37
- Forster, Albert 179
- Frankfurter, David 114, 117f., 127
- Freytag, Horst 39
- Frick, Wilhelm 22
- Friedenthal, Hans 140, 148, 169
- Friedmann, Desider 182, 203
- Friese, Herbert 27f.
- Funk, Walther 57
- Gahrmann, Theo 124, 150
- Gercke, Achim 62
- Gerson, Martin 136
- Goebbels, Joseph 13, 42, 55ff., 60
- Goetz, George 137
- Göring, Hermann 11, 28, 45, 57, 59ff., 199
- Gottschalk, M. 177
- Graetz, William 137
- Grossmann, Meir 140
- Grünewald, Max 90
- Grynszpan, Herschel 199
- Günther, Hans 30, 60
- Günther, Rolf 30
- Gürtner, Franz 23
- Gustloff, Wilhelm 43f., 114
- Hagelmann, Helmut 27, 31, 46f., 124, 127, 153
- Hagen, Herbert 27ff., 36, 38f., 41, 43f., 46ff., 52ff., 57, 62, 110, 115, 118, 123f., 139, 155, 160, 190, 193
- Hartl, Albert 81
- Hartmann, Richard 27, 46, 62
- Haselbacher, Karl 13f., 17, 29, 37, 81, 115
- Helldorf, Wolf Heinrich Graf von 55
- Henlein, Konrad 117, 127, 134
- Herzfeld, Ernst Salomon 143, 145
- Heß, Rudolf 18
- Heydrich, Reinhard 14ff., 18f., 22ff., 26, 31, 34, 36, 38f., 43f., 46, 49, 52ff., 56, 58ff., 62, 66, 70, 125, 193
- Himmler, Heinrich 14, 18, 20, 24f., 35, 58f., 144
- Hinkel, Hans 88, 111, 122, 126, 148, 158
- Hirsch 134
- Hitler, Adolf 13, 15, 24, 44f., 57, 60, 62f., 69, 117, 183
- Höhn, Reinhard 26
- Hoßbach, Friedrich 45
- Hull, Cordell 183
- Ilges, Walter 14f., 19, 20
- Jabotinsky, Vladimir 140f., 166, 184, 190, 198
- Jessen, Jens 26
- Josephstahl, Georg 134
- Jurgens 134
- Kahn, Bernhard 177
- Kareski, Georg 88, 122, 142, 147f., 167f., 171
- Keppler, Wilhelm 71

- Klementinowsky, David 137
 Krause 37
 Künneth, Walter 150, 152
 Kurowski, Hanni 93

 La Guardia 106, 108, 121, 174, 178
 Lainez, Diego 150
 Landsmann, Nathan 134
 Landsmann, Simon 134
 Lischka, Kurt 56
 Lösener, Bernhard 24, 32
 Löwenherz, Josef 53, 187
 Löwenstein, Leo 143, 145, 171
 Loyola, Ignatius von 150
 Ludwig, Wilhelm 13
 Luft 173

 MacDonald, James 190, 196, 205
 MacMichael, Harold 181, 185
 Martin 81
 Meiser, Hans 152
 Mergentheim, Leo 151
 Mildenstein, Leopold Itz Edler von 19f., 27,
 29, 49, 80f.
 Morgenthau, Henry 167
 Müller, Heinrich 37, 56

 Naumann, Max 69, 145
 Nebe, Arthur 56
 Neumeyer, Alfred 168
 Neurath, Constantin Freiherr von 42
 Niemöller, Martin 152
 Nimwegen, van 134

 Ohlendorf, Otto 9, 19, 26, 30, 56
 Ormsby-Gore 141

 Polkes, Feivel 43
 Popitz, Johannes 23
 Prinz, Joachim 123, 139

 Rath, Ernst vom 199
 Reichert, Franz 43
 Rentzschka 93
 Röhm, Ernst 19
 Rolland, Henri 185

 Roosevelt, Franklin Delano 57, 183, 190, 196,
 205
 Rotenberg, Josef 187
 Rublee, George 57, 197
 Rust, Bernhard 23

 Schacht, Hjalmar 22f.
 Schellenberg, Walter 43
 Scherek, Leo 171
 Schicht 134
 Schloss, Jakob 93
 Schneider, Josef 186
 Schraudt 134
 Schröder, Kuno 27, 29, 32, 49, 80
 Schuschnigg, Kurt 182, 203
 Schwerin-Krosigk, Lutz Graf von 23
 Seibert, Willy 124
 Siegel, Erich 134
 Singer, Kurt 148
 Six, Franz Alfred 26ff., 34ff., 38f., 43, 49,
 115f., 118, 123, 125
 Spengler, Wilhelm 56
 Spiro, Eugen 136
 Stahl, Heinrich 186
 Stahlecker, Walter 53, 193
 Steinfeld, Julius 187
 Streicher, Julius 13, 117, 134
 Stuckart, Wilhelm 21, 36

 Tayler, Byron 190
 Traub, Michael 107

 Ungel, Louis 177
 Untermeyer, Samuel 138, 166, 178

 Vries, de 134

 Warburg, Fritz 176
 Warburg, Max 186
 Weil 93
 Weizmann, Chaim 141, 164, 189
 Wellenhofer 151
 Wise, Stephen 123, 178, 190, 197, 205
 Wisliceny, Dieter 11, 27f., 30, 37ff., 48, 62, 81,
 108, 110
 Wolf, Daniel 81, 204
 Woodhead, John 185, 196, 204